Heft 6 Juni 2001 8,– DM

C 12611 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

A 65 68 · CH sfr. 8,– · L lfr 193 · I lit 10.000 · E ptas 900 · NL hfl 10,– · GR 1.600 Dr

4 391202 708006 06

Die FauLen Sind unser UngLuck

PRAKTISCHE TIPS FÜR SOZIALSCHMAROTZER

in konkret Juni 2001

hier konkret von Peter O. Chotjewitz

Der Schriftsteller Peter O. Chotjewitz ist nach eigener Auskunft ein »Italianista«, grosso modo könnte man sich darunter ein Mitglied der Toscanafraktion/Bolschewiki vorstellen. Jedenfalls hat er, seit er 1957 zum erstenmal nach Italien tourte, insgesamt zehn Jahre südlich der Alpen verbracht, und er frischt diese alte Liebesbeziehung nicht nur durch regelmäßige Besuche, sondern auch durch seine Arbeit als Autor und Übersetzer immer wieder auf. Im letzten Jahr erschien sein Reiseführer »Rom. Spaziergänge auf der Antike« (EVA)

von konkret

an konkret

Gerdi Tony Berlusconi von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Die Faulen sind unser Unglück von Freerk Huisken

Der Kanzler hat durchaus etwas gegen Arbeitslosigkeit, damit aber nicht viel Erfolg. Nun hat er die Schuldigen dafür gefunden

»Ich könnte mir sogar einen Teilzeitbundeskanzler vorstellen" von Ursula Engelen-Kefer, Günter Frech

InterviewUrsula Engelen-Kefer, Vizechefin des DGB und für Frauen-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zuständig, über die Faulenzer-Kampagne des Kanzlers und die Gegenvorschläge der Gewerkschaften

Warm Gun von Ralf Schröder

Gemeinwohl zuerst: Die Sozialpolitik der Neuen Mitte ist auf innovative Art reaktionär

Tips und Tricks für Simulanten

KONKRET-ServiceFaulenzer und andere Taugenichtse offerieren im Internet »Hilfen zum Aussteigen aus dem krankmachenden Trott«. KONKRET dokumentiert, mit welchen kriminellen Methoden Deutschlands Volkswirtschaft kaputtgemacht werden soll

Raisons d' Agir von Jan Pehrke

Über Pierre Bourdieus Schriftenreihe gegen den Neoliberalismus und seine Folgen

Buch des Monats von Gaby Hommel

Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, C. H. Beck, München 2001, 442 Seiten, 58 Mark

Amerika, du bist noch besser von Conrad Schuhler

Eine Entgegnung auf Hermann L. Gremlizas Kolumne »Amerika, dich haßt sich's besser«(KONKRET 5/01)

Kampfansage von Friedrich Geiger

In Quebec wurde auf Initiative der USA beschlossen, den amerikanischen Kontinent zu einem autarken Wirtschaftsblock zu machen. Das Projekt richtet sich gegen die EU und Brasilien

Karoshi von Winfried Wolf

Die einst als vorbildlich gefeierte japanische Wirtschaft steckt in einer tiefen Krise. Die westlichen Nipponologen mit ihrer sozialpsychologischen Erklärung des

»fernöstlichen Wunders« rätseln

Françafrique von Bernhard Schmid
Eine Serie von Enthüllungen wirft ein Schlaglicht auf die französische Afrikapolitik und die Rolle, die der Ölkonzern Elf Aquitaine darin spielt(e)

Allianz der Schnauzbärte von Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken
Schluß mit den Sanktionen gegen den Irak: Möllemann schickt eine Wirtschaftsdelegation zu Saddam Hussein, denn die deutsche Exportindustrie will den arabischen Markt nicht abschreiben

Waffen für die Scheichs von Helmut Lorscheid
Scharpings Staatssekretär Walter Kolbow auf Verkaufstour im Nahen Osten – die bundesdeutschen Rüstungsexporte boomen

Einstürzende Altbauten von Alexej Pavlov
Ten Years After (II): Unser Autor untersucht in seiner Heimatregion rund um die Millionenstadt Nishnij Nowgorod, was zehn Jahre Kapitalismus aus den Menschen gemacht haben. In dieser Folge geht es um das Schulwesen

In diesem Sinne - Vom Himmler hoch von Michael Schilling

In diesem Sinne - Samenschutzgesetz von Eike Stedefeldt

In diesem Sinne - Der Stand der Dinge von Mathias Wedel

Tatortbesichtigung von Jürgen Elsässer
Haben Serben in Racak doch ein Massaker angerichtet? Zwei Reporter des »Stern« recherchierten vor Ort – und haben unfreiwillig das Gegenteil bewiesen

Liberté Éthnicité Fraternité von Samuel Salzborn
Auf dem Weg zum völkisch segmentierten Europa entdecken rechte Volksgruppentheoretiker die Französische Revolution

Freiheit und Tod von Oliver Tolmein
Das niederländische Euthanasie-Gesetz resultiert aus der Logik des deregulierten Kapitalismus

Das Gesicht, die Macht von Christian Y. Schmidt
Über ein Buch der grünen Spitzenpolitikerin Antje Radcke

Kleinere Übel von Georg Fülberth
Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 6. Folge: Die Entschuldigung

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Kunst & Gewerbe

Ein Arzt wird kommen von Rayk Wieland
Kultur-Kolumne

Schönberg in Wien von Gerhard Scheit
»Man hat mich nirgends so schlecht behandelt wie dort« – schrieb Arnold Schönberg kurz vor seinem Tod über jene Stadt, die gegenwärtig seinen 50. Todestag feiert

Buch & Deckel von Werner Jung
Graf Alexander Stenbock-Fermor: Meine Erlebnisse als Bergarbeiter. Verlag Henselowsky Boschmann, Bottrop 2000, 159 Seiten, 24,80 Mark

Buch & Deckel von Frank Schäfer

Uli Becker: Dr. Dolittles Dolcefarniente. In achtzig Haiku aus der Welt. Maro Verlag, Augsburg 2000, 91 Seiten, 24 Mark

Die Nachtseite der Ästhetik von Peter Hacks

Ein romantischer Autor ist ein Autor, der die englische Literatur gelesen hat und Opium verzehrt

Buch des Monats 2 von Werner Jung

Martin Kessel: Herrn Brechers Fiasko. Schöffling & Co, Frankfurt a. M. 2001, 560 Seiten, 49,80 Mark

Der Zauber der Kommune von Rüdiger Dannemann

Vor dreißig Jahren, am 4. Juni 1971, starb der ungarische Philosoph Georg Lukács in Budapest. In seinem politischen Testament formulierte er seine Kritk an der bürgerlichen Demokratie

Falstaff zu Ehren von Jürgen Roth

Kleiner Versuch in Shakespeare-Vergötterung unter Anleitung seines ehrenwertesten Fans: In Heinrich IV. begegnen wir dem Sokrates des elisabethanischen Zeitalters

Eine funktionierende Beziehung von Dietrich Kuhlbrodt

Das Buch zum Film, der Film zum Buch: Der Nazi-Regisseur Veit Harlan (»Jud Süß«) soll rehabilitiert werden

FilmTheater von Marit Hofmann

Jesus' SonBlack Box BRD

FilmTheater von Jan Pehrke

Intimacy

Melodie & Rhythmus von René Martens

Destiny's Child: Survivor; Columbia/Sony

Melodie & Rhythmus von Jörn Morisse

Blumfeld: Testament der Angst; ZickZack/Eastwest

Melodie & Rhythmus von Alexander Ziller

Manic Street Preachers: Know Your Enemy; Epic/Sony

Gremlizas Express von Hermann L. Gremliza

Konkret 06/01, S. 3

Peter O. Chotjewitz

hier konkret

Der Schriftsteller Peter O. Chotjewitz ist nach eigener Auskunft ein »Italianista«, grosso modo könnte man sich darunter ein Mitglied der Toscanafraktion/Bolschewiki vorstellen. Jedenfalls hat er, seit er 1957 zum erstenmal nach Italien tourte, insgesamt zehn Jahre südlich der Alpen verbracht, und er frischt diese alte Liebesbeziehung nicht nur durch regelmäßige Besuche, sondern auch durch seine Arbeit als Autor und Übersetzer immer wieder auf. Im letzten Jahr erschien sein Reiseführer »Rom. Spaziergänge auf der Antike« (EVA)

konkret: »Vor allem Ruhe bewahren« ist die Parole des außenpolitischen Sprechers der SPD, Gernot Erler, angesichts des Wahlsieges von Berlusconi. Hat er recht?

Chotjewitz: Das geht schon in Ordnung. Der Cavaliere war ja schon mal dran. Und die erste Mitte-Rechts-Regierung in Italien gab es schon 1960 unter Tambroni, da waren echte Mussolini-Faschisten beteiligt. Das hatte damals durchaus auch sein Gutes: Als Reaktion entstand die Neue Linke, es gab die Studentenbewegung, die erste Mitte-Links-Regierung kam ans Ruder.

konkret: Im Unterschied zur Regierungsbeteiligung der Haider-Partei ist auch die internationale Öffentlichkeit weniger besorgt.

Chotjewitz: Italien wird anders gesehen als Österreich oder Deutschland. Das Land hat in den Augen der Alliierten nicht den Makel des Nationalsozialismus. Erstens waren die Verbrechen der Italiener geringer als unsere. Zweitens haben sie rechtzeitig 1943 die Seite gewechselt. Deswegen war der Faschismus auch in der Nachkriegszeit nie so stigmatisiert. Das waren gutbürgerliche Kreise, die die Mussolini-Nachfolgepartei MSI unterstützt haben. Nehmen Sie das katholische Bürgertum, den päpstlichen Adel: Die konnten sich auf Pius XII., den Faschisten im Vatikan, berufen.

konkret: Schröder hat im Frühjahr 2000 noch gesagt, er würde ein Italien mit rechtsradikaler Regierung genauso behandelt wissen wollen wie Haider-Österreich.

Chotjewitz: Er wird nichts tun, nichts sagen.

konkret: Wär’s Ihnen lieber, wenn doch?

Chotjewitz: Das ist mir egal. Die sind sowas von strunzdumm. Wenn Schröder was gegen Berlusconi unternehmen würde, verstieße das doch gegen seine eigene Politik. Beide praktizieren doch nichts anderes als gemilderten Thatcherismus.

konkret: Und nichts anderes wollte ja auch Berlusconis Konkurrent Rutelli, dieser Clinton-Klon.

Chotjewitz: Das ist wohl wahr. Aber nach seinem Aussehen würde ich Rutelli nicht beurteilen. Die Telekratie in Italien ist eben stärker als bei uns, eher wie in den USA. Wer auf dem Bildschirm nicht rüberkommt, kann noch so ein gutes Programm haben, er wird nicht gewählt.

konkret: In der rotgrünen Presse hieß es, Rutelli sei »europatauglicher« als Berlusconi. Soll wohl heißen: Er macht eher den Affen für Schröder.

Chotjewitz: Rutelli vertritt den Schröder-Kapitalismus. Beide sprechen davon, daß man auch etwas für die armen Leute tun müsse. So etwas käme Berlusconi nie über die Lippen – genauso wenig wie Thatcher oder Bush.

konkret: Der Publizist Indro Montanelli bezeichnete Berlusconi als »eine Art lächelnder Diktator, Peron sehr viel ähnlicher als Mussolini«. Eine Verharmlosung?

Chotjewitz: Berlusconi braucht das Geld des Auslandes. Die Mafia, von der er kommt, war nie nationalistisch. Die Lega Nord von Umberto Bossi, das sind echte Skinheads. Aber er ist das nicht. Seine Tradition ist Weltoffenheit – solange sie dafür nützlich ist, sich selbst die Taschen vollzustopfen.

konkret: Die Skinhead-Partei Lega Nord hat schwach abgeschnitten, aber nicht der andere Bündnispartner Berlusconis, die Alleanza Nazionale. Das sind doch Mussolini-Nachfolger, oder?

Chotjewitz: Bossi hat eine Schlappe erlitten, die Alleanza Nazionale hat die angestammte Wählerbasis der MSI, aus der sie hervorgegangen ist, verteidigt, das waren immer zehn bis 15 Prozent, in der gesamten Nachkriegszeit. Aber man kann diese Partei nicht mit der NPD oder deutschen Republikanern vergleichen.

konkret: Inwiefern nicht?

Chotjewitz: Ihre Basis besteht eher aus reichen Leuten, aus dem Bürgertum.

konkret: Aber die Programmatik?

Chotjewitz: Programmatik, das gilt doch heute nichts mehr. Seit dreißig, vierzig Jahren werden, nicht nur in Italien, Programme nur noch geschrieben, um mehrheitsfähig zu werden. Wie die Alleanza ihre Wählerschaft gehalten hat, so

übrigens auch die Linken, PDS und Rifundazione Comunista. Beide sind ja aus der Kommunistischen Partei hervorgegangen. Und jetzt liegen beide zusammen, wie zuvor die KPI alleine, bei ungefähr 30 Prozent. Das ist das Typische, das Gefährliche in Italien: Es verändert sich nichts.

konkret: Aber Berlusconi verspricht, endlich aufzuräumen ...

Chotjewitz: Was wird er wohl machen? Er hat angekündigt, 1,5 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen, vorsichtshalber verteilt auf fünf Jahre, pro Jahr also 300.000. Dann will er, wie alle Reagonomics, die Steuern senken – vor allem für sich und seinesgleichen. Das wird den kleinen Leuten schnell auffallen, daß das keine Politik für sie ist. Deswegen werden sie schon bald wieder Ulivo eine Chance geben – und ebensowenig davon haben.

konkret: Vielleicht werden die Wahlen ja auch annulliert? Die Unregelmäßigkeiten hatten ja fast kalifornisches Niveau.

Chotjewitz: In den USA wurde wirklich gefälscht, in Italien nur die zeitliche Befristung am Wahlabend überzogen. Der letzte wählte um 4.05 Uhr in Calabrese, er hatte sieben Stunden gewartet. Immerhin, das würde ausreichen, die Wahl anzufechten.

konkret: Manche sagen, der Ulivo-Innenminister habe dieses Chaos extra angerichtet, damit sein Parteienbündnis im Fall der Wahlniederlage die Möglichkeit habe, die Wahlannullierung zu verlangen.

Chotjewitz: Ich glaube nicht, daß der Innenminister geschlampt hat. Eher hat der listige Weltgeist geschlampt, um ein Türchen aufzulassen.

konkret: Ein Türchen?

Chotjewitz: Zur Revision der Wahlen, falls es doch schlimmer kommt.

Konkret 06/01, S. 4

von konkret

Im Mai feierte die Bürgerpresse, daß Ulrike Meinhof seit 25 Jahren tot ist. KONKRET empfiehlt interessierten Leserinnen und Lesern den Beitrag, den Oliver Tolmein zum 20. Todestag geschrieben hat (»Ikone und Präparat«, KONKRET 5/96), und Gremlizas Nachruf »War sie denn unser?« aus KONKRET 6/76 (nachgedruckt in Betrug dankend erhalten).

Einige der Fragen, die Jürgen Elsässer in seinem außerparlamentarischen Bestseller über die *tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo-Konflikt* beantwortet hat, hat die Bundestagsfraktion der FDP der Bundesregierung gestellt: nach dem Massaker von Racak, dem Massaker von Rugovo, dem KZ-Stadion von Pristina. Unter anderem fragte die FDP:

Existiert im Bundesministerium der Verteidigung ein Dokument »VS NfD« (Verschlußsache – Nur für den Dienstgebrauch), welches das angebliche Massaker in Rugovo als »Gefecht« einstuft? Was ist nach Ansicht der Bundesregierung der Unterschied zwischen einem Massaker und einem Gefecht? Wie beurteilt die Bundesregierung die vom damaligen OSZE-Beobachter, Hennig Hensch, gemachten Aussagen, die Ereignisse in Rugovo hätten so, wie sie in den Medien dargestellt und vom Bundesminister der Verteidigung am 27. April 1999 präsentiert wurden, nicht stattgefunden?

Darauf antwortete der Parlamentarische Staatssekretär Kolbow (SPD) in diesem Tenor:

Das Wort »Gefecht« wird hier nicht als militärische Einstufung gebraucht, sondern ist im Sinne des Begriffs »Schußwechsel« zu sehen. Die Bundesregierung betrachtet es nicht als ihre Aufgabe, Begriffe der deutschen Sprache zu definieren. Die Bundesregierung bleibt bei ihrer Darstellung der Ereignisse in Rugovo.

Scharpings Waffenhändler hätte es noch kürzer machen und der FDP auch einfach mitteilen können, sein Minister lüge, wann und wie lange er wolle.

Anfang Juni erscheint die vierte Auflage von Jürgen Elsässers Buch *Kriegsverbrechen. Die tödlichen Lügen der Bundesregierung und ihre Opfer im Kosovo-Konflikt.* Der Inhalt wurde komplett überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht. Unter anderem enthält die aktualisierte Ausgabe zwei neue Kapitel über die Folgen der von der Nato eingesetzten Uran-Munition und über die Reaktion der Bundesregierung auf die im Jahr 2001 bekanntgewordenen Fakten zum sogenannten Racak-Massaker und dem angeblich serbischen Hufeisenplan. Der Autor liest am 13. Juni in Oberhausen (Kulturzentrum Altenberg, Hansastraße 20, 20.30 Uhr) und am 15. Juni in Lübeck (Otto-Passage-Saal, Große Burgstraße 51, 19 Uhr).

Wer wird hängen? KONKRET hat in der letzten Ausgabe einen Wettbewerb für Plakate ausgeschrieben, die mindestens einen der Hauptkriegsverbrecher Schröder, Fischer oder Scharping zeigen sollen. Der beste Entwurf wird als Plakat bundesweit gehängt. Mittlerweile haben uns erste Einsendungen erreicht – und Alfred Hrdlicka konnte als Juror gewonnen werden. Noch bis 15. Juli können Wettbewerbsbeiträge an die Redaktion geschickt werden (Ruhrstraße 111, 22761 Hamburg).

Ein weiteres Zeichen, daß die Kriegsverbrechen nicht vergessen sind, haben Berliner Anwälte gesetzt. Im Juni soll im Auftrag serbischer Kriegsopfer – Überlebender und Hinterbliebener des Nato-Bombenangriffs auf die Brücke von Varvarin am 30. Mai 1999 – eine Schadensersatzklage gegen die Bundesregierung eingereicht werden. Nähere Informationen und eine sehr anschauliche Broschüre sind über das Rechtsanwaltsbüro Uli Dost erhältlich (Tel. 030/535 08 13; E-Mail U.Dost@addcom.de)

»Palästina in der neuen Weltordnung« heißt die Veranstaltung auf der das gerade erschienene Buch *Hat Israel noch eine Chance?* (konkret texte 29, herausgegeben von Hermann L. Gremliza) vorgestellt werden soll: am 13. Juni um 20 Uhr im Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12, 20359 Hamburg; Teilnehmer: Hermann L. Gremliza, Thomas von der Osten-Sacken, Sylke Tempel, Justus Wertmüller.

Ebenfalls gerade erschienen ist das von Oliver Tolmein herausgegebene Buch *Besonderes Kennzeichen: D. Wahre Deutsche, Staatsbürger zweiter Klasse und die unsichtbaren Dritten* (konkret texte 30). Beide Bücher können beim Verlag bestellt werden (siehe Anzeige auf Seite 38). Tolmein stellt das Buch auf folgenden Veranstaltungen vor: 18. Juni, Hagen, Kulturzentrum Pelmke, 20 Uhr (Vortrag und Diskussion über Migrationspolitik und deutschen Nationalismus); 19. Juni, Essen, Zeche Carl, 20 Uhr (Vortrag und Diskussion im Rahmen von »Brainstorm – Antifaschistische Aktionstage«); 7. Juli, Antifaschistisches Jugendcamp (Vortrag und Video zum rotgrünen Patriotismus und zur Situation von Flüchtlingen in Deutschland). Die Herausgeber der beiden Neuerscheinungen stehen für weitere Veranstaltungen zur Verfügung. Interessenten wenden sich bitte an den Verlag.

Weitere Veranstaltungen: Am 17. Juni tritt das gemischte Doppel Gremliza/Tomayer auf: um 20 Uhr in Alma Hoppes Lichtspielhaus, Ludolfstraße 53, 20249 Hamburg. Über den Zusammenhang des deutschen Nachkriegsreichtums mit der NS-Vernichtungs- und Zwangsarbeitspolitik spricht und diskutiert KONKRET-Autor Günther Jacob am 16. Juni in Leipzig: Conne Island, 15 Uhr. Am 23. Juni spricht Jacob im Rahmen der Veranstaltung »Die Erinnerung von Überlebenden« über »Erinnerungen der NS-Opfer, ›Trauma der Deutschen‹, Empathie der Linken«: Freiburg, Fabrik, Habsburger Straße 9, 13 Uhr.

Korrektur: Durch ein technisches Versehen ist der vorletzte Absatz des Interviews mit Yoram Kaniuk (KONKRET 5/2001) kursiv gedruckt (und damit als Frage der Interviewer gekennzeichnet) worden. Die Passage gehört jedoch zu Kaniuks Antwort. Die Redaktion bedauert das Versehen.

Konkret 06/01, S. 6

an konkret

Wie religiös

KONKRET 5/2001: »Heuzutag ein Linker sein« von Michael Scharang

Wie der Michael Scharang seine zeitgeistige Umorientierung vom Anhänger eines historischen Materialismus zum Gläubigen im Sinne eines Neo-Thomismus besonderer Art – wonach zum Beispiel die Idee der Gleichheit vor Gott die soziale égalité enthalte – , »linkes« Gedankengut durchstolpernd, rechtfertigt, das ist selbst im Milieu von Heutzutage-Linken schon was ganz Spezielles – wohl sehr Österreichisches, vermute ich. Dabei liebe ich seine Belletristik.

Franz Josef Degenhardt

per E-Mail

Wie lecker

KONKRET 5/2001: »Amerika, dich haßt sich's besser« von Hermann L. Gremliza und »Der Pakt« von Matthias Küntzel

Weil es so wenige Autoren gibt, die den deutschen Antiamerikanismus als Charakteristikum des deutschen Imperialismus aufdecken, sind beide Texte ein seltenes Stück Aufklärung. Deshalb Amerika gleich als »Nation qualifizierter Pizzaboten« gegenüber anderen Nationen positiv hervorzuheben, in denen die Pizzaboten vielleicht nicht so qualifiziert sein mögen, finde ich aber nicht korrekt, denn die Negation der Negation ist auch noch keine Position. Gremliza hätte wenigstens erwähnen können, daß in Italien auch ganz leckere Pizza gebacken wird.

Thomas Becker

Bielefeld

Wie Hitler

KONKRET 5/2001: »Ich muß das sehr behutsam machen« – Interview mit Shimon Stein

Dieses Interview entlarvt die von Herrn Stein vertretene zionistische Großmachtpolitik. Hinter diplomatischen Floskeln kriecht die bekannte »Heim-ins-Reich-Politik« hervor.

In den Worten des Botschafters kommt deutlich der Wunsch zum Ausdruck, alle Juden der Welt zu einer Übersiedlung nach Israel zu bewegen. Dabei sei dahingestellt, ob alle, die diesen Schritt getan haben, es wirklich aus der inneren Überzeugung taten, weil sie sich als Juden fühlten. Würde es nämlich allen Juden, egal wo sie gerade leben, gut gehen, würden sie auf Israel pfeifen. Die eine Million Sowjetbürger, die von Herrn Stein als Beispiel angeführt werden, hätten »Mütterchen Rußland« niemals den Rücken gekehrt, wäre die ökonomische Lage dort eine bessere gewesen. In einem vor Jahren ausgestrahlten TV-Beitrag wurde anschaulich dargestellt, wie ehemalige Sowjetbürger im Kindesalter zu Juden »umfunktioniert« wurden.

Es ist ein Widerspruch in sich, daß im Zeitalter der weltweiten Liberalisierung der Zionismus auch weiterhin auf seine Daseinsberechtigung pocht. Er ist nicht progressiv, sondern reaktionär. Er schafft neue Probleme im Nahen Osten. Der Hinweis auf die Daseinsberechtigung der Palästinenser ist eine diplomatische Floskel, ein Zugeständnis an die Öffentlichkeit, denn im Grunde genommen, handeln die modernen Zionisten vom Schlage eines S. Stein nach demselben Strickmuster, wie es einst Herr Hitler tat. Diese Politik führt in logischer Konsequenz zu der bekannten Volk-ohne-Raum-Theorie, Im Klartext heißt das Krieg. Nur die Opferrolle hat sich geändert, damals waren es die Völker Europas, jetzt sind es die Araber.

Klaus Scheliga

Brandenburg

Wie gesagt

KONKRET 5/2001: Leserbrief von Thomas Uwer zu KONKRET 4/2001: »Erkenntnisse aus Pullach« von Philip Hogh

Bevor Thomas Uwer weiterhin vor dem »falschen Kronzeugen« Hans von Sponeck warnt, sei ihm nahegelegt, seine Angaben zur Person von Sponecks zu überprüfen. Schon zweimal erzählte er der geneigten Leserschaft etwas von einer Unicef-Verbindung. Das ist falsch. Der Mann war humanitärer Koordinator für den Irak (wie Philip Hogh korrekt berichtet) und arbeitete im Rahmen des Irak-Programms der Uno – eine Einrichtung, die im Anschluß an die Sicherheitsratsresolution 986 eingerichtet wurde. Darüber hinaus ist von Sponeck sicherlich bereit, Herrn Uwer Kontakte zu ehemaligen US-Waffeninspektoren zu vermitteln. Einige dieser Inspektoren sind ebenfalls zum »Klüngel« (O-Ton Uwer!), der sich für eine Aufhebung des Wirtschaftsembargo stark macht, zu rechnen.

Matthias Odenthal

per E-Mail

Wie Pohrt

KONKRET 4/2001: von KONKRET und »Immergrün« von Georg Fülberth

Lange hatte ich mich gefragt: Was bloß treibt Wolfgang Pohrt? Ich muß erfahren: Er war gestorben und ist jetzt in dem Professor Georg Fülberth wiedergeboren worden. Parteien, sagt Fülberth, sind Rackets, dem Illegalen nicht abgeneigte Ansammlungen von Karrierewilligen, und unterscheiden sich nur soziologisch, nach der Herkunft ihrer Betreiber. Die NPD, sagt Fülberth, nachdem er sie sich ziemlich angesehen hat, ist eine Arbeiterpartei.

Ich entleihe mir dem Georg Fülberth seine Methode und wende sie an. »Die KPD des Jahres 1919 war ein von Ausländern und Juden dominierter Intellektuellen-Club.« Aha. Das also nennen die Wissenschaft. Ich gebe dem Georg Fülberth seine Methode zurück. Ich verstehe, die Politologie als Unterform des Feuilletons ist sein Beruf, und seinem Beruf entkommt keiner.

Dichtung, sagt Fülberth, sei nicht sein Fach, sondern das des Peter Hacks. Fülberth irrt, auch hier. In einem sehr speziellen Sinn ist der Professor der weit imposantere Dichter. (Hacks me pardonnera.) Die Welt aber und ihre schöne Tochter, die Erkenntnis, flüchten, von solchem Fakultätstreiben sehr betatscht und nicht begriffen, in den Schoß des Poeten, und die Kinder der Liebe, die dem entspringen, sind allesamt Kronprätendenten.

In seinem letzten Satz, in seinem »Fragen Sie Dr. Hacks!« also sind der Professor Fülberth und der Schüler Thiele sich wieder ganz einig. Und Einigkeit macht stark!

André Thiele

Mainz

Wie Fülberth

KONKRET 5/2001: von KONKRET

Wie kann Ihnen ein derartiger faux pas unterlaufen, beim »Sieg im hessischen Kommunalwahlkrieg« (»Linke an die Macht«) nur, dies allerdings völlig zu Recht, auf Georg Fülberths Mandat im hiesigen Kreistag hinzuweisen (dem übrigens ein weiteres zur Seite steht). Aufsehenerregender ist für mich der Einzug der PDS-Liste in den Frankfurter Römer. Weil hier nämlich der beste Kommunalpolitiker weithin eingezogen ist: Eberhard Dähne. Ökolinx und Jutta Ditfurth müssen erst noch beweisen, daß sie außer Sektierertum, wie in ihrem unerträglichen Wahlkampf, noch andere Qualitäten haben.

Johannes M. Becker

Marburg

Wie genau

KONKRET 1/2001: »Lacht Sisyphos?« – Interview Hermann P. Piwitts mit Hermann L. Gremliza

Ein wenig verspätet bedanke ich mich für den Abdruck des Interviews. Es war eine in ihrer Kürze und Genauigkeit überaus lesenswerte Zusammenfassung dessen, was an Ansichten und Verhaltensweisen einem Menschen von An- und Verstand geziemt. Daran kann man viele Leute messen, vor allem aber diejenigen, welche unter dem Label »Linke« frei herumlaufen. Es ist Gremliza in zwei Sätzen gelungen, zu zeigen, worin der »lupus in fabula« liegt: was dem Marxschen Sozialismus mit Notwendigkeit vorgeordnet ist und was realiter nach Leninscher Erkenntnis gilt.

Samy Yildirim

Zaandam/Niederlande

Wie grün

KONKRET 4/2001: hier KONKRET und »Größter Anzunehmender Unfug« von Joachim Rohloff

Grrr ..., wie Grün und Größenwahn, grundverkehrt und Grabesstille. Giftgrün wird auch die Galle sein, die mir hochkommt, wenn ich über grünen Vertrauens- und Machtmißbrauch lese. Es schmerzt zu spüren, daß die Sonnenblume in Wirklichkeit nur eine rote Rose ist, mit Dornen. Die Grünen sind keine Volkspartei, sagt Antje Radcke, und sie hat recht, die Grünen sind eine Volksverarschung.

Ottmar Schäfer

Arhus/Dänemark

Konkret 06/01, S. 9

Hermann L. Gremliza

Gerdi Tony Berlusconi

Die Italiener haben Anschluß gefunden. Was Briten und Deutsche können: Blair und Schröder, das können sie auch: Berlusconi. Mag sein, der ist ein Faschist, und die beiden anderen sind es nicht – welchen Unterschied soll das machen? Er wird keine Gegner foltern lassen, keine Parteien verbieten, keine Konzentrationslager einrichten, auch keine Kriege anfangen oder doch nicht häufiger als seine demokratischen Vorgänger. Faschismus ist kein Vorwurf mehr. Als er es noch war, sollte er abschrecken: die Faschisten von frechem Bekenntnis, ihre Sympathisanten vom Wählen, konservative Parteien von Bündnissen. Und ein bißchen hat er das auch getan, weil er im Wettbewerb der Systeme und ihrer Produkte die Reputation schädigte.

Für die NPD und das Ansehen der deutschen Nationaldemokratie in der Welt wird das noch ein Weilchen gelten. Im übrigen ist der Vorwurf, der heute das Ansehen ruiniert, der des Antifaschismus. Wer dessen überführt oder nur verdächtig ist, kann seine Bewerbungsunterlagen einpacken. Was die dreigeteilte Staatsgewalt zu Zeiten des Radikalenerlasses mit vereinter Gewalt und großem Getöse niedergemacht hatte, wird heute geräuschlos entsorgt, ohne Pathos und Hingabe, mit Ennui und Verachtung. Ein Antifaschist? Wie eklig, wie vorgestrig, wie langweilig. Und so ab vom Diskurs.

Hingegen bietet der Verdacht, einer sei Faschist, jederzeit Gewähr für Leistung, Ordnung, Disziplin, für Kraft durch Freude, ‘tschuldigung: Fitness durch Fun, Schutz vor Gefahren von außen und innen, vor Negern und Juden (die Anwesenden, die unseren Hauptschülern am PC helfen und unseren Exporteuren gegen den Jüdischen Weltkongreß, einmal ausgenommen). Wer die Beschäftigungspolitik des Führers ordentlich findet und die Gesinnungstreue von SS-Männern vorbildlich, wird den Standort nie im Stich lassen. Österreich, das als letztes Opfer pflichtgemäßen Antifaschismus’ auserkoren schien, wurde nicht trotz, sondern wegen der SS-Freunde in seiner Regierung zum Musterstaat, zu einem Modell von einer Demokratie, an dem die Bürgerpresse ganz Europas ihrem politischen Personal die Honneurs beibrachte, mit denen es den Wahlsieger Berlusconi empfangen sollte. Nazis in der Regierung, hat das Wiener Beispiel gelehrt, machen die Demokratie nur noch demokratischer.

Ein wenig gedämpft wird die Freude der herrschenden Klasse über das neue Regime in Rom dennoch dadurch, daß der große Restaurator Berlusconi, anders als seine Kollegen Blair und Schröder, von rechts kommt, weshalb er die politischen Organisationen der Unterklassen und die mit ihnen sympathisierende Intelligenz weniger mit- als aufgebracht hat. Ist nicht zu befürchten, daß der Verlust ihrer Privilegien die ehemaligen Sozialdemokraten der PDS (vormals PCI) vom Weg in den Anale Grande der Bourgeoisie abbringen könnte? So lautlos wie in England und Deutschland, wo die rechte Opposition an ihrer klammheimlichen Freude fast erstickt, oder in Österreich, wo die vor die Tür der Macht gesetzten Sozialdemokraten aus alter Gewohnheit einfach weiter mitregieren, wäre dann in Italien gegen eine linke Parlamentsorganisation die Reform des Sozialstaats zum Polizeistaat vielleicht nicht durchzusetzen.

Noch weiß man nicht, was passiert, wenn es keine mittellose Labour Party ist, die medizinische Versorgung unbezahlbar macht, sondern die Regierung eines Premiers, von dem es heißt, er besitze viele Milliarden Dollar*; wenn eine Regierung gegen Arbeitslose mobil macht, in der kein Genosse aus der IG Metall das Ministerium für Soziales verwaltet, sondern der ehemalige Rausschmeißer eines Konzerns; wenn den Aufruf an die Mütter der Nation, ihre Kinder strenger zu erziehen, eine Signorina Mussolini erläßt und nicht die Gattin eines sozialdemokratischen Kanzlers?

Materiell geht es um Bereicherung der Reichen, um Entrechtung der Armen, der Alten, der Fremden, der Schwachen. Ideologiepolitisch geht es darum, die Vorzüge des Hitlerjungen für die Demokratie zu aktivieren. Nach dem Marxismus-Leninismus, dem äußeren Feind, wird der innere liquidiert, der da heißt Aufklärung und kritische Theorie, nach dem bolschewistischen Anteil an der Kritik der Gesellschaft unterm Kapital kommt der jüdische dran. Die autoritäre Persönlichkeit, vor der Adorno und andere gewarnt haben, weil ihr Charakter für faschistische Propaganda so sehr empfänglich ist, wird Leitbild, aus jedem philosophischen oder soziologischen Institut der größte Depp, wenn er nur sein Schweißhändchen an der kritischen Theorie abwischt, mit Preisen und Orden behängt.

All die Tugenden, die zeitweilig in Verruf gekommen waren, weil sich mit ihnen Konzentrationslager hatten betreiben lassen: Fleiß, Disziplin, Treue, Bescheidenheit, Gehorsam, sie sind zu »traditionellen Werten« veredelt. Wenn der Bundeskanzler über »das Recht auf Faulheit« mault wie der Führer einer Reichsarbeitsfront, stöhnt ihm eine emsige Volksgemeinschaft beglückt entgegen. Wenn seine vierte Frau Gemahlin zu strenger Erziehung aufruft, geht ihr ein Rudel prominenter Eltern bei Fuß. Der Quizmaster Günter Jauch versichert: »Die Kinder spielen Klavier, müssen täglich üben«, sein Kollege Johannes Kerner bekennt sich zu »den überlieferten Werten unserer Elterngeneration«, die Ansagerin Petra Gerster legt »Wert darauf, daß meine Kinder bitte und danke sagen«, und der Fußballer Rudolf Völler rät: »Früh ins Bett und kein Handy«. Derweil der Kanzler Krieg führt und den Mob scharf auf Faulenzer macht, treten Skinheads mit tätowierter Reichskriegsflagge Obdachlose tot. Und während Frau Schröder-Köpf Zucht ins Kinderzimmer bringen will,

begehen in der Bundesrepublik jedes Jahr ein paar hundert Kinder Selbstmord, werden in zwei von drei Familien die Kinder geprügelt, werden einige tausend von ihren Eltern so schwer mißhandelt, daß Nachbarn die Polizei rufen.

Helmut Kohls »geistig-moralische Wende« zu vollenden, über die anno 1982 der Hohn der Sozialdemokraten, der Grünen und der Intellektuellen sich ergoß, bedurfte es der Sozialdemokratie, der Grünen und der Intellektuellen. Nur wer die Schrecken des Kinderladens durchgemacht hatte, durfte mit Fug sagen, wie heilsam dann und wann eine Ohrfeige ist. Und wem nimmt man eher ab, daß Arbeit adelt und Leistung sich wieder lohnen muß, als einem Minister, der sich vom Bücherklau ernährt hat?

Mit solchem Personal kann Berlusconi nicht dienen. Das ist sein Handicap. Scheitern muß er daran nicht. Wenn die ersten Reaktionen seiner oliven Gegner nicht täuschen, werden deren oppositionelle Bemühungen vor allem dem Problem gelten, ob der Ministerpräsident und Konzernherr Politik für sein Land und Geschäft für sein Konto ordentlich auseinanderhält, oder, in der großen Koalition schwarzbrauner und grüner Worte gesprochen: ob er tugendhaft genug ist, die traditionellen Werte glaubwürdig zu vertreten. Gesellschaftskritik im Jahr 2001 ist Steuerprüfung. Und die können auch Faschisten bestehen.

Konkret 06/01, S. 10

Herrschaftszeiten

Klüger als die Kfor erlaubt

3. Februar, »La Stampa«, Interview mit Slobodan Milosevic:

Frage: Was ist Ihre persönliche Meinung zu den Vorgängen in Jugoslawien in den letzten zehn Jahren?

Antwort: Westeuropa unter Führung Deutschlands – und besonders Deutschland selber – haben, berauscht vom Sieg im Kalten Krieg, von der Vereinigung nach dem Fall der Berliner Mauer, der Zerstörung des Warschauer Pakts und der Sowjetunion, sich nach Osten gewandt mit dem Ziel, ihn ökonomisch und politisch zu unterwerfen ...

Jeder kann sehen, daß jene Teile Jugoslawiens, die einst mit Hitler verbündet waren, volle ökonomische und politische Unterstützung erhielten, einschließlich der schnellen Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, später der Bosnien-Herzegowinas, während die Teile, die gegen Hitler gekämpft hatten, bestraft und nie gekanntem Druck unterworfen wurden ... Auf dem Balkan ist der Zweite Weltkrieg mit fast einem halben Jahrhundert Verspätung zu Ende gegangen.

Allahlei Waffenbrüder

16. März, Pressemitteilung:

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Walter Kolbow, reist am 17. März zur Teilnahme an der 5th International Defence Exhibition 2001 (IDEX) in die Vereinigten Arabischen Emirate. Auf der wehrtechnischen Messe in Abu Dhabi werden Systeme und Geräte für Land- und Seestreitkräfte vorgestellt. Ca. 50 deutsche Firmen und Konsortien nutzen dieses Forum, um ihre Produkte zu präsentieren. Zur Unterstützung der deutschen Interessen und zur Demonstration industrieller Leistungsfähigkeit wurde auch in den Vorjahren jeweils ein Flottenverband der deutschen Marine nach Abu Dhabi entsandt. Der Parlamentarische Staatssekretär Kolbow wird in den Vereinigten Arabischen Emiraten Gespräche zur Entwicklung der bilateralen Zusammenarbeit und der Lage in der Region führen. Dazu ist beabsichtigt, mit dem Kronprinzen von Abu Dhabi, Sheik Khalifa bin Zayed A-Nahiyan, dem Verteidigungsminister und Kronprinzen von Dubai, General (Sheik) Mohammed bin Rashid Al Aktoum, dem Staatsminister für Auswärtiges, Scheich Hamdan Bin Zayed Al Nahyan, und dem Chef des Generalstabes der Streitkräfte, Generalleutnant Sheik Mohammed bin Zayed Al-Nahiyan, zusammenzukommen.

Die nationale Idee ist von Adolf Hitler extrem mißbraucht worden. Aber wenn sich Deutsche jetzt wieder zur Nation bekennen, was heißt das denn? Es bedeutet, sie stehen zu ihrer Geschichte.

Edmund Stoiber, Ministerpräsident von Bayern

Brave New World (1)

18. April, »Frankfurter Allgemeine«:

Wer über Kindersklaven spricht, der denkt wohl zuerst an jene Ärmsten, die in Indien und Pakistan Tag für Tag Schwerstarbeit verrichten müssen, vielleicht auch an Bangladesh oder Brasilien. Dabei muß man die Augen schon ziemlich fest verschließen, um zu verdrängen, daß der Menschenhandel an der Westküste des Schwarzen Kontinents seit Jahren eine Renaissance erlebt. Ausgerechnet dort, von wo früher schwarze Sklaven nach Europa und Übersee verschifft wurden, haben die rohen Kräfte des Marktes denen Auftrieb gegeben, die in ländlichen Gebieten für wenige Dollars Kinder kaufen und diese dann in billige Arbeitskräfte begehrenden Gegenden wieder verkaufen können. Allein in der Elfenbeinküste arbeiten auf den Kakaoplantagen tausend Kinder, die nicht einmal zehn Jahre als sind.

Home of the Brave

19. April, »Süddeutsche Zeitung«:

Als George W. Bush endgültig die Macht übernommen hatte, wurden Stimmen laut, die des Präsidenten Desinteresse an allem beklagten, was sich außerhalb der amerikanischen Grenzen abspielte. Jetzt aber zeigt sich, daß Bush, der immerhin recht flüssig Spanisch spricht, geradezu polyglott und weltläufig ist im Vergleich zum Gros seiner Untergebenen. Die nämlich, die für Bush eigentlich flächendeckend die Überwachung des nichtamerikanischen Restglobus erledigen sollen, können mit ihren Tonnen von Abhörprotokollen und geheimen Mitschnitten terroristisch-konspirativer Unterredungen offensichtlich gar nichts anfangen. Denn die Gespräche der meisten Feinde Amerikas werden naturgemäß nicht auf

Englisch geführt. Das aber ist wiederum die einzige Sprache, die CIA- und FBI-Angestellte verstehen. So hatten die US-Behörden 1993 Telefongespräche aufgezeichnet, die auf die Planung eines Bombenanschlags im World Trade Center hinwiesen. Leider beherrschte keiner der zuständigen Beamten Arabisch, und die Bombe ging pünktlich hoch. Weil die Geheimdienste sich zierten, Zuwanderer in ihren Dienst zu nehmen, die obskurer Sprachen mächtig sind, wurden die USA auch von den pakistanischen Atomtests vor drei Jahren völlig überrascht. Alle Vorwarnungen in Hindi waren ohne Übersetzung liegen geblieben.

Brave New World (2)

20. April, »BBC World Service«:

Die Londoner Hilfsorganisation »Rettet die Kinder« hat erklärt, daß Tausende albanischer Kinder und junger Frauen als Sex-Sklaven in europäische Länder verkauft worden sind. Allein in Italien gebe es heute 15.000 albanische Prostituierte. In den ländlichen Gebieten Albaniens gingen aus Furcht vor Kidnappern bis zu neunzig Prozent der Mädchen nicht zur Schule.

Alle diese Themen machen mich wahnsinnig, BSE, die quälerische Tierhaltung, die KZ-Hühner.

Eckart Witzigmann, deutscher Meisterkoch

Freiheit der Anderszitierenden

20. April, Pressemitteilung der Rosa-Luxemburg-Stiftung:

Kein anderer Satz von Rosa Luxemburg ist wohl so oft zitiert worden: »Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden.« Auf diese Worte aus einer Randbemerkung zu ihrer Schrift »Zur russischen Revolution«, entstanden im Gefängnis von Breslau im Jahre 1918, berufen sich bis heute politische Kräfte verschiedener Couleur von links bis rechts. Doch es dürfte sich um eines der am wenigsten korrekt wiedergegebenen Zitate der Zeitgeschichte handeln. Darauf macht die kürzlich erschienene textkritische Ausgabe der »Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution«, veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, aufmerksam. In dieser wird die berühmte Randbemerkung ergänzt wiedergegeben: »Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden, sich zu äußern.« Die Ergänzung »sich zu äußern« sei immer übersehen worden von denjenigen, die Rosa Luxemburgs Text nach ihrem Tod 1919 herausgaben.

Münchner Freiheit

22. April, »Mona Lisa« (ZDF):

Der Tatort war in München, Zenettistraße, 13. Januar, ein Uhr nachts. Etwa 60 rechtsradikale Schläger fallen über einen jungen Griechen her, schlagen brutal auf ihn ein. Fünf junge Türken beobachten den Vorfall, greifen ein. Zwei von ihnen können dem blutüberströmten Opfer das Leben retten. Die Presse feiert sie als Helden, der Oberbürgermeister von München, Christian Ude, würdigt ihre Verdienste: »Es gehört wirklich ein unglaublicher Mut dazu, zu viert oder zu fünft über die Straße zu gehen, wenn auf der anderen Seite schon zwei Dutzend Skinheads mit aller Brutalität auf einen wehrlos am Boden Liegenden einschlagen.« Eine Medaille sollten sie erhalten.

Schon einen Tag später tauchen die Fotos der fünf Lebensretter auf einer Homepage der Rechtsradikalen im Internet auf. Mit Schrecken müssen die jungen Türken erkennen, daß die Neonazis Jagd auf sie machen. Auf unerklärliche Weise sind rechtsradikale Skins auch an die Handynummer des Türken T. herangekommen. Die Folge war Telefonterror per SMS. Vor dem Tag X hatte T. einen kleinen Lottostand, bis Rechtsradikale drohten, ihn in die Luft zu sprengen. Heute steht der Stand leer. Dadurch hat T. jetzt 40.000 Mark Schulden am Hals, die übliche Kaution an die Lotteriegesellschaft für solch einen Laden. Der Laden ernährte seine ganze Familie. Jetzt hat er durch seine mutige Tat seine Existenz verloren.

Irgendwo in München verbarrikadiert sich T.s Familie. Sie gehen kaum noch auf die Straße.

Joschka II.?

25. April, »Frankfurter Rundschau«:

Wenige Tage nach dem Bombenanschlag auf ein jugoslawisches Reisebüro in Pristina hat die internationale Kosovo-Polizeitruppe zugegriffen. Bei einem Großeinsatz holte sie einen Deutschen aus seiner Wohnung im Stadtteil Dardania. Der Mann wird verdächtigt, Bombenleger albanischer Extremisten zu sein ... Für die UN-Polizei kommt er als Mittäter bei weiteren Anschlägen in Betracht ... Die Ermittler sind überzeugt, daß es Hinterleute geben muß. B. habe im Krieg in der Region Shala, nördlich von Kosovska Mitrovica, mit der kosovo-albanischen UCK-Miliz gegen serbische Einheiten

gekämpft, berichtete die Tageszeitung Koha Ditore. Noch früher habe sich der Mann, der in Deutschland polizeibekannt sei, als Söldner zu Einsätzen in Bosnien-Herzegowina und Kroatien gemeldet. Das kosovo-albanische Blatt brachte den Deutschen unter Berufung auf Polizeiquellen auch in Verbindung mit dem Anschlag auf einen serbischen Bus-Konvoi, bei dem Mitte Februar unweit der Verwaltungsgrenze zu Südserbien mehrere Menschen getötet worden waren.

Rassenlehre

26. April, »SoZ«:

Das Bundesvertriebenengesetz hat seit seiner vorletzten Novellierung 1993 deutlich gemacht, daß Funktionsträger der totalitären Regimes in Osteuropa kein Anrecht hätten, als Spätaussiedler deutschen Blutes anerkannt zu werden. Am 1. Januar trat eine weitere Verschärfung in Kraft. Paragraph 5 Absatz 2b und 2c schließt »deutsche Volkszugehörige« vom »Erwerb der Rechtsstellung eines Spätaussiedlers« aus, wenn sie »in den Aussiedlungsgebieten Funktionen ausgeübt haben, die für die Aufrechterhaltung des kommunistischen Herrschaftssystems gewöhnlich als bedeutsam galten« oder mit »Inhabern einer solchen Funktion mindestens drei Jahre in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben«.

Deutsches Recht (1)

3. Mai, »Taz Hamburg«:

Vier 16 bis 19 Jahre alte Skinheads sind in Rendsburg trotz eines aus rassistischen Motiven verursachten Autocrashs mit Arreststrafen zwischen drei und vier Wochen und Zahlung eines Schmerzensgelds in Höhe von insgesamt 7.000 Mark davongekommen. Sie hatten vor knapp eineinhalb Jahren das Fahrzeug eines 23 Jahre alten Türken gerammt, so daß der Pkw gegen einen Laternenpfahl geschleudert war. (Der Türke) und seine 21 Jahre alte Freundin hatten dabei schwerste Verletzungen und bleibende gesundheitliche Schäden erlitten. Das Gericht wertete den Vorfall jedoch nur als Autorennen und nicht als rechtsradikalen Anschlag. Zwar sei unstreitig, daß der Fahrer des Wagens von seinen Mitangeklagten während der Fahrt aufgefordert worden sei, den Ausländer »platt zu machen«, doch habe nach Auffassung des Gerichts keine Absicht vorgelegen, den Türken in einen Unfall zu verwickeln.

Deutsches Recht (2)

3. Mai, »Taz Hamburg«:

Im Flensburger Verfahren gegen zwei Skinheads, die am 12. September vorigen Jahres auf den Schleswiger Königswiesen einen 45jährigen Obdachlosen durch Schläge und Tritte getötet haben, hat die Freundin eines Angeklagten die Beschuldigten als »unpolitisch« bezeichnet: »In meinen Augen sind das auch keine Skinheads, sondern allenfalls Leute, die etwas gegen Scheinasylanten haben.« Im Gegensatz zu ihr sagte eine andere 18jährige, die beide Skinheads flüchtig kennt, diese hätten »ab und zu« in deren Stammkneipe die Hand zum Hitlergruß erhoben. Da die Skins zu Prozeßbeginn gestanden hatten, stark alkoholisiert auf den Mann im Streit eingeschlagen zu haben, sieht die Staatsanwaltschaft keine rechtsradikalen Motive.

Pat Himmler jagt Adolf the Kid

4. Mai, »Schwäbische Zeitung«:

Täterforschung wird in der Zentralen Stelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg künftig großgeschrieben. Eine Forschungsstelle des Historischen Instituts der Universität Stuttgart hat in der europaweit größten NS-Fahndungsstelle ihre Arbeit aufgenommen und will die »Verwicklung ganz gewöhnlicher Deutscher in den Holocaust« wissenschaftlich aufarbeiten. Dabei sollen die umstrittenen Thesen des Amerikaners Daniel Goldhagen über »Hitlers willige Vollstrecker« auch auf den Prüfstand kommen. Die Frage laute: »Hat Goldhagen recht mit seiner These vom quasi naturwüchsigen Antisemitismus der Deutschen, oder ist der Osten als gesetzloser Raum betrachtet worden wie einst der Wilde Westen?«

Shopping-Touren zum Polenmarkt Stettin

Anzeige in Springers »Hamburger Abendblatt«

Konkret 06/01, S. 12

Freerk Huisken

Die Faulen sind unser Unglück

Der Kanzler hat durchaus etwas gegen Arbeitslosigkeit, damit aber nicht viel Erfolg. Nun hat er die Schuldigen dafür gefunden

1. Schröders rotgrüne Regierung ist mit dem Versprechen angetreten, die Arbeitslosigkeit bis zum Herbst des Jahres 2002 von etwa 4,5 auf 3,5 Millionen Arbeitslose zu senken. Der forsche Kanzler hatte gar 3 Millionen im Visier, ist aber von seinen Beratern, die sich weniger mit der politischen Ökonomie des nationalen Kapitalstandorts als mit der politischen Psychologie von Wahlen auskennen, zurückgepfiffen worden. Inzwischen erweist sich selbst die Zurückhaltung der Kanzlerberater noch als ziemliche Übertreibung. Trotz eifriger Anstrengungen des »Bündnisses für Arbeit« wollen die Zahlen der Nürnberger Anstalt einfach nicht aufs Wort des Kanzlers »der Mitte« hören, was diesen ärgerlich gemacht und zu der bekannten Beschimpfung von Arbeitslosen bewogen hat, daß ihnen ein »Recht auf Faulheit« nicht zustehe.

Es steht also der rotgrüne Kampf gegen Arbeitslosigkeit wieder einmal auf dem Prüfstand. Dabei haben linke Durchblicker immer schon gewußt, daß es der Regierung der »Arbeiterverräter« ohnehin nicht ernsthaft um Arbeitsplätze geht. Sie entnehmen solchem Mißerfolg der nationalen Arbeitsplatzbeschaffungspolitik, daß Schröder, Eichel oder Riester nur daran interessiert sind, die Multis zu bedienen. Die Betroffenen und ihre Vertretungen halten dagegen an der Kanzlerbeteuerung fest, sehen darin den politischen Willen, etwas gegen ihre Notlage zu unternehmen, halten sich für die Adressaten dieser Politik und entnehmen den wenig ergiebigen Anstrengungen, daß diese intensiviert werden müssen.

2. Beide Seiten liegen falsch: Weder erschöpfen sich Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik im Dienst an den hiesigen Kapitalisten, noch fallen die staatliche Sorge um Arbeitsplätze und das Interesse von Lohnarbeitern an regelmäßigem Einkommen durch abhängige Beschäftigung zusammen. Wenn die Politik – und darin unterscheidet sich die eines Schröder nicht von der eines Kohl – der Arbeitslosigkeit den Kampf ansagt, dann meint sie es ernst. Sie hat für ihre »Beschäftigungsoffensiven« ihre ganz eigenen Gründe und zwar gleich mehrere. Alle resultieren sie aus der nationalstaatlichen Raison der politischen Verwaltung des kapitalistischen Gemeinwesens – was immer auch im Wahlkampf wem »versprochen« wird.

Zum einen müssen die Arbeitslosen – wie es heißt – »von der Straße«. Da lungern sie zwar deshalb selten herum, weil Arbeitslosigkeit inzwischen erfolgreich zum Fulltimejob ausgestaltet worden ist, der sich auf Arbeitsämtern, in Personalbüros, bei sozialen Einrichtungen und in der staatlich verordneten Gelegenheitsarbeit abspielt. Dennoch gibt das Bild von der »Straße« eine Staatssorge wieder: Mit dem Anwachsen der Anzahl der »sozial Schwachen« im Lande wächst die Unzufriedenheit, kommt es zu Protestwahlen, werden – nicht zufällig – rechtsextreme Parteien für deutsche Lohnbürger wählbar und beeinträchtigen damit bereits die Bequemlichkeit des Regierens. Zwar wird nicht befürchtet, daß die politische Stabilität der Herrschaft in Gefahr gerät, doch gemessen am Ideal eines Volkes, das durch die »Disziplin der Fabrikarbeit« dauerhaft und umfassend in die Pflicht genommen wird, das jede Beschäftigung auf dem Konto »guten Regierens« verbucht und das deswegen nicht auf dumme Gedanken kommt, leidet die Produktivkraft »Volksgehorsam« schon ein wenig.

Zum anderen entdeckt die politische Führung in der nationalen Arbeitslosigkeit ein staatsmaterielles Problem. Arbeitslose kosten, Millionen von ihnen kosten mehr und wachsen sich zur Belastung für den Sozialstaat aus. Dem Umstand, daß Unterhaltsgelder für Arbeitslose immer dann vermehrt ausgezahlt werden müssen, wenn sie nur noch vermindert in die sozialen Kassen fließen, entnimmt die rotgrüne Regierung – wie schon ihre Amtsvorgängerin – nicht die wachsende Not der Lohnabhängigen ohne Arbeit, sondern eine Notlage des Haushalts des Sozialstaats. Der wird abgeholfen durch das Bündel jener Maßnahmen, die politisch als »Reform des Sozialstaats« gefeiert und von der Lohnarbeiterschaft als neue Qualität ihrer Verarmungskarriere – von der Arbeit über die Arbeitslosigkeit zur Sozialhilfe: Es lebe das Abstandsgebot! – erfahren werden.

Dem ist zum dritten und endgültig zu entnehmen, daß sich Arbeitslosigkeit auch für Rotgrün vornehmlich als entgangene Staatseinnahmen aus Lohnarbeitereinkommen und als entgangener Beitrag zum Wachstum des nationalen Kapitals buchstabiert. Das eint Staat und Kapital im »Bündnis für Arbeit« und überzeugt auch eine deutschnationale Gewerkschaft: Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit muß sein, sofern sich dadurch das nationale Wirtschaftswachstum und die Finanzmacht des Staates stärken lassen. Existenznöte von entlassenen, chronisch von Entlassung bedrohten und mit ihr erpreßten Arbeitern sind das Thema des »Bündnisses« nicht.

3. Allerdings weiß auch die rotgrüne Regierung, daß »die Wirtschaft von der Wirtschaft gemacht wird«, wie einst ein liberaler Vertreter der Vorgängerregierung so unnachahmlich formuliert hat. Der Sache nach schafft die Regierung die Arbeitsplätze nicht, die sie für ihre politökonomischen Anliegen braucht, sondern richtet allein günstige Bedingungen für

Beschäftigung ein. Das Einstellen selbst ist und bleibt wie das Ausstellen die Sache der kapitalistischen Betriebe. Die nehmen die im »Bündnis für Arbeit«, in der Soziallegislative und in den Tarifauseinandersetzungen offenbarte Bereitschaft, das Lohnniveau der Nation direkt und zusätzlich indirekt – über Absenkung von Lohnnebenkosten, Flexibilisierung der Arbeitszeit, Einrichtung von Teilzeitarbeit, »betriebsnahe Tarifpolitik« und entsprechende Korrekturen am Sozialstaat – zu senken, erfreut als neue Größen für ihre betriebliche Kalkulation zur Kenntnis. Nicht mehr und nicht weniger. Das ist eben das Schöne an der Macht des Privateigentums: Allein aus seinen Rentabilitätsberechnungen ergibt sich, ob die staatlich verbesserten Bedingungen für Beschäftigung tatsächlich zu Einstellungen führen oder eben nicht. Abgesenkte Kosten für Arbeit erfüllen fürs Kapital nämlich nicht zwangsläufig das Kriterium der rentablen Arbeit. Dieses bestimmt sich ganz aus dem Verhältnis zwischen den Kosten der Arbeit und ihren Erträgen, die wiederum eine Sache der mit viel Maschinen und Automaten ins Werk gesetzten Produktivität der Arbeit sind. Und in die Kalkulation dieser besonders verdienstvollen Wirtschaftssubjekte will sich Schröder nicht einmischen – so ärgerlich für ihn der Umstand auch ist, daß die Anstrengungen seiner Beschäftigungspolitik ganz aufgehen in der Bereitstellung einer verbilligten Arbeitsklasse, der Erfolg seiner Beschäftigungspolitik aber davon abhängt, inwieweit das national angelegte Kapital die Sonderangebote deutscher Standortpolitik zur Schaffung von Arbeitsplätzen nutzt. Denn allemal rangiert auch für die rotgrüne Regierung das Ziel »Wachstum« vor dem Ziel »Beschäftigung«.

Vom Erfolg des national akkumulierenden Kapitals wissen die Hüter des Staatshaushalts ihre (Finanz-)Macht abhängig: Steuereinkommen, den Wert der nationalen bzw. national gültigen Währung und die Verschuldungsfähigkeit hängen ganz am »Wachstum«, das das hiesige Kapital gegen den Rest der Welt erkämpft. Und an der staatlichen Freiheit in der Verfügung über Staatsknete hängt dann wieder einiges, was die Politik für das Ziel »Beschäftigung« unternimmt: Staatliche Lohnsubventionen, Entlastung der Betriebe von Lohnnebenkosten oder auch ein »zweiter Arbeitsmarkt« wollen finanziert sein. Es ist schon etwas dran, wenn Schröder mit der Beschwörungsformel hausieren geht, Beschäftigung hinge am Wachstum. Denn ohne Wachstum geht Beschäftigung, die fürs Kapital rentabel ist, wirklich nicht. Was aber an Beschäftigung mit Wachstum geht, das hängt nicht zuletzt – wie gezeigt – von den allseitigen Anstrengungen ab, das nationale Lohnniveau weiter abzusenken. Für den einkommensabhängigen Teil des Volkes bleibt es also auf jeden Fall immer bei der trostlosen Perspektive, entweder beschäftigt nur ein bißchen ärmer zu werden oder unbeschäftigt gleich ganz erheblich.

4. Ein gutes Jahr vor der nächsten Bundestagswahl ziehen nun Regierung und Opposition schon mal Bilanz. Die Opposition hämisch, die Regierung demonstrativ forsch-optimistisch. Das Versprechen von den 3,5 Millionen Arbeitslosen kommt erneut auf den Tisch. Und erneut will niemandem auffallen, daß es für sich schon ein Skandal ist: Mit dem Versprechen, etwa eine Million Menschen wieder in Arbeit und Brot zu setzen, wird die Nation an den Gedanken gewöhnt, sich ab sofort mit einer dauerhaften »Sockelarbeitslosigkeit« von 3 bis 4 Millionen abzufinden. Es will sich Schröder glatt positiv anrechnen lassen, daß der Pauperismus in der Republik um eine ständig steigende Zahl absolut überflüssiger Arbeitskräfte bereichert wird, wenn es ihm gelingt, einige Hunderttausend in Lohnarbeit unterzubringen.

Nun, da immer deutlicher wird, daß die Schröder-Vorgabe nicht zu verwirklichen ist, steht neben dem staatlichen Beschäftigungsanliegen zusätzlich des Kanzlers Glaubwürdigkeit auf dem Spiel. Die ist für Politiker ein sehr hohes, wenn nicht gar das höchste Gut, da sich mit ihr die Wertschätzung des Inhabers eines Staatsamtes von der sachlichen Bilanz seiner Politik trennen läßt. So zeichnet sich denn auch das Programm, das Schröder Anfang April vorgelegt hat, nicht durch neue Beschäftigungsinitiativen, sondern durch die öffentliche Besprechung von Schuldfragen aus: Wo »die Politik« – also der Kanzler mit seinem »Bündnis für Arbeit« – alles, was in ihrer Macht liegt, unternommen hat, wo »die Wirtschaft« kooperativ war und aus den Angeboten das Beste gemacht hat, was die Weltwirtschaftslage zuließ, da liegt es für Schröder auf der Hand, daß hier nur eine Fraktion versagt hat – die Arbeitslosen selber.

Diese seine Publikums- und Wählerbeschimpfung soll man folgendermaßen verstehen: Da hat er, der Kanzler, an die Finanzen und die Lohnkosten gedacht, hat den Sozialstaat umgekrempelt und die Nähe zu Kapital und Gewerkschaft gesucht, da hat er Stunden um Stunden mit den Interessengruppen um Kompromisse gerungen – und nun geht sein beschäftigungspolitisches Werk daran zuschanden, daß es den Arbeitslosen, denen doch die ganze Anstrengung galt, an der nötigen Einstellung zur Arbeit fehlt. Faul sind sie, weil einfach nicht bereit, jede Arbeit, egal zu welchem Lohn, egal zu welchen Arbeitsbedingungen, egal für welche Qualifikation und egal an welchem Ort anzunehmen! Eine faule Bande ist es, die dem Arbeitsplatzangebot in den Zeiten harter nationaler Standortkonkurrenz immer noch wählerisch gegenübersteht, gar daran denkt, wie sie von dem Lohn die Familie ernähren, wie sie selbst die Arbeit leisten und aushalten und einen Ortswechsel finanzieren soll!

So werden die Adressaten des Kanzlerversprechens zur Ursache seines Scheiterns erklärt. Und da die moralische Verurteilung aus diesen Ärmsten der armen Schweine Volksschädlinge macht, an deren verfehlter Anspruchshaltung nationale Politik scheitert, weiß der Kanzler auch gleich, welche Strafe sie verdient haben: Kompromißloses Anziehen der »Zumutbarkeitsklauseln« – wie diese institutionalisierte Form von Erpressung mit chronischer Geldnot treffender Weise heißt! Wer nicht nimmt, was angeboten wird, verliert das Recht auf Arbeitslosenunterstützung, soll also dann mit zusätzlicher Verarmung bestraft werden, wenn er gerade dem Arbeitsamt mal einen Korb gibt, weil er sich die mit dem neu

»zugemuteten« Arbeitsplatz drohende Existenznot nicht leisten kann. So wird die Beschäftigungspolitik ergänzt um eine rotgrüne Variante der »geistigen Wende« Kohls: Arbeitslose haben mit neuer Anspruchslosigkeit einen beschäftigungspolitischen Auftrag, nämlich das Versprechen, das Schröder ihnen gegeben hat, selbst zu erfüllen.

5. »Faulenzen, aber immer – wenn das bedeuten soll, sich der Lohnarbeit, mithin auch der Konkurrenz zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten zu verweigern!« So lautet das Echo leider nicht, das aus den Reihen der Angesprochenen zu hören war. Und zwar nicht deswegen nicht, weil sie im »Lob der Faulheit« nur die alberne Umdrehung der kapitalistischen Fleißmoral entdeckt hätten, sondern weil ihnen die Schröderschelte an ihre proletarische Ehre gegangen ist. Das will sich heute kein deutscher Arbeitsloser sagen lassen – und die Arbeiterinnen sind nicht ausgenommen – , daß er sich vor Lohnarbeit drücken würde. Stellvertretend für sie hat sich denn auch prompt der oberste Verwalter der Arbeitslosigkeit in die Bresche geworfen. Jagoda (CDU) von der Nürnberger Behörde, der sich von der Kritik auch angesprochen fühlte und wohl auch angesprochen war, konterte – und zwar ganz auf der Linie, die der Kanzler vorgegeben hatte. Versäumnisse will er sich nicht nachsagen lassen und rechnet deswegen Schröder säuberlich vor, daß seine Behörde den »faulen Arbeitslosen« schon immer – im vergangenen Jahr insgesamt zehn Prozent – die Stütze gekürzt hat. Folglich sei der Angriff auf die Arbeiterehre der Unbeschäftigten durch den Kanzler verfehlt (so sehr sie vielleicht auch der Arbeiterehre der Beschäftigten entspricht): Deutsche Arbeiter sind nicht faul, vermeldet Jagoda, weil seine Behörde schon längst dafür sorgt, daß sie gar nicht anders können, als jede Arbeit anzunehmen, die ihnen angeboten wird.

6. Am 1. Mai hat der Kanzler noch einmal in die öffentliche Debatte über seinen Vorwurf der Faulheit eingegriffen und ihn relativiert: Die Ossis wollte er von ihm ausgenommen wissen, verkündete er im Osten der Republik, denn die hätten es wegen des Umbruchs immer noch besonders schwer, weswegen er auch noch ein paar Milliarden zwecks Herstellung blühender Landschaften locker gemacht habe. Allerdings hat er nun weder diese Milliarden an die Ossis verteilt noch ihnen das Versprechen gegeben, sie von den »Zumutbarkeitsklauseln« zu befreien oder gar das Arbeitslosengeld anzuheben. Es muß dem Kanzler vielmehr aufgefallen sein, daß Ostbürger, die sich als »Deutsche 2. Klasse« fühlen, diese Sorte proletarischer Ehrabschneidung in den falschen Hals bekommen – was dann der SPD beim neu eroberten Ostvolk glatt Stimmen kosten und der Stiftung der Volkseinheit Schaden zufügen könnte. Dabei war es wirklich nicht des Kanzlers Absicht, die Spaltung des Volkes zwischen Ost und West zu vertiefen. Ihm ging es darum, die politisch störende Entwicklung der »Sortierung der Arbeiterklasse« nach Beschäftigten und Unbeschäftigten als Schuld der Arbeitslosen vorzustellen. Man sieht aber, Politiker, die beim Bemühen um Glaubwürdigkeit zugleich ein wenig auf die Moral jener guten Deutschen spechten, welche im deutschen Volk das Fehlen deutscher Tugenden wie Fleiß, Sauberkeit, Ordnung und Rassereinheit beklagen, haben es nicht leicht. Denn aus der Spekulation auf diese Sorte unzufriedenem Deutschtum wird dann leicht ein Rohrkrepierer, wenn sie auf jene enttäuschten Nationalisten aus dem Osten trifft, die den Verfall und Ausverkauf Deutschlands, den sie in ihrer Arbeitslosigkeit erblicken, gerade nicht »faulen Arbeitslosen« anlasten, sondern der amtierenden (West-)Regierung.

7. Der Regierung ist mit dieser Beschäftigungspolitik übrigens zusätzlich eine hübsche Klarstellung gelungen: Denn deutlicher als mit Schröders fleißiger Offensive läßt sich kaum ausdrücken, daß die kürzlich offiziell zum ausländerpolitischen Maßstab erhobene Scheidung nach »nützlichen« Ausländern und solchen, »die uns ausnützen« (Beckstein), auch für die Inländer gilt. Deren Parasitentum wird gleichfalls damit begründet, daß sie zu »nichts nützlich sind«, was schließlich den arbeitslosen – dazu auch den kranken, behinderten, ausgemusterten usw. – Inländern ebenfalls das Prädikat »schädlich« einträgt – wie den »Wirtschaftsflüchtlingen«. Nur daß sich die deutschen Schädlinge nicht ins Ausland abschieben lassen; leider nicht, wie wohl so mancher Sozialminister klammheimlich denkt, wäre das doch eine willkommene nationale Ergänzung der ohnehin stattfindenden globalen Armutsumverteilung. Daß deutschen Arbeitern ein Recht auf einen deutschen Arbeitsplatz zukommt, galt zwar sachlich noch nie, wird aber jetzt auch als Ideologie aus dem Verkehr gezogen. Damit wird nicht etwa proletarischer Nationalismus kritisiert, sondern nur anders eingefordert. Deutsche Arbeiter, heißt die neue Botschaft, haben sich als Deutsche darin zu bewähren, daß sie die Konkurrenz auf dem Weltarbeitsmarkt bestehen – gegen Inder und Polen, gegen Pakistani, Tschechen usw. Dafür müssen sie sich jedoch noch einige Ansprüche abschminken. Nur dann kann Deutschland auf sie und können sie selbst stolz darauf sein, deutsche Arbeiter zu sein.

Von Freerk Huisken ist gerade das Buch »Brandstifter als Feuerwehr. Die Rechtsextremismus-Kampagne« (VSA-Verlag) erschienen

Konkret 06/01, S. 15

Ursula Engelen-Kefer, Günter Frech

»Ich könnte mir sogar einen Teilzeitbundeskanzler vorstellen”

Interview
Ursula Engelen-Kefer, Vizechefin des DGB und für Frauen-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zuständig, über die Faulenzer-Kampagne des Kanzlers und die Gegenvorschläge der Gewerkschaften

KONKRET: Die Faulenzer-Debatte, die Bundeskanzler Gerhard Schröder angezettelt hat, war sicherlich keine Minutenidee, da steckt doch eine Strategie dahinter.

Engelen-Kefer: In der Vergangenheit war es immer so: Wenn Politiker mit der Erwerbslosigkeit nicht weiterwußten, wurde uns eine solche Debatte aufgedrängt. Das ist ein Nebenkriegsschauplatz und soll davon ablenken, daß die wirklich erforderlichen Mittel zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit nicht in Angriff genommen werden. Daß jetzt der Druck auf die Menschen, die keine Arbeit haben, erhöht werden soll, bringt doch überhaupt nichts. Mit Gegendruck wird der DGB die »Bekämpfung der Arbeitslosen« zu verhindern wissen. Erschwerend ist, daß der Bundeskanzler und alle, die ein Interesse an der Faulenzer-Debatte haben, in manchen Medien Verbündete finden.

Man hat den Eindruck, erwerbslose Menschen seien »unnütze Esser«, wenn man sich das Gerede vom Zusammenstreichen der Arbeitslosen- und Sozialhilfe anhört. Einige möchten diesen Menschen am liebsten nur noch Gutscheine geben.

Das hat mit einer humanen Gesellschaft nichts mehr zu tun. Ich bin strikt dagegen, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenzulegen. Es ist doch absurd, Menschen die Sozialhilfe zu streichen, wenn sie eine vermeintlich zumutbare Arbeit ablehnen. Da muß man sich doch anschauen, warum bestimmte Jobs abgelehnt werden.

Wie wollen Sie Arbeitsplätze schaffen? Beim Thema Überstunden sitzen Betriebsräte doch zwischen den Stühlen. Lehnen sie Überstunden ab, machen die Leute Druck, weil sie das Geld brauchen. Ein Betriebsrat, der wiedergewählt werden möchte, hütet sich doch, in dieses Fettnäpfchen zu treten.

Das ist ein Dilemma. Doch es gibt bereits Tarifverträge für dieses Problem. In der chemischen Industrie hat man mit diesem Instrument Überstunden reduziert. Es geht also. In der Tat kann man dieses Problem nicht nur den Betriebsräten in die Schuhe schieben. Da ist die Gesellschaft im Ganzen gefordert. Für Menschen, die nicht über ein Managergehalt verfügen, sind Überstunden für den Lebensunterhalt wichtig, das sehen wir auch. Nur: Die Menschen, die auf Überstunden verzichten, müssen sehen, daß ihr Verzicht anderen zugute kommt, der Familie zum Beispiel oder einem Arbeitslosen, der eingestellt wird. Ein Schritt in diese Richtung ist auch das »Recht auf Teilzeit«.

Teilzeit kann sich nicht jeder leisten. Welche Zielgruppe haben Sie vor Augen?

Nicht nur Frauen! Doch Fakt ist, daß hauptsächlich Frauen für die Familie, die Kindererziehung, den Haushalt zuständig sind. Aber auch hier ändern sich Lebensentwürfe. Bei jüngeren Familien beobachten wir, daß sie sich die Familienarbeit teilen. Junge Männer sind durchaus bereit, sich stärker im Haus einzubringen, und viele würden auch gerne weniger als 40 Stunden arbeiten. Leider ist es immer noch so, daß Teilzeit in der Regel bei geringer qualifizierten Tätigkeiten eingeführt wird. Das sind »Sackgassenbeschäftigungen« ohne Aufstiegsmöglichkeiten, und sie werden überwiegend von Frauen ausgeübt. Doch Teilzeitarbeit ist auch in Spitzenpositionen möglich, und hier setzt das Gesetz an. Ich könnte mir sogar einen Teilzeitbundeskanzler vorstellen. Die Veränderung muß in den Köpfen beginnen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie muß ins Zentrum der Politik rücken.

Die alleinerziehende und gut verdienende IT-Managerin kann sich Kinderbetreuung kaufen. Die Verkäuferin bei Karstadt nicht.

Die qualifizierte IT-Managerin bereitet uns keine Sorgen. Die Verkäuferin mit einem Bruttoeinkommen von 3.000 Mark schon. Für die ist der Vollzeitjob und die Kinderbetreuung kaum zu schaffen. Es fehlt an vernünftigen Betreuungseinrichtungen, ganz zu schweigen von Ganztagsschulen. Hier heißt das Zauberwort vernünftige Infrastrukturmaßnahmen.

Wird hierzulande nicht ein Arbeitsfetisch gepflegt, bei dem der Müßiggang zu kurz kommt?

Wir brauchen eine vernünftige Balance zwischen Arbeit und Freizeit. Und wir müssen uns darüber unterhalten, was wir überhaupt als Arbeit bezeichnen. Die Arbeit in der Familie, Pflegearbeit, Kindererziehung – das ist häufig viel aufreibender als bezahlte Arbeit. Trotzdem: Für unser Gesellschaftssystem ist die Erwerbsarbeit absolut erforderlich. Und die Menschen wollen ja auch arbeiten.

»Man muß kein Kommunist sein, um gelegentlich an die Eigentumsverpflichtung des Grundgesetzes zu erinnern«, sagte ein Kommentator nach Vorstellung des Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Brauchen wir eine Umverteilungsdebatte?

Die brauchen wir ganz dringend. Wir überlegen uns derzeit, wie wir dieses Thema in den nächsten Bundeswahlkampf einbringen. Das Motto muß lauten: Wir brauchen eine gerechte Verteilung von Arbeit, Ausbildung, Einkommen, Vermögen, sozialer Sicherung und Lebenschancen. So gesehen, ist der Bericht der Bundesregierung eine wichtige Grundlage für diese Debatte.

Interview: Günter Frech

Konkret 06/01, S. 16

Ralf Schröder

Warm Gun

Gemeinwohl zuerst: Die Sozialpolitik der Neuen Mitte ist auf innovative Art reaktionär

Als Tony Blair 1997 britischer Premierminister wurde, fand er unter anderem folgendes vor: zerstörte Gewerkschaften, ein ruiniertes Bildungssystem, kaputte Krankenhäuser, viel Armut, frischgebackene Millionäre, eine schrottreife Verkehrsinfrastruktur und eine stabile Währung. Außerdem eine völlig zerrüttete Konservative Partei. Viel besser hätte es für New Labour kaum kommen können. Die unpopuläre Drecksarbeit, die im Übergang zur postfordistischen Marktwirtschaft nötig war, hatten die anderen erledigt.

In Deutschland herrschte beim Amtsantritt der rotgrünen Regierung eine andere Lage. In einem wirklich bedauernswerten Zustand waren hier nur die Regierung und die zugehörigen Parteien. Im Vergleich zu Reagan und Thatcher hatte das neoliberale Kampfprogramm Kohls wenig bewirkt, durch seine hemmungslose Ausgrenzungsrhetorik gegen Leistungsverweigerer, Sozialbetrüger, Gewerkschaften und Neidkultur allerdings stark zur Polarisierung beigetragen. Kam Kohls »geistig-moralische Wende« anfangs als schnörkellose Rückbesinnung daher, zeigte sich im Verlauf der Jahre, daß der traditionelle konservative Hang etwa zur stabilen Ordnung und zur sozialen Verwurzelung und Identität schlecht zum Marktradikalismus paßte, der alles flexibilisieren, deregulieren und dynamisieren will. Weil diese Zwickmühlensituation die Schlagkraft der Konservativen zersetzte, scheiterte die schwarzgelbe Koalition an der selbstgestellten Aufgabe, den wichtigsten außerparlamentarischen Machtpol zu neutralisieren. Die Gewerkschaften mußten zwar empfindliche Schläge einstecken, blieben aber als potentielle Vertretung oppositioneller Interessen stets im Spiel und brachten gegen Ende der Ära Kohl immer noch ordentliche Kampagnen zustande. Am Wahlabend im September 1998 gestand CDU-Mann Heiner Geißler, ohne Übereinkunft mit den Gewerkschaften und sonstigen Interessenverbänden, etwa aus dem Wohlfahrtsbereich, sei in Deutschland nichts zu bewegen.

Von den Konservativen übernahm Rotgrün den vielbeklagten Reformstau und – als Resultat der konservativ-neoliberalen Agitation – ein Volk, das prinzipiell bereit war, materielle Zumutungen zu ertragen, wenn nur der Verzicht alle beträfe. Letzteres hatte die Regierung zu Beginn nicht verstanden. Man revidierte zwar, wie versprochen, ein paar Härten der alten Administration, erarbeitet aber gleichzeitig ein Austeritätsprogramm, wie es die konservative Regierung nie vorzulegen gewagt hatte. Nachdem im Juni 1999 Hans Eichels Konzept zur mittelfristigen Sanierung des Staatshaushaltes bekannt geworden war, das Kürzungen von insgesamt 180 Milliarden Mark vorrangig im Sozialbereich vorsieht, kassierte die SPD eine Reihe recht herber Wahlniederlagen. Günter Gaus, ansonsten einer der klügeren Sozialdemokraten, schrieb damals: »Die andere Republik wird kenntlich in dem Mangel an Respekt des Bundeskanzlers und seiner Gefolgschaft vor dem Bewußtsein der Nicht-Bessergestellten von dem, was zumutbar ist, weil halbwegs gerecht. Sie erweist sich in dem Zurückstufen der Abhängigen in ein verfügbares Objekt – ohne Ausgleich auf der anderen Seite der Nation.« Angesichts der massiven Kritik erkannten führende SPD-Funktionäre ein »Vermittlungsproblem«.

Die Klage über zu wenig Respekt für Minderprivilegierte und das Eingeständnis einer Marketing-Lücke waren nicht so gedankenleer, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Die SPD steuerte um. Entscheidend unterstützt wurde die Partei in dieser kritischen Phase von guten Freunden. Am Fachbereich des Hannoveraner Soziologie-Professors Oskar Negt entstand eine Untersuchung, die den Sozialdemokraten wichtige Ratschläge übermittelte. Michael Vester, der Autor der empirisch unterfütterten Studie, monierte, Kanzler Schröder habe seine Symbolik von Beginn an zu stark auf das »postmoderne Milieu« zugeschnitten: »Zu ihm gehören die neuen Gewinner der globalen Modernisierung in avantgardistischen Kultur- und Medienberufen und Unternehmen der neuen Technologien und symbolischen Dienstleistungen. Sie verstehen sich als kommunikative Avantgarde und wollen ihrem Bedürfnis nach edlem Konsum, Erlebnis und Erfolg ohne einschränkende Verpflichtung nachgehen.« Das zielte auf jene Kreise, denen Steuerbehörden und Gewerkschaften als terroristische Vereinigungen gelten.

Statt sich vorrangig mit dieser ohnenhin nur sieben Prozent der Bevölkerung repräsentierenden Gruppe gemein zu machen, die zudem wesentlich unbeliebter sei als allgemein angenommen, solle Schröder, so Professor Vester, die Neue Mitte doch lieber im leistungsorientierten Arbeitnehmermilieu suchen, das immerhin 25 Prozent der Bevölkerung umfasse. Diese »facharbeiterische Linie« sei weder einseitig der alten »materialistischen« Verteilungsmentalität noch der »postmaterialistischen« Individualisierung verhaftet. Sie vertrete vielmehr eine »Synthese« aus beidem: »Den Ausgleich zwischen oben und unten in der Gesellschaft und gleichzeitig Ermunterung der Eigenverantwortung. Sie wollen, arbeitend und Steuern zahlend, etwas leisten, verlangen aber auch Gegenleistungen. Gegen Abstriche sind sie nicht – aber nur, wenn sie gerecht begründet sind.« In diesem Milieu herrsche viel »Sinn für soziale Gerechtigkeit«.

Die Facharbeiterschaft hat, Vester zufolge, potentielle Bundesgenossen innerhalb der »Bildungseliten« und der »Eliten der öffentlichen Dienstleistungen«. Diese siedeln im »oberen Viertel des sozialen Raums«, wo ebenfalls »ein hohes Ethos der Leistung, der Eigenverantwortung und der Chancengleichheit und eine realistische Reformbereitschaft« herrschen. Vesters

einleuchtendes Psychogramm der Neuen Mitte zeigt also: Deutschlands arbeitende Menschen sind besser als ihr Ruf, stellen sich der Politik aber nur zu Verfügung, wenn man ihnen, so die »Zeit« im Dezember 1999, »keinen Zigarrenqualm ins Gesicht bläst«.

Die SPD verstand. Wenige Tage nachdem Vester seine Forschungsergebnisse in Berlin vorgetragen hatte, vertraute Schröder der »Woche« an, Zigarren werde er künftig »im Stillen« genießen, und seine Zielgruppe seien von nun an »anständige Staatsbürger. Wer sich als Neue Mitte bezeichnet und meint, das sei ein Privileg für Steuerflucht, der kann mir gestohlen bleiben.« Mit der Intervention zugunsten des bankrotten Baukonzerns Holzmann konnte der Kanzler mit einer entsprechenden Tat aufwarten.

Wenig später, im April 2000 wurde unter Schröders Namen das Manifest »Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft« veröffentlicht. Angemahnt worden war ein solches Programm bereits Monate vorher, als die SPD in der Krise war, u. a. vom Chefredakteur der »Zeit«: »Doch fällt auf, daß in Westeuropa diejenigen Sozialdemokraten erfolgreich und beliebt sind, die eine Vorstellung vom Gemeinwesen der Zukunft haben. Die Politik von Tony Blair in Großbritannien und Lionel Jospin in Frankreich ist nicht frei von Härten. Aber die beiden Premierminister haben die Härte nicht zum Leitmotiv ihrer Politik erhoben. Blair und Jospin stehen für Werte statt Härte.«

Da wollte Schröder nicht zurückstehen. Als spezifisch deutsches Substrat des New-Labour-Projekts enthält sein Manifest nichts, was an die Polarisierungsrhetorik des neoliberal vermurksten Konservatismus erinnert. Es geht um »Gerechtigkeit«, »Beteiligung«, »Solidarität«, um eine »lebenswerte Gesellschaft, die nicht ausgrenzt und in der die Fähigkeiten aller am besten zur Geltung kommen«. Der »aktivierende Staat« soll »den Beitrag jedes einzelnen zur Gestaltung seines eigenen und des gesellschaftlichen Lebens einfordern«. Notwendig sei mehr »Eigenverantwortung, die zu Gemeinwohl führt«, anstelle von staatlichem »Verantwortungs-Imperialismus« und »Verteilungsgerechtigkeit« sei die »Herstellung von Chancengerechtigkeit entscheidend«. In einem aber sei der »Staat unverzichtbar«: »Als Instrument, die Zivilgesellschaft an die Strukturen der modernen Ökonomie heranzuführen« – ein Gruß an das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit.

Mit der Rückbesinnung auf die soziale Basis der Neuen Mitte und dem dazu passenden Werte-Manifest war der Weg für weitere Reformprojekte frei. Die sozialpolitische Praxis wird seitdem von zwei Elementen geprägt. Unabhängig von seinen realen Aktivitäten wurde mit dem Bündnis für Arbeit eine Standort- und Wettbewerbskorporation etabliert, die die Gewerkschaftsführungen als formell gleichberechtigten Partner in die nationale Konsenssuche einbindet. Damit nahmen die Arbeitnehmervertreter – unter Kohl in dieser Qualität undenkbar – ein ordnungspolitisches Mandat an, das vor allem die eigene Klientel betrifft. In der Verwaltung der Ausgesonderten wurde der repressiv-autoritäre Einschluß durch ein System von Anreizen, Verpflichtungen und Strafen verstärkt. Schröders Tirade gegen »Faulenzer« liegt ganz auf dieser Linie, ebenso wie die Reaktionen der Arbeits- und Sozialbehörden, die sogleich imposante Statistiken über den vielfachen Entzug von Unterstützungsleistungen präsentierten.

Nervosität rief der Faulenzer-Streit hervor, weil er die Regeln rotgrüner Kommunikation verletzte. Seit Monaten nämlich strotzen Schröders Reden – ob vor IG-Metall- oder vor Unternehmerfunktionären – von Vokabeln wie »Fairneß«, »Ausgleich« und »Gemeinsinn«, und unentwegt agitiert der Kanzler gegen »Ausgrenzung«. Geht es etwa um die Steuerreform, die seinerzeit auf der Titelseite des Finanzfachblattes »Capital« ohne jede Ironie als »Eichels Milliarden-Geschenk« angepriesen wurde, weist der Kanzler regelmäßig und mit allem Nachdruck auf die Entlastungen für die kleinen Leute hin – völlig unbeeindruckt von der Tatsache, daß nach Berechnungen verschiedener Fachleute sämtliche materiellen Erleichterungen durch sinkende Reallöhne, die Erhöhung indirekter Steuern und andere Widrigkeiten der Marktwirtschaft neutralisiert werden und der Normalbürger insgesamt ein spürbares Minus auf seinem Konto besichtigen darf. Schröders Beliebtheitskurve jedenfalls zeigt bisher, daß hierzulande volksgemeinschaftliches Geschwafel über ein gerechtes Geben und Nehmen allerlei Entbehrungen aufwiegt.

Ihr vorläufiges sozialpolitisches Meisterstück lieferte die rotgrüne Koalition jetzt mit der Rentenreform ab. Auch hier wird gegeben und genommen. Bei der Vorbereitung der Reform trat die Volksgemeinschaft allerdings nicht nur diskursiv, sondern als Aktionseinheit ihrer Führer auf, wobei das ganze ein wenig an die Mechanismen einer Banden-Konkurrenz erinnert. Den Einstieg in die endgültige Zerschlagung der von Unternehmern und Beschäftigten paritätisch finanzierten Sozialversicherung nahmen die Gewerkschaftschefs nach anfänglichem Widerstand ebenso klaglos hin wie die Lüge von Bundesarbeitsminister Riester, die künftige Rentenhöhe werde 67 Prozent des Nettolohns betragen – in Wirklichkeit werden es nicht einmal 64 Prozent sein. Dem Programm für mehr Alterselend, das den Finanzkonzernen über die freiwillige private Zusatzvorsorge bis 2030 ein Anlagevolumen von ca. 1.000 Milliarden Mark einbringen wird und das für Senioren vorsorglich den erleichterten Zugang zur Sozialhilfe vorsieht, stimmten die Paten der Proletarier zu, nachdem sie sich im vergangenen Dezember mit Schröder auf eine Forcierung der betrieblichen Alterssicherung geeinigt hatten. Die dabei akkumulierten Finanzmittel werden nämlich, etwa in Form von Pensionsfonds, durch die Arbeiterführer mitverwaltet.

Während die Bundesregierung zu Recht verlautbarte, die Pensionsfonds würden ebenso wie die im Privatversicherungsbereich entstehenden Fonds die Schlagkraft und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Finanzwirtschaft stärken, entdeckte das »Handelsblatt« in der betrieblichen Altersvorsorge sogleich Möglichkeiten, das Niveau der gesetzlichen Rente weiter zu senken. Mit dem Rentendeal exponierten sich die sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften nicht nur als verläßliche Kraft der Neuen Mitte. In der endgültigen Abkehr von den sozialpolitischen Traditionen wurde auch deutlich, daß sich die verschiedenen Abteilungen des DGB zunehmend als ständisch orientierte Seilschaften verstehen, die für die ordentlich situierten Kernbelegschaften der Export- und Dienstleistungsbranche zuständig sind. Diese werden an dem Pensionskassenmodell keinen Schaden nehmen.

Übrigens steht gerade das nächste sozialpolitische Problem ins Haus. Der Arbeitskreis »Wehrtechnik und Arbeitsplätze« der IG Metall warnte Ende April vor einer Entlassungswelle, sollten die Mittel für Beschaffungen in der Rüstungsindustrie weiter beschnitten werden. Den Hilferuf erhören wird sicherlich: die zivile Bürgergesellschaft. Wer sonst?

Ralf Schröder schrieb in KONKRET 5/2001 über die Realpolitik der Bärbel Höhn

Konkret 06/01, S. 18

Tips und Tricks für Simulanten

KONKRET-Service
Faulenzer und andere Taugenichtse offerieren im Internet »Hilfen zum Aussteigen aus dem krankmachenden Trott«. KONKRET dokumentiert, mit welchen kriminellen Methoden Deutschlands Volkswirtschaft kaputtgemacht werden soll

Vier Wochen Urlaub im Jahr sind doch einfach zuwenig. Sei doch so gesund, »krank«zumachen, ehe du richtig krank wirst. Dann hast du mal Zeit zum Leben und Überlegen. Das wird aber, einfach mal so, schwer möglich sein, es sei denn, du findest einen Arzt, der dich zum Ausspannen krankschreibt.

Beim Arzt

Der Arzt/die Ärztin versucht, einige wesentliche Punkte – für die Diagnosestellung – aus dir herauszukitzeln, und bildet sich nebenbei eine Vorstellung, was für eine Art Mensch du seist. Insbesondere inwieweit du deine Beschwerden übertreibst oder gar nicht hast oder auch untertreibst, usw.

In diese Würdigung deiner Person geht natürlich auch die Person der Ärztin mit ein. Eine reaktionäre Ärztin, die sowieso denkt, alle Langhaarigen sind arbeitsscheu, wird das auch von dir denken, wenn du lange Haare hast.

In dem speziellen Fall, daß du krankgeschrieben werden möchtest, obwohl du nichts oder nur wenig hast, gilt es nun, die besondere Situation beim Arztgespräch zu kapieren und für sich auszunutzen.

Das Ziel ist nämlich – zumindest bei reaktionären Medizinern – , daß der Arzt von dir denkt, du seist prinzipiell arbeitswillig, aber jetzt wirklich krank!

Das Ganze hat somit etwas von Theaterspielen an sich, und du mußt deine Rolle auch ernst nehmen, sonst geht es vielleicht schief.

Woran erkennen Mediziner Simulanten?

ldaran, daß Beschwerden, die du schilderst, offensichtlich übertrieben sind, z.B. du sagst, es geht dir dreckig und hast dolle Schmerzen, grinst aber dabei oder machst einen gesunden kraftvollen Eindruck.

lwie du dich bewegst, dich ausziehst, redest, das paßt nicht zu dem Bild einer Kranken.

ldaran, daß eine Krankheit beschrieben wird, die offensichtlich bestimmte Befunde, d.h. Veränderungen im Blutbild, Röntgenbild oder bei der Untersuchung haben

lmuß, aber nicht hat. Das kann bei den Krankheiten aus diesem Ratgeber wohl kaum passieren.

Sind Mediziner erst mal mißtrauisch geworden, gibt es besondere Tricks, Simulanten herauszufinden:

Sie erklären, wenn du die und die Krankheit, die du angibst, hast, dann müßtest du auch noch die und die Beschwerden haben. Wenn du dann sagst, so ist es auch bei dir, dann bist du unter Umständen aufs Glatteis gegangen.

Sie führen bestimmte Untersuchungen bei dir durch, die für dich mit Schmerzen, Risiko oder körperlichen Schäden verbunden sind, entweder um dich zu schikanieren oder auch um mehr »objektive Befunde« zu haben.

Dann gibt es noch ganz besondere Tests, um dich zu überführen, z.B. du sagst, du hast Schmerzen in der Halswirbelsäule, so daß du den Hals nicht drehen kannst, dann lenken sie dich mit anderen Untersuchungen ab und sprechen dich plötzlich von der Seite an: »Ach, Frau Soundso!« Wenn du dann schnell den Kopf drehst und hinguckst, bist du praktisch auch überführt. Aber um solche Tests auszuführen, muß so ein Arzt auch schon ein ganz schön wundes Hirn haben! Die meisten haben auch gar keine Zeit dazu. Vertrauensärsche (ich meinte Vertrauensärzte) kommen manchmal auf so was.

Aber, wie gesagt, die meisten Krankheiten aus dieser Broschüre wurden ja extra nach dem Gesichtspunkt ausgesucht, daß all diese Tests dabei nicht hinhauen. Laß dich nicht bange machen!

Gehirnerschütterung

Wie lange? Zwei bis fünf Wochen.

Wer kriegt's?

Jede Person. Beim Ersinnen des Unfallhergangs sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt, z.B. kannst du die Treppe hinuntergestürzt sein (der rechte Fuß ist schon wieder in Ordnung), vom Fahrrad gefallen o.ä.

Beschwerden:

Du hattest einen »Filmriß« von vielleicht einer halben bis einer Minute, und zwar kannst du dich an das, was unmittelbar vor bzw. nach dem Unfall geschehen ist, überhaupt nicht mehr erinnern – ist einfach weg. Ein schlapper Dämmerzustand reicht da nicht aus!

Dann ist dir langsam übel geworden, du hast dich ein paarmal übergeben müssen.

Gleichzeitig haben starke Kopfschmerzen eingesetzt.

Dir ist schwindelig geworden, du mußtest dich hinsetzen oder hinlegen.

Zu Hause hast du dich dann ins Bett gelegt, vielleicht am nächsten Morgen wieder übergeben, weiterhin Kopfschmerzen.

Spätestens am zweiten Tag solltest du, nachdem du dich wieder übergeben hast und die Kopfschmerzen keinen Deut besser geworden sind, zu jenem weißbekittelten Besitzer eines Bungalows auf Sylt begeben und ihm von deinem Unglück erzählen. Ein kleines Beulchen wär nicht schlecht.

Was untersucht er?

Wenn du einen den Kopfschmerzen entsprechenden Eindruck machst, wird er nix groß untersuchen, höchstens dir mit der Taschenlampe in die Augen funkeln, Blutdruck messen und Reflexe abklopfen, um dich mit seinen umfangreichen Kenntnissen zu beeindrucken.

Woran denkt er?

An Gehirnerschütterung, ganz wie er soll. Er kann zumindest zwei bis drei Wochen nicht das Gegenteil beweisen.

Therapie:

Bettruhe, Tabletten. Spritzen ablehnen. Vielleicht kommt er auf den Trichter, deinen Schädel röntgen zu lassen (Strahlenbelastung gering, aber immerhin Strahlen).

Kontrollarsch

Schreibt dich angesichts des nicht so schweren Unfalls vermutlich wieder gesund.

Magenschleimhautentzündung (Gastritis)

Wie lange? Etwa zwei bis vier Wochen oder länger.

Wer wird krank?

Die Magenschleimhautentzündung (oder auch ein Magengeschwür) kann jeder mal kriegen. Ursachen sollen sein:

Bakterien, unverträgliche Speisen, Alkohol oder Medikamente (z.B. wenn du Aspirin geschluckt hast). Arbeitest du in einem Betrieb, so besteht die Möglichkeit, dort herrschende oder neu verwendete Dämpfe und Gase als Ursache anzusehen. Die Magenschleimhautentzündung ist das bekannteste Beispiel für eine Streßkrankheit, d.h. du wirst krank wegen der vielen Hektik und Aufregung, die in deinem Leben und insbesondere bei deiner Arbeit herrschen.

Sogar die Ärzte erkennen die sozialen und psychischen Ursachen an.

Beschwerden:

Du kannst erzählen: Seit gestern oder seit drei Tagen ist dir übel, du hast schon gekotzt, du rülpst ewig. Dir fehlt der Appetit, und du hast diesen ewigen Druck in der Magengegend, also zwischen Nabel und Rippen. Du kannst auch sagen, daß dieser Druck sich manchmal richtig zu einem Schmerz steigert, dann aber auch wieder abschwillt. Überhaupt würden dir in der letzten Zeit, oder sowieso schon länger, öfters Sachen auf den Magen schlagen, d.h. du erlebst irgendeinen Scheiß, und bald darauf merkst du, daß du einen Magen hast. Fragt er, ob du früher schon mal was mit dem Magen hattest, sage ruhig ja, aber du hättest es nie so ernst genommen, es sei nie richtig schlimm gewesen.

Was untersucht der liberale Wischiwaschi-Typ?

Beim erstenmal kann es sein, daß der praktische oder Hausarzt gar nichts untersucht. Dich also nur befragt. Oder sie drückt dir auf den Bauch und fragt, wo es weh tut. Vielleicht macht sie Laboruntersuchungen von deinem Blut. Sie wird fragen, ob die Beschwerden nach dem Essen besser oder schlechter werden. Es ist ziemlich egal, was du dann antwortest.

Zu späterer Zeit, so nach zwei bis vier Wochen, wenn der Gang zum Vertrauensarzt ansteht, wird er dich wohl zum Röntgen oder Magenspiegeln schicken wollen. Beim ersten Termin beim Hausarzt solltest du beide Untersuchungen wenn nötig ablehnen. Willst du aber länger krank sein, so entscheide dich für die Spiegelung, die unangenehmer als das Röntgen, aber weniger belastend für den Körper ist.

Da er die Untersuchung nicht selber machen kann, mußt du dich dann um einen Termin beim Facharsch kümmern; und das kann eine angenehme Verzögerung mit sich bringen.

Spiegelung:

Womit mußt du rechnen?

Du mußt am Morgen der Untersuchung nüchtern bleiben. Dann gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder wird dir nur der Rachen mit einem Spray betäubt, oder der Arzt spritzt dir zudem ein Valium, was dich den ganzen Tag über drömelig machen würde. Kein Valium bedeutet mehr Würgen und Elendfühlen (und darum geht es). Schlucken des Schlauches (so dick wie dein Finger), durch den in deinen Magen geguckt wird.

Das Ganze ist für einige sehr, für andere weniger unangenehm.

Willst du das alles nicht in Kauf nehmen, solltest du rechtzeitig wieder gesund werden.

Sprichst du von sich wiederholenden Schmerzen, muß der Arzt/die Ärztin dich auf ein Magen- oder Zwölffingerdarmgeschwür abchecken.

Zuerst wirst du mal krankgeschrieben für ’ne Woche, in der Hoffnung, daß sich der Magen wieder beruhigt, wenn du etwas Ruhe hast. Je nach Arsch wirst du noch mal krankgeschrieben, oder er wird gleichzeitig noch weiteres abklären wollen.

Behandlung

Zuerst gibt dir Herr Doktor ein paar Tabletten, empfiehlt dir, wenig und nur leicht Verdauliches zu essen. Du sollst dich ausruhen. Ansonsten wird abgewartet.

Der Witz bei der eventuell anstehenden Magenspiegelung ist folgender: Meist findet der Untersucher eh was, besonders dann, wenn er was erwartet (du sagst ja, daß du Schmerzen hast). Aber selbst dann, wenn er nichts findet, heißt das nicht, daß du simulierst. Es wird als Tatsache angesehen, daß bei vielen Leuten mit Magenbeschwerden keine »objektiven Befunde« da sind. Wie lange du darauf reiten kannst, hängt von deinem Durchhaltevermögen in diesen Untersuchungs- und Befragungssituationen ab.

Um von einem Vertrauensarzt nicht gleich wieder gesundgeschrieben zu werden, kommst du wohl nicht um das Röntgen oder das Magenspiegeln herum. Denk daran, wenn überhaupt, dich nur spiegeln zu lassen.

Hinweis:

Weiß dein Arzt, daß du schon mal was mit dem Magen zu tun hattest, ist das sehr gut für das nächste Mal.

Die Blasenentzündung

Wie lange krank? Von ein bis vier Wochen.

Wer wird krank?

Praktisch jede und jeder. Frauen etwas häufiger als Männer;

Leute, die bei Kälte draußen rumrennen oder arbeiten;

Motorradfahrer- und fahrerinnen, nach langem Baden in kühlen Flüssen kommt es auch.

Welche Beschwerden schilderst du?

Brennen beim Pinkeln, aber auch noch kurz danach. Es kann sein, daß der letzte Urintropfen etwas rosa ODER blutig ist, oder dir sind rosa oder blutige Flecken in der Unterwäsche oder beim Abwischen aufgefallen. Außerdem mußt du häufiger zur Toilette, bestimmt 10mal am Tag; selbst nachts wirst du manchmal wach und mußt pinkeln. Obwohl du Harndrang hast, pinkelst du immer nur wenig pro Sitzung. Fieber hast du gemessen, hattest aber keines, wenn, dann abends so um 38 Grad.

Was macht jetzt unser Medizinmännlein?

Vermutlich nur Beklopfen des Rückens an den Nieren. Hier muß nichts weh tun. Untersuchung des Urins: Wenn du Urin von zu Hause mitbringst, nimm nicht den frischen Morgenurin, sondern den vom letzten Nachmittag, den du schön warm gestellt hast – nicht heiß. Sollst du an Ort und Stelle den sogenannten Mittelstrahlurin abgeben, d.h. die ersten Tropfen ins Becken pinkeln, weil sie fast immer Bakterien enthalten, und den mittleren Teil des Urins abfangen, dann machst du es genau umgekehrt. Du fängst die ersten Tropfen auf jeden Fall mit auf. Laß dir dabei nicht zugucken, du kannst dabei nicht pinkeln. In dem Urin, den du abgibst, sollten schon Bakterien drin sein. Eventuell kannst du eine Spur Blut in den Urin zaubern, aber allerhöchstens einen kleinen Tropfen auf 1l Urin, sonst fällst du damit auf.

Alle weiteren Untersuchungen ablehnen, siehe bei Warnung.

Was denkt der Diagnosecomputer?

Wenn du dich nicht ganz blöd angestellt hast, muß er denken, du hast eine Blasenentzündung und daß die Gefahr besteht, daß die Entzündung in die Nieren aufsteigt. Wenn du schon häufiger solche Beschwerden gehabt hast, wird er nach Veränderungen in Harnröhre und Niere suchen und dich röntgen lassen wollen.

Behandlung

Verordnung von Antibiotika – in den Müll damit! Verordnung von viel Trinken, zwischendurch öfter mal eine Urinkontrolle.

Warnung vor dem Arzt

Nicht röntgen lassen. Keine Blasenpunktion zulassen. Keine Kathederisierung. Keine Blasenspiegelung dulden.

Die Nierenbeckenentzündung

Wie lange? Drei bis fünf Wochen.

Wer wird krank?

Leute, deren Blasenentzündung nicht richtig behandelt wurde.

Was schilderst du?

Dieselben Beschwerden wie bei der Blasenentzündung. Außerdem einen dumpfen Schmerz hinten auf dem Rücken, da, wo die Rippen aufhören. Außerdem kannst du Fieber gehabt haben, eventuell mit Schüttelfrost und Temperaturen bis zu 40 Grad. Das mit dem hohen Fieber muß aber am Wochenende gewesen sein, und da wolltest du keinen Arzt rufen, bist schön im Bett geblieben, und jetzt hast du nur noch abends Fieber, hast aber das Gefühl, daß Rumlaufen gar nicht gut für dich ist.

Untersuchung

Beklopfen der Nierenlager (hinten auf dem Rücken), das muß dir weh tun. Es kann aber auch nur auf einer Seite sein. Aber bitte nicht verwechseln! Fiebermessung, Blutentnahme, Urinuntersuchung, alles harmlos.

Behandlung

Die gleiche wie bei der Blasenentzündung. Eventuell sollst du ins Krankenhaus, dann sag, daß du zu Hause Leute hast, die dich versorgen, so daß du im Bett bleiben kannst.

Warnung

Gilt dasselbe wie bei der Blasenentzündung.

Die kranke Halswirbelsäule oder das HWS-Syndrom

Wie lange? Zwei bis vier Wochen, eventuell mehr.

Wer wird krank?

Besonders geeignet für Leute, die sowieso verspannte Muskeln im Nacken haben (fühlt sich dann neben der Halswirbelsäule und am Übergang zu den Schultern ziemlich hart an).

Beschwerden

Kopfschmerzen. Ein dumpfer, ständiger Druck hinter den Augen, die Schläfen tun weh und die ganze Stirn, manchmal auch der Hinterkopf auf beiden Seiten oder nur an einer Seite. (Die Nervenendungen für den ganzen Kopf kommen am Nacken aus dem Wirbelkanal und werden von den harten Muskeln gedrückt, das führt zum Schmerz).

Manchmal hast du auch ein leichtes Schwindelgefühl, als ob es schwankt oder sich dreht. Häufiger war es auch, nachdem du den Kopf sehr schnell zu einer Seite gedreht hast. Mach das aber nicht vor.

Manchmal ist dir auch ein bißchen übel.

Die Beweglichkeit der Halswirbelsäule ist nicht so gut wie sonst. Du kannst den Kopf nicht so weit zur Seite drehen, es schmerzt irgendwann, und du ziehst die Schultern mit rum. Auch beim Kopfnicken nach vorn und hinten tut es weh, besonders wenn du das Kinn an die Brust drückst. Dasselbe, wenn du den Kopf seitlich neigen willst. Du ziehst dann unwillkürlich die Schultern nach oben, zu der du den Kopf neigst. Aber langsam, nicht ruckartig. Du mußt mal zu Hause probieren. Bei manchen Leuten knirscht es bei Bewegungen sowieso. Dann mußt du natürlich auch darüber klagen.

Wenn die Muskeln am Nacken besonders hart sind, hast du unheimliche Nackenschmerzen noch dazu.

Manchmal ziehende Schmerzen an einem oder beiden Armen, Außenseite Ober-,

auch Unterarm. Das hast du aber nicht ständig, eher nachts als tagsüber.

Dazu fühlt sich die Haut auch noch komisch an, wie Pelz.

Die Kraft deiner Hände ist ein- oder beidseitig verringert.

Was tut dein Freund und Helfer?

Er sucht die eingeschränkte Beweglichkeit und nach Muskelverspannungen im Nacken. Er wird Blutdruck messen. Dich zum Röntgenarzt schicken. Kannst du ruhig über dich ergehen lassen, relativ geringe Strahlenbelastung beim Röntgen der Halswirbelsäule. Manchmal findet sich das eine oder das andere, was zu späteren erneuten Krankheitsfällen Anlaß geben könnte, wäre doch toll. Auf jeden Fall solltest du bei der Röntgenuntersuchung den Kopf steif und den Nacken gerade halten. Das zeigt dann die sog. Streckhaltung im Röntgenbild, was als unwillkürlicher Hinweis darauf gilt, daß du Schmerzen hast.

Eventuell Blutuntersuchung, bringt auch bei echten Schmerzen nichts.

Behandlung

Tabletten in den Müll. Spritzen ablehnen. Wärme, Rotlicht, Fangopackungen mit anschließender Massage – das tut gut. Stangerbäder, Bindegewebs- oder Reflexzonenmassage, Krankengymnastik.

Kontrolle

Wenn du keine Muskelverspannungen hast und auch das Röntgenbild in Ordnung ist, würde ich lieber kneifen und mal ganz schnell gesund werden. Wenn was gefunden wurde, geh ruhig hin.

Warnung

Falls du das häufiger hast, kommen die vielleicht auf die Idee, mal den Rückenmarkkanal zu punktieren (zumindest, wenn du auch beim Neurologen gelandet bist). Laß das nur nicht zu!

Oder um den Schmerz zu beheben, Röntgentiefenbestrahlung, auch das nicht.

Würdigung dieser ach so werten Krankheit

30% der Leute, die sich krankschreiben lassen, haben was an der Wirbelsäule.

Die Beschwerden treten alle halbe Jahr mal wieder auf. In diesem Fall sind es Haltungsschäden. Besonders geplagt sind Schüler und Studenten, die soviel am Schreibtisch sitzen müssen, Sekretärinnen, Büroangestellte, Klavierspieler, Falschspieler, Taxifahrer und du.

Weitere strafbare Tips finden sich in der vollständigen Fassung des Ratgebers im Internet unter http://www.geocities.com/CapitolHill/6984/krank.html

Konkret 06/01, S. 21

Jan Pehrke

Raisons d' Agir

Über Pierre Bourdieus Schriftenreihe gegen den Neoliberalismus und seine Folgen

Herausgegeben von Pierre Bourdieu und Franz Schultheis, sind fast zeitgleich in Frankreich und in der Bundesrepublik die ersten drei Bücher der Schriftenreihe »Raisons d'Agir« erschienen. Die schmalen Bändchen mit Flugschrift-Charakter widmen sich Strategien, Geschichte, Theorie und Praxis des Neoliberalismus und flankieren Bourdieus europaweites Aktionsbündnis gegen das neue ökonomische Einheitsdenken intellektuell.

Der an der Universität Berkeley lehrende französische Soziologe Loïc Wacquant beschreibt in *Elend hinter Gittern* die Wandlung der Sozialpolitik zu einem autoritär-paternalistischen Zwangsregime mit fließenden Übergängen zur Amtshilfe durch die Strafverfolgungsbehörden. Grundlage des in der gesamten kapitalistischen Welt zu beobachtenden Paradigmenwechsels ist nach Wacquant die abenteuerliche Volte, nicht mehr das kapitalistische System, sondern sein Überlaufbecken gegen die gröbste Unbill, die sozialstaatlichen Institutionen, und die Armen selber für die zunehmenden Verelendungstendenzen verantwortlich zu machen. Die Transferleistungen, so die (neo)liberale und konservative Argumentation, würden eine »Kultur der Abhängigkeit« schaffen und die Unterpriviligierten zu einem bequemen Leben in der »sozialen Hängematte« animieren. Damit sich die Armen in Zukunft nicht mehr so üppig nährten und vermehrten, zögen die Politiker härtere Saiten auf. Sie kürzten die Sozialleistungen, machten den Arbeitsdienst, das sogenannte workfare, zur Vorschrift, ordneten regelmäßige Drogenscreenings auf den Sozialämtern an und mischten sich in Erziehungs- und Familienplanungsfragen ein. Die Labour Party, die sich Image-schädigend »zu sehr mit den Armen identifiziert ...« sah, übernahm diesen Horrorkatalog und ließ dazu als Begleitmusik die kommunitaristische Leier »Der einzelne hat nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gegenüber der Gemeinschaft« erklingen.

Durch die massiven Einschnitte – in den Vereinigten Staaten haben die Sozialausgaben den tiefsten Stand seit 1973 erreicht – wechselte auch die Zuständigkeit für die Depravierten. Die Verelendung schlug sich in gestiegenen Kriminalitätsraten nieder, und so stieg das Budget des Justizressorts im selben Maße, wie das des Sozialressorts sank. Aus dem Kampf gegen die Armut wurde ein Kampf gegen die Armen. Die Ausgaben für Strafanstalten erhöhten sich von 1979 bis 1990 um 300 Prozent; die Gefängnisse mutierten in dieser Zeit zum drittgrößten Arbeitgeber der Vereinigten Staaten.

Schwach ist der neoliberale Staat also keineswegs. Entgegen der offiziell verkündeten Doktrin von der selbstverschuldeten Armut, weiß er gut materialistisch, welche sozialen Verwerfungen eine Umverteilungspolitik auslöst, und rüstet exekutiv gegen die von ihm produzierten Opfer auf.

Die Blaupause für die unter Reagan begonnene Umwandlung der Sozialsysteme lieferte 1984 Charles Murrays Schrift *Loosing Ground*, die der neoliberale Think Tank »Manhattan Institute« in Auftrag gegeben hatte. Welche Rolle solche Denkschmieden bei der Durchsetzung des neuen ökonomischen Einheitsdenkens spiel(t)en, stellt Keith Dixon in *Die Evangelisten des Marktes* am britischen Beispiel dar.

Nach ersten Sondierungsarbeiten 1938 in Paris beim Colloque Walter Lippmann wurde 1947 auf einer Tagung nahe Montreux das Fundament für eine konzertierte Aktion gegen das angeblich von rechts wie von links forcierte »etatistische Ausufern des Westens« gelegt. Die Teilnehmer – unter ihnen mit Hayek, Friedman und Popper die späteren Meisterdenker des Marktradikalismus, Monetarismus und Liberalismus sowie Vertreter der London School of Economics, einflußreiche Journalisten wie Henry Hazlitt und als Sponsor der englische Hähnchen-König Antony Fisher – beschlossen dort den Aufbau eines weitverzweigten intellektuellen Netzwerks. Wenig später entstanden das Londoner Institute of Economic Affairs (IEA) und zahlreiche andere Kaderschmieden. Fishers Gründungsgesellschaft Atlas stampfte im Laufe der Jahre 78 Think Tanks aus dem Boden, darunter 31 allein in Lateinamerika. Die Institutionen publizierten einschlägige Werke, hielten Seminare ab, schufen sich Operationsbasen an den Universitäten und infiltrierten die Medien mit ihrem Gedankengut.

Und doch dauerte es Jahrzehnte, bis der keynesianische Konsens, gemeinsam getragen von Labour und Torys, Unternehmern und Gewerkschaften, brüchig wurde. Erst während der Wirtschaftskrise der siebziger Jahre, als sowohl die Inflation wie auch die Arbeitslosenzahlen zunahmen und die Gewerkschaften gegen die vom IWF zu einer Sparpolitik gedungene Labour-Regierung streikten, gelang es den »Evangelisten des Marktes« vom IEA, Teile der Torys zu bekehren. Margaret Thatcher, die sich bis dahin als eine rein »gefühlsmäßig« Konservative begriffen hatte, entdeckte mit dem Neoliberalismus die Wonnen eines »einheitlichen Gedankengebäudes« – und schritt sogleich zur Tat. Sie gründete das Centre for Policy Studies (CPS), um, wie ihr Mitstreiter Keith Joseph formulierte, das, »was vom IEA ausgedacht worden war, in politischen Begriffen auszudrücken« und zunächst einmal die eigene Partei zu missionieren.

In den folgenden Jahren war nicht nur diese »Innenpolitik« erfolgreich, sondern auch die »Außenpolitik«. Mit einer Kampagne, die das Horrorgemälde eines von den Gewerkschaften in den Untergang getriebenen Englands beschwor,

gewann Thatcher 1979 die Wahl. Nach der Machtübernahme formierte sie sogleich eine intellektuelle Leibgarde, die Downing Street Policy Unit. Mit den besten Köpfen des IEA und CPS besetzt, hatte diese die Aufgabe, die Tory-Regierung vor der einflußreichen Ministerialbürokratie abzuschirmen. Ein anderer Think Tank, das vornehmlich praxisorientierte Adam Smith Institute, lieferte der neuen Regierung derweil ein maßgeschneidertes Konzept für die beabsichtigte Privatisierungspolitik.

Während sich die Torys im Verlauf der ökonomischen Krise aus freien Stücken vom Keynesianismus lossagten, wurde die regierende Labour Party 1976 vom IWF zum Verzicht auf diesen wirtschaftspolitischen Kurs gezwungen. Ein offenes Bekenntnis zum nachfolgenden kapitalistischen Regulationsmodell »Neoliberalismus« wagte dann aber erst Blairs »New Labour«. Den langen Weg der Partei von der Vorhut der Arbeiterklasse zur Nachhut des Thatcherismus skizziert Keith Dixon in *Ein würdiger Erbe*.

Nach der Wahlniederlage 1979 polarisierte sich die Labour-Anhängerschaft. Ein Teil orientierte sich nach dem Scheitern des keynesianischen Klassenkompromisses weiter nach links und setzte auf eine Verstaatlichungspolitik, ein anderer Teil wollte das nicht mittragen, spaltete sich ab und gründete 1981 die sozialliberale SDP. Zwei Jahre später begann Neil Kinnock mit dem Projekt, die Partei wieder zu einen und strategisch neu auszurichten, unterstützt damals schon von Tony Blair und dem jetzigen Finanzminister Gordon Brown. Labour ging auf Distanz zu den Gewerkschaften, visierte die Mittelschicht als Zielgruppe an und machte den Kommunitarismus zur Partei-Philosophie. Besiegelt wurde die Neuerschaffung durch einen symbolischen Akt: die Tilgung des Verstaatlichungspassus aus dem Paragraphen 4 des Statuts, was seine Wirkung auf die Unternehmerkreise nicht verfehlte, obwohl Labour als Regierungspartei nie auf eine Umsetzung dieses Punktes hingearbeitet hatte. Wie allem, was für jeden bestimmt ist, aber niemand wirklich braucht, gebrach es Labour jetzt nur noch an einer richtigen Vermarktungsstrategie. Der Blair-Vertraute Peter Mandelson übernahm den dreckigen PR-Job, kreierte die Verpackung »New Labour« und hatte großen Anteil daran, daß sich Blair & Co. bei der Wahl im Jahr 1997 erfolgreich als Thatcheristen mit menschlichem Antlitz präsentieren konnten.

So kritisch Dixon diese Wandlung beschreibt, zu den »good old days« von »old« Labour sehnt er sich nicht zurück. Aber welche andere Richtung als die hin zu Blairs »Cool Britannia« die Partei hätte einschlagen sollen, bleibt vage, weil der Autor zwar viel von Keynesianismus und Neoliberalismus spricht, vom Kapitalismus aber schweigt – ein Manko auch der anderen Bücher der Reihe und vielleicht der gesamten Bourdieu-Schule. Den Erkenntniswert der Bücher schmälert das gleichwohl nicht.

Loïc Wacquant: *Elend hinter Gittern*. 169 Seiten, 16,80 Mark; Keith Dixon: *Die Evangelisten des Marktes.* 117 Seiten, 14,80 Mark; Keith Dixon: *Ein würdiger Erbe.* 118 Seiten, 14,80 Mark. Alle Bücher erschienen in der Reihe »Raisons d' Agir« des UVK-Verlags.

Jan Pehrke schrieb in KONKRET 5/2001 über den US-Philosophen Richard Rorty

Konkret 06/01, S. 22

Gaby Hommel

Buch des Monats

Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, C. H. Beck, München 2001, 442 Seiten, 58 Mark

»In Kürze ist das Boot so leer, daß wir niemand mehr zum Rudern haben.« Mit diesem Satz brachte Anfang April Barbara Stolterfoht, Vorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPVW), die aktuelle ausländerpolitische Debatte treffend auf den Punkt. Denn längst schon ist die Panikmache vor einer »Asylantenflut« den Mahnungen vor einem dramatischen Rückgang der inländischen Erwerbsbevölkerung und einer darauf folgenden Ebbe in den Sozialkassen gewichen. Forderungen der Wirtschaftsführer nach Anheuerung spezifisch qualifizierter Kräfte aus dem Ausland übertönen seit Jahresfrist deutsch-nationale Parolen wie »Kinder statt Inder«. Wobei denjenigen, die das Schiff wieder flottmachen sollen, nicht nur von der ehemaligen hessischen Sozialministerin wie selbstverständlich Plätze auf der Ruderbank zugewiesen werden. Und auch dies nur unter der Voraussetzung, daß sie sich dem Kommando der »deutschen Leitkultur« unterwerfen, auf die stolz zu sein in der rot/grün gestrichenen Bundesrepublik eine gesellschaftliche Pflicht geworden ist.

»Zuwanderung und Integration« lautet folgerichtig das Begriffspaar, mit dem neuerdings operiert wird, um die gewandelte Zielsetzung der deutschen Ausländerpolitik zu charakterisieren. Als sei es nie anders gewesen, bestimmen nicht mehr die Schlagworte »Asylmißbrauch« und »Grenzen der Belastbarkeit«, sondern »Arbeitskräftebedarf« und »Quotenregelung« den Diskurs. Statt Fremdenangst werden plötzlich Wettbewerbsnachteile der heimischen Wirtschaft beschworen. Wo es früher um Methoden der Ausgrenzung und Abschiebung von Flüchtlingen ging, stehen heute Instrumente zur Eingliederung von Arbeitsmigranten im Mittelpunkt. Selbst die CSU hat die Zeichen der Zeit erkannt und sich jüngst der Parole »Deutschland braucht Einwanderung« angeschlossen. Daran, daß über Jahrzehnte und noch bei der letzten Bundestagswahl die gegenteilige Behauptung hegemonial war, erinnert sich kaum jemand mehr. Vergessen sind Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, Abschottung der Grenzen, Hetze gegen »Sozialschmarotzer«, Skandalisierung von Ausländerkriminalität und Etablierung rassistischer Gewalttaten. Gefragt ist eine Politik, die »ideologiefrei auf ihren rationalen Kern zurückzuführen« erklärte Absicht nicht nur des als fortschrittlich bekannten DPWV ist. »Vernünftige Leute«, so Bundeskanzler Schröder auf dem Hamburger Landesparteitag der SPD am ersten Maiwochenende, haben sich bis in die Reihen der christlichen Parteien durchgesetzt, um »zu einer gemeinsamen vernünftigen Lösung« zu kommen.

Der Kurswechsel scheint überraschend. Tatsächlich gab es vergleichbare Vorgänge wiederholt in der Geschichte deutscher Ausländerpolitik, und wie heute erfolgten sie vornehmlich aus wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen. Eindrucksvolle Belege dafür liefert Ulrich Herbert, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg, in seinem Überblick *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*. Zwar schreibt er: »Die Beschäftigung von polnischen Saisonarbeitern in der noch patriarchalisch strukturierten Landwirtschaft im Osten des Deutschen Kaiserreichs läßt sich mit der Situation der Türken bei Opel in Rüsselsheim höchstens sehr abstrakt vergleichen, und der ›Arbeitseinsatz‹ eines sowjetischen ›Ostarbeiters‹ im Jahre 1943 ist mit dem Leben eines italienischen Pizzabäckers in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1983 ebensowenig in direkten Zusammenhang zu bringen wie mit dem Aufenthalt eines kurdischen Asylbewerbers im Jahre 1995.« Doch zeigt die Untersuchung des Zeitgeschichtlers, daß bei allen Unterschieden in der konkreten Lebenssituation Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge oder – wie es demnächst heißen wird – »Einwanderer« früher wie heute in erster Linie als Faktor im heimischen Wirtschaftsprozeß angesehen werden, den zu steuern seit 120 Jahren zentrale Aufgabe staatlicher Ausländerpolitik in Deutschland ist.

Wesentliche Instrumente dazu sind und waren stets die gezielte Anwerbung ausgesuchter ausländischer Arbeitskräfte, eine Befristung ihres Aufenthaltsrechts und dessen Bindung an die vorgesehene Beschäftigung. Gleiches gilt für die spezielle Erfassung ausländischer Personen, die Beschränkung ihrer räumlichen Bewegungsfreiheit und sonstige Sonderverfügungen, die bis hin zu massenhaften Ausweisungen und Grenzsperrungen den Bedarf regelten bzw. es heute tun. Zur Zeit firmieren einige dieser Regelungen unter Stichworten wie »Green Card«, »Ausländerzentralregister«, »Residenzpflicht für Flüchtlinge«, »Rücknahmeabkommen« und »Festung Europa«. Entwickelt jedoch wurde das Repertoire zur Kontrolle und Regulierung des »Ausländerzuflusses«, einschließlich der sozialen Hierarchisierung von inländischen und ausländischen Personen sowie der letzteren untereinander, bereits im Kaiserreich. Betroffen waren damals zunächst sogenannte Auslandspolen, die aus den von Rußland und Österreich besetzten Teilen des Landes auf die ostpreußischen Gutshöfe geholt wurden, um den dort durch die Abwanderung der Landbevölkerung nach Übersee und in den industrialisierten Westen entstandenen »Leutemangel« auszugleichen. Allerdings kollidierte das Interesse der Landjunker und schlesischen Industriellen an den »billigen und willigen« Polen mit dem politischen Willen, das »Deutschtum« zu festigen und den »slawischen Einfluß« zurückzudrängen. Im Ergebnis wurden 1885 ein Zuwanderungsverbot und umfangreiche Ausweisungsordnungen erlassen, denen alle nichtnaturalisierten Polen in den vier Ostprovinzen des Reiches zum Opfer fielen. Insgesamt mußten in den Jahren bis 1891 rund 40.000 Menschen ihre Sachen packen, darunter etwa ein Drittel Juden und preußische Frauen, die mit Polen verheiratet waren.

Die Maßnahmen riefen erhebliche öffentliche Proteste hervor, doch beeinträchtigten sie die Wirtschaft noch nicht in einem Maße, daß Bismarck um die Gefolgschaft von Großagrariern und Unternehmertum fürchten mußte. Mit der fortschreitenden Umstrukturierung der Landwirtschaft und der Ausbreitung kapitalistisch organisierter Betriebe änderte sich das Bild jedoch rasch. Im März 1890 richtete der Zentralverein ostpreußischer Landwirte ein Gesuch an die Reichsregierung, »es hochgeneigst gestatten zu wollen, daß russische Arbeiter vorübergehend in Preußen in einer für den landwirtschaftlichen Betrieb auskömmlichen Zeit beschäftigt werden dürfen«. Zusätzlicher Handlungsdruck entstand aufgrund illegaler Einwanderung und auch Beschäftigung, die im Osten des Landes selbst von amtlichen Stellen gedeckt wurde, während auf der anderen Seite nach wie vor das Gespenst der »Polonisierung« durch das Land geisterte und vor allem das Zusammentreffen von »Inlandspolen«, die in den Zechen und Fabriken des Ruhrgebietes schufteten, mit Arbeitskräften aus dem russischen Polen und Galizien als nationale Gefahr galt.

Mit Hilfe neuer Ausländererlasse, nach denen ausschließlich unverheiratete Männer ins Land durften – und auch dies jeweils nur für die Zeit zwischen April und November sowie ausschließlich zur Anstellung in der ostpreußischen Landwirtschaft – , sollte nicht nur ein Kompromiß zwischen wirtschaftlichen Notwendigkeiten und der Angst vor einer Seßhaftwerdung von »Fremdlingen« geschaffen, sondern zudem die Zufuhr von Arbeitskraft genau dosiert und den Bedürfnissen ihrer Nutznießer angepaßt werden. Doch wehrten sich die Betroffenen gegen die Zwangsrückführung während der Wintermonate, ihre miserable Entlohnung und Unterbringung, indem sie nicht selten »kontraktbrüchig« wurden und sich bessere Bedingungen durch unerwünschte Weiterwanderung nach Westen suchten. Die offizielle Folge war die Einführung von Legitimationskarten, die Namen und Arbeitgeber des Trägers auswiesen, von diesem ständig mitgeführt werden mußten und seinen Aufenthalt nur in einem begrenzten Gebiet erlaubten. Zur Verhinderung von Fälschungen, die sich rasch verbreiteten, und parallel zur Schaffung eines Anwerbungsmonopols entstand wenig später ein staatlich geregeltes Ausstellungsrecht für die Arbeits- und Aufenthaltsausweise, auf dessen Grundlage erstmalig eine zentral geführte Ausländerkartei angelegt wurde.

Die Quintessenz der beschriebenen Entwicklung faßt Ulrich Herbert in den Satz: »Mit dem Hereinholen der ersten Kolonnen vor allem russisch-polnischer Landarbeiter ins Deutsche Reich begann auch der Konflikt zwischen wirtschaftlichen und politischen Interessen, der seitdem jede Diskussion um die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Deutschland begleiten und bestimmen sollte.« Und obwohl er ausdrücklich keine bruchlose, lediglich durch Formenwandel gekennzeichnete Kontinuität deutscher Ausländerpolitik behaupten will, mißt der mit dem Leibnitz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft ausgezeichnete Historiker dem preußischen Modell der »regulierten Ausländerzufuhr« insofern langfristige Bedeutung zu, »als sich darauf eine Tradition der institutionalisierten Diskriminierung von ausländischen Arbeitern gründete, bei der Staatsangehörigkeit und sozialer Status zu Kriterien repressiver staatlicher Reglementierung wurden«.

Wie sich diese in den einzelnen Epochen jeweils konkretisierte, vor welchem gesellschaftlichen Hintergrund und mit welchen Konsequenzen sowohl für die Lebenssituation ausländischer Menschen im Land als auch für die Reaktionsweise der einheimischen Bevölkerung, zeigt seine spannende und gut lesbare Darstellung. Sie spannt einen Bogen vom frühen Abwehrkampf gegenüber einer vermeintlichen Schädigung des sich etablierenden Deutschtums über die Fortführung preußischer Methoden, kapitalistische Begehrlichkeiten mit nationalpolitischen Zielen in Einklang zu bringen, bis schließlich zur Asylrechtsdebatte samt den Ereignissen von Hoyerswerda, Rostock und heutzutage allerorten, dem Streit um die Einführung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts und seit jüngstem der Verständigung über ein zukünftig zu schaffendes Einwanderungsgesetz.

Konkret 06/01, S. 24

Conrad Schuhler

Amerika, du bist noch besser

Eine Entgegnung auf Hermann L. Gremlizas Kolumne »Amerika, dich haßt sich's besser«(KONKRET 5/01)

Hermann L. Gremliza stellt die These auf, daß »aus den europäischen Verbündeten des Ersten Kalten Krieges ... die Gegner des Zweiten geworden (sind), mit einem einheitlichen, den USA schon heute in Quantität, mehr noch in Qualität überlegenen Wirtschaftsraum, einer eigenen gegen den Dollar operierenden Leitwährung, mit einem effektiveren Gesellschaftssystem«. Des Autors Sorge, daß die Herrschaft in Deutschland beim Kampf um die Neuaufteilung der Welt nach dem Verschwinden des Realsozialismus ihr Volk im Zeichen eines guten nationalen Kapitalismus gegen den bösen US-Imperialismus um sich scharen will, ist wohlbegründet. Indem Gremliza jedoch Euro-Deutschland zum mit überlegener wirtschaftlicher Potenz ausgestatteten Aggressor und die USA zum Papiertiger stilisiert, der allenfalls als globale Feuerwehr, zum »Drauf- und Abhauen« taugt, reproduziert er bloß die Illusionen euro-großdeutscher Strategen. In Wahrheit ist Euro-Deutschland den USA wirtschaftlich sowohl quantitativ wie qualitativ unterlegen; in Wahrheit ist Euro-Deutschland im Zeichen der Globalisierung mehr auf die Kooperation mit den USA angewiesen als umgekehrt diese auf Euroland; in Wahrheit rüstet sich Amerika unter Bush, um mit Hilfe einer aggressiven globalen Strategie seine Rolle als Number One and Only auszubauen.

1. Die USA sind mehr denn je die dominante Wirtschaftsmacht

Fast ein Drittel des gesamten Weltprodukts wird in den USA produziert. Die gesamte Euro-Zone bringt es nur auf 70 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der USA. Selbst wenn man die außerhalb der Euro-Union gebliebenen Länder der EU hinzunimmt, bleibt das aggregierte Produkt der Europäer rund 10 Prozent hinter dem US-amerikanischen zurück. Im Zweiten Kalten Krieg hat sich das US-Übergewicht gegenüber Deutschland vergrößert. Nimmt man 1991 als Basiswert 100, dann ist das Bruttoinlandsprodukt der USA bis 1999 auf 133 gewachsen, das deutsche nur auf 111. Die durchschnittliche Wachstumsrate im ersten Jahrzehnt des Zweiten Kalten Krieges betrug in den USA 4,2 Prozent, in Deutschland 1,3, wobei die USA mit den Jahren immer besser wurden, Deutschland aber immer schwächer wurde. Auch die übrigen europäischen Länder fielen weiter hinter die USA zurück. Dieses Ergebnis spiegelt auch die wachsende qualitative Überlegenheit der US-Wirtschaft wider. Die Arbeitsproduktivität wuchs in den USA im letzten Jahrzehnt mit einem Jahresschnitt von 2,6 Prozent, in Deutschland nur mit 0,4. Auch hier waren die Vorsprünge der USA in den letzten Jahren am höchsten, und sie waren besonders hoch in den Bereichen der modernen Schrittmacherindustrien.

Das erste Jahrzehnt des Zweiten Kalten Krieges scheint der US-Wirtschaft bekommen zu sein. Ganz besonders gilt dies für den Dollarkurs. Der Preis der Devise ist ein wichtiger Maßstab des internationalen Gewichts einer Volkswirtschaft. 1990 mußten die Deutschen für einen Dollar 1,60 DM bezahlen, im Jahr 2000 waren es 2,20 DM. Die DM hat also in 10 Jahren gegenüber dem Dollar mehr als 40 Prozent an Wert verloren. Wohl wahr, daß die reale Kaufkraft eines Dollar nach wie vor etwa 1,60 DM entspricht. Woher kommt dann die Wertsteigerung? Viele Faktoren tragen dazu bei, aber vor allem dieser: Die Kapitalisten aller Länder trauen den USA mehr denn je zu, daß sie ihre Interessen am besten zu wahren wissen, weshalb sie jedes Jahr Hunderte Milliarden Dollar erwerben und an amerikanische Banken transferieren.

2. Das euro-deutsche Kapital ist in wachsendem Maß auf den US-Markt angewiesen

1995 war der Handel zwischen EU und USA noch ausgeglichen, die Importe waren so hoch wie Exporte (je 103 Milliarden Euro). Im Jahr 2000 betrug der Ausfuhrüberschuß der EU fast 30 Milliarden Euro. Der US-Anteil an den Exporten des Euro-Raums war von 14 auf 20 Prozent gestiegen. Mehr als alle anderen hängt die deutsche Konjunktur von Exporten ab. Während im EU-Schnitt – einschließlich Deutschlands – 17 Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts in den Export gehen, sind es in Deutschland 30 Prozent. Über die Hälfte der deutschen Exporte werden außerhalb der Euro-Zone, also auf Dollarmärkten realisiert. Wie fatal diese Abhängigkeit vom US-Markt ist, zeigt sich in dem heftigen Durchschlagen der aktuellen Stagnation in den USA auf die deutsche Wirtschaft. Im März 2001 gingen die Aufträge an die deutsche Exportindustrie um 9,3 Prozent zurück. Die Deutsche Bank Research, die bisher für dieses Jahr ein Wachstum von 1,8 Prozent in Deutschland voraussagte, meint, man müsse diese Prognose nun überdenken. Die deutsche Wirtschaft ist an das Wohl und Wehe der US-Wirtschaft gebunden.

Der Einwand, die Exportrekorde bewiesen bloß die Überlegenheit der deutschen Wirtschaft, ist in jeder Hinsicht haltlos. Erstens exportieren die USA noch weit mehr (wobei sie noch einmal mehr importieren, was für sie kein Problem ist, da sie einen gewaltigen Kapitalimportüberschuß haben, so daß die Ausländer den US-Amerikanern die Importe selbst bezahlen). Zweitens erzielen die Deutschen ihre Exportzuwächse nicht wegen irgendeiner technologischen Überlegenheit, sondern in erster Linie wegen des miserablen Wechselkurses für DM beziehungsweise Euro. Wenn die DM gegenüber dem Dollar 40

Prozent an Wert verliert, dann werden deutsche Güter in den USA 40 Prozent billiger. Dies ist das ganze Geheimnis des deutschen Exporterfolgs.

Für die deutschen Kapitalisten gibt es keinen Ausweg aus dem gegenwärtigen Dilemma. Wollte man den Exportüberschuß von 103 Milliarden DM (2000) im eigenen Land absetzen, müßte man die kaufkräftige Nachfrage im Inland um diesen Betrag erhöhen, also die Löhne und Gehälter, also die Kosten der Produktion. Damit würde man erstens seine Exportsituation verschlechtern und zweitens im Inland nichts gewinnen, denn was man an Umsatz hereinholt, geht an Mehrkosten drauf. Ein kluger Kapitalist läßt das sein.

Exportüberschüsse aber sind für Menschen, die von ihrer eigenen Arbeit leben müssen, immer von Übel. Sie haben ein Produkt von 100 erstellt, aber im Inland kommen nur 95, 90 oder noch weniger zur Verteilung. Die im Export erzielten Profite fließen realiter nicht zurück in die nationale Wirtschaft, sondern sie werden ebenfalls exportiert, vor allem in die USA. In den USA gehören mittlerweile Aktiva im Wert von 10.000 Milliarden Dollar Ausländern, was dem Wert des gesamten Bruttoinlandsprodukts der USA entspricht. Wer meint, die euro-deutschen Kapitalisten rüsteten sich zum bedingungslosen Kampf gegen die US-Konkurrenz, sollte daran denken, daß die Euro-Deutschen dann auf dem Güter- wie Finanzmarkt auch gegen sich selbst zu Felde ziehen müßten.

3. Die USA rüsten ihrerseits für den Zweiten Kalten Krieg

Es ist also falsch, wie Gremliza zu meinen, den USA fehlten die Mittel, in den globalen Auseinandersetzungen eine andere Rolle als die des globalen Nachtwächters zu spielen. Sie haben die Mittel, und sie haben die feste Absicht, sie einzusetzen. Als der Vater des jetzigen US-Präsidenten noch im Weißen Haus residierte – das ist erst neun Jahre her – , gab es den »No-Rivals-Plan«, strategische Richtlinien des Pentagon, worin es heißt: »Unser Ziel ist es, den Aufstieg eines globalen Rivalen zu verhüten ... wir müssen unsere Strategie jetzt darauf konzentrieren, dem Aufstieg jedes möglichen Konkurrenten globaler Dimension zuvorzukommen.« Die Truppe von Bush sen. firmiert jetzt als die Geschäftsführung des Sohnes. Dick Cheney, unter dem Vater Verteidigungsminister, ist der Vize des Juniors. Dazwischen war er Manager eines Ölkonzerns, der ihm bei seinem Ausscheiden im letzten Jahr 36 Millionen Dollar mit auf den Weg gab. Überhaupt gibt das Personal des neuen Präsidenten einigen Aufschluß, wohin die Reise gehen soll. Colin Powell, der Außenminister, war unter dem alten Bush Generalstabschef, als welcher er den Golfkrieg managte. Der Finanzminister war Vorstandsvorsitzender beim größten Aluminiumkonzern. Ein texanischer Erdölunternehmer wurde Handelsminister, ein Manager der Pharma-Industrie und früherer Rüstungslobbyist Verteidigungsminister. Der Stabschef von George W. kommt aus dem Vorstand eines Autokonzerns. Die Bush-Familie selbst hat ihr Vermögen in der Ölbranche gemacht. Allesamt keine Business-Größen von der Ostküste oder gar aus der Wall Street, die mehr auf den globalen Ausgleich des internationalen Finanzkapitals aus sind, sondern rauhe Typen aus Branchen, in denen seit jeher Forderungen nach Umweltschutz oder nach friedlicher Diplomatie statt Militärintervention als Schwulenquatsche eingestuft wurden.

Dementsprechend entfällt die größte Steigerung des neuen US-Bundeshaushalts auf die Rüstung, worin das neue Raketenabwehrsystem, das die USA für jeden Konkurrenten unverwundbar machen soll, noch nicht enthalten ist. Das aggressive Auftreten gegenüber China, dem Irak, Libyen und allen anderen Ölländern, die sich nicht gefügig zeigen, prägt den neuen Yankee Doodle. Auch wird ganz Nord- und Südamerika wirtschaftlich direkt den USA unterstellt: Die Nafta (USA, Mexiko, Kanada) soll bis 2005 von der FTAA abgelöst werden, einer Freihandelszone, der alle Länder des Kontinents außer Kuba anzugehören haben.

Großdeutsche Phantasien, daß die USA global intervenieren, sich dann aber zurückziehen und Euro-Deutschland den Reibach des Wiederaufbaus überlassen würden, sind illusionär. Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt ist entbrannt. Gleichzeitig sind die Kontrahenten aufeinander angewiesen – Skorpione in der Flasche:Sticht einer zu, besiegelt er den eigenen Untergang.

Quellen:

isw-report Nr. 46: Abschwung oder Absturz? Krisenpotentiale und Krisenkosten in der Weltwirtschaft.

isw-wirtschaftsinfo 32: Bilanz 2000.

isw – Johann-von-Werth-Str.3, 80639 München. Fon:089/13 00 41; Fax:168 94 15; isw_muenchen @t-online.de

---

Conrad Schuhler schrieb in KONKRET 5/2001 über den neuesten Stand der NS-Zwangsarbeiter-Entschädigungsverhandlungen

Konkret 06/01, S. 26

Friedrich Geiger

Kampfansage

In Quebec wurde auf Initiative der USA beschlossen, den amerikanischen Kontinent zu einem autarken Wirtschaftsblock zu machen. Das Projekt richtet sich gegen die EU und Brasilien

Ende April wurde im kanadischen Quebec beschlossen, das schon bestehende Konzept der Nafta (Zollfreiheit zwischen USA, Kanada und Mexiko) auf den gesamten Kontinent auszuweiten: Die künftige Free Trade Area of the Americas (FTAA, spanisch Alca) soll von Alaska bis Feuerland reichen. 32 lateinamerikanische Länder waren an dem Gipfeltreffen beteiligt, nur Kubas Staatschef Fidel Castro hatte keine Einladung erhalten. 30.000 Demonstranten protestierten gegen die Pläne.

Die USA haben es eilig mit der Verwirklichung der FTAA. Im Vorfeld des Treffens drängten sie – erfolglos – darauf, daß die Verhandlungen schon Anfang 2003 abgeschlossen sein sollen, zwei Jahre früher als vereinbart, denn sie fürchten um ihre Einflußzone Südamerika: Die Europäische Union (EU) ist dort seit einigen Jahren auf dem Vormarsch. Mit dem Staatenverbund Mercosur, dem Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay sowie als assoziierte Mitglieder Chile und Bolivien angehören, verhandelt die EU bereits seit mehreren Jahren über ein Freihandelsabkommen, mit Mexiko besteht bereits ein solches. Die Exporte der EU in die Mercosur-Zone sind wesentlich höher als die der Vereinigten Staaten: Waren im Gegenwert von 23 Milliarden US-Dollar wurden 1999 vom alten Kontinent in die Region verschifft, das ist mehr als ein Drittel der Mercosur-Importe. Die USA kommen nur auf 17 Milliarden Dollar. Gleichzeitig übertrafen die Investitionen eines einzigen europäischen Landes – Spanien – in ganz Lateinamerika die der Vereinigten Staaten.

Neben der Rückgewinnung politischer Hegemonie interessiert Südamerika die USA vor allem als Exportmarkt. 787 Millionen Einwohner soll die FTAA haben – zahlenmäßig ein doppelt so großer Markt für US-Exporteure wie heute die Nafta. Die FTAA ist für die Vereinigten Staaten dennoch ökonomisch weitaus weniger bedeutend als etwa die Europäische Union für Deutschland. Denn auf die USA entfallen alleine bereits drei Viertel des Bruttoinlandsprodukts des amerikanischen Kontinents, auf die Nafta sogar neun Zehntel. Der Zugewinn ist also bescheiden – und dennoch für viele US-Konzerne nicht zu verachten.

Dies hängt mit der geringen Qualität vieler US-Produkte zusammen. Die USA hatten das Glück, bei dem in den letzten Jahren am meisten beachteten Industriezweig, der Informationstechnologie (IT), weltweit führend zu sein. Die Aufregung um die IT-Branche verdeckt freilich, daß die USA ansonsten nur noch in der Waffenindustrie mit Westeuropa und Ostasien mithalten können. In den meisten anderen Branchen sind Westeuropa und Ostasien wesentlich produktiver. »Mexikanische Arbeiter haben bewiesen, daß sie so gut wie ihre US-amerikanischen Kollegen sind in der modernen Fabrikation, und sogar bei Forschung und Entwicklung, Konstruktion und Design«, schreibt die »Washington Post«. Dies ist auch eine Aussage über die Qualifikation US-amerikanischer Arbeiter. Die USA verfügen zwar über einige renommierte Eliteuniversitäten, allgemein ist das Bildungswesen jedoch schlecht. Da US-Unternehmen ihre Arbeiter wesentlich leichter entlassen können, als dies Firmen in den meisten anderen Industrieländern möglich ist, investieren sie wenig in die Weiterbildung. Und wegen der geringen sozialen Absicherung steht ein Heer von billigen Arbeitskräften bereit, weswegen die Firmen wenig in arbeitssparende neue Technologie und Produktivitätssteigerung investieren. In einer gesamtamerikanischen Freihandelszone hätten amerikanische Unternehmen den Vorteil, daß die Produkte ihrer europäischen und asiatischen Konkurrenten durch Zölle verteuert würden, während ihr eigener Ramsch vergleichsweise billig wäre: Elf bis 15 Prozent betragen die durchschnittlichen Einfuhrzölle in den meisten lateinamerikanischen Ländern. Für einige Produkte sind sie freilich weitaus höher: 35 Prozent werden in Brasilien zur Zeit noch auf ein US-amerikanisches Auto aufgeschlagen, auf manche anderen Waren noch mehr. 2005 wäre damit Schluß.

Vor allem der brasilianische Markt ist für die USA attraktiv. Hinter dem Schutz vergleichsweise hoher Zollmauern hat sich hier ein breit gefächertes verarbeitendes Gewerbe gebildet. Anders als alle anderen Länder Südamerikas stellt Brasilien fast alles her, was es benötigt, in den Außenhandel geht nur ein Zehntel der Gesamtproduktion. Da der Markt relativ groß ist – die 170 Millionen Einwohner erwirtschaften rund die Hälfte des südamerikanischen Sozialprodukts – und die bisherigen Schutzzölle Einfuhren erschweren, haben viele ausländische Unternehmen in Brasilien eigene Produktionsstätten errichtet, zumal sie die Partnerländer des Mercosur zollfrei mitbeliefern können. Kein anderes Schwellenland außer China hat in den vergangenen Jahren so hohe Direktinvestitionen angezogen. Brasilianische Autos, Mobiltelefone und Flugzeuge sind auch im Export erfolgreich. Die meisten anderen Industriebranchen sind jedoch nur begrenzt wettbewerbsfähig. Qualität und Herstellungskosten können häufig nicht auf dem Weltmarkt mithalten, viele Industrieerzeugnisse finden nur in den Nachbarländern Käufer.

Eine stärkere Öffnung des brasilianischen Marktes für nordamerikanische Einfuhren würde viele einheimische Betriebe gefährden. Gleichzeitig dürften in den Nachbarländern Marktanteile verlorengehen, wenn brasilianische Erzeugnisse dort keine Zollvergünstigungen gegenüber nordamerikanischen mehr genössen. Der brasilianische Ökonom Paulo Nogueira

Batista Jr. behauptet sogar, die FTAA »würde die Vernichtung der brasilianischen Industrie bedeuten«. Für diese These sprechen auch die Erfahrungen, die Chile machen mußte, als es Ende der siebziger Jahre unter Augusto Pinochet begann, seine Schutzzölle zu senken: Die einheimische Industrie wurde von Einfuhren verdrängt, erhebliche Arbeitsplatzverluste waren die Folge.

Da ist es wenig verwunderlich, daß Brasilien als einziges Land zwischen Alaska und Feuerland der FTAA ablehnend gegenüberzustehen scheint – wenngleich es gute Miene zum bösen Spiel zu machen versucht. Brasilien steckt in einem Dilemma: Einerseits ist die FTAA nicht im Interesse des Landes, andererseits kann es sie wohl nicht verhindern. Bleibt es außen vor und nur die Nachbarländer treten bei, wäre dies ebenfalls nachteilig für Brasilien, denn es würde wichtige Exportmärkte verlieren.

Warum in den Nachbarländern die brasilianischen Sorgen nicht geteilt werden, liegt auf der Hand: Sie alle verfügen nicht über eine diversifizierte Industrie, die dem Freihandel zum Opfer fallen könnte. Die Exporte sind meist auf wenige landwirtschaftliche Güter oder Rohstoffe beschränkt. Deren Produzenten müssen keine ausländische Konkurrenz auf dem heimischen Markt fürchten: Auch bei Zollfreiheit werden die Einwohner Costa Ricas keine US-amerikanischen Bananen kaufen. Die Farmer Lateinamerikas erhoffen sich von Einfuhrerleichterungen in den USA bessere Absatzmöglichkeiten im Norden. Behindert werden sie beispielsweise durch hohe Zölle auf Orangensaftkonzentrat, die von der Zitrus-Lobby in Florida durchgesetzt wurden.

Das informelle Bündnis der Großagrarier Lateinamerikas und des Yankee-Trust hat also die FTAA möglich gemacht – der Preis wird die Deindustrialisierung des Subkontinents sein.

Friedrich Geiger lebt und arbeitet in Berlin

Konkret 06/01, S. 28

Winfried Wolf

Karoshi

Die einst als vorbildlich gefeierte japanische Wirtschaft steckt in einer tiefen Krise. Die westlichen Nipponologen mit ihrer sozialpsychologischen Erklärung des □ fernöstlichen Wunders□ rätseln

Im Jahr 1935 äußerte André Citroën, der Eigentümer der Automobilfabrik Citroën: »Die Japaner fahren nicht Auto. Sie lassen sich von Menschen befördern. Was für Barbaren! Ein Mensch – das sind acht Kilometer in der Stunde. Ein Citroën – das sind achtzig.« André Citroëns Arroganz schien materiell gut unterbaut. Frankreichs Autoindustrie, maßgeblich geprägt von Citroën, lag zu diesem Zeitpunkt weltweit auf Platz zwei, hinter den USA und noch vor der britischen Autoindustrie. Es handelte sich um jenes Land in Europa, das nach den USA einer Massenmotorisierung am nächsten gekommen war. In Japan gab es zu diesem Zeitpunkt keine Autoindustrie. Es gab auch so gut wie keine importierten Pkw. Fußgänger, Radfahrer, Sänften-Träger und Eisenbahnen bestimmten die Mobilität.

45 Jahre später, im Jahr 1980, äußerte Tohru Takahashi, der technische Direktor des größten japanischen Autokonzerns Toyota: »Es ist Krieg. Krieg zwischen uns und den Europäern. Und diesen Krieg gewinnen wir.« Auch Tohru Takahashis Arroganz schien materiell gut unterbaut. Die japanische Autoindustrie, maßgeblich geprägt von Toyota, lag zu diesem Zeitpunkt auf Platz zwei, hinter der US-amerikanischen und vor der westeuropäischen. Niemand zweifelte zu diesem Zeitpunkt daran, daß sich der Siegeszug der japanischen Autoproduzenten fortsetzen würde. Im Gegenteil. In der westdeutschen, gewöhnlich gut informierten Presse fanden sich jede Menge Artikel, die haarklein darlegten, weshalb die Konzerne Nissan oder Mitsubishi den deutschen oder europäischen – von den US-amerikanischen ganz zu schweigen – haushoch überlegen seien. »Bild« beispielsweise war damals vor Ort – in einem Mitsubishi-Werk – und berichtete wie folgt: »Im Mitsubishi-Shiga Werk bauen 124 Mann – Werksfeuerwehr bereits eingerechnet – 300.000 Motoren pro Jahr. Bei uns werden dafür 2.000 Mann gebraucht. Trost für uns: Einige der Roboter, die statt der Menschen Motoren bauen, tragen das Schild □Made in Germany□.«

Ein Bericht zu Nissan in der »Frankfurter Rundschau« – ebenfalls aus dem Jahr 1980 – liest sich fast lyrisch: »In Nissans futuristisch anmutender Produktionsanlage von Zama bei Tokio möchte man sagen: Wo sind hier die Arbeiter? Die fußballfeldgroße Halle für die Karosseriemontage ist das Schmuckstück von Nissans technologischem Investitionsprogramm. An einem durchschnittlichen Arbeitstag werden hier 1.300 Wagen montiert ... Aber wer hier arbeitet, sind vor allem Industrieroboter ... Von den gut 60 menschlichen Arbeitern, die hier noch Dienst tun, sieht man gelegentlich einen, der in weißen Handschuhen kontrollierende Handgriffe ausführt. Freilich: In Japan tragen selbst Jauchefahrer weiße Handschuhe.« In diesem Bericht fehlt selbst das Happy-End, von dem »Bild« zu berichten wußte. Nunmehr heißt es: »Nissans Roboter sind alle von Nissan selbst entwickelt worden.«

Zwanzig Jahre später, im Jahr 2000, feiern die japanischen Medien einen gewissen Herrn Carlos Goshn als »Eisbrecher«, als »Kostenkiller« und als »Hoffnungsträger für Nissan«, den zweitgrößten Autokonzern des Landes. Goshn ist kein Japaner. Er ist gebürtiger Brasilianer, besitzt die französische Staatsbürgerschaft und wird bezahlt vom Konzern Renault. Renault wiederum ist seit 1998 Großaktionär bei Nissan und faktisch Eigentümer dieses Autokonzerns, der mehr Pkw als die neue Mutter Renault herstellt. Goshn hat Nissan ein rigoroses Rationalisierungsprogramm verordnet; bis zu einem Viertel der Beschäftigten werden abgebaut. Goshn will bei Nissan auch »endlich europäische Fertigungsmethoden einführen« – wo es doch vor zehn Jahren noch als schick galt, japanische Arbeitsmethoden in Europa einzuführen. Er läßt prüfen, ob das Nissan-Werk in Sunderland, in den britischen Midlands, möglicherweise geschlossen werden muß. Es handelt sich hier um ein Werk, das mehr als zehn Jahre lang weltweit als modernste Autoproduktionsstätte galt – modern hinsichtlich des Einsatzes automatisierter Produktion, modern jedoch auch hinsichtlich der Auspressung von Mehrwert aus menschlicher Arbeit durch niedrige Löhne und enormen Arbeitsstreß mittels »Gruppenarbeit«.

Die gleichen japanischen Medien, die Renault bei Nissan begrüßten, feiern ein Jahr später, im Jahr 2001, Herrn Eckrodt als »Retter von Mitsubishi«. Eckrodt ist DaimlerChrysler-Mann und wurde von der Chefetage nach Tokio kommandiert, um Mitsubishi zu retten. DaimlerChrysler ist seit dem Jahr 2000 Großaktionär bei Mitsubishi Motors und kontrolliert den japanischen Autokonzern seit Anfang 2001 faktisch auch im operativen Geschäft. Eckrodt und seine deutsche Truppen treten bei Mitsubishi seit Frühjahr 2001 wie die eigentlichen Herren auf. Sie verordneten dem angeschlagenen und hoch verschuldeten Autokonzern ein rigoroses Programm zum Personalabbau und zur Kosteneinsparung, das auch bei den Zulieferern Tausende Jobs kostet. Damit befinden sich mit Mitsubishi und Nissan die zwei japanischen Autokonzerne, die bis vor kurzem als die technologisch fortschrittlichsten galten, unter europäischer Kontrolle. Inzwischen führen sich bei Nissan und bei Mitsubishi die neuen europäischen Eigner wie Kolonialherren auf.

Dabei ist auch in diesem Fall die Arroganz der Franzosen und der Deutschen materiell gut unterbaut: Die japanische Autoindustrie befindet sich in einer tiefen Krise. Nicht nur Nissan und Mitsubishi – rund die Hälfte der japanischen

Autoindustrie wurde bereits aufgekauft: Mazda landete bei Ford. Und Suzuki, Subaru und Isuzu werden von General Motors kontrolliert.

Der Sektor Fahrzeugbau, die mit Abstand wichtigste Branche der japanischen Industrie, ist dabei durchaus typisch für die Situation der japanischen Wirtschaft. Es ließen sich aber auch andere Sektoren für die aktuelle »japanische Misere« anführen. So jammert der britische »Economist« im Januar 2001: »Japans Problembanken stellen inzwischen die größte Gefahr für die Weltwirtschaft dar. Halbherzige Vorstellungen, diese Banken zu retten, erwiesen sich als Fehlschlag. Jetzt sind drastische Maßnahmen erforderlich, wenn die Weltökonomie nicht katastrophale Folgen erleiden soll.« Im Februar 2001 wurde der »Chefvolkswirt« der Deutschen Bank, Norbert Walter, noch deutlicher: Er äußerte, daß »das Problem Japan völlig unterschätzt« werde, daß die japanische Krise massive Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben könne und daß es daher dringend geboten sei, durch internationale Hilfe die japanische Ökonomie vor einem kompletten Absturz zu retten. Walter kritisierte dabei die Haltung derjenigen westlichen Politiker und Banker, die für Japan auf »den Markt« setzen, und erklärte wörtlich: »Will man Japan wirklich versenken? Wir würden dabei mehr als nur Spritzer abkriegen.«

Die Welt scheint Kopf zu stehen. Steckt Japan, Zitadelle des innovativen Kapitalismus, in einer solchen Krise, daß die Konkurrenz, die ehemals das »japanische Modell« importieren wollte, zu Hilfe eilen muß? Ist Japan ein möglicherweise sinkender »Tanker«, der die Weltwirtschaft bedroht? War Japan nicht Anfang der neunziger Jahre noch das Land mit dem höchsten Auslandsvermögen? Inzwischen weist Nippon die höchste Staatsverschuldung unter den G-7-Staaten auf; Teile des Auslandsvermögens sind verzehrt bzw. werden repatriiert. War Japan nicht in den siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts ein Motor der Weltwirtschaft? Nun stagniert die japanische Ökonomie seit knapp einem Jahrzehnt und droht in eine neue Rezessison zu stürzen. War Japan bis Ende der achtziger Jahre nicht ein Musterbeispiel für die »angebotsorientierte Wirtschaftspolitik« mit niedrigen Löhnen, niedrigen Staatsausgaben, hohen Profiten, hohem Wachstum und steigenden Exporten? Seit Beginn der neunziger Jahre bekämpft die japanische Regierung die Rezessionen mit einer keynesianischen Politik und pumpte seither Kreditprogramme in Höhe von umgerechnet rund 1200 Milliarden US-Dollar in die Wirtschaft – ohne Erfolg.

Was erklärt den Wandel und Bruch? In den siebziger und achtziger Jahren landeten die bürgerlichen »Erklärungen« für den japanischen Erfolg in der Regel bei Mystik und in einer Art Menschenkunde. »Der Japaner als solcher« wurde uns vorgestellt – beispielsweise in »Bild am Sonntag« mit den Worten: »Ein Tag im Leben eines japanischen Arbeiters ... Alle reden von ihm. Doch keiner kennt ihn: den japanischen Arbeiter, dessen Fleiß, Genügsamkeit und Einfallsreichtum europäische und amerikanische Konzerne in Probleme stürzt.« Damals – wir schrieben das Jahr 1980 – übte sich »Bild am Sonntag« in investigativem Journalismus, beobachtete den japanischen ideellen Gesamtarbeiter bereits bei der Frühgymnastik zu Schichtbeginn und wußte zu berichten, daß sich diese Art Arbeit lohnt: »Minoru Setu besitzt ein Haus ... und ist Golfspieler (Aufnahmegebühr im Club: 7500 DM).« In der »Frankfurter Rundschau« berichtete Peter Crome für das gebildetere Publikum aus Tokio auf vergleichbare Art: »Wie schaffen das die Japaner? Gewiß, da ist zunächst die Arbeitswut ... Dazu kommt noch, daß ihnen die Arbeit Spaß macht ... Es gibt freilich einen besonderen Grund dafür, daß dieses Modell funktioniert. Der Sozialpsychologe H. Morsbach erkennt es in dem systematisch gepflegten □Prinzip der Beharrlichkeit□. Nach seiner Ansicht beginnt bei den Japanern die durch das ganze Leben beibehaltene Gewohnheit, etwas durch einen Akt reiner Ausdauer zu erlernen, um es dann ebenso beharrlich anzuwenden, bereits im frühen Kindesalter.«

Offensichtlich reicht diese Art »Sozialpsychologie« nicht aus, um Aufstieg und Fall des japanischen Kapitalismus zu erklären. Wie wäre es mit einer Prise Marxismus? Dann ließen sich hierfür vier Faktoren benennen:

1. Bis Mitte der achtziger Jahre lag die Mehrwert- oder Ausbeutungsrate in der japanischen Ökonomie extrem hoch: Relativ niedrige Löhne und extrem kurze reale Urlaubszeiten waren vor allem gepaart mit hoher Arbeitsdichte, die wiederum durch spezifische Methoden wie Gruppenarbeit erreicht wurde. Inzwischen hat sich dieser Faktor relativiert, teilweise, weil höhere Löhne erkämpft wurden, teilweise, weil die japanische Regierung und die japanische Industrie mit ihrer keynesianischen Politik den Binnenmarkt und den Konsum anzukurbeln versuchten. Der Arbeitsstreß mündete in das weltweit in dieser Form einmalige, offiziell in Japan als berufsbedingt anerkannte Phänomen »karoshi«, Blitztod am Arbeitsplatz.

2. In Japan existierte lange Zeit eine »duale Wirtschaftsstruktur« mit einem extrem kapitalintensiven Sektor in der großen Industrie und einem nachgelagerten Sektor von Zulieferern, die stark arbeitsintensiv arbeiteten. Inzwischen wurde diese für lange Zeit vorteilhafte Struktur erheblich nivelliert durch die normalen Folgen von Konkurrenz, Angleichung der sozialen Niveaus und die Öffnung zum Weltmarkt.

3. Die japanische Ökonomie konnte ihren Binnenmarkt lange Zeit gegenüber der Konkurrenz abgeschottet halten – durch faktischen Protektionismus und einen niedrigen Yen-Kurs. Auch dieser Faktor wurde erheblich relativiert, unter anderem als Resultat des Drucks der konkurrierenden Staaten. Hier spielte allerdings auch eine spezifische Widersprüchlichkeit eine wichtige Rolle: Indem die japanischen Konzerne immer mehr »transplants«, Fabriken im Ausland, errichteten und in Firmenverbünden zwischen Muttergesellschaften und ihren Auslandstöchtern arbeitsteilig produzierten, relativierte sich Japans Orientierung auf eine ausschließliche Exportförderung.

4. Schließlich und vor allem basierte der vormalige japanische Erfolg auf der Kombination der bisher genannten drei Faktoren mit einem industriellen Automationsgrad, der deutlich über demjenigen in Nordamerika und Westeuropa lag. Auf dieser Basis konnten japanische Konzerne so lange enorme Extraprofite einfahren, wie die Konkurrenz nicht aufholte. Die Aufholjagd ist beendet. Die japanischen Methoden wurden weitgehend übernommen und integriert – auch hier nicht zuletzt dadurch, daß die japanischen Konzerne selbst ins Ausland gingen und dort z.B. in »joint ventures« (mit GM, Chrysler, Ford) produzierten, bzw. dadurch, daß die Konkurrenz, wie geschildert, in Japan selbst Unternehmen und mit ihnen Know-how übernahmen. Und damit verschwand die Grundlage für Extraprofite, den wesentlichen Motor für die »Dynamik« des japanischen Kapitalismus.

Winfried Wolf schrieb zuletzt in KONKRET 4/2001 zur Krise der Weltwirtschaft. Sein jüngstes Buch »Fusionsfieber. Das große Fressen« erschien Ende 2000 bei PapyRossa

Konkret 06/01, S. 30

Bernhard Schmid

Françafrique

Eine Serie von Enthüllungen wirft ein Schlaglicht auf die französische Afrikapolitik und die Rolle, die der Ölkonzern Elf Aquitaine darin spielt(e)

Daß Frankreich auf dem afrikanischen Kontinent eine neokoloniale Politik praktiziert, die jener der USA in Lateinamerika ähnelt, ist weitgehend bekannt. Ein seit einigen Monaten schwelender Skandal hat nun die französische Öffentlichkeit auf die Hintergründe, jedenfalls manche von ihnen, der französisch-afrikanischen »Sonderbeziehungen« aufmerksam gemacht. Am 23. Dezember 2000 war der Sohn des früheren Staatspräsidenten François Mitterrand, Jean-Christophe M., in Untersuchungshaft genommen worden, aus der er am 11. Januar gegen Zahlung einer Kaution von fünf Millionen Francs (1,6 Millionen Mark) entlassen wurde. Zwischen 1982 und 1992, zu Amtszeiten seines Vaters, Mitglied der »afrikanischen Zelle« im Elysée-Palast, hatte er sich in den achtziger Jahren auf seiten seiner afrikanischen Gesprächspartner den Spitznamen Papamadit (Papa-hat-mir-gesagt) zugezogen.

Die Inhaftierung von Jean-Christophe Mitterrand, angeordnet durch die Untersuchungsrichter Philippe Courroye und Isabelle Prévost-Desprez, war eine Folge der bereits am 1. Dezember 2000 erfolgten Festnahme des französisch-brasilianischen Geschäftsmanns und Milliardärs Pierre-Joseph Falcone. Durch Ermittlungsverfahren in Sachen Steuerhinterziehung – der Fiskus reklamierte Ende 1998 die Kleinigkeit von 1 Milliarde 256 Millionen Francs von seiner Gesellschaft Brenco – waren die Justizbehörden auf Unterlagen gestoßen, aus denen sie auf Waffengeschäfte der Firma über insgesamt 633 Millionen Francs (200 Millionen DM) mit dem afrikanischen Bürgerkriegsland Angola schlossen. Dank Unterlagen, die bei einer Hausdurchsuchung bei Falcones Sekretärin im September 2000 aufgefunden worden waren, stießen die Ermittler ferner auf eine Liste von Personen und Gesellschaften, die durch Falcone großzügig finanziert worden waren. Dabei wiesen die Spuren in zwei Richtungen: Eine führte zum Mitterrand-Clan, über eine Überweisung in Höhe von 13 Millionen Francs auf ein Schweizer Konto, das dem Präsidentensohn gehörte, dem nun, nach einer Entscheidung des Pariser Gerichtshofs am 23. Februar 2001 mittelfristig der Prozeß gemacht werden kann. (Mitte März sind im übrigen die Ermittlungen auf weitere Prominente aus der Umgebung Mitterrands ausgeweitet worden: Die Justizpolizei durchsuchte die Büros des früheren Mitterrand-Beraters Jacques Attali und schaute auch im Außenministerium vorbei. Die Untersuchungsrichter vermuten, der dem früheren Staatspräsidenten eng verbundene Attali habe sich beim jetzigen Außenminister Hubert Védrine – seinerseits ein Veteran des Mitterrandschen »Hofstaats« – für Steuernachlässe zugunsten von Falcones Firma Brenco verwendet. Allem Anschein nach mit Erfolg, da Falcone in den frühen Neunzigern Steuern in Höhe von 160 Millionen Francs (50 Millionen Mark) erlassen wurden.

Die andere Spur führt zur Clique rund um den national-populistischen Ex-Innenminister Charles Pasqua, dessen Eigenschaft als Verbindungsmann zwischen Staatsappararat, mehr oder minder legal (d.h. im Rahmen des politisch gedeckten Waffenhandels) operierender korsischer Mafia und Geheimdienstkreisen seit langem ein offenes Geheimnis ist. Gehört doch der korsischstämmige Pasqua zum Lager jener von der Mittelmeerinsel aus operierenden Clans und Sippschaften, die der französischen Staatsmacht lange Zeit als Stabilisierungsfaktor ihrer Herrschaft über die Insel dienten und die sich im Gegenzug (bereits seit Bonaparte) im Staats- und vor allem im Militärapparat haben breitmachen können. Seit dem Ausbruch der Falcone-Affäre interessieren die Ermittler sich näher für die Aktivitäten Pasquas und seiner rechten Hand, des jahrzehntelangen Geheimstdienstlers und Pasqua-Beraters im Innenministerium, des ebenfalls aus Korsika stammenden Jean-Charles Marchiani.

Schon zuvor aber waren die Untersuchungsrichter wiederholt über den Namen Pasqua gestolpert: Im Zusammenhang mit den Geschäften des Konzerns Elf Aquitaine (inzwischen Teil des Konglomerats TotalFinaElf) wurde Pasquas Name am häufigsten genannt. Er geriet etwa ins Visier der Ermittler, die Licht ins Dunkel der schwarzen Kassen und Schmiergeldflüsse des Elf-Konzerns zu bringen suchen, als eifrigster Nutzer der Elf-eigenen Fluglinien in Richtung Schweiz und Afrika. Dies erklärte am 9. Dezember 1999 der Leiter jener Gesellschaft, die den Flugzeugpark der Konzerngruppe betreut, anläßlich seiner Vernehmung. Der pensionierte Polizist Daniel Léandri, engster Mitarbeiter Pasquas und lange Jahre mit dessen Personenschutz betraut, wurde zugleich für die Richter interessant, weil er während der Neunziger monatlich 25.000 DM von Elf erhielt, ohne für den Konzern zu arbeiten. Zugleich gab er den Ermittlern zu Protokoll, daß er im ersten Teil des Jahrzehnts mit zahlreichen »vertraulichen Missionen in Afrika« betraut gewesen und in dieser Eigenschaft häufig unter anderen in die Länder Gabun, Kongo und Kamerun gereist sei. Ferner verwaltete Léandri in Genf ein fremdes Konto, das er vermutlich im Auftrag afrikanischer Potentanten führte.

Nach Ausbruch der Falcone-Affäre würden die Untersuchungsrichter nun gerne mehr darüber erfahren, auf welchem Wege elf bzw. 14 Millionen Francs für die nationalkonservative Liste der »Sammlung für Frankreich« (RPF) – die Pasqua zu den Europaparlamentswahlen 1999 anführte – in die Kassen kamen. Natürlich leugnen Pasqua und seine Leute jegliche Verbindung zwischen der undurchsichtigen Finanzierung ihrer Partei und dem Waffenhandel. Fest steht auf alle Fälle, daß Falcone mit Pasqua und Marchiani in enger Verbindung stand: Als die beiden zwischen 1993 und 1995 im Pariser

Innenministerium saßen, war Falcone offizieller Vertreter der Gesellschaft Sofremi in der angolanischen Hauptstadt. Die Sofremi ist eine dem Innenministerium gehörende Gesellschaft, über die es »Sicherheitsgerät« (von Uniformen über Schlagstöcke bis zur Abhörtechnik) an andere Staaten verkauft. Im Rahmen seiner Funktion bei der Sofremi schloß Falcone auch die Waffenkäufe für Luanda ab – die Sofremi war vorgeschobener offizieller Vertragspartner Angolas, Falcones Gesellschaft Brenco schoß die Kosten vor und kassierte hinterher ab. Die Waffen wurden aus Osteuropa direkt nach Angola geschafft.

Das ist längst nicht alles: Mitte April sagte eine ehemalige Mitarbeiterin Pasquas aus seiner zweiten Amtszeit im Innenministerium, Sabine de la Laurencie, vor der Ermittlungsrichterin aus. Was sie zu Protokoll gab, bestätigt die Sichtweise, die der Normalverbraucher von Korruption und Politik hat: Da wechseln gefüllte Geldkoffer ihre Besitzer; da wird die Mitarbeiterin von Paris aus an den Genfer Flughafen geschickt, um einen solchen bei einem Herrn in einer Limousine abzuholen und nach Paris zu bringen – als sie bei ihrer Rückkehr nach dem Grund des Transports fragt, wird ihr geraten, nicht zu neugierig zu sein. Zur selben Zeit wird bekannt, daß der Waffenhändler Falcone im Juli 1996 eine Spende von 1,5 Millionen Francs (450.000 DM) an die Vereinigung »Association France – Afrique – Orient« AFAO (deren Sekretärin die nunmehr aussagewillige Sabine de la Laurencie war) übergeben hatte, die 1988 im Umfeld Charles Pasquas gegründet worden war und letzteren zum Vizepräsidenten hatte. Die AFAO war im Oktober 2000 in aller Eile aufgelöst worden, als die Falcone-Affäre ihre Schatten vorauszuwerfen begann – im Vormonat war die Diskette mit den entsprechenden Informationen im Hause von Falcones Sekretärin beschlagnahmt worden. Die AFAO war nur eine unter einem halben Dutzend Organisationen mit außenpolitischer Orientierung, die von der Pasqua-Clique gegründet wurden und die jeweils den Namen einer Weltregion im Titel tragen (wie France-Afrique oder France-Chine-Hauts-de-Seine; Hauts de Seine ist der Name des Départements, dem Pasqua als Bezirkspräsident vorsteht).

Durch ein Interview, das am letzten Aprilwochenende eine volle Seite in der Pariser Abendzeitung »Le Monde« füllte, versuchte Pasquas »diplomatischer Berater« in der Bezirksregierung Hauts-de-Seine, Bernard Guillet, daraufhin die Öffentlichkeit zu beruhigen, ohne in der Sache allzuviel zu dementieren. Noch bleibt allerdings die spannende Frage zu klären, warum der Bezirkspräsident eines französischen Départements – der keinerlei außenpolitische Funktionen hat – überhaupt einen »diplomatischen Berater« benötigt und ein gutes halbes Dutzend weltpolitisch aktiver Vereinigungen unterhält. Fest steht, daß Pasquas Département Hauts-de-Seine das mit Abstand bedeutendste Budget für die »Kooperation mit Afrika« hat und der Bezirkspräsident sich unter diesem Titel regelmäßig auf dem Kontinent betätigt. Fest steht ferner, daß das Département die innigsten Verbindungen zum Elf-Konzern – dessen Firmensitz auf dem Territorium von Pasquas Bezirkshauptstadt Nanterre liegt – aufweist. So ist seit längerem bekannt, daß das Département 1991 ein Grundstück zum Preis von 300 Millionen Francs dem Elf-Konzern abkaufte und nach wenigen Tagen für 200 Millionen Francs zurückverkaufte. Dabei flossen rund 100 Millionen an Schmiergeldern aus den öffentlichen Kassen in die Schmiergeldkanäle des Konzerns; die Ermittler interessiert, wer dabei die sogenannten Vermittler »Fred« und »Carlo« waren, die dabei 66 Millionen Francs mitnahmen.

Der Elf-Konzern, der ohnehin in den Départements an der französischen Atlantikküste mehr zu sagen hat als die französische Regierung, steht im Hintergrund auch der Angola-Affäre. Bereits der frühere Elf-Generaldirektor Loik Le Floch-Prigent, der Ende 1996 aus dem Gefängnis heraus sein »Geständnis« in der Presse veröffentlichen ließ (siehe KONKRET 2/1997), hatte beispielsweise auch von der französischen und konzerneigenen Angolapolitik gesprochen. Bereits damals war bei ihm die Rede von einer Umlenkung der Unterstützung, die bisher allein an die Unita geflossen war, zugunsten doppelter Geschäftsbeziehungen mit beiden Bürgerkriegsparteien. Auch das Ziel hatte Le Floch-Prigent dabei genannt: »das Gleichgewicht zwischen Dos Santos und Savimbi aufrechtzuerhalten, damit keiner von beiden gewinnen kann«.

Jean-Charles Marchiani – die rechte Hand von Ex-Innenminister Pasqua – seinerseits will über die damaligen Tätigkeiten der Sofremi und Falcones in Angola nur »den Interessen Frankreichs gedient« haben. Dies begründete er gegenüber den Justizbeamten und gegenüber der Presse (so »Le Monde« vom 7. Januar 2001) mit den Worten: »Dank Pierre Falcone konnten wir auf nützliche Weise mit Angola und dem Präsidenten Dos Santos arbeiten. Wir, das heißt ich im Namen von Charles Pasqua, haben so mit dem Präsidenten Dos Santos die politische und ökonomische Unterstützung Angolas für die Aktion Frankreichs in diesem Teil Afrikas ausgehandelt, die sich dann durch die Entsendung von Truppen in die beiden Kongos konkretisiert hat.« Kaltschnäuziger geht es kaum, ist doch diese Äußerung das Eingeständnis der Tatsache, daß Frankreich die von einem Bürgerkrieg zerrissene Regionalmacht Angola für militärische Interventionen etwa 1997 in Kongo-Brazzaville benutzt hat, ohne selbst in Erscheinung treten zu müssen. Damals war es in Brazzaville darum gegangen, den jahrzehntelangen Diktator Denis Sassou-Ngessou wieder an die Macht zu bringen und den seit 1992 regierenden Pascal Lissouba zu stürzen. Denn trotz seiner marxistischen Rhetorik war Sassou-Ngessou »ein alter Freund der Gaullisten und von Elf«. Lissouba hingegen hatte nach seiner Wahl 1992 die Staatsquote an dem in Kongo-Brazzaville geförderten Erdöl, das heißt den vom kongolesischen Staat abgeschöpften Anteil an den Rohöl-Einnahmen, von 17 auf 33 Prozent erhöht – in den Augen von Elf eine Todsünde.

Doch es gibt auch Lichtblicke im Zusammenhang dieser finsteren Aktivitäten. Ein solcher ist die Schadenfreude, die man empfindet, wenn man die Hintergründe kennt, die letzlich die jetzigen Ermittlungsaktivitäten des Justizapparats gegen die Hintermänner der kriminellen französischen Afrikapolitik auslösten. Im Juli 1988 hatte Charles Pasqua die bereits erwähnte Gesellschaft »France – Afrique – Orient« gegründet, die den traditionellen »Foccart-Connections« der Gaullisten – deren »Monsieur Afrique« Jacques Foccart seit den frühen Sechzigern war – Konkurrenz zu machen begann. Darum hatte RPR-Chef Jacques Chirac 1992 in einem Rundschreiben an alle RPR-Kader eindringlich gewarnt: »Für die persönlichen Beziehungen zu den afrikanischen Staatschefs sind allein meine Beauftragten Jacques Foccart und Fernand Wibaux zuständig.« Aus dieser Zeit resultiert auch die Interessenberührung zwischen dem Mitterrand- und dem Pasqua-Clan, da beide in dem Ziel übereinstimmten, die Connections des RPR und Chiracs aus den afrikanischen Angelegenheiten hinauszudrängen. Im Gegenzug war es Jacques Chirac, der zum Jahreswechsel 1994/95 – verärgert über die Unterstützung Pasquas für seinen inner-rechten Konkurrenzkandidaten zur Präsidentschaftswahl, Edouard Balladur – den Finanzbehörden den Tip geben ließ, sich doch mal für Falcones Aktivitäten zu interessieren. Dies geht jedenfalls aus »Le Monde« (13.1.2001) hervor. Die damaligen Untersuchungen der Steuerbehörden haben auf allerlei Umwegen die aktuelle Justizaffäre ausgelöst.

Bernhard Schmid ist Co-Autor des Buches »Besonderes Kennzeichen:D« (konkret texte 30)

Konkret 06/01, S. 32

Thomas Uwer, Thomas von der Osten-Sacken

Allianz der Schnauzb□ rte

Schlu□ mit den Sanktionen gegen den Irak: M□ llemann schickt eine Wirtschaftsdelegation zu Saddam Hussein, denn die deutsche Exportindustrie will den arabischen Markt nicht abschreiben

»Wir wollen in dieser schwierigen Zeit dem befreundeten irakischen Volk das Gefühl vermitteln, daß es noch Menschen gibt, die sich um sein schweres Schicksal kümmern, die versuchen, die Notlage zu mindern.«

(Deutsch-Arabische Gesellschaft, DAG)

»Die Good-Will-Reise der DAG- Handballmannschaft durch den Irak hat uns dort viele neue Freunde gebracht«, heißt es im jüngsten Rundschreiben der Deutsch-Arabischen Gesellschaft. »Alle wollen die unnatürliche Isolation ihres Landes überwinden.« Ein Ziel, das zu unterstützen sich der von Jürgen W. Möllemann geleitete Verein besonders vorgenommen hat. »Wir (werden) endlich wieder eine Wirtschaftsdelegation nach Bagdad bringen, bevor unsere europäischen und amerikanischen Partner in diesem Ölland die noch nicht vergebenen Claims abgesteckt haben. ... Wir bitten alle Mitgliedsfirmen, rechtzeitig ihr Interesse an dieser Unternehmung zu signalisieren. Unsere Wirtschaftsreferenten ... sind schon an der Vorplanung.«

Spätestens mit dem Amtsantritt George W. Bushs hat die deutsche Industrie erkannt, daß es hohe Zeit ist, im Irakgeschäft die politische Initiative zu ergreifen und die von den UN-Sanktionen auferlegten Handelsbeschränkungen gegen die Konkurrenz zu nutzen. Gegen die USA und mit Saddam Hussein startete die DAG im Frühjahr eine Protestinitiative, deren Vorlage direkt aus Bagdad stammt. Dort begann im August vergangenen Jahres die diplomatische Offensive des irakischen Vizepräsidenten Tarik Aziz zur Umgehung der UN-Sanktionen, die seitdem als »stiller Genozid« der USA am irakischen Volk gehandelt werden. Erklärtes Ziel der Offensive, die die Verantwortung für die katastrophale Situation im Lande vom Regime vollständig auf die Sanktionen und damit auf die USA verlagert, ist die Rehabilitation des Regimes Saddam Husseins.

So darf es nicht wundern, daß zu zwei Veranstaltungen der DAG über das Leiden der irakischen Zivilbevölkerung der langjährige außenpolitische Sprecher der irakischen Baath-Partei Dr. Al-Hashimi geladen war, der jetzt die regierungstreue »Irakische Gesellschaft für Freundschaft und Solidarität« vertritt. Während also das irakische Regime als »Solidaritätsverein« für Unterstützung wirbt, appelliert über die DAG vor allem die hinter dem Verein stehende deutsche Wirtschaft an sich selbst, die internationalen Sanktionen zu mißachten. Die rebellische Assozialität, mit der Geschäftemacherei sich als Protest ausgibt, ist das auffälligste Merkmal einer Kampagne gegen das Irak-Embargo, die von Jürgen Möllemanns Wirtschaftsclub über Faschisten bis hin zu einer bestimmten Sorte von Antiimperialisten und Friedensinitiativen ein Bündnis stiftet, das von alten Freundschaften genauso lebt wie vom geteilten Ressentiment. Hier entsteht als Farce, wovor Jean Améry schon 1978 warnte: »ein plumper atavistischer Antisemitismus, (der) im konformistischen Gewande eines rabiaten Antizionismus auf widernatürliche Weise den Ring von Rechtsaußen zu Linksaußen schließt«. Was Jean Améry der deutschen Linken ideologiekritisch attestierte, verbindet sich heute mit handfesten Wirtschaftsinteressen. Die verbindende Figur dieser Farce ist Saddam Hussein.

Eine der Antriebskräfte der Anti-Sanktions-Kampagne ist die Deutsch-Arabische Friedensgesellschaft (DAF), die Anfang der neunziger Jahre vom deutschnationalen Alfred Mechtersheimer gegründet wurde. Die personelle Anbindung stellt Dieter Schinzel her, ein ehemaliger SPD-Europaabgeordneter, der als Präsident der DAG vorsaß, bis er 1993 über eine Finanzaffäre stolperte und zur DAF wechselte. Im Gegensatz zur DAG speist sich die DAF, die bestenfalls Kleinunternehmer vertritt, hauptsächlich aus der ideologischen Nähe ihrer Mitglieder und macht aus ihrem innigen Verhältnis zum irakischen Staat kein Geheimnis. So halluzinierte Sonja Wallenborn von der DAF in der Tageszeitung »Junge Welt« von einem neuen transatlantischen Angriffskrieg der USA gegen Europa, und auch der DAF-Mitbegründer und ehemalige Grünen-Politiker Gerhard Lange sieht in der Irakpolitik der USA nur ein Präludium.

Die vorher bedeutungslose DAF hat über die Frage der Irak-Sanktionen einen neuen Auftrieb erhalten. Hier funktioniert der Irak als Bindeglied zwischen Wahn und Verwertung, wie die Besetzung einer geplanten DAF-Veranstaltung im März zeigt. Geladen war, neben den irakischen Botschaftern aus Deutschland und Österreich, auch Aziz Alkasas vom staatlich finanzierten Deutschen Orient Institut in Hamburg. Er gehört auch dem bereits erwähnten »Verein für Freundschaft und Solidarität« an und sitzt dem »Kongreß der Auslandsiraker« und der »Deutsch-Irakischen Gesellschaft« vor – Organisationen, die vom irakischen Staat getragen werden und in Zeiten der diplomatischen Isolation den Kontakt zum Ausland aufrechterhalten.

Seit Ausbruch der sogenannten Al-Aksa-Initifada in den palästinensischen Gebieten bemüht sich der Irak um eine Verknüpfung der Konflikte. Eine Bemühung, die in Deutschland Früchte trägt. So findet sich auf der Homepage der DAG ein »Aufruf an die Freunde des palästinensischen Volkes«, der die Entsendung von Truppen unter gebührendem Einfluß

Europas fordert, der auch von Holocaust-Leugnern und Antiimperialisten europaweit mitgetragen wird. Die braune Hauspostille Alfred Mechtersheimers, »Frieden 2000«, kommentierte: »Diese geheimdienstlich erzeugten Schreckensmeldungen sollen (uns) Deutsche gefügig machen.« Die Identifikation Deutscher mit dem Irak, die bereits vor zehn Jahren in der Gleichsetzung des »Irren von Bagdad« mit Adolf Hitler angelegt war, bricht sich nun in der Solidarität zweier leidender Völker Bahn. »Solidarität mit dem irakischen Volk, das dasselbe Schicksal erleidet wie das deutsche 1945«, forderte bereits die von Schönhuber und FPÖ-Politikern gegründete – zwischenzeitlich bankrotte – Hilfsorganisation SOS-Irak vor einem Jahr. Eine Ähnlichkeit, die auch andere bemerkt haben. So sprach die Gesellschaft für österreichisch-arabische Beziehungen im Februar von »angloamerikanischen Terrorbombardements« Bagdads und organisierte zeitgleich eine Delegationsreise von Vertretern aus ÖVP, FPÖ und SPÖ in den Irak.

Anders als ihren linken Kampfgenossen ist den rechten Irak-Freunden der wirtschaftliche Nutzen ihres Unternehmens durchaus bewußt. »Die Araber mögen uns Deutsche«, schreibt Herbert Rauter in »Frieden 2000«, »je öfter und bereitwilliger wir uns dem Weltpolizisten USA als Hilfssheriff und Geldgeber andienen, desto mehr schwinden die arabischen Sympathien.« Solange aufgrund der internationalen Isolierung keine diplomatischen Beziehungen zum Irak unterhalten werden, werden die Hilfs- und Protestaktionen über den Außenhandel abgewickelt. Für den ersten Juni lädt die DAF daher Vertreter von Wirtschaft und Politik zu einem Protestflug von Frankfurt nach Bagdad ein. Mitreisende werden von der irakischen Regierung bewirtet und können vor Ort gegen den US-amerikanischen Terror demonstrieren. Die erforderliche Mischung aus moralischer Entrüstung und eiskaltem Profitkalkül durften sie schon zu Hause einstudieren.

Thomas Uwer und Thomas von der Osten-Sacken sind Co-Autoren des Buches »Hat Israel noch eine Chance?« (konkret-texte 29)

Konkret 06/01, S. 33

Helmut Lorscheid

Waffen für die Scheichs

Scharpings Staatssekretär Walter Kolbow auf Verkaufstour im Nahen Osten □ die bundesdeutschen Rüstungsexporte boomen

SPD und besonders die Grünen waren angetreten, den deutschen Anteil am Kriegsexport zu reduzieren. Im Koalitionsvertrag von 1998 heißt es: »Der nationale deutsche Rüstungsexport außerhalb der Nato und der EU wird restriktiv gehandhabt. Bei Rüstungsexportentscheidungen wird der Menschenrechtsstatus möglicher Empfängerländer als zusätzliches Entscheidungskriterium eingeführt.« Die Rüstungsindustrie ist mit dem Ergebnis zufrieden – der Export boomt.

Tatsächlich sind die alten Kunden auch die neuen, Menschenrechte hin oder her. Die einzige wirkliche Neuerung ist die Veröffentlichung eines jährlichen Rüstungsexportberichts durch das Bundeswirtschaftsministerium. Dem Regierungsbericht zufolge wurden im Jahr 1999 Rüstungsgüter gemäß der Außenwirtschaftsverordnung im Wert von 6,576 Milliarden Mark ausgeführt und Kriegswaffen (also Panzer, Kanonen, Kampfflugzeuge etc.) im Wert von 2,844 Milliarden Mark. Wichtigster Einzelkunde war die Türkei mit allein 1,9 Milliarden Mark Lieferumfang. Außerhalb der Nato waren es Israel mit 447 Millionen Mark und die Vereinigten Arabischen Emirate mit 336 Millionen Mark. Den offiziellen Angaben zufolge gingen ca. 40 Prozent der Exporte an Staaten außerhalb der Nato (bzw. ihr gleichgestellter Staaten wie etwa Schweden oder die Asean-Staaten).

Deutschland gehört weiterhin zu den fünf größten Rüstungsexporteuren, nach den USA, Rußland, Großbritannien und Frankreich. Dabei muß berücksichtigt werden, daß große Teile der Frankreich zugerechneten Ausfuhren in Wahrheit deutsch-französische Koproduktionen sind – wie etwa der Hubschrauber Eurocopter. Besonderer Großkunde ist die Türkei. Im Sommer 2000 wurde der früher bundeseigenen Firma Fritz Werner – als Konsortialführer einer europäischen Firmengruppe – der Export einer kompletten Munitionsfabrik in die Türkei genehmigt. Sie dient dazu, der Türkei die Umstellung ihrer Gewehrproduktion auf ein neues Nato-Kaliber zu ermöglichen. Die Kohl-Regierung hatte noch 1998 die Lizenzfertigung von neuen HK 33-Sturmgewehren der Firma Heckler & Koch genehmigt, die rotgrünen Amtsnachfolger erlauben nun die Produktionsanlage für die dazugehörige Munition. Das meint Joschka Fischer, wenn er von »Kontinuität in der Außenpolitik« spricht.

Kaum bemerkt von der Öffentlichkeit hatte Außenminister Fischer im vergangenen Jahr auch dem Export von Alphajet-Kampfflugzeugen in die Vereinigten Arabischen Emirate zugestimmt. Nach Angaben von Manfred Opel, SPD-MdB und Brigardegeneral bei der Luftwaffe a.D., waren diese Flieger »ausgerüstet mit der modernsten deutschen Kanone«. Öffentlich diskutiert wurde nur die Exportgenehmigung für 64 Fuchs-Spürpanzer, deren Lieferung nun vorbereitet wird. Während Scharping wie auch sein Parteifreund Opel behaupteten, diese Kampfwagen seien eine Art »humanitäres Gerät« zum Auffinden biologischer oder chemischer Kampfstoffe, berichtete der »Stern« am 6. Juli 2000, daß die Füchse mit schwerem Schießgerät, nämlich Maschinengewehren Kaliber 12,7 mm von den Kasseler Henschel-Werken, bestückt werden.

Ganz in der alten Tradition der Förderung des Rüstungsexports durch Mitglieder der Bundesregierung bewegte sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeskriegsministerium, Walter Kolbow (SPD), bei seinem Besuch auf der jüngsten Waffenmesse, der 5. International Defense Exhibition 2001 (IDEX), die vom 18. bis 22. März in Abu Dhabi (Vereinigte Arabische Emirate) stattfand. Kolbow über den Zweck seiner Reise: »Auf der wehrtechnischen Messe in Abu Dhabi werden Systeme und Geräte für Land und Seestreitkräfte vorgestellt. Ca. 50 deutsche Firmen und Konsortien nutzen dieses Forum, um ihre Produkte zu präsentieren. Zur Unterstützung der deutschen Interessen und zur Demonstration industrieller Leistungsfähigkeit wurde auch in den Vorjahren jeweils ein Flottenverband der deutschen Marine nach Abu Dhabi entsandt ...« Folgerichtig begleiteten den Staatssekretär auch in diesem Jahr drei deutsche Kriegsschiffe, der Tender »Werra« sowie die zwei Minenjagdboote »Überherrn« und »Sulzbach-Rosenberg«. Sie waren mit ihren Vorführungen ein offizieller Programmteil der Waffenmesse.

In Abu Dhabi waren alle wichtigen Rüstungslieferanten versammelt, aus den USA ebenso wie aus Rußland, Südafrika und auch aus Iran. Zu den 50 teilnehmenden Firmen aus Deutschland gehörten neben den Panzer- und Kanonenbauern Rheinmetall, Diehl und Mauser die Firmen Carl Walther (»Sportwaffen«), Dynamit Nobel (Sprengstoff), DaimlerChrysler mit Spezialfahrzeugen, der Flugzeugbauer EADS (früher: MBB), Ferrostaal-AG (zu diesem Konzern gehört u.a. Fritz Werner, die in der Türkei die Munitionsfabrik baut), die Kriegsschiffbauer Howaldtswerke Deutsche Werft, Peene Werft, Abeking & Rasmussen, Lürssen Werft, weiterhin Atlas Elektronik (Schiffselektronik), STN Atlas Elektronik (u.a. Führungs- und Waffeneinsatzsysteme), Accumulatorenfabrik Sonnenschein (U-Boot-Batterien), Aeromaritime Systembau; die Militärelektronikfirmen Litef, Siemens, Rohde & Schwarz, Junghans Feinwerktechnik (Zünder), Syborg Informationssyste- me (Spracherkennung), FAUN (Panzertransporter, Irak-erprobt) sowie MAN (»Nutzfahrzeuge«) und Goldhofer (Panzertransporter, Südafrika-erprobt).

Über die Weiterführung der guten Geschäftsbeziehungen – die Vereinigten Arabischen Emirate lagen schließlich 1999 auf Platz 5 der deutschen Waffenkunden – sprach Kolbow mit dem Kronprinzen von Abu Dhabi, Sheik Kailifa bin Zayed Al-Nahiyan, dem Verteidigungsminister und Kronprinzen von Dubai, General (Sheik) Mohammed bin Rashid Al Aktoum, sowie dem Chef des Generalstabs der Streitkräfte, Generalleutnant Sheik Mohammed bin Zayed Al Nahiyan. In den sieben Arabischen Emiraten herrschen seit Gründung ihrer Föderation klare Verhältnisse: In Abu Dhabi, Dubai, Sharjah, Ras al-Khaimah, Umm al-Qaiwain, Ajman und Fujairah gibt es weder Wahlen, noch sind politische Parteien erlaubt. Politische Entscheidungen trifft der Oberste Rat der Scheichs. Er ernennt auch die Mitglieder der Beratenden Versammlung, der für die Gesetzgebung zuständig ist. So bleibt alles in der Familie. Für die eher groben Arbeiten hält man sich Gastarbeiter, meistens aus Asien. Deren Namen tauchen schon mal in den Jahresberichten von Amnesty International auf, wenn darin über verhängte Todesstrafen berichtet wird. Folterungen und willkürliche Verhaftungen sind an der Tagesordnung.

Wie heißt es doch in den neuen, vom Bundeskabinett am 19.1.2000 verabschiedeten »Politischen Richtlinien für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern«: »Der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibsland wird bei den Entscheidungen über Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern besonderes Gewicht beigemessen«. Wie gewichtig, das hat der Scharping-Gehilfe Walter Kolbow in Abu Dhabi noch einmal verdeutlicht.

Helmut Lorscheid ist Autor des Buches »Waffenhändler am Kabinettstisch«, Lamuv-Verlag

Konkret 06/01, S. 34

Alexej Pavlov

Einstürzende Altbauten

Ten Years After (II): Unser Autor untersucht in seiner Heimatregion rund um die Millionenstadt Nishnij Nowgorod, was zehn Jahre Kapitalismus aus den Menschen gemacht haben. In dieser Folge geht es um das Schulwesen

Der Mann, der die Redaktion der Ortszeitung des Dörfchens Krasnooktjabrskij angerufen hat, klingt nervös: »Wir haben Angst, unsere Kinder zur Schule gehen zu lassen!« Sein Sohn habe ihm erzählt, daß die Kinder im Unterricht regelmäßig üben müßten, sich unter den Tischen zu verstecken und die Köpfe mit Taschen zu bedecken, falls die Decke und die Wände im Klassenzimmer einstürzen sollten.

Das ist durchaus schon vorgekommen: Einmal kam die Decke herunter, einmal stürzte die Treppe ein. Ähnliche Vorkommnisse sind zu erwarten, denn während der Explosionen auf dem benachbarten Schießplatz, die die Truppe 67708 zweimal täglich veranstaltet, wackelt das ganze dreistöckige Schulgebäude. Das Militär kommt zwar immer für die zerbrochenen Fensterscheiben auf, aber was nutzt das, wenn die Schule nicht einmal ein richtiges Fundament hat, nach offiziellen Angaben zu 70 Prozent abgenutzt und seit vier Jahren im Notzustand ist? Die Schüler dürfen deshalb im Gebäude nicht rennen.

Auch andere Schulen in Rußland sind heute baufällig, etwa die Rajwattaler Schule in Karelien, die Schule 518 in Moskau oder die Schule 138 in Jekaterinburg. In der Jekaterinburger Schule 36 sind in fünf Klassenzimmern Decken eingestürzt, außerdem ist im zweiten Stock ein großer Balkon heruntergekracht. Ein Loch in der Wand eines Unterrichtsraums führt direkt nach draußen, was man in der warmen Jahreszeit allerdings als Vorteil betrachten kann: So kann man die Botanik besser studieren.

1997/98 waren 37 Prozent der russischen Schulen reparaturbedürftig, neun Millionen Schüler (43 Prozent) wurden dort unterrichtet. In einem akuten Notzustand befanden sich offiziell sieben Prozent der Schulen – 4.200 Gebäude mit 1,5 Millionen Schülern. Lediglich 1,7 Quadratmeter standen für einen Schüler durchschnittlich zur Verfügung – die Gesundheitsvorschriften sehen eigentlich sechs Quadratmeter vor. Alle gesetzlichen Standards erfüllten weniger als die Hälfte der Schulen. Ändern wird sich die Lage nicht so schnell: Dieses Jahr wurde, verglichen mit 1992, nur die Hälfte an neuen Schulplätzen geschaffen.

Der ständig sinkende Bildungsetat sackte 1999 auf die Hälfte des Niveaus von 1991 ab. Die Folge: Die Schulen sind nur zu drei bis fünf Prozent mit Lehrmitteln versorgt, die Gehälter in der Branche sanken von 71 Prozent des landesweiten Arbeitnehmerdurchschnitts im Jahr 1991 auf 61 Prozent im Jahr 1998. Nur 18 Prozent der Lehrer schätzen ihr Einkommen laut Umfragen als durchschnittlich ein, als Gutverdiener will sich keiner bezeichnen. 86 Prozent der Russen beurteilen die Lage der Lehrer als elend. Kein Wunder: Der normale Gehaltssatz von wöchentlich 36 Mark für 18 Stunden Unterricht reicht gerade für Wohnungsmiete und Fahrscheine. Mehrarbeit ist deswegen die Regel: Man unterrichtet 30 Stunden und mehr. Für das Essen reicht das immer noch nicht, es sei denn, frau hat einen mitverdienenden Ehemann.

Doch selbst diese Hungerlöhne werden oft monatelang nicht ausgezahlt, und die Lehrer arbeiten dann unbezahlt. Unbezahlte Arbeit ist im Grunde genommen Sklavenarbeit, und so greifen die Lehrer zu den gewöhnlichen Kampfmitteln der Sklaven: Aufstand und Flucht. Machten 1990 die Lehrerstreiks 2,7 Prozent aller Streiks im Land aus, waren es 1997 stolze 91,8 Prozent. Da aber auch mit den Streiks wenig erreicht wurde, beginnt eine Absetzbewegung aus dem Beruf: In den letzten Jahren mußten über fünf Prozent der Planstellen mit Pädagogen ohne Hochschulabschluß besetzt werden, Tendenz steigend. Die Lust auf ein Studium läßt nach, wenn man im studierten Fach später kaum etwas verdient.

Im Bezirk Nishnij Nowgorod sieht es noch relativ gut aus, obwohl auch hier im letzten Oktober eine einstürzende Decke in der Schule 47 fünf Kinder verletzt hat. Immerhin gehört unser Bezirk zu den wenigen – fünf von landesweit 89 – , wo überhaupt noch neue Schulen gebaut werden. Sollte sich aber ein neuer Finanzausgleich zwischen Föderationsregierung und Regionen durchsetzen – der Bund beansprucht 70 Prozent aller Steuereinnahmen für sich – , könnte das in Zukunft schwierig werden.

Seit 1997 weigert sich der Bund trotz aller Gesetze, die Lehrmittelfreiheit zu gewährleisten. So müssen die Eltern mit ihren kargen Löhnen die Schulbücher für ihre Kinder selbst kaufen und außerdem den Schulhaushalt alimentieren. Igor Bogdanow, seit 1985 Direktor in der Schule 91, 1989 bis 1993 Abgeordneter des Obersten Sowjets, berichtet von einer cleveren Umwegfinanzierung: Noch bis vor ein paar Jahren fanden sich unter den Eltern der Schüler Unternehmer, die gegen Steuerrückerstattung die Schulen ein bißchen gesponsert haben. Doch die neue Steuerpolitik hat dieses Schlupfloch geschlossen. Die Behörden versuchen jetzt mit allen Mitteln, den Haushalt zu retten. Vielleicht kann sich die Kommune sogar irgendwann dazu entschließen, auf die Dienste der Zulieferfirmen zu verzichten, die die Schulkantinen zu überhöhten Preisen versorgen oder gar das Geld ohne Gegenleistung kassieren. Der Stadtrat hat es jedenfalls mehrmals empfohlen.

Natürlich sieht die Behörde der Schulmisere nicht tatenlos zu. Wenn man die Arbeitslosigkeit durch die Bekämpfung der Ausländer bekämpfen kann, die angeblich die Arbeitsplätze wegnehmen, kann man das Schulsystem auch durch neue Ukasse verbessern. Wir tun doch was! So haben mehr als 50 Prozent der Schüler den elfjährigen Abschluß noch nicht erreicht – doch schon ist ein 12. Schuljahr angekündigt. Auf diese Weise will man die Lehrer, die Überstunden machen, vor der Arbeitslosigkeit retten. Kaum jemand weiß, woher die zusätzlichen Gelder dafür kommen sollen; kaum jemand zweifelt, daß so mancher daran kräftig verdienen wird.

Ohne eine neue Geschichtsdeutung wäre die Reform gewiß unvollständig. Endlich erfahren die Schüler beim Lesen der »Geschichte Rußlands« von der Blockade von Westberlin und der Errichtung der Mauer, wie Stalin »den Überfall von Nordkorea auf Südkorea sanktioniert hat« und daß nur böse Buben an den Militärkonflikten in Angola, Äthiopien, Somalia, Jemen teilgenommen und die Regime in Irak und Libyen mit Waffen beliefert haben. Was die Sowjetunion zur Blockade veranlaßte, wie sich Deutschland nach der Stalin-Note 1953 hätte wiedervereinigen können und was für Buben Somoza und Pinochet mit Waffen beliefert haben, lernt der Schüler hoffentlich im nächsten Leben. Der Vietnamkrieg wird im Schulbuch gleich gar nicht erwähnt.

Alexander Solschenizyn meinte vor einem Jahr, der russische Geschichtsunterricht sei in Gefahr und dem Land drohe der Absturz in die Unwissenheit. In dem »Piratenstaat unter einer demokratischen Fahne« könne man nur noch Dieb werden. Die Minderjährigen begehen schon jetzt im Bezirk Nishnij Nowgorod über elf Prozent aller Verbrechen, und diese Zahl steigt. Bereits jeder fünfte Schüler hat Drogen probiert, selbst in der Grundschule gibt es Fälle.

Wozu dieses Ungeziefer überhaupt noch unterrichten? Nur Arbeit macht sie frei von schlechten Gewohnheiten. Sechs von 28 Millionen russischen Kindern müssen schon arbeiten gehen, für sie fällt der Unterricht aus. Neue Zeiten, neue Sitten.

Alexej Pavlov schrieb im ersten Teil der Serie (KONKRET 5/2001) über die Zustände in den Geburts- und Kinderkliniken

Konkret 06/01, S. 35

Michael Schilling

In diesem Sinne - Vom Himmler hoch

Karl Wojtyla, von Beruf Vereinspräsident der AUS (Aberglaubensgemeinschaft Una Sancta) und von deren Mitgliedern »Heiliger Vater«, »Papst« bzw. »Papa« oder »Pope« gerufen, sei, schreibt die »Frankfurter Allgemeine«, »auf den Spuren des Apostels Paulus« nach Damaskus gereist. Dort, »in der Hauptstadt der heutigen Arabischen Republik«, habe der »sich bekehrt«: »Aus dem Aktivisten des jüdischen Glaubens namens Saulus wurde ein überzeugter Anhänger des gekreuzigten und auferstandenen Jesus Christus namens Paulus.« Denn was braucht die Welt, damit das eben begonnene Jahrhundert dem eben beendeten an Greueln nicht nachsteht, dringender als die Verächtlichmachung der Juden und des Judentums?

Den Empfang durch Bashar al-Assad, den Präsidenten der Arabischen Republik Syrien, der Karl Wojtyla mit der Aufforderung begrüßte, er möge die gottverdammten Juden bekämpfen, die heute mit den Arabern machten, was sie damals mit Jesus gemacht hätten, genoß der »Heilige Vater« schweigend. Assad ist immerhin Gastgeber und Schutzpatron des Eichmann-Freundes Alois Brunner und als solcher ein Nachfolger jenes heiligen Stuhlgängers mit dem Decknamen Pius XII., der ein paar Hundert nationalsozialistische Judenmörder mit vatikanischen Reisedokumenten über die »Rattenlinie« nach Südamerika evakuiert hatte – als stille Reserve für den Krieg um den rechten Glauben.

Paulus, wenn es ihn gegeben hat, war ein einfacher Renegat wie, sagen wir: Günter Schabowski, und gewiß noch kein moderner Antisemit wie, sagen wir: Rudolf Augstein. Es war die Kirche, und es waren ihre Päpste, die ihn zum Kronzeugen des katholischen Antisemitismus gemacht haben, eines Antisemitismus, den die Kirche als Verbündete von Francos Spanien, des Kroatien der Ustaschen und jedes anderen Schlächterregimes förderte, das die Vernichtung der Mörder Christi versprach. Auf dieses Paulus Spuren zog Wojtyla mit seiner antisemitischen Propagandakarawane auf die Höhen des Golan, von denen die Araber vor der Besetzung ein so schönes Schußfeld auf den Judenstaat gehabt hatten.

Bis hierher ist die Sache klar. Ungeklärt bleibt die Frage, warum der heilige Vater der Antisemiten, wenn er sprach, wie ein Aktivist der deutschen Palästinasolidarität sprach. Ich denke, daß der, der sie zu beantworten hat, nicht ich bin.

Konkret 06/01, S.35

Eike Stedefeldt

In diesem Sinne - Samenschutzgesetz

In der Bundesrepublik gibt es etwa 1,5 Millionen Menschen, die sich aufgrund von Unfruchtbarkeit ihren Kinderwunsch nicht erfüllen können. Seit 1993 bietet die Intracyto-plasmatische Spermieninjektion (ICSI) einen Ausweg; 1996 lag die Zahl der ICSI-Behandlungen bereits bei 16.000. Doch die Behandlung ist teuer, und deswegen wurde das Bundessozialgericht Anfang April in den Medien durchaus zu Recht gelobt, als es die gesetzlichen Krankenkassen zur Kostenerstattung verpflichtete.

Kaum beachtet wurde hingegen, daß in Kassel durchweg Ehepaare die Kostenübernahme eingeklagt hatten. Der Grund dafür sind die 1998 novellierten »Richtlinien zur Durchführung der assistierten Reproduktion« der Bundesärztekammer, die nicht-eheliche Lebensformen diskriminieren. Demnach darf bei »nicht verheirateten Paaren in stabiler Partnerschaft« künstliche Befruchtung »nur nach vorheriger Beratung durch die bei der Ärztekammer eingerichtete Kommission durchgeführt werden«, wobei als Bedingung gilt, daß »zuverlässig festgestellt werden kann, daß diese in einer auf Dauer angelegten Partnerschaft leben«. Wenn das denn jemanden was anginge: Wie sollte derlei zu verifizieren sein?

Klarheit herrscht dagegen bei Perversen: »Die Anwendung der Methoden bei alleinstehenden Frauen und in gleichgeschlechtlichen Beziehungen ist nicht zulässig«, denn »im Hinblick auf das Kindeswohl verbietet es sich, einer alleinstehenden Frau oder gleichgeschlechtlichen Paaren einen Kinderwunsch zu erfüllen«. Gelange der Arzt »zu der Überzeugung«, daß sich durch die Geburt eines Kindes »Probleme der Partnerschaft nicht bewältigen lassen, so soll er keine der aufgeführten Behandlungsmethoden der Fortpflanzungsmedizin anwenden«. Kurzerhand wird die sonst so heilige Leibesfrucht zum Kitt der politisch erwünschten Lebensform Ehe degradiert. Sie hat gefälligst nützlich oder eben gar nicht zu sein.

Konkret 06/01, S. 35

Mathias Wedel

In diesem Sinne - Der Stand der Dinge

Gabi Zimmer und Petra Pau haben gesprochen. Noch weniger: Sie haben gemeint: daß die SED von Anfang bis Ende und auch mittendrin ein stalinistisches Konstrukt war. Überrascht haben sie damit keinen, schon gar nicht die, die in der SED waren. Sie war eine Kader- und Staatspartei, eine Loge zur Disziplinierung ihrer Massenmitgliedschaft. Nur scheinbar war sie es mal mehr und mal weniger. In ihr herrschten Druck, Gedankenkontrolle und Unterwerfung, und so ein Verein bringt fiese Typen hervor, die sich gegenüber der restlichen Gesellschaft für privilegiert halten. Es war vielleicht nötig, daß sie so war (war der Stalinismus »historisch notwendig«?), und erklärlich ist es sowieso. Das ist der Sinn der sogenannten Entschuldigung für die Zwangsvereinigung von SPD und KPD. Denn die Art, wie diese Vereinigung vonstatten ging – Ulbricht: »Es muß alles demokratisch aussehen ...« – , stand am Anfang vom Ende.

Mehr haben Pau und Zimmer nicht gesagt, auch nicht weniger. Sie haben sich nicht entschuldigt – bei wem auch, wofür auch, in wessen Namen denn, in wessen Auftrag? Sie haben nicht die Totschlagvokabel »Zwangsvereinigung« gebraucht. Sie haben sich lediglich vergewissert, mit welchem Haufen sie es zu tun haben: mit einer Mitglied- und Anhängerschaft, in der viele ihr politisches Denken in den Kategorien des Stalinismus gelernt haben. Mit denen zusammen wollen und sollen sie ein offenes linkes Projekt vorantreiben. Da werden sie doch wohl ins Grübeln kommen dürfen!

Immer aufs Schlimme! Tränen, Parteiaustritte, Drohungen, Wutausbrüche in den Leserbriefspalten des »Neuen Deutschland«. Von Unterstellungen, Verdächtigungen und übler Nachrede ganz zu schweigen. Nicht wenige, die sich jetzt zu Wort melden, tun so, als bräche eine Welt für sie zusammen. Das ist geschwindelt. In Wahrheit fürchten sie, die PDS könnte ihnen als Ort sentimentaler Reminiszenzen abhanden kommen.

Andere wüten mit gutem Grund: Sie haben die »Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse« 1946 als Freudenfest erlebt, ob sie nun Sozialdemokraten oder Kommunisten waren. In ihnen vibriert noch die Euphorie der Versprechungen, die mit der Vereinigung verbunden waren – letztlich die Versprechung auf einen sozialistischen Garten Eden. Sie haben die SED nicht nur als repressiv empfunden, sondern sich dort auch aneinandergekuschelt, sich Mut gemacht und eine einfache Übersichtlichkeit genossen in einer in Freund und Feind geteilten Welt. Außerdem haben sie beständig gehofft, daß doch noch alles gut werde. Gerade das soll nun besonders albern gewesen sein. Im Tumult zeigt sich, wie viele der etwa 95.000 Mitglieder und wie viele der Sympathisanten in der PDS nur eine taktische Variante des Klassenkampfes sehen (»... es muß alles demokratisch aussehen ...«), über wie viele die Leninsche »Machtfrage« Gewalt hat – keineswegs nur über Alte.

So ist der Stand der Dinge. Doch vermutlich ist da noch Leben drin. Denn über allem steht die Frage: Wenn wir eine andere Republik wollen, wie soll sie sein? Und wer, von uns mal abgesehen, will sie noch? Erst wenn das kein Aas mehr interessiert, ist die Fusion mit der SPD wirklich gelungen.

Konkret 06/01, S. 36

Jürgen Elsässer

Tatortbesichtigung

Haben Serben in Racak doch ein Massaker angerichtet? Zwei Reporter des »Stern« recherchierten vor Ort – und haben unfreiwillig das Gegenteil bewiesen

Wurde der Krieg gegen Jugoslawien herbeigelogen? Seit Jahresbeginn sind die Zweifel auch in der bürgerlichen Öffentlichkeit stärker geworden. Dazu beigetragen hat vor allem die Ausstrahlung des Fernsehfeatures »Es begann mit einer Lüge« am 8. Februar zur besten Sendezeit in der ARD, das die Kriegsbegründung der Herren Schröder, Fischer und Scharping erstmals vor einem Millionenpublikum mit Fakten konfrontierte (s. Dokumentation in KONKRET 3/2001). Die Bundesregierung mußte sich in zwei Bundestagssitzungen im März und April gegen Kritik der PDS, aber auch einzelner FDP- und CDU-Abgeordneter verteidigen, sie habe vor und im Krieg falsch informiert. Die Phalanx der Medien wankte: Während »FAZ«, »Spiegel« und »Süddeutsche Zeitung« weiter die Nato-Version stützten, war das Echo zu den neuen Fakten in »Taz« und »Frankfurter Rundschau« geteilt.

Im Zentrum der Debatte stehen dabei nicht von ungefähr die Ereignisse am 15. Januar 1999 in Racak. In diesem Dorf im Kosovo sollen an jenem Tag von serbischen Sicherheitskräften 45 albanische Zivilisten ermordet worden sein. »Natürlich war die Episode in Racak entscheidend für die Bombardierungen«, urteilte rückblickend der US-Amerikaner William Walker, damals Chef der OSZE-Mission im Kosovo, und auch für den deutschen Außenminister Joseph Fischer war Racak ein »Wendepunkt«. Die Bedeutung jenes 15. Januar läßt sich auch aus dem Umstand ersehen, daß die Anklageschrift des UN-Kriegsverbrechertribunals gegen Slobodan Milosevic und andere serbische Politiker für die Zeit vor dem 24. März 1999 nur dieses eine Verbrechen aufführt. Daraus muß man schlußfolgern, daß Den Haag außer Racak keine Beweise für schwere Menschenrechtsverletzungen vor Kriegsbeginn hat, die in die Verantwortung der damaligen jugoslawischen Staatsspitze fallen.

Zweifel an der Nato-Version vom Massaker an unschuldigen Zivilisten waren bereits im letzten Jahr genährt worden, nachdem die »Berliner Zeitung« und KONKRET Autopsieprotokolle der Leichen zugespielt bekommen und ausgewertet hatten. Demnach hatten die Gerichtsmediziner – ein gemischtes Team aus Serben, Weißrussen und Finnen – herausgefunden, daß bei 39 von 40 untersuchten Leichen die tödlichen Kugeln aus größerer Entfernung kamen und daß die Schußkanäle nicht parallel verliefen, sondern kreuz und quer, von oben und unten, von links und rechts. Beides sprach gegen eine Exekution, wo die Opfer in Reih und Glied aufgestellt und dann von vorne erschossen werden – in diesem Falle wären die Projektile parallel und nur aus einer Richtung in die Körper eingedrungen. Am interessantesten war, daß die serbischen und weißrussischen Forensiker festgestellt hatten, daß 37 der 40 Leichen Pulverspuren an den Handinnenflächen hatten – ein klarer Hinweis, daß die Toten kurz vorher selbst Feuerwaffen betätigt hatten. Die Vorsitzende der finnischen Ärztedelegation, Helen Ranta, hatte im Wider- spruch dazu zunächst behauptet, sie hätten bei keiner Leiche solche Schmauchspuren gefunden. Das war kurz vor dem Krieg. Lange danach räumte sie dann ein, daß das finnische Team zwar nach Schmauchspuren gesucht und keine gefunden habe – aber nicht an den Händen, sondern an den Wundrändern (um zu verifizieren bzw. auszuschließen, daß die tödlichen Kugeln aus nächster Nähe gekommen waren; s. dazu ausführlich in Elsässer: *Kriegsverbrechen*, S. 50 – 58)

Zu Beginn des Jahres 2001 wurde die Massaker-Version noch stärker erschüttert. Im Januar wurde der offizielle Abschlußbericht der finnischen Ärztedelegation bekannt. Die »Berliner Zeitung« faßte unter der Überschrift »Neues in der Verschlußsache Racak« zusammen: »Für das angebliche Massaker im Kosovo-Dorf Racak vom 15. Januar 1999 finden sich auch in einem wissenschaftlichen Abschlußbericht finnischer Gerichtsmediziner keinerlei Beweise. In der renommierten rechtsmedizinischen Zeitschrift ›Forensic Science International‹ soll in Kürze ein ausführlicher Aufsatz der Fachleute Juha Rainio, Kaisa Lalu und Antti Penttilä erscheinen, der die Untersuchung von 40 in Racak gefundenen Leichen zusammenfaßt. Der Bericht, den die ›Berliner Zeitung‹ vorab einsehen konnte, kommt nicht zu dem Schluß, in Racak sei eine Gruppe friedfertiger albanischer Dorfbewohner von serbischen Sicherheitskräften exekutiert worden.«

Geradezu sensationell waren zwei Wochen später die Äußerungen von Frau Ranta gegenüber dem ARD-Nachrichtenmagazin »Monitor«: »Ich bin mir bewußt, daß man sagen könnte, die ganze Szene in diesem kleinen Tal sei arrangiert gewesen. Ich bin mir dessen bewußt. Denn dies ist tatsächlich eine Möglichkeit. Diesen Schluß legen unsere ersten Untersuchungsergebnisse genauso nah wie auch unsere späteren forensischen Untersuchungen, die wir im November 1999 direkt vor Ort vorgenommen haben. Und diese Schlußfolgerungen haben wir auch direkt an den Gerichtshof nach Den Haag weitergegeben.«

Der »Stern« hatte sich in einem Beitrag von Arno Luik zunächst voll hinter die »Monitor«-Redakteure gestellt, ihre Sendung gehöre zu den »Sternstunden im deutschen Fernsehen«. Fettgedruckt: »Die Regierung hat im Kosovokrieg ihre Bürger belogen.« Zu den Ereignissen in Racak und Rogovo schrieb Luik: »Doch beide Massaker, das enthüllten nun mehrere Untersuchungen, haben so nicht stattgefunden, Anzeichen für Massenhinrichtungen waren nicht festzustellen.«

In den folgenden Wochen muß die Aufregung in der Hamburger Illustrierten beträchtlich gewesen sein. Offensichtlich wurde das ganze Thema zur Chefsache erklärt: Am 5. April erschien eine Reportage, mit der der Ausrutscher von Luik korrigiert wurde, und damit niemand den Eindruck haben konnte, der Beitrag gebe bloß die persönliche Meinung der Autoren wieder, widmete Chefredakteur Andreas Petzold ihm eigens sein Editorial: »Stern-Reporterin Daniela Horvath war in Racak. Ihr Kollege Mario R. Dederichs sprach mit UN-Beobachtern und Nato-Diplomaten. Wochenlang haben sie recherchiert und Dokumente zusammengetragen. Ihr Bericht ›Als der Tod nach Racak kam‹ beginnt auf Seite 46. Am Ende besteht kein Zweifel mehr, daß hier albanische Zivilisten von serbischen Milizen hingerichtet wurden.« Petzolds Schlußfolgerung: »Zu diesem Krieg gab es ... keine Alternative.« Quod erat demonstrandum.

Zum interessantesten Punkt der bis dato recherchierten Widersprüche – der Frage der Schmauchspuren an den Händen der Leichen – enthält die »Stern«-Reportage nichts, kein Wort. In der Frage der Schußkanäle und der Schußentfernungen präsentieren Horvath und Dederichs aber nach Befragung einiger albanischer Tatzeugen eine scheinbar plausible Version. Demnach sei das Gros der Opfer nicht auf klassische Weise exekutiert worden, sondern man habe sie in einen Hinterhalt gelockt, in eine »Todesfalle«.

Rame Shabani hat den »Stern-Reportern« den Ablauf des angeblichen Massakers so geschildert: »Teilweise maskierte serbische Polizisten hatten gegen acht Uhr Osmanis Hoftor eingetreten und die 28 Männer (darunter Shabani, Anm. KONKRET) aus ihrem Versteck getrieben. Sie mußten sich auf den schlammigen Boden legen ... wo (sie dann) eine Stunde lang im Dreck lagen. Dann wurden die Männer den Hügel hinaufgescheucht. ›Als wir unversehrt hier oben ankamen, dachte ich, wir sind außer Gefahr‹, sagt Rame. Er habe dann angehalten, um eine Zigarette zu rauchen. Sekunden später trat etwa 100 Meter vor ihm ein serbischer Uniformierter mit Maschinengewehr aus dem Unterholz und eröffnete das Feuer auf die 28 Bauern. ›Ich sah meine Nachbarn Sadik Osmani und Lufti Maliqi vor mir noch zu Boden gehen, dann rannte ich mit meinem Vater und drei anderen ... den Berg hinunter‹, sagt Rame. Sie versteckten sich in überwucherten Felsnischen. Rame hörte ›unzählige Gewehrsalven‹ und sah ›viele Polizisten überall den Hügelkamm durchstreifen‹. Erst am Nachmittag hörte das Schießen auf.«

Die Schilderung ist unglaubwürdig. Rechnen wir nach: Um acht Uhr begann die Razzia auf dem Anwesen der Osmanis, danach lagen die Festgenommenen eine Stunde im Dreck, dann wurden sie den Hügel hinaufgetrieben – schätzungsweise kamen sie dort um 10 Uhr, allerhöchstens um 11 Uhr an. Dann sollen die Serben das Feu- er eröffnet haben – und »erst am Nachmittag« hörte es wieder auf, also frühestens um 14 Uhr, eher noch später. Will der Zeuge behaupten, die serbischen Sicherheitskräfte hätten drei, vier oder noch mehr Stunden gebraucht, um 28 unbewaffnete Bauern zu erschießen? Ist das eine »Todesfalle« (Horvath)? Läuft es so ab, wenn Zivilisten »hingerichtet« (Petzold) werden? Spricht nicht allein die Zeitdauer des Schießens dafür, daß nicht nur von einer Seite gefeuert wurde, daß also ein Schußwechsel, ein Gefecht stattfand?

Die Zweifel werden durch die Ergebnisse der Tatort-Inspektion erhärtet. Der »Stern« sprach mit drei OSZE-Verifikateuren, die am folgenden Morgen (16. Januar) als erste die Leichen fanden, unter ihnen der irische Offizier Eamon Smyth. Smyth: »Wir prüften, ob die Leichen bewegt worden waren. Wir hoben einige der Toten an und sahen Blutlachen unter ihnen. Die Leute waren also dort getötet worden, waren umgefallen und liegengeblieben. Sie von anderswo herbeizuschaffen, erscheint mir völlig unmöglich.«

Diese Aussage widerspricht den Beobachtungen, die »Le Monde«-Reporter Christoph Chatelot zur selben Zeit am Tatort gemacht hatte. »Warum (ist) so wenig Blut in jener Senke, wo doch angeblich 23 Menschen aus nächster Nähe ... getötet worden sein sollen«, hatte er bereits im »Monde« vom 21. Januar 1999 gefragt. Daß nicht Smyth, sondern eher Chatelot die Wahrheit sagt, zeigen die Fernsehbilder, auf denen ebenfalls kaum Blut um die Leichen herum zu sehen ist. Ist das damit zu erklären, daß sich das Blut nur unter den Leichen angesammelt hat, wie Smyth behauptet, also unsichtbar für die Kameras? Dagegen spricht, daß man auf den Fernsehbildern einer anderen großen Schießerei, die am 29. Januar 1999 in Rogovo stattfand, sehr wohl Blutlachen rund um die Toten sieht. Warum sollte das in Racak anders gewesen sein, wenn die Albaner wirklich dort gestorben sind, wo sie gefunden wurden?

Die wichtigste Aussage aber betrifft die am Tatort gefundene Munition. Smyth: »Am Boden lagen eine Menge Patronenhülsen, praktisch alles AK-47 Munition.« Patronenhülsen sind keine Projektile, sondern die Hüllen von Projektilen, die beim Abfeuern der Waffe ausgeworfen werden. Also wurde von dort aus, wo später die Leichen gefunden wurden, gefeuert. Und wer hat gefeuert? Höchstwahrscheinlich nicht die Serben, denn die serbischen Sicherheitskräfte schießen nicht mit AK-47, sondern mit jugoslawischen MGs vom Typ M-70 oder mit MPs vom Typ Heckler & Koch beziehungsweise Uzi. Zur Bewaffnung der UCK heißt es hingegen im OSZE-Report »As Told – As Seen«: »Die UCK verwendete verschiedene leichte Waffen, aber die gebräuchlichste war die AK-47. Die meisten davon kamen aus Albanien, nachdem das Land 1997 in einem wirtschaftlichen und politischen Chaos versunken war.«

Daraus ergeben sich folgende Schlußfolgerungen:

1. Der geschilderte Ablauf spricht eher für einen mehrstündigen Schußwechsel als für eine »Todesfalle« oder »Hinrichtung«.

2. Die geringen Blutmengen am angeblichen Tatort deuten darauf hin, daß die Leichen nicht dort getötet worden sind.

3. Von dem angeblichen Tatort aus wurde mit UCK-typischen Waffen gefeuert.

Neben Smyth war auch ein deutscher Diplomat unter den ersten drei OSZE-Verifikateuren am Fundort der Leichen, Bernd Borchardt. Dem »Stern« sagte er, er »sah sofort, daß die Toten ›keine Kombattanten‹ waren«. Seinen Vorgesetzten berichtete er offensichtlich etwas anderes. »Monitor« zitierte aus einer unter Verschluß gehaltenen Lageeinschätzung des Bundesverteidigungsministeriums: »Die Albaner waren vermutlich am 15.1.99 während des Angriffs der serbischen Sicherheitspolizei gegen in der Ortschaft vermutete Angehörige der UCK getötet worden.« Kein Wort von einem Massaker an Zivilisten. Und kein Wort davon im »Stern«.

Eine ins Detail gehende Analyse des »Stern«-Artikels findet sich bei Andreas Hauß (www.blair.de/sternracak.html) und bei Matthias Gockel (www.juergen-elsaesser.de).

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 5/2001 über die neuen deutschen Teilungspläne für Jugoslawien und Mazedonien

Konkret 06/01, S. 39

Samuel Salzborn

Liberté Éthnicité Fraternité

Auf dem Weg zum völkisch segmentierten Europa entdecken rechte Volksgruppentheoretiker die Französische Revolution

Wenn man nur den rechten Blick darauf wirft, läßt sich fast alles zu eigenen Zwecken instrumentalisieren. So ähnlich hat es wohl auch Christoph Pan gesehen, als er sich an die Niederschrift seines »Beitrags zur Ideengeschichte« über die »nationale Frage als Jahrhundertproblem« machte, der in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift »Europa Ethnica« (»EE«) erschienen ist. Pan versucht darin, die erstrebte Etablierung von Volksgruppenrechten in Europa und die damit einhergehende Durchsetzung eines völkischen Menschen- und Gesellschaftsbildes als Fortschreibung der Französischen Revolution zu verkaufen.

Dieser Versuch verdient aus vielerlei Gründen Beachtung: Zum einen ist er in dem wohl wichtigsten völkischen Theorieblatt der Nachkriegszeit erschienen, das sich in die Tradition des Naziblattes »Nation und Staat« gestellt hat und sogar dessen Jahrgangszählung fortsetzt – auch gehört Pan selbst in seiner Funktion als Geschäftsführer des Südtiroler Volksgruppen-Instituts (SVI) zu den namhaften Protagonisten eines europäischen Volksgruppenrechts; zum anderen ist der Legitimationsversuch des Co-Autoren der kürzlich erschienenen Bibel der Volksgruppenfetischisten (*Die Volksgruppen in Europa. Ein Handbuch*) als theoretische Wegweisung für die Volkstumsforschung und völkische Praxis formuliert worden, und es ist anzunehmen, daß er als solches auch seine Wirkung entfalten wird. Denn die eine Etablierung eines Volksgruppenrechts auf völkerrechtlich verbindlicher Ebene in Europa betreffenden Ansätze wurden vielfach in der »Europa Ethnica« und ihrem Umfeld entwickelt und vorgedacht, wie auch namhafte völkische Protagonisten aus dem Spektrum der »EE« (etwa Theodor Veiter oder Felix Ermacora) an der juristischen Fundierung entsprechender Proklamationen auf europäischer Ebene beteiligt waren.

Pans Instrumentalisierungsversuch basiert auf einer Analogie: Nach der sozialen Frage sei im Lauf des 20. Jahrhunderts mit der nationalen Frage »ein neues Hindernis zur vollständigen Verwirklichung der Revolutionsziele von 1789 und 1848« aufgetaucht. Der »sozialen Ungleichheit« sei die »ethnische Ungleichheit« gefolgt, denn wieder hätten Menschen damit begonnen, sich in »zwei Kategorien« zu teilen – »und zwar diesmal in ethnisch Starke und ethnisch Schwache«. Die Demokratie drohte dabei zur »Ethnokratie« zu »entarten«, da von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit »für alle« wieder nicht die Rede sein konnte. Bei beiden Fragen, der sozialen und der nationalen, geht es Pan zufolge um die »Überwindung von Ungleichheit«.

Bisher hatten sich die Volksgruppentheoretiker von revolutionären Bestrebungen abzugrenzen versucht, ja die Französische Revolution geradezu verteufelt und zu ihrem Hauptangriffsziel erklärt. Das Gleichheitspostulat war ihnen verhaßt, der demokratischen Willensnation wurde die »ethnische Schicksalsgruppe« (Theodor Veiter) entgegengestellt, das *demos* durch das *ethnos* ersetzt. Der Versuch, die völkische Schicksalsgemeinschaft als Idee und die völkisch-partikularistischen Bestrebungen der »Volksgruppen« in Europa als Praxis in die Tradition der Französischen Revolution und des Emanzipativen zu rücken, erfolgt über die ideengeschichtliche Neu- bzw. Umcodierung der verwendeten Begriffe. So versucht Pan einen »offenkundigen Wandel« der »revolutionären Leitmotive« während der zurückliegenden zwei Jahrhunderte auszumachen, bei dem der Revolutionsterminus beibehalten wird, er jedoch inhaltlich eine komplette Wandlung erfährt. Galt einst das Streben für soziale, politische und juristische Gleichheit als revolutionär, so soll heute genau das Gegenteil als solches gelten: der Kampf für die ethnische Ungleichheit, für die Anerkennung von natur- oder kulturbedingten Differenzen von Menschen(gruppen), die als homogene Kollektive verstanden werden.

Der Trick besteht darin, den Eindruck zu erwecken, man streite nicht für die ethnische Differenz, sondern stehe auf der Seite des Fortschritts: denn scheinbar geht es in beiden Fällen um »die Unterdrückten«. Daß ein europäisches Volksgruppenrecht ausschließlich für Angehörige der, wie Pan es nennt, »Titularnation« gelten soll, die als Staatsangehörige ihres Wohnsitzstaates bereits über die gleichen Rechte verfügen wie alle anderen Staatsbürger auch, und nicht etwa für Flüchtlinge und Migranten aus anderen Staaten, die durchaus vor Diskriminierungen geschützt werden müßten, weist deutlich auf den völkischen Kern des Projekts: Die »schrankenlose Mehrheitsherrschaft«, bringt Pan es auf den Punkt, müsse man durch »gesetzliche Rahmenvorgaben des Minderheitenschutzes« zu einer Demokratie »veredeln«, um so eine »nationale Partnerschaft auch zwischen ethnisch Ungleichen« möglich werden zu lassen. Daß sich der Volksgruppentheoretiker an dieser Stelle statt des dem deutschen Sprachraum entstammenden Terminus »Volksgruppe« dem international anerkannten der »Minderheit« bedient und damit dessen ursprünglich aus dem Menschenrechtsdiskurs stammende Bedeutung umbiegt, steht im gleichen Kontext wie der Versuch zur terminologischen Adaption der Französischen Revolution.

Der mit dem Aufsatz von Pan eingeleitete argumentative Wandel der Volksgruppentheoretiker zur positiven Verwendung des Revolutionsbegriffs ist eine offenkundige Parallele zur »Konservativen Revolution« in der Weimarer Republik. Doch ebenso wie bei dieser kann der revolutionäre Gestus nicht über seinen anti-emanzipativen Gehalt hinwegtäuschen, da

dessen politische Idealvorstellung darin besteht, Ethnizität zum politisch herrschenden Prinzip werden zu lassen. Die auf ein völkisches Menschen- und Gesellschaftsbild gegründeten Modelle eines europäischen Volksgruppenrechts wollen innerstaatlich (bzw., in ihrem Duktus, regionalstaatlich) ein auf Homogenität angelegtes Konzept der Ethnizität forcieren, bei dem innergesellschaftliche Widersprüche qua völkischer Segregation zur Deckung gebracht werden sollen, wobei das Volk als natürliche Gemeinschaft begriffen wird. Diese auf Exklusion angelegte Gesellschaftsvorstellung impliziert ein völkisch segmentiertes Europa, bei dem durch die neu zu schaffenden substaatlichen Einheiten die emanzipativen Errungenschaften der Französischen Revolution regressiv zurückgedreht und aufgehoben werden sollen.

Oder, ausgedrückt in den Worten von Beate Sibylle Pfeil, der Co-Autorin des bereits erwähnten Volksgruppen-Handbuchs und stellvertretenden SVI-Geschäftsführerin: Das politische Ziel besteht darin, die »vorgefundenen polyethnischen Strukturen«, die »bestehende Vielfalt der Volks- und Sprachgruppen« als »Konstante« und die »jeweilige staatspolitische Organisation« als »Variable« zu betrachten und insofern die bisher »praktizierte Nationalstaatsideologie« zu »revidieren«. Daß dieser Gedanke ebenfalls in der »Europa Ethnica« zu lesen war – eine Ausgabe vor Pans völkischem Adaptionsversuch – , ist nur konsequent.

Samuel Salzborn stellte in KONKRET 1/2001 ein Buch über NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte vor

Konkret 06/01, S. 40

Oliver Tolmein

Freiheit und Tod

Das niederländische Euthanasie-Gesetz resultiert aus der Logik des deregulierten Kapitalismus

Es mutet an wie eine bittere Ironie der Geschichte: Während die Nationalsozialisten in Deutschland ihr Euthanasie-Gesetz in der Schublade ließen, weil sie die Reaktionen der Öffentlichkeit fürchteten, hat eine liberal-sozialdemokratische Koalition sechzig Jahre später in den Niederlanden ein Euthanasie-Gesetz verabschiedet, das die »Tötung auf Verlangen« legalisiert.

Die Euthanasie-Debatte und -Praxis in den Niederlanden ist kaum zu verstehen, wenn man den Blick nur starr auf die Behindertenmorde gerichtet hält, wie sie während des Nationalsozialismus durchgeführt wurden: als staatliche Massentötung sogenannten lebensunwerten Lebens. Vielmehr hat sich dort eine Euthanasie-Politik durchgesetzt, die nicht auf Zwangsmaßnahmen, sondern auf Freiwilligkeit basiert. Im Verständnis ihrer Befürworter ist sie liberal, denn sie drängt staatliche Regulierung zurück, indem sie dem Individuum die volle Disposition über seine Rechtsgüter, zu denen auch das Leben gehört, verschafft. Wenn heute in den westlichen Industriegesellschaften allgemein akzeptiert wird, daß ein Individuum sich selbst töten darf, die Strafbarkeit des Selbstmordes also aus den Gesetzbüchern verschwunden ist, so argumentieren die Protagonisten der niederländischen Euthanasie-Regelung, ist es nur konsequent, dem Individuum auch die Befugnis zu verleihen, sich von anderen töten zu lassen.

Eine wichtige Rolle spielt paradoxerweise dabei die antifaschistische Geschichte der Niederlande: Der Verweis auf die nationalsozialistische Mordpolitik und die Mißbrauchsmöglichkeiten, die auch ein auf Selbstbestimmung zielendes Euthanasie-Gesetz eröffnen, konnten hier kaum verfangen. Daß in dem Land so engagiert Widerstand gegen die deutsche Besatzung geleistet worden war, hat eine Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Dimension einer rassistischen Politik der biologistisch motivierten Diskriminierung, die nicht in staatlicher Repression großen Stils aufgeht, entbehrlich erscheinen lassen.

Ein wichtiger weiterer Faktor ist das in den calvinistisch geprägten Niederlanden weit entwickelte Zusammenspiel von liberalen politischen Grundhaltungen und Gemeinschaftssinn. Hier konnte sich auch unter den Bedingungen der Monarchie frühzeitig eine Bürgergesellschaft etablieren, die selbstbewußt weitreichende politische und wirtschaftliche Freiheiten einforderte. Bürokratie und Militär spielten in der niederländischen Gesellschaft zu keinem Zeitpunkt eine herausragende Rolle. Bewegungen, die für sich in Anspruch nahmen, Bürgerrechte voranzubringen, hatten daher stets eine gute Basis, von der aus sie handeln konnten. Die »Vereinigung für freiwillige Euthanasie«, die wie andere Pro-Euthanasie-Organisationen Sterbehilfe als Freiheitsrecht propagiert, erhielt auch frühzeitig regen Zulauf.

Die liberale Grundhaltung der Niederlande ermöglichte auch den Gerichten, sich von den Buchstaben des Gesetzes, das hier wie überall in Europa Tötung auf Verlangen unter Strafe stellte, weit zu entfernen. Faktisch wurde damit in einem Land, in dem kein Common law herrscht, in einem zentralen Rechtsbereich Richterrecht gegen die Gesetzgebung etabliert. So offen und so weitreichend wie in den Niederlanden wäre das in der Bundesrepublik kaum möglich gewesen. Zwar hat der Bundesgerichtshof mit seiner Rechtsprechung auch die Möglichkeit geschaffen, den Abbruch der künstlichen Ernährung aufgrund mutmaßlicher Einwilligung in Einzelfällen zu erlauben – er interpretiert damit aber immer noch die geltenden Gesetze im Rahmen der rechtsdogmatischen Möglichkeiten und schafft nicht neues Recht, wie es die niederländischen Gerichte mit ihren Entscheidungen zur Euthanasie in den achtziger und neunziger Jahren getan haben.

Nun gibt es auch in anderen Ländern eine traditionsreiche liberale, heute überwiegend säkulare Grundhaltung, die sich auf eine freiheitliche Geschichte stützen kann und in der Recht ein flexibel zu handhabendes Regulierungsinstrument ist: Großbritannien gehört dazu, das in Sachen Bioethik nicht zufällig eine Spitzenstellung einnimmt. Auch in einigen Bundesstaaten der USA sind die Verhältnisse vergleichbar – und bezeichnenderweise ist mit Oregon einer der sozialpolitisch progressiveren Staaten der einzige, der ein Gesetz verabschiedet hat, das den ärztlich unterstützten Selbstmord erlaubt. Ein wichtiger Unterschied besteht allerdings darin, daß die gesellschaftliche Struktur längst nicht so homogen ist wie in den Niederlanden. Daher wird in den USA den Bestrebungen, Euthanasie zu etablieren, von einer starken Koalition aus Kirchen, Ärzteverbänden und Behindertenbewegung entgegengearbeitet. Die Motivationen der Gruppen sind unterschiedlich: Die Kirchen argumentieren aus ihrem religiösen Selbstverständnis, die Ärzte artikulieren ihr Unbehagen, töten statt therapieren zu sollen, die Behinderteninitiativen sehen ihr Engagement gegen die Tötung von Menschen aufgrund schwerer Krankheiten und Behinderungen als Teil ihrer Antidiskriminierungs-politik.

Eine heterogene Gesellschaft, in der Interessenkonflikte zwischen Gruppen, die Einfluß nehmen können, offen ausgetragen werden, erweist sich so als wirksames Mittel gegen die Durchsetzung einer radikal-liberalen Biopolitik, die ihren Ausgangspunkt in einer konsequenten Individualisierung hat. Am Beispiel Oregons läßt sich zeigen, daß hier selbst nach Durchsetzung des Gesetzes, das ärztlich unterstützten Selbstmord erlaubt hat, die Auseinandersetzungen so massiv blieben, daß das Gesetz im Alltag wenig Wirkung entfaltet. Statt dessen haben sich in Oregon in den letzten Jahren erhebliche

Veränderungen in der Schmerztherapie und bei der Kostenübernahme für Behandlungen am Lebensende ergeben. Ähnlich ist die Lage in Großbritannien, wo ein Euthanasie-Gesetz in einem ganz anderen sozial- und gesellschaftspolitischen Kontext diskutiert werden würde als in den Niederlanden: Es würde wohl eher als Zuspitzung der Rationalisierung des nationalen Gesundheitsdienstes verstanden und deswegen massiven Widerspruch hervorrufen. Außerdem hat sich in Großbritannien schon frühzeitig eine auch in der einflußreichen Staatskirche verwurzelte Hospizbewegung gebildet, die einen anderen Weg für die Behandlung Sterbender eröffnet hat, als ihn die Euthanasie-Befürworter propagieren.

Für die Opposition gegen die Etablierung der neuen Euthanasie ist das Beispiel Niederlande insofern wichtig, als es das Augenmerk darauf lenkt, daß die Gefahren für Minderheiten, die aus einer Etablierung bioethischer Lebenskonzepte erwachsen, derzeit weniger in einer Mobilisierung staatlicher Zwangsmaßnahmen zu sehen sind. Gerade die Akzentuierung von Selbstbestimmungsrecht und Individualismus führen in den deregulierten Gesellschaften zu einer Erhöhung des Konformitätsdruckes, der auch die Entscheidung, »selbstbestimmt« sterben zu wollen, motivieren kann. Dabei erweist sich Homogenität einer Gesellschaft als besonderer Risikofaktor. Problematisch dabei ist, daß es keine Alternative dazu gibt, wie die zurückliegende Phase eines staatlichen Lebensschutzes gezeigt hat: Wenn der Staat weitreichende Schutzgarantien übernimmt, werden offen bevölkerungspolitische Ziele verfolgt, Selektionsmechanismen und unterschiedliche Schutzniveaus etabliert. Das heißt nicht, daß die Aufrechterhaltung eines grundsätzlich wirkenden Tötungsverbots obsolet wäre; es aufrechtzuerhalten ist als Strategie gegen die Freigabe von Euthanasie allerdings unzureichend.

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 5/2001 über das UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag

Konkret 06/01, S. 41

Christian Y. Schmidt

Das Gesicht, die Macht

Über ein Buch der grünen Spitzenpolitikerin Antje Radcke

Manchen Leuten sieht man an, wer sie sind, was sie denken und was sie wollen. Zum Beispiel der ehemaligen Bundesvorstandssprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Antje Radcke. Alles, was Antje Radcke ausmacht, liest man in ihrem Gesicht: tiefempfundene Eitelkeit, viel Kaffeetantiges, den radikalen Willen zur Enge und Leere. Ein Antlitz, so ausdrucksstark wie ein Ikea-Möbel. Antje Radcke hätte wirklich kein Buch schreiben müssen, um mitzuteilen, wofür sie steht. Sie hat es trotzdem getan. Und – wie um ihre Botschaft zu doppeln – ihr Gesicht auf den Schutzumschlag drucken lassen.

Das Buch aber, das in den letzten Wochen als irgendwie linke Kritik an den Grünen rezipiert wurde, ist unlesbar. Zumindest als politisches Buch. Es enthält tatsächlich keinen einzigen politischen Gedanken. Man kann es jedoch als Fallgeschichte lesen, als Psychogramm, als Beipackzettel zu Radckes Physiognomie. Beipackzettel paßt sehr gut. Denn wie bei diesem, so muß man auch in Radckes Buch nicht alles lesen, um Bescheid zu wissen. Die Abschnitte über die Nebenwirkungen genügen.

In einem dieser Abschnitte beschreibt Radcke die Geburtstagsfeier ihres Sohnes: »Endlich 14 Jahre alt – das sollte natürlich gebührend gefeiert werden. Ich werde nie vergessen, wie ich mit Laptop und Handy auf einer Bank in dem Eingangsbereich der Kindertagesstätte saß, deren Turnhalle wir für die Fete gemietet hatten, und an meiner Rede schrieb. Häufig mußte ich meine hochfliegenden politischen Gedanken auf den Teppich zurückholen – sei es, weil meine Tochter sich langweilte, ... sei es, weil ich ab und zu wenigstens verstohlen nach dem Rechten sehen wollte (nicht daß entgegen unserer Absprache doch mehr Alkohol als der Sekt zum Anstoßen die Runde machen würde), sei es, weil ich mein Handy zur Verfügung stellen mußte, damit irgend jemand irgend etwas organisieren konnte (im Dezember 1998 war die Handyrate unter den Jugendlichen noch längst nicht so hoch wie heutzutage).«

Noch einmal erfahren wir in diesem kurzen Bericht, wie Antje Radcke so ist; diesmal mit ihren eigenen Worten. Und sehen alles im Detail bestätigt, was wir als grobes Muster in ihrem Gesicht schon lasen: die Art, wie sich Frau Radcke politisches Denken denkt (»hochfliegend«), die Neigung, sich mangels eigener Substanz im Durcheinander von Nebensächlichkeiten zu verlieren (»Handyrate«), der Hang zur Phrase (»gebührend gefeiert«), die ins Schreckschraubige überdrehte pädagogische Attitüde (»entgegen unserer Absprache«! – »mehr Alkohol«!! – »Sekt zum Anstoßen«!!!), die abgrundtief klaffende innere Leere. (»Ich werde nie vergessen«, wie »irgend jemand irgend etwas« organisierte.) Damit hätte es Frau Radcke nun wirklich bewenden lassen können. Doch das Buch zum Schutzumschlag mußte voll werden. Und so hat Antje Radcke weitergeschrieben, 270 Seiten lang, auf jeder Seite dasselbe.

Darüber, wie das ist, wenn man nicht denken kann: »Zeit zum gründlichen Nachdenken blieb mir als Bundessprecherin so gut wie nie ... Es dauerte eine Weile, bis ich seine Worte begriffen hatte ... Tausend Gedanken flogen mir durch den Kopf ... Meine Gedanken drehten sich im Kreis ... In meinem Kopf rasten die Gedanken – klare waren nicht dabei ... In mir tobte ein Streit ... ich kann sowieso nicht klar denken jetzt.«

Darüber, wie sich das anfühlt, wenn man grüne Politik macht: »Ich kochte vor Wut ... An diesem Punkt war ich innerlich bereits explodiert ... Meine erste Reaktion war Trotz ... die zweite war blanke Wut ... an diesem Morgen setzte mein Herz für den Bruchteil einer Sekunde aus ... meine ständig Purzelbaum schlagenden Emotionen führten mich lediglich im Kreis herum ... wortlos zog ich ihn in mein Büro und heulte mich erst einmal aus! Es war ein befreiendes Weinen ... Es kostete mich enorme Selbstbeherrschung, meine aufsteigenden Tränen der Wut und Enttäuschung zu unterdrücken ... Erst als ich wutentbrannt meine Tasche schnappte ... Innerlich kochte ich vor Wut.«

Darüber, was das Wichtigste ist, wenn Frauen grüne Politik machen: »Ich achte ständig darauf, mich ›anständig‹ zu benehmen: Rauchen in der Öffentlichkeit möglichst zu vermeiden ... nicht bei Rot über die Ampel zu gehen ... Ich achte immer darauf, nicht allzu griesgrämig in die Gegend zu blicken ... Ich war immer so gekleidet und geschminkt, daß ich im politischen Krisenfall ... einem spontan angekündigten Fernsehinterview ... einigermaßen gelassen ins Auge blicken konnte ... Ich traue mich in keine Dessous-Abteilung mehr ... Ich wurde endgültig zur regelmäßigen Versandhauskundin.«

Darüber, daß sie einen »Partner« hat (»mein Partner«) und ein »Beziehungsleben« (»mein Beziehungsleben«); darüber, daß ihre Kinder »bisher weder in der Schule noch in der Freizeit nennenswert negativ aufgefallen« sind; darüber, daß sie lange Haare trägt; oder darüber, wie sie eine Hose sucht, nämlich »intensiv«: »Inmitten einer intensiven Suche nach einer Hose für meine Tochter kam der mit Spannung erwartete Anruf.«

Das alles, diese Aneinanderreihung von Sätzen, in denen sich Ikebana- und Parteitagsdeutsch wie automatisch mischen, erinnert bisweilen an solch große und lustige Trash-Biographien wie Friedrich Jahns *Ein Leben für den Wienerwald*. Besonders wenn Antje Radcke ganz ehrlich aufzuzählen beginnt, weshalb sie ums Verrecken nicht von der großen Politik

lassen kann: »Eine Einladung zum Mittagessen vom damaligen Botschafter der USA, John Kornblum, ein Essen mit dem Dalai Lama, ein Abendessen mit Gregor Gysi in einer seiner Lieblingskneipen, Interviews mit dem ›Wall Street Journal‹, der ›Business Week‹, dem CNN, dem ›Corriere de la Sera‹ (!) oder ›Le Figaro‹ oder eine Einladung zu einer Diskussion mit allen ZDF-AuslandskorrespondentInnen: Das sind Ereignisse, die ich nicht missen möchte und die meinen eigenen Horizont erweitert haben.« Fragt sich nur, wohin?

Im Zweifel doch wieder nur zu Frau Radcke selbst. Sie war eine von denen, die die Zustimmung zum Jugoslawienkrieg in der grünen Partei organisierten. Dafür wurde sie von einigen wenigen Linken angegriffen. »Die Verletzungen«, schreibt sie dazu, »die ich in dieser Zeit erfahren hatte, verliehen mir eine ungeahnte Kraft.« Über die tatsächlich Verletzten und die Toten, die der Nato-Krieg in Jugoslawien forderte, verliert sie kein Wort. An einem Punkt wie diesem entpuppt sich schließlich der ganze, oft zum Lachen reizende egomanische Müll, den Antje Radcke abgeliefert hat, als nur noch jämmerlich und hochgradig obszön.

Das Leben von Antje Radcke ist furchtbar. Sie hat detailliert aufgeschrieben, warum. Sie hätte es, wie man ihr nicht oft genug sagen kann, nicht gebraucht, denn jeder, der Augen im Kopf hat, kann das Furchtbare in ihrem Gesicht lesen. Aber dieses Gesicht, das einem, je länger man es ansieht, um so maskenhafter erscheint, ist nicht nur das von Antje Radcke. Es ist das idealtypische Gesicht der grünen Partei und ihrer Anhänger. »Wir müssen wieder eine lebendige Partei werden«, schreibt Radcke am Schluß ihres Buches. Um zu wissen, daß dies nicht möglich ist, dafür genügt ein Blick auf seinen Schutzumschlag.

Antje Radcke: *Das Ideal und die Macht – Das Dilemma der Grünen*. Berlin 2001, Henschel, 271 Seiten, 39,90 Mark

---

Christian Y. Schmidt resümierte in KONKRET 4/2001 die Debatte um Joschka Fischer

Konkret 06/01, S. 42

Georg Fülberth

Kleinere Übel

Kurzer Lehrgang für angewandte Realpolitik, 6. Folge: Die Entschuldigung

Als Gabriele Zimmer am 18. April 2001 vor die Presse trat, um die Gründung der SED von 1946 zu deuten, hat sie – wie einst Otto Grotewohl – das Schlimmste verhindert. Man stelle sich nur einmal vor, die delikate Aufgabe wäre Helmut Holter und der Vorstandsmehrheit anvertraut worden. Sie hätten glatt behauptet, die PDS sei aus einer Zwangsvereinigung hervorgegangen.

Dies wäre eine Klitterung zu tagespolitischem Zweck gewesen, wie wir sie aus dem *Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU (B)* von Josef W. Stalin sowie (angeblich) aus den acht Bänden *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, erstellt von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Walter Ulbricht, kennen.

Dazu war Gabriele Zimmer, eine begabte Equilibristin, nicht bereit. Der Text, der am nächsten Tag im »Neuen Deutschland« abgedruckt wurde, ist nicht ganz schlecht und rügt unter anderen sogar Gustav Noske. Zwar räumte die Vorsitzende ein, es habe 1946 manche Püffe und Knüffe (»Täuschungen, Zwänge und Repressionen«) gegeben, für die sie sich gern entschuldigen wolle. Das tut man als zivilisierter Mensch ja auch dann, wenn man anderen aus Versehen auf den Fuß tritt. Immerhin handelt es sich da ebenfalls um *Zwang*: Der Mitbürger, dem Sie auf dem großen Zeh stehen, ist in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Das halbe Wort sprach Gabriele Zimmer also aus, aber eben nicht das ganze. Eine Zwangs*vereinigung* räumte sie nicht ein.

(Wer den Text genauer liest, entdeckt Ungenauigkeiten. Die dort angesprochenen Repressionen gegen Sozialdemokraten und mißliebig gewordene Kommunisten folgten nicht unmittelbar auf die Vereinigung, sondern auf den Ausbruch des Kalten Krieges 1947, insbesondere seit der Umstellung der SED auf eine »Partei neuen Typs« 1948. Auch die Toten, auf die im Text hingewiesen wurde, sind – soweit es diesen Zusammenhang angeht – erfunden. Aber lassen wir diese Besserwisserei.)

Was Gabriele Zimmer nicht sagte, hörte Franz Müntefering. Endlich, antwortete er, habe die PDS die Zwangsvereinigung zugegeben. Solche Geisterhörerei muß einen Grund haben. Er hat mit den aktuellen Hoffnungen der SPD zu tun. In Berlin möchte sie Eberhard Diepgen ablösen, zur Not auch mit Unterstützung der PDS. Die bescheidene Art und Weise, in der Gabriele Zimmer ihren Stolz wahrte, signalisierte, daß man ihr ein Wort, das sie nicht benutzt hatte, in den Mund legen durfte. Damit verringerte die SPD das Risiko bei Wählerinnen und Wählern, die ihr ein Techtelmechtel mit einer unbußfertigen PDS verübelt hätten.

Vielleicht – jedenfalls wäre es technisch sinnvoll – werden solche Entschuldigungen vorher schon einmal an das Willy-Brandt-Haus gefaxt, mit Begleittext: »Geht das so, Franz?« – »Ist gebongt, Dietmar.«

Durch ihre Stellungnahme förderte die Vorsitzende ein Unternehmen, das sie selbst wohl nicht unbedingt will. Ausdrücklich sagte sie auf jener Pressekonferenz vom 18. April, es gehe ihr nicht um die Vorbereitung einer Koalition. Damit sprach sie den Teilen der Basis aus der Seele, die das auch nicht wünschen. Der Kontext aber, in dem diese Weigerung ausgesprochen wurde, beförderte jenes Verlobungsprojekt mit der SPD, das von anderen Leuten in der PDS herbeigesehnt wird. Man darf wahlweise von Tragik oder auch von einer strategischen Leistung sprechen, wie wir sie seit der Emser Depesche von 1870 nicht mehr studieren konnten.

Egon Bahr befand, das sei nicht genug. Die PDS müsse außenpolitisch verläßlich werden. Bislang erkenne sie ja noch nicht einmal das internationale Gewaltmonopol der Uno an. Gemeint war der Parteitag von Münster 2000. Dieser ist mittlerweile ähnlichen Mißverständnissen ausgesetzt wie jener ältere Vorfall aus dem Admiralspalast.

Die HeldInnen-Legende geht so: Eine Viererbande – Bartsch, Bisky, André Brie, Gysi – habe, gierig nach Regierungsbeteiligung, eine künftige Zustimmung zu Kampfeinsätzen der Bundeswehr vorbereiten wollen. Doch unter Führung einer selbstlosen Europa-Abgeordneten habe eine revolutionär-pazifistische Mehrheit des Parteitages dies abgelehnt.

Es war anders. Daß Gysi mit seiner Partei in der vom Westen dominierten größeren Bundesrepublik ankommen will, hat er immer wieder gesagt. Aber die PDS ist ja längst schon da, wenngleich in zweifacher Gestalt. Einige haben die Chance, sich relativ erfolgreich zu beteiligen. Den anderen bleibt die Möglichkeit, mit Hilfe ihrer Partei, insbesondere bei Wahlen, sich darüber zu beschweren, daß niemand sich für sie interessiert. Auch das ist eine Form der Zugehörigkeit.

Wenn die Neuerer zu schnell vorangehen, die Alterer aber sowieso nicht mitkommen, wird das gefährlich. Das merkten die Delegierten in Münster. Sie fürchteten, nach einer etwaigen Zustimmung zum Vorstandsentwurf könnte ein relevanter Teil ihrer Basis bei künftigen Wahlen oder am nächsten Infostand fehlen. Das ist beruflich nicht von Nutzen. Also stimmte man

lieber diesmal noch dagegen. Die weniger materialistisch Veranlagten, welche das Regierenwollen bekämpften, hatten eine Katalysatorfunktion. Das gefürchtete Fernsehen sprach anschließend von einer »katastrophalen Parteitagsregie«.

In der Sache war Gysi übrigens im Recht. Er hatte 1999 den Angriffskrieg auf Jugoslawien abgelehnt, unter anderem deshalb, weil es kein Uno-Mandat dafür gab. Damit berief er sich auf das Regelwerk der Vereinten Nationen, welches Kampfeinsätze zum Zweck der Friedenserzwingung vorsieht. Nicht immer muß einem solchen Beschluß der Uno gefolgt werden, zum Beispiel dann nicht, wenn der Sicherheitsrat von den USA, von Deutschland oder von der Nato instrumentalisiert worden ist. Dann kann nein gesagt werden. Dieses nennt man Einzelfallprüfung. Sie entfällt bei etwaigen militärischen Alleingängen Deutschlands, der Nato oder der WEU. Hier gibt es – anders als bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen – nur die Ablehnung. So sah das der Vorstand ebenfalls.

Nach Münster reimt sich in der PDS-Friedenspolitik Herz auf Schmerz. Es ist denkbar, daß in einem anderen Fall die Delegierten oder Abgeordneten ihre eigenen Interessen neu auslegen und ebenso eindeutig für Kampfeinsätze stimmen wie voriges Jahr dagegen. Vielleicht wollte Gysi das durch Vorab-Richtlinien verhindern. Bei einem künftigen 4. August wäre seine Instruktion aber natürlich gezielt mißverstanden und als Alibi benutzt worden. Insofern hatte es vielleicht doch nicht nur Nachteile, daß sie nicht durchkam.

Niederlagen der Parteiführung steigern bei dieser die Neigung, entweder den Bettel hinzuschmeißen oder durch einen neuen Coup die Scharte auszuwetzen. Beides ist nicht gut. Im ersten Fall gilt, daß zuweilen (trotz eines Gegenbeispiels) nichts Besseres nachkommt, im zweiten entsteht fehlerträchtige Hektik. Bei der Vorbereitung eines neuen Parteiprogramms – das von der Sache her niemand so recht braucht – läßt sich eine Tendenz beobachten, die zuständigen Gremien (einschließlich der zu diesem Zweck eingerichteten Kommission) erst dann zu befassen, wenn andernorts schon viel festgeklopft ist. Das könnte, treibt man es zu weit, zur nächsten Havarie führen.

Es sei denn, Gabriele Zimmer zeigt ein weiteres Mal, was in ihr steckt.

Georg Fülberth schrieb in KONKRET 5/01 über den Wahlausgang

Konkret 06/01, S. 43

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Mutters Muttertagsphantasmagorie

Vater Reginhard und die Kinder
Heloise und Potiphar
Nahen sich rosa'nen Teintes
Und strumpfsockert Muttis Boudoir

Es ist Vatis Hobbykeller
Wo Mutti seit Jahren schon
Zur Nacht ruht denn Vatis Schnarchen
Touchiert die Ohren mit siebenzig Phon

Vatis Tablett ist beladen
Mit Knackundback und mit Krönungskaffee
Und zwei Gebinde von Blume Zwotausend
Trägt voran die Jeunesse d'oree

So wollen sie Mutti um den Bart gehn
An Muttis genuinem Tag
Und sie klopfen an Muttis Koje
Zärtlich wie die Moldau an Prag

Doch wie sie nach xmal Pochen
Verwenden der Türklinke Griff
Da falln sie zum Opfer der Einsicht
An Bord da ist kein Schiff

Nur ein Zettel überm Feldbett spricht zu
ihnen
Ich kann sehen wie ihr jetzt gafft
Doch ihr müßt euern Muttertag feiern
Ohne mich mir wurscht wie ihrs schafft
Ich bin im Wirtshaus zur Heiligen Hydra
Im 9mmKiez
Wo sich die Hand heut reichen
Mammographie und Mutterwitz

Da sind wir heut zugange
Muttis ohne Vati und Kind
Kickend was uns auf den Sack geht

In den nikotinierten Wind

Cellulite und heißes Wallen
Und Vatis Minus an Mitgefühl
Und das Kroppzeug qua TVSucht
gefährdend
Das Hauptschulversetzungsziel

Das proletarische Preisevergleichen
Bei Wal Mart und Aldi und Spar
Wo man doch von Gaia ins Outfit
Der Titanin eingeteilt war

Und das zungenkußlose Verdämmern
In der Zwinge von Pflicht und Verzicht

Dies incommodiert uns heute
Praktisch weniger als wie nicht

Heut sind wir egoonline
Ausschließlich für uns existent
Und wir liegen auch unter dem Tische
Voll mit uns im Trend

Heut kann uns der Depri am Steißbein
Heut wird das Feuer bei der Flamme
gepackt
Und wir schlagen zu Heavy Metal
Mit dem Bleistiftabsatz den Takt

Und wir entern Tequila mit Salzrand
Die Büste vom Halter entblößt
Und wir machens uns gradso gemütlich
Wie die Lerche im Kuckucksnest

Und wir geben der Sehnsucht die Sporen
Und wir touren auf diesem Tier
Charismatischen Topoi entgegen
Wie Gregor Gysi und Richard Gere

Voila dionysisches Pressing
Das ist es was Mutti mag
Denn nur soo kommt Schmackes in Muttis Honoriscausatag

Wartet nicht hoffend bis Abend
Durchwacht auch nicht bangend die Nacht
Mutti kehrt erst wieder
Nach erledigtem Vollbracht

Nicht mit amore nein von sledge hammer
Scheint geschrieben dieser Brief
Und dementsprechend hängen der Emp-
fänger
Fensterläden auch gleich ganz schief

Und Vater Reginhard und die Kinder
Heloise und Potiphar
Beginnen nach Verwundung per Lektüre
Mit dem Weinen in Muttis Boudoir

Und saurem Regen gleich fallen die Tränen
Auf den Schnittblumenzweierpack
Und aufs Tablett mit den eingangs er-
wähnten
Krönungskaffee und Knackundback

Ach die drei sie könnens nicht raffen
Daß Mutti der Bemutterung entfloh
Und sie suchen Trost demolierten Herzens
Wo?*

Der Herr mit grauem Bart hätt fast einmal
ganz Westdeutschland regiert

Das toughe Duo Wehner/Wienand wurde seiner Herrschsucht Herr

Nun trägt der Herr mit grauem Bart statt daß er sich an Kanzlerruhm und -rente delektiert

An seiner schrillen Kindfrau auf den greisen Schenkeln schwer

Lieber Hermann Kant im Beitrittsgebiet. Wie Du weißt, feiert tout Egypt am 10. Juni den 4.500. Geburtstag seines Sinuhe, während Athen tags darauf anläßlich Gyros des Großen 3.000. die Akropolis beflaggt. Der Perser Kater vollendet am 12. Juni den 2.750., er wird aber, weil er angeblich »falsch gehaart« habe, vom Teheraner Regime aktual nicht behudelt. Hingegen gilt die ehrende Aufmerksamkeit der Ewigen Stadt dem Römer Topf, der am 13. Juni 300 vor Judas dem Licht der Welt die Augen zeigte. Du nun, lieber Hermann Kant, wirst am 14. Juni 75, und da wollten wir Dich im Namen qualifiziert Zahlloser fragen: Was soll man dazu sagen? Etwa Glückwunsch?? Ach, und schon ist es, mit der Frage, heraußen, dieses »Glückwunsch«, im güldschnittnen Zurufpassepartout »Xundheit«! Ergebenst

Verband der Freunde Hermann Kants
(der Sekretär)

* Sie haben 20 Sekunden Zeit, bitte!:
a) im Reijkjaviker Bahnhofsklo
b) Bei einer Mutti mit höherm Niveau
c) Bei einer Colamix und einem Deinhard-Pikkolo
d) Im Wuppertaler Streichelzoo

Konkret 06/01, S. 44

Kunst & Gewerbe

Umfrage

Die Frage ist nicht neu, aber sie muß immer mal wieder gestellt werden. Was wäre, könnte, müßte heute sein: linke Kunst? Die KONKRET-Redaktion bat um eine die anhaltende Kon- und Diffusion im Kulturbetrieb klärende und erhellende Antwort in fünf (5) Sätzen.

Feridun Zaimoglu

Der Kulturaktivist von einst ist heute Völlereispezialist, oder aber bestimmt einer, der in die Versorgungslücke wischt mit Konzept oder Rezept. Der gängige Konformismus gehört zermessert, man darf sich ruhig zu etwas mehr Partisanenmythos hinreißen lassen. Extremismusschübe wider den Bourgeois sind erlaubt, in seine Fresse darf man spucken, gegen Jokus und Dollerei der Bürger hilft das Gebot aller Minderheiten: Wenn wir nicht glücklich werden mit euch und euren Milieus, was hält uns denn davon ab, euch unser Unglück in die Fratzen zu schmettern? Die Tatkraft bricht mit der Subtilität, in der Kunst wie im wirklichen Leben. Also heißt es: weniger Vision als vielmehr Bilder der realen Knechtschaft im System. Wer sich erbricht, fühlt sich bekanntlich danach besser.

Horst Tomayer

I. Wie sich die vom Sprichwort mit dem größern Verstand gesattelten linken Pferde dreimal täglich nach dem Hafer vor dem Depot das Pharmakapitals diszipliniert übergeben, um danach, fit wie'n Turnhuf, im Flur der Global Players stehend, gegen dieselben rücksichtslos auszuschlagen, soo geht auch die linke Kunst, hiebei dem Applaus der Schlampe Geschichte meilenweit vorauseilend, ihrem Pensum vitää, nämlich a) den Haupt- und b) den zahllosen, jedoch trotzdem auf einem Zehntel Kuhhautquadratmillimeter Bein- und Ellbogenfreiheit genießenden Nebenwidersprüchen im Postspätkapitalismus qua Attackasonett, Denkmalnachdenkmal, Infotafelbild, Provokationsballett, J'accusefilm, Agitproproman, Rotfrontkreuzworträtsel sowie per Formääns (zum Beispiel durch das dialektische Verhüllen oder Verpacken der Klassenscheide) a) widerspieglerisch zu manifestieren und b) als Handlungsanleitung loszulassen, unbeirr- und unkorrumpierbar nach.

II. Linke Kunst, deren Formensprache die von Fauna, Flora, Klima und Utopia, aber erst recht die des Universums (Licht wie verrückt, aber keine einzige Steckdose) mit links übertrifft, erkennt jede(r) nicht auf den ganzen Kopf gefallene am Hammersichelzirkelsiegel der »Stiftung Warentest KONKRET« mit der Garantiebanderole: »Hergestellt unter strikter Befolgung der Methoden der Klassiker, welche geschöpft sind aus der Kenntnis der Wirklichkeit«.

Peter Hacks

Linke Kunst ist solche Kunst, wie sie die marxistisch-leninistischen Künstler hervorbringen, Leute von Erziehung und Genie. Sie ahmt die Wirklichkeit nach, besonders in Hinsicht des Zeitbegriffs und des Bestehens ursächlicher Zusammenhänge in der Gesellschaft. Sie zeichnet sich aus durch Wahrheit, Schönheit und Tugend. Sie erfreut sich des Zulaufs der werktätigen Massen.

Linke Kunst trägt auch den Namen Sozialistischer Realismus. Sie ist heiter, fördert die antiimperialistische Revolution und erhält anschließend den Stalinpreis.

Thomas Meinecke

Linke Kunst, wie ich sie für mein eigenes textliches Arbeiten verstehe, hat die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, gleichsam feministisch, bis in die kleinsten grammatikalischen Details zu zerlegen. Wobei mir Antirassismus momentan das einzig verbindliche Reservoir der sogenannten Restlinken, wenn sie sich denn noch links zu nennen bereit ist, darzustellen scheint.

Hermann Kant

Um bei Literatur zu bleiben: So unterrichtet sein, so radikal, so abgefeimt wie Hacks, wenn er *Zur Romantik* schreibt. So rücksichtslos parteilich, so grenzenlos bewandert wie *Die Ästhetik des Widerstands*. Weder bange noch gierig, den

Richtigen schwierig – links müßte sie sein und Kunst.

Christoph Krämer

Kunst ist, was eine linke Zeitschrift nicht druckt. Damit wären zumindest die Worte links und Kunst in einem Satz untergebracht und das Dilemma benannt: daß die Frage nämlich, die auf eine theoretische Antwort hofft, falsch gestellt ist. Denn was Kunst heute sein sollte, wird beantwortet, wenn einer ein Kunstwerk herstellt, das, wie es dann vor uns steht, gerade nicht äußeren, hier linken Anforderungen entspricht. Wenn Picasso seinem Friseur ein fertiges Bild als die Summe seiner Fehler beschreibt oder der Eisler dem Bunge sagt, es sei zutiefst unkünstlerisch und unwissenschaftlich, einen Baum anzuschauen, um etwas zu sehen, dann weisen beide darauf hin, daß Kunstwerke sich als Resultate eines Suchens einstellen und nicht als Illustrationen dessen, was man eh schon weiß und immer schon mal sagen wollte. Was man dazu braucht? Unter anderem Neugier, eine Eigenschaft, die unter Linken im Verteidigungszustand nicht allzu verbreitet ist (sein kann?).

Brigitte Kronauer

Auch wenn es allzu simpel klingt: Die alte Bauernweisheit und strenge Wetterregel hat recht. Man muß sich bei der Kunst klar entscheiden zwischen rechts oder links oder eben: Kunst.

Hermann Peter Piwitt:

»Linke Kunst«? Gibt es denn auch »rechte«? Ich kenne keine. Entweder sie ist links wie die des Monarchisten Balzac. Oder sie ist nicht. Was wäre, könnte, müßte demnach heute »links« sein? Und was Kunst?

Armin Schreiber

Kunst, sofern es sich um Kunst handelt und nicht um irgendein Substitut, ist zum Zeitpunkt ihres Entstehens prinzipiell links, nämlich erstens unideologisch; zweitens, indem sie latente Veränderungen in Form bringt, also tradierte Vorstellungen überwindet, subversiv; drittens auf Ambivalenz zielend; viertens offen für Einflüsse der Subkultur, aber resistent gegenüber Erweiterungen bzw. Entgrenzungen des Kunstbegriffs. Und fünftens hat die linke Kunst die Nase endgültig voll von der Medienreflexion.

Peter O. Chotjewitz

Lesen wir doch einfach noch mal die linke Literatur von gestern. Das bietet sich an bei zwei so gestrigen Begriffen. Im übrigen benötigen beide einen sozialen und wissenschaftlichen Resonanzboden. Der ist erst mal futsch. Also: Momentan keine Antwort möglich. Die Frage ist nicht aktuell.

Georg Seeßlen

Linke Kunst gibt es nicht. Aber es gibt: –

Linke Künstlerinnen und Künstler (und wie, sagen wir, bei einem linken Koch oder bei einer linken Busfahrerin wird auch bei denen das Links-Sein nicht ohne Einfluß auf das bleiben, was sie als ihre Arbeit verstehen und was damit in der Gesellschaft wird), –

Kunst in der Linken (als Versprechen, Anreiz und Differenz: Was bleibt, wenn sich die Kunst vom Besitz zu befreien versucht. Metapher der Möglichkeit), –

Kunst im Diskurs der Linken/den linken Diskurs in der Kunst (mit der Frage im Zentrum: Wem gehört die Kunst? Und nicht etwa: Was ist Kunst?), –

eine Geschichte und Theorie der Kunst in der Linken. Allerdings auch: –

Kunst in der Geschichte der Linken (auweija!).

Gerhard Scheit

Die Frage ist falsch gestellt. Und die Aufgabe kritischer Ästhetik wäre es, falsche Fragen abzuwehren oder besser: aufzulösen in richtige.

Günther Jacob

Die so kokett-ahnungslos daherkommende Frage unterläuft und neutralisiert, was zu dem Thema der spekulativen Parallelisierung von künstlerischer Radikalität und linker politischer Programmatik – auch in KONKRET – bereits gesagt wurde:

1. Es gibt weder linke noch katholische Kunst.

2. Unter den Menschen, die auf die ständische Berufsbezeichnung »Künstler« Wert legen, gab es immer einige, die ihre musikalischen, bildendkünstlerischen etc. Produktionen im Umfeld von kommunistischen und sozialistischen Bewegungen präsentierten. Die Bedeutungsgebung »linke Kunst« oder »engagierte Kunst« ist ein Effekt dieser inzwischen historischen Verbindung.

3. Seit »linke Künstler« von der Verpflichtung auf politische Orthodoxie entbunden sind, ihr »Werk« also vor linken Bewegungen nicht mehr rechtfertigen müssen, ist dieses Thema vor allem ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für »Kulturjournalisten«, die, weil sie sonst nix gelernt haben und selbst auch keine Kunst machen, heute die symbolische Nähe zur politischen Linken suchen, um ihre affirmative Schreibe im bürgerlichen Feuilleton mit der Phantasie politischer Abweichung zu unterlegen.

4. Aus linker Sicht sind aber nicht Kulturjournalisten und andere »Fachidioten« (wie man 1968 sagte) das Problem, sondern politische Linke, die sich ohne Bündnispolitik gegenüber Leuten, die bürgerliche Anerkennung erlangen konnten, einsam und verlassen fühlen. Verloren hat dabei am Ende immer die politische Linke, während die »verbündeten Kulturarbeiter« letztlich immer auch ohne die Linke ganz gut zurechtkamen.

5. Auf der Suche nach ästhetischen Surrogaten für die linke Bedeutungslosigkeit innerhalb eines Großdeutschlands, das heute auch hinsichtlich Kunst und Popkultur aggressives Selbstbewusstsein zeigt, geht auch jedes angemessene historische und ästhetische Verständnis für Kunst- und Popwerke verloren. Ihre **Kritik** findet, wie immer wenn eine Sache funktionalisiert werden soll, nicht statt (aktuelles Beispiel: das mit den nahezu gleichlautenden Besprechungen in »Spiegel«, »Zeit«, »SZ«-Jugendbeilage »Jetzt« und »Taz« kompatible Interview mit dem Palästinensertuch-tragenden, »revolutionären« Deutschrapper Eißfeldt in KONKRET 4/01). Die Frage wäre daher präziser zu fassen und an die Redaktion zurückzugeben: Wie will KONKRET die notwendige Kritik an den triumphalistischen Ausschlußdiskursen »Deutschpop« »deutscher Film«, »deutsche Kunst« »junge deutsche Literatur« und sonstiger »Leitkultur« organisieren und mit den übrigen politischen Kritiken des Heftes kontextualisieren?

Rayk Wieland

Nach der Mode der Subversion und den Moden der Subversion, die alle paar Jahre siegen und wieder versiegen, ist heute nur noch Mode, sind Moden angesagt, die immer wieder passen. Die Künstler kennen keine Parteien mehr, sie kennen nur noch Marktteilnehmer. Links gibt’s noch hier und da als Retro-Phänomen, ansonsten nur im Internet. Das ist die Lage, keine schöne.

KONKRET hat Künstler und Kritiker gefragt, die dem Blatt verbunden sind, und viele, nicht alle, haben geantwortet. Die Frage, was an Kunst heute links sein könnte, klingt naiv, sie ist es auch. Ziel der Unternehmung war nicht der Konsens, der in der Redaktion auch nicht besteht. Ziel war die Erinnerung an eine Frage, deren Semantik abhanden gekommen ist.

Die notwendige Kritik am nationalen Rebirthing Deutschlands als »Popkulturnation« (G. Jacob) hat keinen Adressaten mehr. Sender und Empfänger sind identisch geworden. Die Linke hört sich selber gerne reden, das ist alles. Wer jetzt noch diskutiert, führt Selbstgespräche. Wer jetzt noch protestiert, ist lediglich allein. Was geht, sind Spaziergänge. Sind Umfragen, für die gilt, was Diskussionen, Arno Schmidt zufolge, nur aus einem Grunde sinnvoll macht: daß einem hinterher womöglich etwas einfällt.

Konkret 06/01, S. 47

Rayk Wieland

Ein Arzt wird kommen

Kultur-Kolumne

Christoph Schlingensief. Immer wieder Christoph Schlingensief. Immer wieder ein Projekt von Christoph Schlingensief, eine Aktion, eine Inszenierung, eine Talkshow, eine Talkshowreihe von, mit und über Christoph Schlingensief. Immer wieder das Gesicht von Christoph Schlingensief. Auf Kanal 4, MTV, bei Biolek, bei Kluge: Christoph Schlingensief. In der Volksbühne, am Wolfgangsee, in Hamburg, Zürich, Wien, auf der Documenta, in der Deutschen Bank, on Deutschlandtour, in der »Bild«-Zeitung (als »Erotik-Mann Nr. 16 – Aktionskünstler, Moderator – Unterm Wuschelhaar steckt ein frecher Kopf«) das Gesicht von Christoph Schlingensief. Immer wieder gefilmt von Fernsehkameras, immer wieder fotografiert und immer wieder abgebildet. Das hört nie auf, das geht immer weiter. Der klont sich selbst, freiwillig. Ein Ein-Mann-Medienimperium, ein Ein-Mann-Theaterphänomen, eine Art linksdrehender Neben-Berlusconi, ein Endlosschleifen-O-Tongeber, der immer wieder auf den gleichen Namen hört, der immer wieder Christoph Schlingensief lautet. Ohne den Namen geht's nicht. Es gibt den unbekannten Soldaten, es gibt den kleinen Mann auf der Straße, es gibt das No-Name-Produkt, es gibt geschwärzte Akten, schwarze Konten, anonyme Spender, und es gibt den Geist, den keiner rief / der lautet: Chris-toph Schling-en-sief.

Er ist überall. Zuletzt war er in Zürich, wo er am Schauspielhaus Hamlet inszenierte. Natürlich nicht einfach so, er hatte noch eine Zusatzidee, für die er gleich, noch bevor irgendeiner der Beteiligten seinen Shakespeare-Kram erledigt hatte, zum Berliner Theatertreffen nachnominiert wurde: Echte Nazis sollten Rollen in dem Stück übernehmen. Man stelle es sich vor. Diesmal also keine echten Obdachlosen, keine echten Asylbewerber, sondern echte Nazis. Der Tag wird kommen, an dem Schlingensief sogar echte Schauspieler auf die Bühne holt.

Die Zeitungen standen international Kopf, und man kann sich denken, wessen Name immer wieder fiel und immer wieder fallen mußte. Sehr scharfsinnige Betrachtungen waren beinahe täglich zu lesen, und man ahnt, wer da, und nicht nur am Rande, wie oft erwähnt wurde. Schlingensief hatte verkünden lassen, daß er die Nazis im Rahmen des vom deutschen Innenministerium initiierten Aussteigerprojekts bei sich auf der Bühne resozialisieren werde. Man müsse, sagte Schlingensief, diese Leute »in die Gesellschaft« zurückholen. Die Leute erwiesen sich als sechs, zum Teil vorbestrafte, zum Teil notorische Neonazis. Sie mimten die Schauspielertruppe, die Hamlet im III. Akt ins Schloß eingeladen hatte, und es geschah, daß sie auf der mit verfremdeten Hakenkreuzen ausgestatteten Bühne Baseballschläger und Ketten schwingen, Skin-Rock und Deutschlandlied singen und zum Schluß ein »Manifest« zum Vortrag bringen durften. Danach waren sie resozialisiert.

Oder auch nicht. Ist ja auch egal, geht uns gar nichts an. Im Dritten Reich waren an allen Theatern Nazis als Schauspieler tätig und mußten von keinem Schlingensief »in die Gesellschaft« geholt werden. Bis 1945 blieben sie gegen sämtliche Resozialisierungsverlockungen auf der Bühne weitgehend immun. Das heißt, Schlingensiefs Einfall, ob er nun Parodie oder aber Provokation sein wollte, war von vornherein Mumpitz, war albern, war deprimierend dünn. Und sehr erfolgreich.

Die Schlingensief-Maschine funktioniert immer gleich, man wundert sich, daß er sich selber immer noch die Mühe macht, persönlich anwesend zu sein. Das Programm, das er zwar nicht hat, aber ist, wäre sehr leicht zu generieren. Er könnte mal Pause machen und eine Zeitlang einfach auf virtuell umschalten, so wie Lara Croft. Er könnte sie sogar heiraten, dann hätten auch seine unvermeidlichen Liebeskummer-Tiraden endlich ein Ende. Und man könnte abschalten.

Als erstes nehme man den Namen »Christoph Schlingensief« und vervielfältige ihn auf verwirrende Weise. Mit diesem verwirrenden Namen »Christoph Schlingensief« gehe man zum zweiten allen Leuten auf die Nerven. Drittens, viertens, fünftens wird sich finden. Es gibt immer eine Reihe von brutal brisanten und verwirrenden Themen, Reizwörtern, Tabus und Quatsch. Wichtig: Immer mal wieder ein bißchen Rechtsextremismus einstreuen. Alles mit allem vermischen und verwirren. Sechstens suche man Unvereinbares und vereinbare es zur Verwirrung aller. Siebentens vertausche man Illusion und Wirklichkeit und stifte damit unentwirrbare Verwirrung. Achtens: wie siebentens, nur andersherum, erst die Verwirrung. Neuntens falle man aus seiner Rolle, schreie, heule, verwirre. Zehntens setze man sich nachts in eine U-Bahn, trinke stellvertretend »für alle Liebeskranken Berlins« eine Flasche Jim Beam, ziehe sich aus und bitte verwirrte Fahrgäste um einen Kommentar zur Figur seines Penis.

Das hört sich an nach jeder Menge Spaß, und es ist auch für alle was dabei. Ärgerlich nur, daß dies alles unter Kunstvorbehalt, also auf Jagdschein, geschieht. Sich auf der Documenta mit einem Plakat, auf dem »Tötet Helmut Kohl!« steht, fotografieren zu lassen, ist etwas anderes, als dies vor dem Bundeskanzleramt zu tun. Bei einem Kunstevent Geldscheine vom Dach der Deutschen Bank regnen zu lassen, ist etwas anderes als bei Normalbetrieb. Schlingensiefs Radikalität ist wie Betreutes Wohnen und auch genauso aufregend. Nicht daß er das nicht selber sähe, aber er kommt nicht raus aus seinem Heim.

Im Grunde will er’s auch nicht anders, schließlich wird er dafür bezahlt. Bei allen seinen monomanischen Eskapaden achtet er stets darauf, konsumierbar zu bleiben. »Diese Arbeitsfläche zu haben«, sagt er über seine U-Bahn-Talkshow, »ist für mich ein ganz großes Glück. Und daß ich jetzt nicht im Nachtprogramm oder bei 3sat auftauche, macht die Sache noch spannender. MTV hat mir keinerlei Auflagen gemacht. Aber ich habe nicht vor, dort provokante Sachen zu sagen.« Wie schön für ihn, wie schön auch für den kleinen Christoph Schlingensief, daß er den mal rausholen kann.

Christoph Schlingensiefs Kerndilemma aber ist seine Kumpanei mit dem Publikum. Anders als die letzten Kunstavantgarden 1968 ff., deren Interventionen immer contra Publikum gerichtet waren, das in seinem bürgerlichen Habitus erschüttert werden sollte, sind Schlingensiefs Provokationen immer eine große Zwinker-Zwinker-Parade, Eingeweihtenzirkus. Bei keinem anderen Künstler fahren so viele Journalisten Trittbrett, führen so viele Beteiligte öffentlich Tagebuch. Sein Publikum sind seine Mitarbeiter, er ist der Mann für »Kameradschaftsabende«, wie auch eine Veranstaltungsreihe von ihm heißt, wo Nazis als unsere kleinen Brüder und selbst als großer Bruder präsentiert werden. Präzis ist das nicht.

Was gegenwärtig auf dem Theater ansteht, ist die Abschaffung des alten und erschöpften Publikums und die Rekrutierung eines neuen. Christoph Schlingensief ist einer von denen, die das bewerkstelligen. Das Geheimnis seines Erfolgs ist die Konfusion, die er stellvertretend ausübt. Dazu bedarf es keiner großen Verumständungen, Schlingensiefs Theater ist immer Ad-hoc-Theater, er schießt immer aus der Hüfte und trifft nie. Wohin er zielt, sieht man aber auch nicht.

Sich selbst bezeichnet Christoph Schlingensief übrigens als »Selbst-Provokateur«. Das ist die Sorte Provokation, bei der man um den Schwanzvergleich in der U-Bahn nicht herumkommt. Bei der immer wieder der Nazi in sich entdeckt und bei der offenbar der Name Christoph Schlingensief so oft wie möglich wiederholt werden muß – bis der Arzt kommt.

Konkret 06/01, S. 48

Gerhard Scheit

Schönberg in Wien

»Man hat mich nirgends so schlecht behandelt wie dort« – schrieb Arnold Schönberg kurz vor seinem Tod über jene Stadt, die gegenwärtig seinen 50. Todestag feiert

Verfolgungswahn ist nicht gleich Verfolgungswahn. Als Richard Wagner die Verfolgung des »Judentums in der Musik« einleitete, wurde er getrieben von dem Wahn, die Juden hätten es auf seine und der Deutschen Vernichtung abgesehen. Als die Nazis den Staat übernahmen, um die Juden tatsächlich zu vernichten, besaß Arnold Schönberg bereits ein untrügliches Gespür für die nahende Katastrophe – ein Gespür, das manche Verfolgungswahn nannten. Aber was die Situation der Juden und Jüdinnen in Europa und die antisemitischen Attacken auf ihn selber betraf, war diese »Paranoia« eben der reinste Realismus. Nur dort, wo er die eigene Person als einziges Objekt der Verfolgung phantasierte und von der Verfolgung der anderen absah, geriet Schönbergs Verletzlichkeit ins Wahnhafte.

Die Ausstellung über »Schönberg in America« (im Wiener Arnold-Schönberg-Center) anläßlich des 50. Todestages dokumentiert beides. Auf der einen Seite z.B. das handschriftliche Testament, in dem der Komponist ein ausdrückliches Verbot verfügte, daß seine Schwiegermutter Henriette Kolisch und seine Schwägerin Mizzi Kolisch-Seligmann seine Studioräume nach seinem Tod je betreten oder einen der hinterlassenen Gegenstände »berührten« und Adorno an der Bearbeitung und Publikation seines kompositorischen Nachlasses beteiligt werde: »Ich habe manche nicht genannt, deren Fähigkeiten in Betracht kämen, die aber vielleicht nicht so ausgesprochen meine Freunde bleiben werden ... Wiesengrund sollte gänzlich ausgeschlossen bleiben.« Dabei hatte doch Schönberg einmal über die Arbeit Wiesengrund Adornos geschrieben: »... die Analyse ist ausgezeichnet. Das wird Schule machen« (Brief an Erwin Stein, 13.5.1927, Archiv des Schönberg-Centers, Wien).

Auf der anderen Seite die Werke selbst – in Gestalt von Skizzen und Partituren (die Autographen, bedingt durch Schönbergs Augenleiden, in ungewöhnlich großen Formaten) wie auch in kommentierenden Aussagen des Künstlers, worin sich Ahnung und Wissen von der Lage des Judentums niederschlugen: so z.B. *A Survivor of Warsaw*, der eine zentrale Position in der Ausstellung einnimmt – ein Teil des Textes, das vom Chor gesungene Sch'ma Ysroel, ist in hebräischen Schriftzeichen notiert, wie die Originalpartitur zu erkennen gibt; und in einer Bemerkung zu dieser Chorpassage heißt es: »Das Wunder für mich ist, daß alle diese Menschen, die für lange Zeit vergessen hatten, Juden zu sein, sich im Angesicht des Todes darauf besinnen, wer sie sind.«

1933 war Schönberg in Paris, der ersten Station des Exils, »in die Gemeinde Israel« zurückgekehrt. (Einer der Zeugen der Zeremonie war Marc Chagall.) Geistesgegenwärtig wie nur wenige damals begriff er sofort die Gefahr, die vom Nationalsozialismus für das Judentum der ganzen Welt ausging. Dabei hatte einst sein Deutschnationalismus geradezu Wagnersche Dimensionen erreicht, so wenn es um die Vormachtstellung der deutschen Musik ging, die er durch die Zwölftontechnik hatte sichern wollen.

Die Selbstbesinnung auf das Judentum schlug sich in ikonoklastischen Tendenzen nieder. Die Ausstellung bringt das in ihrer geglückten schlichten Gestaltung durchaus zum Ausdruck: Neben zahlreichen z.T. unbekannten Fotos, die Schönberg entweder als Privatmann und Familienvater oder aber als Lehrer zeigen, wird vor allem Geschriebenes – Notenmaterial und Partituren, Briefe und Dokumente – präsentiert. Setzte Schönberg auch zeichnerische Versuche sporadisch fort, das kompositorische Werk selbst, das er im amerikanischen Exil geschaffen hat, verzichtet auf das Bildhafte. Schließlich hat Schönberg nach *Moses und Aron* keine Oper mehr geschrieben. Im Exil entstanden nur mehr einzelne kompositorische Skizzen zum III. Akt jener unvollendet gebliebenen letzten Oper. Sein »Engagement« für das Judentum und gegen den Nationalsozialismus fand in oratorienhaften, nichtszenischen Werken Ausdruck (*Kol Nidre*; *Ode to Napoleon*; *A Survivor from Warsaw*; *Moderner Psalm*). »Vergeh, du Abbild des Unvermögens, das Grenzenlose in ein Bild zu fassen!« – mit diesen Worten verscheucht Moses das Götzenbild des Goldenen Kalbs.

Am Beispiel des »Survivor of Warsaw«

Der Komponist gibt die szenische Form auf, um der darin drohenden Verharmlosung zu entgehen, er verweigert die »große Form«: Beim *Survivor of Warsaw* handelt sich um einen Bericht in Gestalt eines betont knapp gehaltenen Werks. Berichtet wird ein Ereignis aus der Geschichte der Shoah, eine Episode kurz nach der Niederschlagung des Aufstandes im Warschauer Ghetto; und berichtet wird von einem, der durch Zufall überlebte. Eine Gruppe von Juden wurde zum Appell zusammengetrieben, um in die Vernichtungslager abtransportiert zu werden. Der Erzähler selbst wurde bewußtlos geschlagen und als tot liegengelassen – nur darum überlebte er. Die Vergangenheit ermöglicht die epische Form: die Distanz. So treten hier die Akteure der Massenvernichtung nicht unmittelbar in Erscheinung (unerträglich sich vorzustellen, auf einer Bühne würde ein SS-Mann singen – etwa in einer Oper nach dem bereits opernhaft verfilmten Sujet von Steven Spielbergs »Schindlers Liste« mit Schindler selbst als Heldentenor), sondern werden vom Überlebenden wie in einem

Oratorium nacherzählt: den eigenen Bericht gibt der Überlebende in englischer Sprache – die Äußerungen der Nazischergen (die übrigens keine SS-Leute, sondern Angehörige der Wehrmacht sind) zitiert er meist in der Originalsprache, in Deutsch. Allein durch die Konfrontation der beiden Sprachen entsteht allerdings eine Dramatik ganz eigener Art – kaum je klang in einem Musikstück die deutsche Sprache abstoßender als hier.

Der »Sprechende« als Überlebender übernimmt nicht mehr die Rolle des religiösen Führers – wie noch die Figur des Moses in der Oper, in der die deutsche Sprache nicht abstoßend klingt. Die Religiosität der Juden bildet sich vielmehr spontan in der Situation äußerster Bedrängnis; sie braucht keinen Führer, nur einen, der berichtet, Zeugnis ablegt. Mit Moses teilt der Überlebende bloß das (relative) musikalische Bilderverbot: Bei seinem Sprechgesang verstärkt sich noch das Moment des Sprechens gegenüber dem Gesang. Dieses Verbot erhält aber eine vollkommen neue Bedeutung, insofern es sich auf die Shoah bezieht: Nur berichtet soll werden, was mit den Juden geschah, nicht aber illustriert und gespielt mit Gesang und wechselnden Rollen. Dennoch verstößt Schönberg zuletzt gegen das Bilderverbot, das er sich selbst auferlegt hat. Die nacherzählte Situation kulminiert in einem Zählappell, und genau an dieser Stelle bricht die Gegenwart in die epische Form des Berichts ein. Was der Erzähler ganz am Beginn in einer Art Exposition bereits vorweggenommen hatte – den Höhepunkt seines Berichts: »I remember only the grandiose moment, when they all started to sing, as if prearranged, the old prayer they had neglected for so many years – the forgotten creed« – , geschieht plötzlich »wirklich«: Ein Chor setzt »leibhaftig« ein und singt das Sch'ma Ysroel unisono.

Den 99 Takten dieses modernen Oratoriums liegt eine Zwölftonreihe zugrunde. Einer religiösen Interpretation müßte diese Reihe wohl die wahre Identität der Juden verkörpern: Alles, was geschieht, wäre in dieser Sicht aus der Identität selbst abzuleiten, die nichtjüdische Welt gewissermaßen nur als Konfiguration der jüdischen Identität zu begreifen. Der Ver- such der Vernichtung der Juden würde dann einen Sinn erhalten – den Sinn, das jüdische Volk zu erneuern. Und es könn- te sein, daß Schönberg selbst die Musik mit dieser Einstellung geschrieben hat, so wie er in einer Rede formulierte: »... und wie immer, wenn das Judentum durch Assimilation gefährdet war, zwang uns die Vorsehung sofort mit starker Hand, unsere Pflichten als Gottes auserwähltes Volk zu erfüllen, und machte den neu erstehenden rassischen Antisemitismus zu ihrem Instrument.«

Adornos Kritik des *Überlebenden aus Warschau* hat in dieser Identitäts- und Sinnstiftung ihren Ursprung – so wenn er dem Werk eine gewisse Ästhetisierung des Grauens vorwirft: »Indem es, trotz aller Härte und Unversöhnlichkeit, zum Bild gemacht wird, ist es doch, als ob die Scham vor den Opfern verletzt wäre. Aus diesen wird etwas bereitet, Kunstwerke, der Welt zum Fraß vorgeworfen, die sie umbrachte. Die sogenannte künstlerische Gestaltung des nackten körperlichen Schmerzes der mit Gewehrkolben Niedergeknüppelten enthält, sei's noch so entfernt, das Potential, Genuß herauszupressen ... Durchs ästhetische Stilisationsprinzip, und gar das feierliche Gebet des Chors, erscheint das unausdenkliche Schicksal doch, als hätte es irgend Sinn gehabt ...« Damit allerdings widersprach Adorno sich selbst; in seinem älteren Aufsatz über Schönberg hieß es über den *Überlebenden*: »So wahr hat nie Grauen in der Musik geklungen, und indem es laut wird, findet sie ihre lösende Kraft wieder vermöge der Negation. Der jüdische Gesang, mit dem der *Überlebende von Warschau* schließt, ist Musik als Einspruch gegen den Mythos.« Gerade solche dialektisch wechselnden Positionen, die Adorno einnahm, haben Schönberg, vor allem seit dem Erscheinen der *Philosophie der Neuen Musik*, mißtrauisch werden lassen (in einem Brief spricht er einmal von Adorno als einem »Abtrünnigen«), so daß er schließlich den »Philosophen der Neuen Musik« vom Zugang zu seinem Nachlaß explizit ausschloß.

Intuitiv, aber vielleicht präziser als Adorno, hat Jean Améry die Bedeutung gespürt, die dem Einsatz des Chores zukommt: »Ich saß neben einem jüdischen Freund bei der Aufführung von Arnold Schönbergs *Ein Überlebender aus Warschau*: Als, von Posaunenklängen begleitet, der Chor anstimmte ›Sch'ma Israel‹, wurde mein Begleiter kalkbleich, und Schweißperlen traten auf seine Stirn. Mein Herz pochte nicht schneller, aber ich fühlte mich bedürftiger als der Kamerad, den das unter Posaunenstößen gesungene Judengebet erschüttert hatte. Jude sein, dachte ich mir nachher, ich kann es nicht in Ergriffenheit, nur in Angst und Zorn, wenn Angst sich, um Würde zu erlangen, in Zorn verwandelt.«

»Ergriffenheit« hält den Chorgesang »für sich« fest. Die Spannung zwischen Angst und Zorn scheint darin aufgehoben. Es ist aber wohl auch eine Interpretation möglich, die beim religiösen Gesang den zeitlichen Ablauf des Geschehens und das, was dem Gesang voraufging, in Erinnerung behält. Der Auftritt des Chors erscheint in dieser Perspektive gerade als das Umschlagen von Angst in Zorn. Dabei kommt dem Moment des Abzählens, das die Nazis erzwingen, entscheidende Bedeutung zu: Als bloßes Zählen bedeutet es die absolute Vereinzelung der Opfer und die Vorbereitung des Massenmords; und die Abgezählten und Vereinzelten antworten plötzlich als Verbrüderte und Geeinte. Ihr Chorgesang ist aber in Wahrheit eine Zusammenfassung des Geschehenen: Der Beginn seiner Melodie ist im ersten Teil vom Horn pianissimo angespielt worden, um auf das Ende vorauszuweisen (zu den Worten »when they all started to sing, as if prearranged the old prayer«); fortgesetzt aber wird diese Melodie dann im zweiten Teil, der über Mißhandlungen durch die Deutschen berichtet: Die von Violinen, Oboen und Klarinetten ausgedrückten Seufzer aufgreifend, formiert sich in den Celli ein kompaktes Thema, eine regelrechte Kantilene, die dann im hebräischen Gesang des Chors wiederkehrt und auch erkannt werden kann; erst im letzten abschließenden Teil dieses Gesangs wird auf eine jüdische Melodie angespielt, die man gemäß traditionellem Ritus zum Lernen des *Talmud* singt (Nigun).

So ist dieser Chor, wie das Resultat mit seinem Werden, überhaupt nur im Zusammenhang mit dem vorangegangenen musikalischen Geschehen zu hören. Darum ist er wirklich Einspruch gegen den Mythos – und doch ist er nicht frei von Identitätszwang und ästhetischer Sinngebung des Opfers.

Kalter Krieg in Kalifornien

Wien bemüht sich zur Zeit sehr um den einstmals vertriebenen Komponisten, dessen Werke lange Zeit hartnäckig aus dem Musikleben verbannt blieben. Neben der Ausstellung, die noch bis zum 13. Juli zu sehen ist, fand ein internationales Symposium statt, das der Analyse einzelner Werke zugute kam; vor allem aber sind im Rahmen dieses »Schönberg Festivals« endlich die Werke selbst – wenn auch immer noch viel zu wenige – zu hören, etwa eine konzertante Aufführung von *Moses und Aron* im Wiener Konzerthaus, eine Neuinszenierung des frühen Monodrams *Erwartung* bei den Wiener Festwochen und mehrere kammermusikalische Konzerte.

Es fällt allerdings auf, daß die kritischen, Widerspruch weckenden Zusammenhänge von Schönbergs Werk zunehmend in den Hintergrund gerückt werden. Man will offenbar mehr und mehr einen rundum positiven Künstler präsentieren, mag die Musik, die er geschrieben hat, noch so sehr diesem Positiven widersprechen. Hier nähert sich das Schönberg-Bild dem Sigmund Freuds an, das die Stadt zur Belebung des Fremdenverkehrs seit einiger Zeit bereits den ausländischen Gästen bietet. Darum die beruhigende Wirkung der Fotos. Man sieht, Schönberg war ein Mensch wie jeder andere auch: mit Familie, mit Freizeit als Tennissportler, ein Lehrer mit Schülern, ja, er lobte sogar Gershwin und das, indem er Englisch im breitesten Wiener Dialekt sprach: Schönberg – der neue Wiener Walzerkönig. Warum hat er bloß diese entsetzliche, diese verrückte Musik geschrieben? fragt sich das aufgeschlossene und interessierte Publikum. Und darüber ist bei all diesen Aktivitäten nur in der Musik selbst etwas zu erfahren. »Wiesengrund soll ausgeschlossen bleiben«: Das ist gewissermaßen zum Leitsatz der Schönberg-Rezeption geworden.

Auch die Ausstellung berichtet zu wenig über Schönbergs wechselvolle Beziehungen zu seinen linken Schülern, Kollegen und Freunden Eisler, Stiedry, Scherchen ..., die aus den zwanziger Jahren stammen (wenn es auch immerhin eine Veranstaltung des Centers über Eisler und Schönberg gibt); oder über sein emphatisches Engagement im Kalten Krieg, das ja letztlich nur durch seine geglückte Integration in den USA zu erklären ist. Von diesen Konflikten zeugen allerdings viele Briefe, die im überaus reichhaltigen, von Los Angeles nach Wien übergesiedelten Archiv des Schönberg-Centers aufbewahrt sind.

Noch am Beginn seines Exils in Amerika hatte immerhin der Gedanke gestanden, in die Sowjetunion zu emigrieren – es existiert sogar ein ausführlicher Entwurf zur Gründung eines Musikinstituts in Moskau, dessen Direktorsposten Schönberg für sich selbst vorsah. Hanns Eisler wollte dies vermitteln, und Schönberg bat Fritz Stiedry, der gerade in Moskau war, die Angelegenheit zu befördern. »Ich habe hier nämlich nicht viel zu verlieren ... Nach Californien gehen wir wegen des Klimas und weil es billiger ist.« Stiedry wies Schönberg jedoch auf die Schwierigkeiten in der derzeitigen Lage in der Sowjetunion hin, was dazu beigetragen haben mag, daß Schönberg den Plan wieder fallenließ.

Zwischen diesem Plan und den antikommunistischen Ausfällen der späten Jahre liegen die Moskauer Prozesse. Die Vehemenz, mit der Schönberg schließlich gegen den »Kommunismus« auftrat, ist vor dem Hintergrund des früheren Plans dennoch erstaunlich. So heißt es etwa am 31. August 1950 in einem der Briefe an den Dirigenten Hermann Scherchen (Archiv des Schönberg-Centers): »Man hat mir von verschiedenen Seiten erzählt, Sie seien Kommunist. Ist das wahr, oder nicht? Ich muß das verläßlich erfahren, denn obzwar ich, wie Sie wohl wissen, ein ausgesprochener Gegner des Kommunismus bin, hätte ich mit gutem Gewissen den rein künstlerischen Verkehr mit Ihnen fortsetzen können. Nicht so steht das aber heute. Wir befinden uns in einem Krieg mit dem Kommunismus, der nach meiner Überzeugung nach Weltherrschaft strebt ... Ich bitte Sie daher um aufrichtige, unverhüllte Antwort auf meine Frage: Sind Sie Kommunist, ja oder nein.«

Wenig später allerdings bittet Schönberg in einem weiteren Brief an Scherchen (6.10.1950), »das durchaus nicht persönlich zu nehmen. Ich schätze Ihre Freundschaft zu sehr, ganz abgesehen von Ihrer musikalischen Betätigung für mich ... Gewiß, ich habe mich immer von Politik ferngehalten. Aber der Kommunismus zwingt zur Abwehr, da er sich aggressiv an uns herandrängt. Gewiß, Kunst ist höher als Politik, so wie der Kopf höher ist als der Magen, und der Geist höher als die Materie. ... Hoffen wir, daß diese Krise bald vorüber gehen möge, und eine Periode wirklicher Ausbalanzierung folgen möge. In welcher man jede Art von Meinungsdifferenzen taktvoll ignorieren kann, ohne eine Diktatur rechts oder links fürchten zu müssen ... und gebe Gott, daß wir unsere Beziehungen fortsetzen können. In alter Freundschaft, verbleibe ich Ihr, herzlichst grüßender ...«

Zugleich läßt einer der letzten Briefe Schönbergs an Scherchen vom 29. Januar 1951 erkennen, mit welcher klugen und weitsichtigen Skepsis er bei allem paranoiden Engagement im Kalten Krieg die Situation in Österreich betrachtete, was eben das Weiterwirken des Nationalsozialismus betraf: »Ich möchte ja am liebsten, wenn das ginge, Aufführungen meiner Musik in Wien gänzlich und für immer verbieten. Man hat mich nirgends so schlecht behandelt wie dort.«

Hätte Schönberg aber selbst noch die vielen Aktivitäten erlebt, die nun in Wien um seine Person und sein Werk in Gang gesetzt werden, er wäre von seinem »Verfolgungswahn« wiederum nicht unbedingt in die Irre geleitet worden, wenn er sich hätte sagen müssen: Da stimmt doch etwas nicht in diesem Land – was geht vor hinter den Kulissen, während man darin so widerspruchslos den Geburtstag eines Schöpfers »entarteter Musik« zelebriert?

Eine gleichgültig pauschale und vordergründig positive Aufnahme der Schönbergschen Musik wäre jedenfalls nicht nur das Pendant zur einstigen Verfemung und verhielte sich damit wie der Philosemitismus zum Antisemitismus. Sie wäre auch das genaue Gegenteil der lebenslangen dialektischen Verehrung scheinbar Abtrünniger oder politisch Unfolgsamer wie Adorno oder Eisler. In seinem Brief an den jungen Adorno vom 6. Dezember 1930 schrieb Schönberg: »Was machen Sie sonst? Ich höre gar nichts von Ihnen! Denken Sie, den Wein, den mir Ihr Herr Vater geschenkt hat, besitze ich noch uneröffnet: er wurde bisher bloß mit den Augen getrunken, weil ich zu anderem Genuß noch keinen würdigen Partner gefunden habe; wobei ich nicht zuletzt an einen denke, der auch unterscheidet, was er trinkt.«

Die Ausstellung über »Schönberg in America« im Wiener Arnold-Schönberg-Center (Schwarzenbergplatz 6, Mo.-Fr. 10-17 Uhr) läuft ebenso wie das »Schönberg Festival« bis zum 13. Juli. Aufführungen im Rahmen des Festivals u.a.: »Moses und Aron« mit dem Deutschen Symphonieorchester Berlin am 6. Juni im Wiener Konzerthaus, »Jakobsleiter« ab 21. Juni an der Wiener Staatsoper, »Erwartung« ab 30. Mai bei den Wiener Festwochen, szenische Lesung des Theaterstücks »Der biblische Weg« am 4. Juni im Museumsquartier. Weitere Angaben unter www.schoenberg.at

---

Gerhard Scheit schrieb in KONKRET 5/2001 über Slavoj Zizek

Konkret 06/01, S. 51

Werner Jung

Buch & Deckel

Graf Alexander Stenbock-Fermor: Meine Erlebnisse als Bergarbeiter. Verlag Henselowsky Boschmann, Bottrop 2000, 159 Seiten, 24,80 Mark

Was mag wohl so einen antreiben, den Sohn eines zaristischen Offiziers und Großgrundbesitzers, der, 1902 auf Schloß Nitau bei Riga geboren, noch 1918/19 in der Baltischen Landeswehr gegen die Rote Armee gekämpft hat? Die pure Abenteuerlust? – Nein, die eigene materielle Versorgung, denn Graf Alexander, später liebevoll-spöttisch von den Kumpeln auch »Gräflein« genannt, ist Werkstudent, und es plagen ihn dieselben materiellen Nöte wie die anderen auch. So entschließt er sich, im November 1922 für ein Jahr auf einer Zeche im Ruhrgebiet zu arbeiten. Und es empfängt ihn im damaligen Hamborn, heute ein Stadtteil Duisburgs, die bedrohliche Welt der Zechen und Gruben mit den eintönig-grauen Siedlungsstrukturen, mit Lärm, Gestank und einem ewig verhangenen Himmel.

»Fieberhaftes, hastiges, wimmelndes, keuchendes Leben durchglühte alles. Ein Wolkenmeer von schwarzem Rauch und geballten gelben Schwaden lag drückend über der ganzen Landschaft, und es schien, als ob hier die Sonne nie durchstrahlen könne!« heißt es, expressionistisches Pathos und Reihungen bemühend, gleich eingangs des Textes, den Stenbock-Fermor fünf Jahre nach seinem Hamborner Jahr erstmals publiziert hat und der nun – mit einem Vorwort des Essener Germanisten Dirk Hallenberger, Autor der ersten gründlichen Literaturgeschichte des Ruhrgebiets **(***Industrie und Heimat*, Essen 2000), versehen – in einer Neuausgabe vorliegt. »Ein Rauschen, Dröhnen, Grollen, Klirren, Klingen, Sausen, Trillern, Surren, Zischen, Pfeifen erfüllte die Luft, und der Boden stöhnte und bebte«, geht der Text dann weiter.

Ein bedrohlicher Eindruck, eine Fremdheit, die auch bis zum Schluß anzuhalten scheint. Stenbock-Fermor kommt nämlich selbst als ein Fremder in die Stadt und eine vom proletarischen Elend geprägte Welt. Geduckt und doppelt gebeutelt erscheinen ihm die Menschen des Reviers: Zur andauernden materiellen Misere gesellt sich – wir befinden uns in der Zeit der Ruhrbesetzung – die Willkür der französischen und belgischen Behörden. Eine galoppierende Inflation und die ungewisse Politik vermehren noch das proletarische Massenelend, das, wie Stenbock-Fermor mit unbestechlichem, weil distanziertem Blick registriert, von kommunistischen Kreisen ebenso wie von syndikalistischen und anarchistischen Zirkeln geschickt zu propagandistischen Zwecken benutzt wird. Unter der Hand schreibt das Gräflein mit seinem knapp 150seitigen Text, dessen erzählerische Qualität die Ebene der in den zwanziger und dreißiger Jahren verbreiteten und überaus beliebten Reportageliteratur weit übersteigt, eine bis heute beeindruckende historische Momentaufnahme. Er liefert ein genaues, sinnlich-plastisches Geschichtsbild der frühen zwanziger Jahre, konfrontiert uns mit der beschwerlichen Existenz von Bergarbeiterfamilien, läßt dabei auch wieder die intellektuellen Debatten der damaligen Zeit neu erstehen.

Es ist einer der herausragenden Aspekte von Stenbock-Fermors Erzählung – die gewiß seinem Außenseiterstandpunkt geschuldet ist – , daß er mit gern verbreiteten Ideologien und Mythen (wie dem von der Klassensolidarität) ins Gericht geht. »Was schert mich dein proletarisches Klassenbewußtsein«, ruft die Frau seines Kumpels Heinrich diesem zu, »ich will Brot für die Kinder, verstehst du!« Und schon am nächsten Tag bricht die Streikfront sang- und klanglos in sich zusammen. Nein, die Verelendung – sie führt nicht zu Auflehnung und organisiertem Widerstand. »Ja, Kumpel«, raunt Heinrich am Ende seinem Freund und Gräflein noch zu, »wir haben den Kampf verloren, für lange Zeit.«

Konkret 06/01, S. 51

Frank Schäfer

Buch & Deckel

Uli Becker: Dr. Dolittles Dolcefarniente. In achtzig Haiku aus der Welt. Maro Verlag, Augsburg 2000, 91 Seiten, 24 Mark

Haiku? Das kann doch wirklich nicht so schwer sein! Drei Zeilen mit 5-7-5 Silben. Und ein bißchen Demut und Naturversenkung, die (durchaus affin zum Zen-Buddhismus oder, wenn man es abendländischer will, Pantheismus) das Innewerden eherner, überzeitlicher Gesetzmäßigkeiten und somit die Erkenntnis eines metaphysischen Prinzips zum Ziel und Zweck haben sollen – das bißchen Kontemplation also wird man einem Lyriker doch wohl auch noch abverlangen dürfen. Sollte man jedenfalls meinen! Dennoch wird diese Gattung hier in Zentraleuropa kaum gepflegt, ja, so weit ich sehe, ist Uli Becker allein auf weiter Flur (zumindest der deutschsprachigen). Er läßt sich aber durch die Rolle des einsamen Solitärs nicht verdrießen und geht beharrlich weiter seinen Weg – im Dreischritt: zwei vor, einen zurück.

Zwei Bücher nämlich versammelten bisher seine in die kürzeste Gedichtform der Welt erlösten, jähen Alltags-Epiphanien: *Frollein Butterfly. 69 Haiku* (1983), die ausschließlich, der Titel deutet es an, das Leben in seinen erotischen Schieflagen aufsuchen; und dann noch einmal zehn Jahre später der schmale Band *Fallende Groschen. Asphalthaiku*, der skrupulös, detailpenibel die kleinen Haarrisse im Beton seiner Stadt Berlin nachzeichnet. Schon diese letzte Publikation war begleitet von einem (gattungs-)poetologischen Essay, in dem Becker einräumt, daß er im Grunde gar keine reinen, richtigen Haiku verfertige, sondern viel eher Senryu, die schmuddligen, freigeistigen, renegatenhaften Enkel, die Tradition gern Tradition sein lassen (abgesehen von der Silben- und Zeilenzählung), nicht vor allem Jenseitiges in der Natur manifestiert sehen wollen, sondern dem Profanen ganz handfest zu Leibe rücken. Wenn es hoch kommt, und oft tut es das ja, sogar satirisch-polemisch.

Auch in seinem neuen, sehr schön komponierten Bändchen formuliert Becker diese Konzession an die gestrenge Haiku-Orthodoxie, obwohl das hier viel weniger nötig zu sein scheint. Denn wenn seine ersten beiden Bücher tatsächlich die erwähnten zwei Schritte nach vorn waren, hin zu einer modernen zeitgemäßen Anverwandlung der Gattung, so geht seine jüngste Veröffentlichung *Dr. Dolittles Dolcefarniente* schon eher in entgegengesetzte Richtung: Der Asphaltliterat begibt sich aufs Land, in die Toscana, in den zeitenthobenen locus amoenus, sucht und findet dort seinen »Frieden mit den Tieren« (und so erklärt sich denn auch der auf Hugh Loftings Kinderbuchklassiker anspielende Titel). Diese Siebzehnsilber entsprechen zwar immer noch nicht dem puristischen Ideal, da sind Beckers wortspielerisches Temperament, sein Witz, seine umgangssprachlichen Forciertheiten vor, aber demuts- und hingebungsvoll ist das allemal: »Eine Schneckenspur: / Wer fragt da, wie lang gebraucht – / Hauptsache, sie glänzt!« Allein, obschon Becker den Lotussitz beherrscht, so bleibt er doch ein Abendländer, vertraut mit dessen Traditionen, wie zum Beispiel dem barocken Memento mori: »Ich weiß, ich weiß ja / lieber Sensenmann im Mond: / Abnehmend. Alles.« Und er bleibt eben auch der genuine Ironiker, der sich Freiheiten erlaubt, die den echten Haijin, den Stoiker japanischer Provenienz, wohl seine sprichwörtliche Gelassenheit kosten und ihn in einen säbelschwingenden Samurai verwandeln würden. Etwa wenn er die lyrische Andacht mit einem witzig gebrochenen politischen Glaubensbekenntnis stört: »Irgendwie was tun, / mit Hammer und Sichel was? / Zwei linke Fäuste.«

Ein schlichter, aber wunderschöner Band von einem großen deutschen Dichter, dem man längst den ihm zustehenden Platz an der Seite von Rühmkorf und Gernhardt hätte anweisen müssen.

Konkret 06/01, S. 52

Peter Hacks

Die Nachtseite der Ästhetik

Ein romantischer Autor ist ein Autor, der die englische Literatur gelesen hat und Opium verzehrt

Als ich jung war, lachte ich gern und fand vieles erheiternd. Ein Mitstudent war Sohn eines Kunstschriftstellers, so stieß ich in seines Vaters Wohnung auf ein Gemälde des deutschen Surrealisten Rudolf Schlichter, an das ich mich noch gut erinnere. Ich hatte Bilder wie das noch nie gesehen, es schien mir ulkig, und ich nahm ohne weiteres an, der Maler habe seine Hervorbringung zum Lachen gemeint. Später erfuhr ich, wer Rudolf Schlichter war.

Schlichter war Katholik, Kommunist und seit 1927 Nazi. Die Nazis, als sie 33 drankamen, erwiesen sich als keine Schlichterianer, aber Schlichter blieb Nazi; freilich unterließ er nicht, sich nach dem Krieg als Mann des Widerstands aufzuspielen. Er hatte eine geschlechtliche Zuneigung zu Knopfstiefeln, worunter Gewandstücke, eine Art weiblicher Fußbekleidung, sich verstehen lassen. Teils trug er sie, teils leckte er sie ab. Er war ein *befugter Paranoiker*, so nenne ich einen Menschen, der nicht irrt, wenn er sich einbildet, es meide ihn jeder nach Kräften. Er war spaltirre und Geisterseher. Er beschenkte uns mit Portraits von Bertolt Brecht und Ernst Jünger und war natürlich Morphinist. Alles, was er tat, tat er im Ernst. Er hätte nie in seinem Leben daran gedacht zu lachen.

So weit, daß mich nach Erhalt dieser Kenntnisse das Kunstwerk noch hätte in Laune versetzen können, so weit ging meine Bereitschaft, mich erheitern zu lassen, nicht.

*

Ich bleibe beim Rauschgift. Das Rauschgift der Künstlerkreise hätte um 1800 auch können das Haschisch gewesen sein, war es aber nicht, wahrscheinlich des englischen Ursprungs der Ware Opium wegen. In England ist das Opium eine Kolonialware, ein gängiges Handelsgut wie Kaffee, Tee oder Arrak. Es ist im achtzehnten Jahrhundert die Ostindische Gesellschaft, welche, ebenso wie im zwanzigsten die CIA, die zur Erzeugung und Ausfuhr erforderlichen Kriege besorgt, das Monopol hält und den Weltmarkt innehat. (Es ging darum. Indien mußte das Opium anbauen, was es nicht wollte, China mußte das Opium kaufen, was es nicht wollte; dafür, daß die Moguln und die Mandschu taten, was sie nicht wollten, sorgte die Gesellschaft. Ich zögere bei dem Wort Opiumkrieg immer ein bißchen, weil ich nicht finde, daß das Wort Krieg den Vorgang richtig bezeichnet, wo Leute mit Kanonen Leute ohne Kanonen in beliebiger Menge hinmetzeln).

Wenn der Exporteur des Opiums Warren Hastings hieß, hieß der Werbemann für das Opium John Brown. John Brown war ein Scharlatan von einem schottischen Arzt, der den Ruhm dieser Arzenei sang und sie gegen ausnahmslos alle Krankheiten verordnete. Man hatte das Opium in Europa schon immer als den *Theriak* und als Allheilmittel eingenommen, aber das war Aberglauben gewesen, und Brown war ein Doktor und ein Professor.

Die Rede ist noch vom naiven Opium. Das Harz der Mohnkapsel ist von vielfältiger Zusammensetzung. Je nach Herstellungsort, Bodenbeschaffenheit, Anbauweise, Wetter und botanischer Sorte erscheint das Opium in ganz unterschiedlicher Gestalt, wobei es das an sich hat, daß es immer Opium ist. Später macht sich die Scheidekunst an die pechartige Masse, aber wenn, 1804, das Morphin von Serthürner rein dargestellt wird – das Opium der Romantik ist vorwissenschaftlich. Wer es (als Konfekt) ißt, als Tinktur (in Whisky) trinkt oder (gemischt mit Haschisch) raucht, berechnet die Wirkung nicht und läßt es drauf ankommen.

Jeder Engländer, will ich sagen, hat Opium zur Hand. Einige Engländer gewöhnen sich an seinen Genuß, und es paßt zum Spleen, daß sie sich daran gewöhnen. Die ersten Schriftsteller, die Wert auf die Gewohnheit legen, sind Thomas de Quincey und Samuel Taylor Coleridge, aber die Sache bleibt ohne große gesellschaftliche oder gar ästhetische Weiterungen. Es gibt in England Rauschgift, es gibt kein Rauschgiftproblem.

Anders steht es, seit deutsche Schriftsteller wie Friedrich Schlegel, Friedrich Wilhelm Schelling und Novalis anheben, mit der Droge genauere Absichten zu verfolgen und vermöge derselben ihre Bewußtseine in Richtung des Schöpferischen zu bereichern.

Frankreich, wenn Sie mir erlauben, dieses Land rasch vorab zu behandeln, leistete dieser Unart entschiedenen Widerstand. Solange der französische Rationalismus dauerte, kam kein Mensch dort auf den Gedanken, sich mit Kräutern den Verstand austreiben zu lassen, auf dessen Besitz die Franzosen ja hielten. Sie speisten das Opium weder unter den Königen noch während der Revolution. Sie speisten es noch unter Louis-Philippe nicht. Erst sechzig oder siebzig Jahre, nachdem das Opium in Deutschland eintrifft, kommt es, auf Empfehlung des 1821 erschienenen Sachbuchs von de Quincey, zu Baudelaire und den Franzosen, dann allerdings mit Macht. So wie der Rationalismus bei den Franzosen in der dritten Republik in ungefesselten Irrationalismus umschlägt, so die Enthaltung vom Opium in ungefesselte Opiumsucht und Symbolismus. Sie schluckten Opium (in Gestalt des inzwischen entwickelten Morphiums), Haschisch, Äther und Absinth durcheinander. Es kann einem von dem Gedanken schlecht werden und auch von der Literatur, die sie von da an machen.

Die gesamte deutsche Romantik, so fing ich an, ist eine mutmaßliche Bande von Opiophagen. Hieraus erklären sich sicherlich gewisse Eigenheiten ihrer Poesien.

Die Wirkung von Rauschgift ist ja nicht, daß, der es nimmt, klüger wird, Phantasie entwickelt oder irgendwelchen überindividuellen Geistesquellen sich nähert. Sie besteht vielmehr darin, daß, der es nimmt, glaubt, klüger und phantasievoller geworden zu sein oder an höheren Sphären Anteil zu haben. Die tatsächlichen Äußerungen der Süchtigen sind abgedroschen, von verminderter Vernunft und beeinträchtigter Erkenntnis. Insbesondere mit Kunst haben sie gar nichts zu tun. Die Ergebnisse des Drogenrausches sind so kümmerlich wie die jedes anderen schadhaften Gehirns auch.

Nun waren Klugheit, Phantasie und geistige Draufsicht auch nicht unbedingt die Ziele, welche die deutschen Romantiker anstrebten. Ich denke, sie nahmen Rauschgift als Aushilfe, wo es am echten Wahnsinn mangelte. »Das willkürlichste Vorurteil ist«, schreibt Novalis, »daß dem Menschen das Vermögen außer sich zu sein, mit Bewußtsein jenseits der Sinne zu sein, versagt sei«. Wir bedienen uns des Opiums, sagt Novalis, um besser zu spinnen.

Bewußtseinserweiterung ist ein Gewinn in dem Sinn, worin Herzerweiterung, Lebererweiterung usf. als ein Gewinn sich betrachten lassen. Es ist unbestritten, daß Rauschgift erst dumm macht und dann tötet. Wer es nimmt, muß dumm sein wollen und muß tot sein wollen.

*

Die deutschen Schriftsteller, die sich mit dem Opium einließen, hatten von der Unschicklichkeit ihres Tuns genug Ahnung, um zurückhaltend darüber zu sprechen. Das erschwert es der Forschung, Beweise beizubringen, wie Forschung muß. Und soweit ich das feststelle, rettet sich die Geschichtsschreibung der Suchtmittel aus ihrer erschwerten Beweislage durch ein entsagendes Verhältnis zu Beweisen. In der Regel kommt sie ohne aus. Sie wirft mit Namen um sich, sehr wenigen und immer denselben. Sie bringt Leute grundlos in Verdacht, beispielsweise Balzac. Sie kümmert sich nicht um geistesgeschichtliche Zusammenhänge; denn unglücklicherweise ist sie eingegliedert ausgerechnet in die Medizingeschichte. Unsere Neugier bleibt von der Forschung so gut wie ungestillt.

Hinzu tritt, daß die Medizingeschichte in bestimmter Hinsicht mit dem Opium tatsächlich befaßt ist. Opium war in den alten Zeiten das einzig erhältliche Schlaf- und vor allem Schmerzmittel. Sokrates wurde mit Schierling hingerichtet, und der Tod durch Schierling tut sehr weh. Ich bin nicht in der Lage, Ihnen unwiderleglich vorzutragen, daß Sokrates ein persischer Agent war, aber klar ist, daß er sich in politischen Rängen bewegte, auf deren Gefühle der Staat Athen Rücksicht zu nehmen hatte. Meinhart H. Zenk lehrt, daß dem Schierlingsbecher des Sokrates Opium beigemengt war, was dem Weisen erlaubte, schmerzlos und philosophisch aus dem Leben abzutreten. Der Schlafgott Hypnos hält Mohnkapseln in der Hand. Zwischen der Anwendung des Opiums als Heilmittel und der Anwendung als Rauschmittel muß scharf unterschieden werden, was oft nicht geschieht.

Von Goethe hat im Jahr 1988 eine Gelehrte namens Margit Kreutel Apothekerrechnungen über Laudanum zum Vorschein gebracht, die bis dahin vernünftigerweise nie erwähnt wurden. Kreutel verschweigt uns, warum sie sie erwähnt. Ich wieder wundere mich, weshalb die neueste Literaturwissenschaft versäumt hat, sich dieses Vorwurfs gegen Goethe zu bedienen.

Gegen Heine hat sie es getan. Heine hätte bei seinem langen Sterben gegen die Schrecklichkeit seiner Qualen sich ohne Opium so wenig zu helfen gewußt wie heute ein Krebskranker ohne Morphium würde. Ihn bei den Opiumessern einzureihen, wie es viele Medizinhistoriker belieben, ist, wie einem Menschen bei seinem Krebstod das Morphium zu verweigern. Ich finde in Heines Werken so wenig Anzeichen für Opiumsucht wie in Goethes Werken. Sollte allenfalls für wahr gelten, daß es eine Nebenwirkung der Arzenei Opium war, die den Dahinsiechenden dazu vermochte, während er starb, den Jehova zu erblicken, sehen wir hieraus doch nur, wie sein großes Heinesches Gehirn selbst über die betrüblichste Nebenwirkung obsiegte. – Das Medikament Opium und die Droge Opium können miteinander zu schaffen haben, daß einer durch die Einnahme des erstern der letztern verfällt. Aber es bleiben doch zwei Sachen.

*

Ich bin in keiner besseren Beweislage als die Forschung. Aber ein wenig mehr als nichts läßt sich doch sagen. Es gibt vier mögliche Gründe, aus denen die Opiumesser uns Spuren hinterlassen. –

Einer prahlt mit Sünden. So wie Mörder gern beim Schauplatz der Untat sich sehen lassen, haben Schriftsteller, die einem heimlichen Laster huldigen, fast immer das Bedürfnis, durch Winke und Anspielungen das Laster in die Nähe der Erkennbarkeit zu rücken. Aus schlechtem Gewissen rührt oft ein Geständniszwang. –

Einer, der selber den Mund hält, wird Opfer des Klatschs bei Freunden und unterrichteten Zeitgenossen. –

Einer schreibt Vertrauten. –

Einer ist fahrlässig. Ihm stößt zu, daß er in seinem Stil und Wirken Hinweise gibt, die er für versteckt hält.

Ich kann Ihnen als gesicherte Opiumesser Novalis, Schelling, Friedrich Schlegel und E.T.A. Hoffmann vorstellen.

Ruhmredigkeit ist die Eigenschaft, derer, neben den Schlegels, Novalis am wenigsten ermangelt, und keiner bekennt sich so oft und so nachdrücklich zum Opium wie jener für zart geltende Jüngling. »Ohne Ekstase – fesselndes, alles ersetzendes Bewußtsein – ist es mit der ganzen Philosophie nicht weit her«, so renommiert er.

In Aufzeichnungen nennt er das Opium seinen »Rettungsanker«, und er vermerkt: »Gehts ohne Hoffnung oder sonst zu übel, so bleibt mir Bitter-Mandel-Wasser und Opium«.

Er litt unter Geständniszwang nicht nur im Tagebuch. Auch und erst recht im Werk.

In den »Hymnen an die Nacht«, mit denen Sie schon Bekanntschaft haben, wird die »Dunkle Nacht« so angeredet:

»Köstlicher Balsam
Träuft aus deiner Hand,
Aus dem Bündel Mohn.
In süßer Trunkenheit
Entfaltest du die schweren Flügel
des Gemüts.
Und schenkst uns Freuden
Dunkel und unaussprechlich«.

Die Freuden sind so unaussprechlich nicht, daß die Plaudertasche Novalis sie nicht ausspräche. »Heiliger Schlaf« erfreut sich folgender Anrede. »Die Toren« –

»Sie fühlen dich nicht,
In der goldnen Flut der Trauben,
In des Mandelbaums Wunderöl
Und im braunen Saft des Mohns«.

Wir sind mit des Dichters Apotheke ganz vertraut. Novalis' Nothelfer sind der Schnaps, die Bittermandel (Blausäure) und das Opium. Die Blausäure war ja wohl für den Kreislauf.

Der bei Schelling den Klatsch besorgt, ist ausgerechnet Karl Marx. Schelling, bemerkt er in einem Brief an Feuerbach, hatte zum Denken »keinen Treiber als das Opium«.

Eine Schelling-Anekdote hat mit unserem Gegenstand eigentlich keinen Zusammenhang; sie ist indessen so berühmt, daß Sie sie vermissen würden, wenn ich nicht auf sie zu sprechen käme. August Wilhelm Schlegels Frau, die Witwe Böhmer, hatte von Böhmer eine minderjährige Tochter, Auguste, in die Schelling ein wenig vernarrt war. Als die Fünfzehnjährige erkrankte, behandelte Schelling sie, nach John Brown, mit Opium, und das Kind Auguste starb auch richtig; später heiratete Schelling die Mutter. Natürlich hätte Schelling sich nicht dürfen als Arzt versuchen, aber im übrigen, ich wiederhole es, trägt die Geschichte zu unserem Zweck nicht bei, oder höchstens durch den Umstand, daß die Universität Landshut zwei Jahre drauf Schelling eines Ehrendoktorhutes der Medizin würdigte.

Friedrich Schlegel ließ seine Leute wissen: »Ich hätte mehr Opium nehmen sollen, als ich den ›Alarcos‹ schrieb, dann würde ich mit ihm erreicht haben, was ich gewollt«. Wer den »Alarcos« gelesen hat, weiß, daß Schlegel genug Opium genommen hatte.

Hoffmanns »Elixiere des Teufels«, mit denen Sie ebenfalls schon Bekanntschaft haben, sind überhaupt eine Opiumepopöe; denn die Tropfen des Teufels aus dem Klosterarchiv sind gar nichts weiter als Opium. Die wohlfeile Form der Road Novel ist nicht erst bei Kerouac die Form des Drogenromans. Mehr Form gibt die bekiffte Bewußtseinslage nicht her. Das Opium spielt übrigens in den »Elixieren« zwar die Titelrolle, aber sonst keine große; es ist nur der *besondere Saft*, mit dem Romantiker sich dem Teufel verschreiben, und wird irgendwann im Verlauf der Erzählung vergessen. Der Anspruch des Werks freilich, den Kampf Satans um eine große Seele dargestellt zu haben, ist durch das Opium stark entwertet. Wenn es eine Gestalt gibt, die dem Doktor Faust einzunehmen nicht erlaubt ist, dann die eines Junkies.

Hoffmann weiß allzu gut, wie man gewohnheitsmäßig zur Droge greift, wie sie den erschlafften User frisch befeuert, und was sie endlich in dessen Hirn anrichtet:

»Eine sanfte Wärme glitt durch mein Inneres. Dann fühlte ich es in allen Adern seltsam arbeiten und prickeln; dies Gefühl wurde zu Gedanken, doch war mein Ich hundertfach zerteilt. Jeder Teil hatte im eignen Regen eignes Bewußtsein des Lebens, und umsonst gebot das Haupt den Gliedern, die wie untreue Vasallen sich nicht sammeln mochten unter seiner Herrschaft. Nun fingen die Gedanken der einzelnen Teile an, sich zu drehen wie leuchtende Punkte, immer schneller und schneller, so daß sie einen Feuerkreis bildeten, der wurde kleiner, sowie die Schnelligkeit wuchs, daß er zuletzt nur eine stillstehende Feuerkugel schien. Aus der schossen rotglühende Strahlen und bewegten sich im farbichten Flammenspiel«.

Wie gut Hoffmann immer glaubt, die Sprache seiner Sucht als dichterischen Schwung und Vorstellungsgabe verhüllt zu haben – Walter Scott hat dieser Art Stellen was abgemerkt. Goethe berichtet über Scotts Urteil:

»In dem Aufsatz, überschrieben ›Das Übernatürliche in fabelhaften Erzählungen‹, hat er von den Werken unseres Hoffmann den Anlaß genommen, seine Gedanken auszusprechen«. Goethe zitiert Scott:

»Fürwahr, die Begeisterungen Hoffmanns gleichen oft den Einbildungen, die ein unmäßiger Gebrauch des Opiums hervorbringt und welche mehr den Beistand des Arztes als des Kritikers fordern möchten«. Und Goethe schließt sich dem Ergebnis des ausländischen Kollegen an, mit tiefem Behagen:

»Wir können den reichen Inhalt dieses Artikels unsern Lesern nicht genugsam empfehlen: denn welcher treue, für Nationalbildung besorgte Teilnehmer hat nicht mit Trauer gesehen, daß die krankhaften Werke des leidenden Mannes lange Jahre in Deutschland wirksam gewesen und solche Verirrungen als bedeutend-fördernde Neuigkeiten gesunden Gemütern eingeimpft worden«.

Es hat beiläufig mit Hoffmann eine eigene Bewandtnis dadurch, daß er außer ein Opiumesser auch ein Alkoholiker war.

Es gab Ende des 18. Jahrhunderts eine Lehrmeinung, es sei das Opium ein Heilmittel gegen den Säuferwahn. Umgekehrt erwägt der Dr. Samuel Crumpe, ein Schüler Browns, die Behandlung der Opiumsucht durch geistige Getränke. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob Hoffmann das Opium gegen das Delirium tremens gebrauchte oder den Punsch gegen die Opiumsucht. Was auch Hoffmann gegen was eingenommen haben möge: Natürlich enden alle Versuche, ein Gift mit einem anderen Gift auszutreiben, damit, daß der Befallene als beider Gifte Diener endet. Dasselbe traurige Schicksal einer Doppelsucht war ja auch dem armen Christian Dietrich Grabbe beschieden.

*

So viel von den vieren, die sich haben erwischen lassen, zwei von denen mit sehr knapper Not. Wäre jeweils ein einziger Brief nicht geschrieben oder nicht gefunden worden, wären Friedrich Schlegel und Friedrich Wilhelm Schelling nicht dabei. Sie wären außer Verfolgung; freilich nicht außer Verdacht, aber doch außer Verfolgung. Unsere Überzeugung, die deutsche Romantik sei eine Literatur von Opiophagen, ist von der geringen Menge der Fakten, die gegen sie vorliegen, nicht geschmälert, und angesichts der Festigkeit dieser Überzeugung haben wir, glaube ich, ein Recht, Konjektur zu machen. Das Opium ruft bei seinem Benutzer Wirkungen hervor, die man erkennt. Zustände der Angst und des Grauens gehören zu den Wirkungen, Verwechslungen der Sinne oder Vorstellungen von verschachtelten, gleichsam Piranesischen Räumen. Wenn wir derartige Wirkungen ausgerechnet bei Mitgliedern einer opiumessenden Vereinigung feststellen, nähert sich der Verdacht schon fast einer Überführung. Ich halte derartige Hinweise für Beweise. Sie können sie gelten lassen oder nicht gelten lassen, so wie Sie eben dürfen und müssen.

Opium macht mit der Zeit impotent. August Wilhelm Schlegel war impotent, da können Sie Heinrich Heine so gut wie Germaine de Staël fragen. Ich konjekturiere: August Schlegel genoß Opium.

Opium macht den Esser unfähig, Wahn und Wirklichkeit zu unterscheiden. Die Exposition von Heinrich von Kleists »Prinz von Homburg« hat schon manchen beunruhigt. Schauplatz ist ein nächtlicher Schloßgarten im absolutistischen Stil. Der Kurfürst von Brandenburg narrt seinen innern Hauptfeind, den Frondeur Homburg, von dem er »weiß, was dieses jungen Toren Brust bewegt«, vermöge einer allegorischen Pantomime, in welcher er demselben den Kranz des Ruhmes und die Hand der Prinzessin von Preußen verspricht; er bricht die Schaustellung mit dem Satz ab: »Ins Nichts mit dir zurück, Herr Prinz von Homburg«. Der Prinz glaubt alles.

Nicht etwa, daß der Prinz eine Halluzination für eine Wirklichkeit nähme, wie es ja jedem von uns ergehen kann. Der Prinz nimmt die Wirklichkeit einer Neckerei für eine wahrsagende Halluzina- tion, wofür man schon nicht wenig verrückt sein muß, und er macht sich stracks an seinen Putsch gegen Friedrich Wilhelm. Eigentlich nur mit einem, der Opium in sich hat, ließe solch ein skurriler Possen sich treiben. Könnten Sie sich vorstellen, Sie ließen sich eine Halluzination vorgaukeln, es sei denn, Sie wären gewohnt, Halluzinationen zu erleiden? Ich konjekturiere: Heinrich von Kleist genoß Opium.

Wobei auch Kleists auffällige sexuelle Verirrungen uns auf die Suche nach einer Ursache schicken. Was das pornographische Fernsehen heute als »Fetischspiele« vermarktet, hat Kleist im »Käthchen von Heilbronn« und der »Penthesilea« verschleudert, in vollständigen Dramen also, und vollständige Dramen erfordern großen ästhetischen Aufwand und sind eine große Sache. Kleist kann natürlich wahnsinnig gewesen sein, das würde die Vorkommnisse auch

erklären. Aber ich fühle mich bei meiner Erklärung, die Romantiker hätten sich mittels des Opiums ihren *künstlichen Wahnsinn* verschafft, mindestens ebenso wohl wie bei jener.

Opium macht alle Maßverhältnisse schwinden, es verschiebt sie, und es mißachtet sie. Ludwig Tiecks Märchen »Der blonde Eckbert« ist in der Reclamausgabe, die mir eben vorliegt, zweiundzwanzig Seiten lang. In diesem kurzen Text benutzt der Verfasser vierzehn Mal das Wort »seltsam«, dazu ein Mal das Wort »sonderbar«. Ferner hat er »wunderbar« neun Mal, »wunderlich« sechs Mal und »wundersam« ein Mal dazu. Er hat von diesen elenden Synonymen einunddreißig auf zweiundzwanzig Seiten.

Romantischer Stil ist oft absichtlich schlechter Stil. Die Lyrik dieser Schule arbeitet mit absichtlich schlechten Reimen, das Drama mit absichtlich schlechten Versen. Hierher kann in der Prosa gehören, daß einer aus Streitlust gegen die Pedanterie des »guten Deutsch« vor Wortwiederholungen nicht zurückschreckt.

Aber angesichts der zwanghaften Häufung des Gleichen im »Blonden Eckbert« fragt man doch, ob diese jammervolle Schreibart *absichtlich schlecht* ist, oder ob sie es nicht eher doch unabsichtlich ist, und weil der Autor es nicht besser vermag.

Literatur, wie jeder weiß, behauptet nicht Stimmungen oder Eindrücke, sie vermittelt sie. Sie überläßt dem Kitsch zu erzählen: »Die Gräfin saß in vornehmer Haltung und eleganter Toilette in ihrem geschmackvollen Boudoir«. Daß die Haltung der Gräfin vornehm, ihre Toilette elegant und ihr Boudoir geschmackvoll sei, möge der Leser anhand der ihm gebotenen Schilderungen beurteilen; nicht soll der Autor dem Leser sein Urteil anhand von Zusammenfassungen vorgeben.

Kaum ein Eindruck ist leichter zu erzeugen als der des Romantischen. Wer mit den romantischen Schlagworten derart fahrlässig, eintönig und übers Maß des Annehmbaren hinaus um sich wirft wie Tieck im »Eckbert«, der, denke ich, leidet an einer Schrumpfung des Kontrollvermögens, wie sie nur im Traum, im Schwachsinn oder im Vollrausch möglich ist. Ich konjekturiere, will ich sagen, daß auch Ludwig Tieck Opium genoß.

Der Text ist ein Abdruck aus dem soeben erschienenen Buch *Zur Romantik* von Peter Hacks (Konkret Literatur Verlag, 157 Seiten, 39 Mark).

Peter Hacks erstellte für KONKRET 4/2001 einen Egon-Krenz-Digest

Konkret 06/01, S. 56

Werner Jung

Buch des Monats 2

Martin Kessel: Herrn Brechers Fiasko. Schöffling & Co, Frankfurt a. M. 2001, 560 Seiten, 49,80 Mark

Nein, um einen Metropolen- , gar Berlin-Roman, den man gleichwertig neben Döblins *Alexanderplatz* stellen könnte, handelt es sich bei Martin Kessels 1932 erstmals erschienenem Roman *Herrn Brechers Fiasko* nun wirklich nicht! Gewiß bildet die Großstadt den Hintergrund, die Topographie; worum es aber in erster Linie geht, das ist die Erkundung einer vertraut-fremden Kultur: die Welt der Angestellten. Kessel selbst, der bis zur mühsam dem Verlag abgetrotzten Publikation seines Romanerstlings ein Lyrikbändchen sowie einen Novellenband veröffentlicht hatte, hat in einem später geschriebenen Essay vor allem auf den autobiographischen Kontext des Buches hingewiesen: »Ich war ein Nichts. Ich hatte keinen Diener und keine Schecks, keine Grundstücke, Firmen, Hausstände, gesicherte Renten, keine onkelhaften Verwandtschaften oder dergleichen, wie fast alle jene Romanfiguren es hatten, ich hatte nur die Existenz dessen, der von der Hand in den Mund lebt wie Millionen ringsum. Und diese Grundkomponente war das wichtigste, dies zunächst, das mußte überall durchschimmern, denn Besitz überhaupt war fragwürdig geworden, die Form der Enteignung war die Inflation, und gleichzeitig mit dieser Fragwürdigkeit verlief eine nie geahnte Steigerung und Erweiterung der Leistungssphäre und des allgemeinen Arbeitsprozesses.« Die Diktion macht eine weitergehende Intention Kessels deutlich: das soziologische Experiment.

Drei Jahre war es her, daß Siegfried Kracauer davon gesprochen hatte, daß »Hunderttausende von Angestellten ... täglich die Straßen Berlins (bevölkern), und doch ist ihr Leben unbekannter als das der primitiven Völkerstämme, deren Sitten die Angestellten in den Filmen bewundern«. Der Angestellte – das unbekannte Wesen, das nicht festgestellte Tier, ein Mann der Menge. Einer, der leicht durch die Maschen rutscht, auf jeden Fall aber eine Massenerscheinung, um nicht zu sagen: eine Masse Mensch. Soziologisch konkreter müßte man festhalten, daß Angestellte in der Regel Dienstleistungsfunktionen haben, die den gesellschaftlichen Zirkulationsprozeß organisieren, also etwa als kaufmännische und Verwaltungsangestellte der Banken und Versicherungen, von Handelsunternehmen und Industrieverwaltungen sowie auch aus der öffentlichen Verwaltung. Per se ist der Angestellte zuständig für (s)ein bestimmtes, abgezirkeltes Ressort, über das er mit Argusaugen wacht; sowieso ist er neidisch, tritt gern nach unten, um nach oben besser katzbuckeln zu können. Gäbe es sie ideologisch nicht schon längst, hätte der Angestellte sie erfunden: Subjektivismus und Solipsismus. Nach mir die Sintflut, ohne mich geht es nicht – eine Kreatur, gemixt aus hemmungslosem Individualismus und Armem-Würstchen-Dasein, die nicht sehen kann und will, daß der Platz neben einem bereits von jemand Neuem eingenommen worden ist.

Am Ausgang der ersten Republik hat der junge Vogtländer Martin Kessel (1901-1990) in fünfjähriger Arbeit eigene Erfahrungen zu einem großen Romanpanorama verdichtet. Und wenn schon nicht begründet – dieses Recht könnte mit einigem Grund Robert Walsers Roman *Der Gehülfe* (1908) für sich beanspruchen – , so hat er doch das Genre des Angestelltenromans gemeinsam mit Falladas *Kleiner Mann, was nun?* (1931) oder Kästners *Fabian* (1932) befördert. Kessel erzählt die Geschichte von einigen Angestellten aus einem Großraumbüro, die bei der Werbeabteilung des Konzerns UVAG, der »Universalen Vermittlungs-Actien-Gesellschaft«, beschäftigt sind. Doch das Verb □erzählen□ ist schon unzureichend; denn im Grunde genommen produziert und reproduziert der Autor im Bemühen, eine genaue Phänomenologie bzw. Phänographie des Tatbestands Büro zu liefern, den teils polyphonen, teils dissonanten Klang des Geredes und Palavers.

Spätestens seit Heideggers Welt des Man – wahlweise auch seit Lukács□*Geschichte und Klassenbewußtsein* – sind wir darüber informiert, wie die Welt und wie gesellschaftliches Handeln durch die Macht des Geredes und Geschreibes, eines inauthentischen Raunens der Ideologie und der Medien (resp. in denselben) befestigt werden. So summt und sirrt es auch im Büro, schwirren Gerüchte durch den Raum, verbreiten sich Parolen und pflanzen sich Nachreden, in erster Linie natürlich üble, fort. Da geistreicheln die beiden Hochschulabsolventen aus dem akademischen Proletariat, Dr. Geist und sein Kompagnon Brecher, herum, daß die Balken brechen, um keine Sottise verlegen; da scharwenzeln der charmante Coty und die nicht minder schöne Tochter aus heruntergekommenem wilhelminischen Adel umeinander; da weht der gute Geist einer Gudula Öften, ertönen die Zahlen des Buchhalters, klappern die Schreibmaschinen. Man ist Funktionsträger, abhängig Beschäftigter, reduziertes Teilstück; die Privatsphäre ist dagegen im Büro verpönt, doch lebt das Gerede – klammheimlich – von nichts anderem, wird der Betrieb davon geradezu aufrechterhalten: »sie saßen und kämpften, sie hatten zu tun, um nicht von den Stühlen zu fallen, und das, worum sie kämpften, das verkörperten sie auch: die nackte Existenz«. Man redet, es wird geredet, bis auch dieser Arbeitstag wieder – man weiß gar nicht wie – vorüber ist. Die Welt erstarrt zu Alltäglichkeit und Banalität, schrumpft auf den 100-und-Quadratmeterraum des Büros, die Topographie des Konzerngebäudes zusammen. Historie bleibt außen vor, draußen auf der Straße, wo blutige Schlachten geschlagen werden, das Heer der Arbeitslosen protestiert, sich die hungernden Proleten die Kehlen heiser schreien. Hiervon ist jedoch im Muff und Talmiglanz des Büros nichts zu hören, nichts zu spüren. Statt dessen Liebeleien und Koketterien einerseits, Mobbing

andererseits; ab und an hört man, aber eigentlich nicht so genau hin, daß sich jemand umgebracht oder es mindestens versucht hat. Na ja, das Leben geht eben weiter.

Es ist nicht Kessels Unvermögen, sondern vielmehr gezieltes und raffiniertes Kalkül, im Roman ein Kollektiv auftreten zu lassen: ein Bürokollektiv. Zwar schälen sich darin einzelne markante Typen heraus, insgesamt jedoch überlagert der Oberton des kollektiven Geredes die Physiognomien der einzelnen. Es kristallisiert sich ein erstaunliches »Momentbild sub specie aeternitatis« heraus – um die Formulierung des Soziologen Georg Simmel aufzugreifen, der nicht nur bei Siegfried Kracauer, sondern möglicherweise auch beim jungen Kessel neben Nietzsche, Gogol und Lawrence Sterne Spuren hinterlassen hat.

Herrn Brechers Fiasko ist als Angestelltenroman zugleich ein beeindruckender Zeitroman, der mühelos im Alltäglich-Banalen einen historischen Augenblick festhält, in der die Gesellschaft auf der Kippe steht. Überall sind Ahnungen spürbar, regt es sich in den Ecken und Winkeln, ohne daß die Veränderungen tatsächlich greifbar würden. Keine Gewißheit, keine Sicherheit – erst recht nicht solche, die von den großen Realisten nachgerühmten Perspektiven künden und Möglichkeiten in der Realhistorie aufzeigen. Kessel bleibt vielmehr hart an der Oberfläche, raunt und spekuliert nicht, läßt uns als Leser auch in kein flammendes Inferno schauen, wodurch die Bedrohung allerdings um so drückender erscheint. Er schlüpft in die merkwürdig verquere Bewußtseinsgemengelage seiner Angestellten, über die es mit Blick auf Max Brecher einmal heißt, daß sie sich als getrennt von der Masse auf der Straße empfinden und ein Leben bloß aus zweiter Hand führen. Ein Leben zwischen den Stühlen, am Abgrund der Bodenlosigkeit: »Oft war ihr«, sinniert Gudula Öften, »sie rede in ein menschliches Sieb.«

Diese Zeitsignaturen verbinden Kessels Roman mit einer Reihe anderer gelungener Texte aus der Endphase der Weimarer Republik: neben den genannten Fallada und Kästner auch noch Gabriele Tergits *Käsebier erobert den Kurfürstendamm* (1932), Erik Regers Reporterliteratur oder Karl Ottens *Der unbekannte Zivilist* (1932). Was dagegen *Herrn Brechers Fiasko* zum Solitär macht, das ist sein Humor, der die verschiedensten Seiten und Aspekte der Komik – vom Kalauer über die Sottise bis zur feinsinnigen Ironie – durchdekliniert, zum anderen schließlich auch die □unordentliche□ Form: Von ausufernder wörtlicher Rede über längere Passagen als innerer Monolog bis zu essayistischen Kapiteln reichen die literarischen Formen, mit denen der Roman die verschiedenen Möglichkeiten der Wirklichkeitserfassung probiert.

Alle ahnen sie bereits die kommende deutsche Katastrophe. Ottens Roman beginnt so: »Seit dem dreizehnten Juli 1931 grollte und wankte die Erde unter der Herrlichkeit der Stadt Berlin. Zwar fuhren die Bahnen, die Lampen brannten, die Warenhäuser feierten im Flaggenschmuck Ausverkäufe, und die Theater spielten, als sei nichts geschehen. Die Menschen aber standen Schlange vor Sparkassen und Banken und ließen sich wie willenlose Holzklötze von den Polizisten hin und her schieben ... Dieser Sommer verging, mit einem Seufzer kräuselten sich die Blätter an den schönen Linden, welkten, über Nacht regnete der Herbst herab, die Straßen verwandelten sich in heulende Schluchten, über denen die Sonne nicht mehr aufgehen sollte. Die Prosperity versank auf ewig. Die Krise bleckte unverhüllt die Zähne. Bleischwer hing Deutschland zwischen den anderen Völkern, dumpfes Stöhnen gewitterte aus den Massen Europas – der Magen knurrte!« Kessels Roman endet mit einem Brief an Gudula Öften, in dem der längst schon entlassene Brecher unüberhörbar deutlich die Misere benennt: »Nachschrift: □Grüßen Sie das feudale Gewürm im Büro! Zünden Sie die Furunkel an, diese Ehrenzeichen der sitzenden Lebensweise, diese Blendlaternen des Schmutzes, damit sie in der Finsternis leuchten!«

Ein Blick auf die Wiedergeburt des deutschen Angestelltenromans in den siebziger Jahren macht die erstaunliche Leistung Kessels deutlich. In die Augen springt nämlich sogleich, daß die – häufig autobiographisch angelegten – Romane etwa von Gernot Wolfgruber (*Niemandsland*, 1978), Franz Innerhofer, Silvio Blatter oder die *Abschaffel*-Trilogie (1977 ff.) von Wilhelm Genazino wieder einzelne Individuen und deren Lebens- resp. Leidensgeschichten im Stil des Desillusionsromans in den Mittelpunkt von z.T. überaus konventionell erzählten Geschichten stellen. Und wo, wie im Falle von W.E. Richartz□ *Büroroman* (1976) das Subjekt abermals hinter einem numinosen »Man« verschwindet, da fehlt es dann an Humor, an Witz, an Komik. Lesen wir also, mit großem Vergnügen, Martin Kessel.

Konkret 06/01, S. 58

Rüdiger Dannemann

Der Zauber der Kommune

Vor dreißig Jahren, am 4. Juni 1971, starb der ungarische Philosoph Georg Lukács in Budapest. In seinem politischen Testament formulierte er seine Kritk an der bürgerlichen Demokratie

Nicht erst seit dem Globalisierungsgipfel in Seattle weiß man, daß wir nicht auf eine schöne neue Welt der Gleichen und Freien unter dem Patronat des Neuen Marktes zusteuern. Zu den noch vereinzelten Bemühungen um Alternativen gehört die neuerliche Befassung mit dem marxistischen Philosophen und Literaturwissenschaftler Georg Lukács.

Im Begleitprogramm des Karlspreises, der in diesem Jahr an György Konrad verliehen wird, findet ein Lukács-Symposium statt, und im Juni veranstalten Internationale-Georg-Lukács-Gesellschaft und die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Lukács-Tagung. Dabei wird es unter anderem um Lukács' postum publiziertes politisches Testament *Sozialismus und Demokratisierung* gehen, das er 1968 verfaßt hatte.

Die Kritik der bürgerlichen Demokratie bildet einen Schwerpunkt des Essays. Vor dem Hintergrund des Putsches in Griechenland, der Bürgerrechtsbewegung in den USA, der von CIA und Richard Nixon verfolgten politischen Maximen skizziert Lukács den aktuellen Zustand der bürgerlichen Demokratie: »Die heutige Demokratie ist, als Aufgipfelung einer Jahrhunderte langen Entwicklung, die eines manipulierten, mit Hilfe von Manipulationen herrschenden Imperialismus.« Lukács weiß genau, daß er gegen jede wissenschaftliche Konvention verstößt, indem er am Imperialismus-Begriff festhält, sieht aber angesichts der Dritte-Welt-Politik seiner Zeit keine Möglichkeit, auf den Begriff zu verzichten. Neu ist für Lukács das System der Manipulation, das bürgerliche Gesellschaften des ausgehenden 20. Jahrhunderts kennzeichnet: Die zu verkaufende oder erworbene Ware wird zu einem Wert stilisiert, dessen »Besitz als Ergebnis eines freien Entschlusses, ja als Ausdruck ihrer eigenen Persönlichkeit« imaginiert wird. Freiheit hat in der modernen Gesellschaft primär die Bedeutung der narzißtischen Individualität, verstanden als Ausgrenzung der Anderen. Dabei entsteht eine Paradoxie: »Je weniger die Freiheit mit den ursprünglichen Idealen (und Illusionen) ihrem Gehalt nach verbunden bleibt, desto höher wird der hohl gewordene Fetisch der Freiheit glorifiziert; je mehr die Interessen der großen Lobbys das reale Leben beherrschen, in desto größeren Ehren steht dieser Fetisch, als Ersatz und Krönung jeder propagandistischen Verkündigung.« Lukács' kritisiert den erheblichen Einfluß demokratisch kaum kontrollierbarer Institutionen wie des CIA, der mit der Ideologie der freien Welt kaum vereinbar ist. Der für bürgerliche Gesellschaften typische Gegensatz von bourgeois und citoyen ist mithin – so Lukács` Diagnose – nicht überwundenes Ideologem marxistischer Intellektueller, sondern vitale Gegenwart.

Interessanter noch als Lukács' Kritik am Formalismus der bürgerlichen Demokratie ist dessen Umrißzeichnung einer nichtstalinistischen sozialistischen Demokratie. Für Lukács bleibt das Rätesystem Modell einer umfassenden Demokratisierung und nicht das Konzept einer demokratischen Institutionenlehre oder eines wie immer gearteten Verfassungspatriotismus à la Habermas. Für den Verfasser der *Eigenart des Ästhetischen* (1963) und der *Ontologie des gesellschaftlichen Seins* ist die Erfassung des Alltagslebens die subjekttheoretische Quintessenz des Marxismus als einer Philosophie der Praxis. Welthistorisch bedeutsam war an den Rätebewegungen von 1871, 1905 und 1917 für ihn das Moment der autonomen Praxis: »Erst im Rätesystem können die verschiedenen Formen der Manipulation durch demokratische Selbstregulierung ausgeschlossen werden.« Lukács bleibt skeptisch gegenüber dem Parlamentarismus: »Je reiner der Parlamentarismus, die zentrale und typischste Verwirklichung dieser (bürgerlichen) staatlichen Idealität, sich scheinbar, formell vom Leben der realen Gesellschaft verselbständigt, als reines Organ des ›idealen‹ Volkswillens zu figurieren instand gesetzt wird, ein desto geeigneteres Instrument wird er dazu, die egoistischen Interessen von Kapitalistengruppen zur Geltung zu bringen, und zwar gerade unter dem Schein einer unbegrenzten Freiheit und Gleichheit.« Lukács gibt Reflexionen über die »Gewöhnung« an demokratische Praktiken großen Raum: Nur Menschen, die in ihrem Alltagsleben Erfahrungen mit Demokratie gemacht haben, deren Sozialisation Formen »demokratischer Selbstregulierung« nicht ausnahmsweise, sondern im Regelfall beinhaltet, können sich vom System der Manipulation und Entfremdung emanzipieren. Eine Beschränkung von demokratischen Prozeduren auf den Bereich des Politischen, wie das in bürgerlichen Gesellschaften zum System geworden ist, bleibt ohnmächtig, ja führt unter den Bedingungen systemischer Manipulation zur Entpolitisierung des Politischen. Die Attraktivität der Rätebewegungen beruhte primär darauf, daß in ihnen konkrete Fragen (z.B. des Betriebs, des Wohnens, des Zusammenlebens) mit den »großen Fragen« der Politik in eine Beziehung gebracht werden konnten, daß in der proletarischen Öffentlichkeit die großen wie die konkreten Probleme gleichermaßen auf der Tagesordnung standen. In diesen Perioden des Experimentierens verloren die Rätebewegten die übliche politische Apathie, ihren bloßen Objektcharakter. Trotz ihres historischen Scheiterns und der Kürze ihrer Existenz liefern die Rätebewegungen für Lukács ein Modell der sozialistischen Demokratie, insofern diese dazu »berufen ist, die letzte, höchst entwickelte Form der Gegenmenschlichkeit (der andere Mensch als Schranke, als bloßes Objekt, als möglicher Gegner oder Feind für die eigene, selbstverwirklichende Praxis) zu überwinden«.

Der Essay stieß nicht nur bei den realsozialistischen Machthabern auf wenig Gegenliebe, sondern auch bei Intellektuellen, die sich noch in den siebziger und achtziger Jahren als »radikale Philosophen« und Systemkritiker verstanden. Schon 1968

schienen den späteren Konvertiten Lukács' Überlegungen über *Demokratie heute und morgen* die Reflexionen eines Gestrigen zu sein. Zuwenig fundamental erschien etwa der (ehemaligen) Assistentin und Lukács-Schülerin Agnes Heller die Absage an Marx' und Lenins Analysen der bürgerlichen Gesellschaft, um als Basistext eines erneuerten Sozialismus fungieren zu können. Nach dem Niedergang des realen Sozialismus waren und sind Heller und viele ihrer ost- wie westeuropäischen Mitstreiter vollends überzeugt, daß es eine Alternative zum westlichen Demokratiemodell nicht geben kann. Sie selbst wandte sich im folgenden »großen Fragen des Sternenhimmels und der Metaphysik« zu.

Georg Lukács: *Sozialismus und Demokratisierung*. Frankfurt/Main 1987

Das Symposium »Sozialismus und Demokratie – Antworten Georg Lukács' auf ein unabgegoltenes Problem« findet am 9. Juni in Leipzig (Haus der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Harkortstr. 10) von 10 bis 18 Uhr statt.

Rüdiger Dannemann, Gründungsmitglied der Internationalen Georg-Lukács-Gesellschaft, schrieb »Georg Lukács zur Einführung« (Hamburg 1997) und ist Herausgeber des Dossiers »Geschichte und Klassenbewußtsein heute« (»Lukács-Jahrbücher« 1998/99 und 2000)

Konkret 06/01, S. 59

Jürgen Roth

Falstaff zu Ehren

Kleiner Versuch in Shakespeare-Vergötterung unter Anleitung seines ehrenwertesten Fans: In Heinrich IV. begegnen wir dem Sokrates des elisabethanischen Zeitalters

»Der Falstaffsche Geist ist ein großer Erhalter der Kultur. Er schwindet, wenn der Staat zu mächtig wird und wenn sich die Menschen allzusehr um ihre Seelen sorgen ... In der heutigen Welt ist wenig vom Wesen Falstaffs lebendig, und in dem Maß, in dem die Macht des Staates sich ausdehnt, wird auch dieser Rest sich verflüchtigen.«

Anthony Burgess

»Shakespeare ist nicht kleinzukriegen!« trotzte die »Süddeutsche Zeitung« (16. Oktober 2000) einer der üblichen wüsten, »poppig« geheißenen *Hamlet*-Verwurstungen auf dem zeitgenössischen Theater – und ergänzte erschöpft, Shakespeare sei halt für alle da, »für alle zwischen acht und achtzig«. Freilich, »Shakespeare is everything«, verkündete bereits 1992 die »Sunday Times«, und weil endlich anything wurscht schien, drehte das Blatt das güldene Statement um und klopfte fest: »And everything is Shakespeare«; worauf etwas spät, aber immerhin, die »Taz« (27. Februar 2001) in Shakespeare »den Popstar der Postmoderne« erspähte.

Daß sich Shakespeares Texte noch gegenüber den unflätigsten kulturbetrieblichen und akademischen Narreteien als resistent erweisen, jene alte, banale Erfahrung kann machen, wer sie, statt irgendwelchen schauspielerischen Kasperliaden beizuwohnen, liest. Wie sie zu lesen seien, bleibt allerdings die Frage, die ebenso alte und banale der Literaturwissenschaft und der Feuilletons zumindest – eine Streitfrage, deren so oder so gelagerte Beantwortung Abertausende Tonnen an Deutungsschriften und Exegesen hervorbrachte. Gleichwohl, »William Shakespeares Stücke besitzen ewige Jugend«, weiß der Aufbau Verlag anläßlich der exzellent eingerichteten und durch Günther Klotz kommentierten, erstmals vollständigen Neuausgabe der Schlegel/Tieck-Übersetzung mitzuteilen, und deshalb beginnt jeder Leser, frisch und frohgemut des Glücks des Anfangs teilhaftig werdend, wieder von vorne, und ist er ein professioneller, entsteht aus seiner Lektüre ein Text zum Text, der uns bedeutet, wie der Shakespearesche Text zu lesen sei.

Goethe enthusiasmierte bekanntlich: »Die erste Seite, die ich in ihm las, machte mich auf Zeitlebens ihm eigen, und wie ich mit dem ersten Stücke fertig war, stund ich wie ein Blindgeborner, dem eine Wunderhand das Gesicht in einem Augenblicke schenkt« *(Zum Shakespeare-Tag)*. Harold Bloom, Sterling Professor of Humanities an der Yale University und das »Enfant terrible der amerikanischen Literaturtheorie« (»FAZ«, 6. Januar 2001), steht selbst nach Jahrzehnten der Shakespeare-Lektüre und -Forschung wie ein staunendes, meist hellauf begeistertes Kind vor dem Klassiker aller Klassiker und Klassen. Er begnügt sich darob nicht mit ein paar Seiten Ehrbezeugung, seine der Chronologie der Stücke folgende monumentale Arbeit *Shakespeare – Die Erfindung des Menschlichen* bespricht, feiert, verehrt jedes der fünfunddreißig Dramen in einem eigenen Kapitel.

Je inständiger der Interpret des »Giganten« (»Bild«*)* singt, desto unerbittlicher kartätscht er die Ungläubigen und Gottlosen nieder. Bloom führt einen Kreuzzug wider Armeen von Dummstiefeln, die Falstaff und Hamlet, den »größten Charismatikern der Weltliteratur«, und dem Rest des begnadeten Personals irgend soziologisch, philologisch oder kulturhistorisch zu Leibe rücken. Man verachtet seine Mutter nicht, man verkleinert jenen nicht, dem wir unser Leben, unsere Welt verdanken. Shakespeare habe »alles vorausgewußt«, urteilte Karl Kraus, und was er erkannte, steigert sich Bloom, »scheint nicht weniger als alles gewesen zu sein«. Der Allwissende und Allmächtige, so die Zentralthese, »habe uns erfunden«, die Geschöpfe des Schöpfers illustrierten zusammengenommen die unüberbietbare Leistung des Weltweisen: die »Erfindung des Menschlichen, Offenbarung von Persönlichkeit, so wie wir sie heute begreifen«.

Wo Bloom den Nukleus des Shakespeareschen Textes zu Recht in der Entdeckung und Erkundung der neuzeitlichen Individualität erblickt, unterläßt er es gleichwohl, die Kategorien (»Charakter«, »Person«, »Wahrheit«) zu klären. Während beispielsweise Klaus Reichert (*Der fremde Shakespeare*, München/Wien 1998) die Expansion der Lüge und der Gewalt als »Antwort auf die Irritation durch ein sich selbst setzendes, ein autonomes Ich« versteht und die immensen gesellschaftlichen Verwerfungen, welche die frühbürgerliche Subjektivität auslöste und die sie zu verarbeiten hatte, der Krise der herrschenden Klasse und des Staates zuschreibt, interessiert Bloom ausschließlich die quasi anthropologische Ich-Konfiguration etwa des monströs Schurkischen. *Richard III.*, diese »Tragödie des radikal Einsamen« (Reichert) und des scheiternden »Willensmenschen«, eines Machiavellisten von dämonischem Zuschnitt, nennt er ein »Melodram« über das »triumphale Ich«, dessen Hybris (»ich bin ich selbst allein«) in die grausame Wendung der tödlichen Vernichtung mündet, die Umstülpung dessen, was mit dem (Renaissance-)Begriff der Freiheit des einzelnen aufzuscheinen begann: »Verkehre demgemäß«, monologisiert Richard, »den Geist die Hölle.«

Man kann mit Shakespeare – gleich jedem anderen künstlerischen Artefakt – verfahren, wie einem beliebt. Man kann den Zyklus der Rosenkriege zum elfstündigen »Marathon« der Sprachzerstörung umfrickeln (so *Schlachten!*, die 2000er Einrichtung von Tom Lanoye und Luk Perceval am Deutschen Schauspielhaus, Hamburg; das Finale trug den aparten Titel

Dirty Rich Modderfucker der Dritte); man kann die Figur Richards III. einfach »eine aus dem Geist Marlowes geschaffene Karikatur« (Bloom) taufen, und man kann mit einer und immer wieder nur einer These die Genealogie des Gesamtwerks teleologisch unterfüttern, der These des rätselhaften Universalgenies: »Shakespeares unheimliche Fähigkeit, Persönlichkeiten heraufzubeschwören, entzieht sich vielleicht der vollständigen Erklärung.«

Bloom, fanatisch, zuweilen enervierend repetierend, ist ein sympathischer Spinner, seine Liebe zu Gott (beinahe) unermeßlich. »Wer, wenn nicht Shakespeare«, fragt er auf Seite 1019, »könnte uns bei unserer Suche nach einer (wirklichen) Idee vom Menschen leiten?« Goethe oder dessen »Weltliteratur«? Der, genieästhetisch inspiriert, dekretierte nicht bloß (und Bloom greift es auf, zitiert's aber nicht), »daß aus Shakespearen die Natur weissagt«, er artikulierte zudem, was Jan Kott (*Shakespeare heute*, München/Wien 1964) als das endlose, Beckett-nahe Drama der Welt-, der Vorgeschichte beschrieb, den Riß, der durchs Subjekt geht, das Verhängnis der unversöhnten Differenzen zwischen Wort und Tat, Denken und Handeln, Besonderem und Allgemeinem.

Richard III. führte den »Vorgang des Sich-selbst-Zuhörens« bis zu einem Punkt, an dem die »universalen Charaktere« des »ersten universalen Autors« entstanden; er radikalisierte die Vereinzelung und öffnete die Rede für die Reflexion der Zwänge, unter denen sich neuzeitliche Subjektivität konstituiert und zu behaupten sucht. Bloom beharrt auf der numinosen »literarischen Transzendenz«, dem Überschuß der artistischen Konstellation, um zu zeigen, warum uns Shakespeares Gestalten so verzaubern. Sie seien »freie Künstler ihrer selbst«, beerbt er Hegel, im Falle Hamlets kein glücklicher. »Die Person, von der Seite des Charakters betrachtet, soll: sie ist beschränkt, zu einem Besonderen bestimmt; als Mensch aber will sie: sie ist unbegrenzt und fordert das Allgemeine. Hier entspringt schon ein innerer Konflikt, und diesen läßt Shakespeare vor allen andern hervortreten« (Goethe: *Shakespeare und kein Ende*). So hätte es Bloom sagen können, doch statt auf die historischen Bedingungen, die Modellierung der Person qua Täuschung und Schein zu rekurrieren, formuliert er, der Kälte der Erkenntnis kaum zugeneigt, herzerwärmende Extrakte des Literarischen: »Shakespeare lehrte uns durch Hamlet, unsere Beziehungen zu jedermann mit Skepsis zu betrachten, voller Mißtrauen gegenüber aller Gewandtheit, Affekte zu artikulieren.«

Allein, wo zu meckern, da zu preisen: Inspiriert und geschmeidig spendiert Bloom dem Gegenentwurf zu Hamlet, dem negationistischen Mysterium der Neuzeit, eine wundersam genaue und innige Widmung. Falstaff ist auch ein Spieler, ein Sprachspieler, magister ludi, ein Ausbund an Freiheit, doch geht er in und an ihr nicht zugrunde (würde ihn nicht Prinz Hal, der spätere Heinrich V., schmählich verraten). Anders denn »Hamlets höhere Wirklichkeit« findet mit dem dicken Ritter des *Heinrich IV.* (und nicht der *Lustigen Weiber von Windsor*) jene »Lebendigkeit« (Bloom) ihr Recht, die der niederen, einfachen Wirklichkeit entspringt. »Das Interesse, welches Shakespeares großen Geist belebt, liegt innerhalb der Welt«, äußerte Goethe, und Bloom haut nicht gänzlich daneben, da er eine Kongruenz zwischen Autor und dem Weltmodell, der Figur des Falstaff suggeriert: »Man denke sich Falstaff als den Autor von *Richard III.*, und man wird nie allzu weit fehlgehen. ›Da lob ich mir das Leben!‹ und ›Ihr habt Euer Teil Ehre weg‹ – diese exquisit vernünftige Haltung nimmt auch Shakespeare ein, wenn er heiter gelassen die königlichen und adligen Schlächter betrachtet, die in seinen Historien agieren. Wie sein Schöpfer liebt auch Falstaff das Spiel und das Theater, und er weigert sich klug, den Unsinn dynastischer Loyalitäten mitzumachen.«

»Nur *Heinrich IV.*« sei »ein heiteres Stück«, bemerkte Jan Kott. Falstaff ist die Hauptfigur des »Buchs der Bücher«, das fleischgewordene »Buch der Wirklichkeit«. Der Weltbejaher korrespondiert mit dem Weltenerschaffer aus dem Geist des Genius, dem die Sprache gehorcht, ohne daß sie ihm oder er den Adressaten seiner Sottisen, Witze und taktischen Schmeicheleien einen Tort antäte. Falstaff selbst sucht Freundschaft und Anerkennung, den Erniedrigten begegnet er bedächtig, schützend. Den »Sinn für die Wirklichkeit« münzt er um in den Triumph der Wirklichkeit über die Politik. Falstaff klärt auf, destruiert die hehren Imperative der Hauptakteure und die Bigotterie der Duckmäuser. »Seine ganze Aufmerksamkeit gilt *dieser* Welt«, Shakespeares, und Falstaffs Aufmerksamkeit gilt der »Lebenskunst« (Brecht), um unter barbarischen Verhältnissen zu überleben und ein »Mehr an Leben« (Bloom) zu schöpfen: die innerweltliche Transzendenz im Medium der literarischen, im Akt des Sprechens zu erreichen.

Es rührt, wenn Bloom »die Utopie des Ardenner Waldes« (Kott), sozusagen die erweiterte, erotisierte kommunistische Utopie der Aufrührer aus *Heinrich IV.* (»so soll es kein Geld mehr geben, alle sollen auf meine Rechnung essen und trinken« – »Wir sind erst recht in Ordnung, wenn wir außer aller Ordnung sind«), als Zufluchtsort Falstaffs imaginiert: »Hoffnungslos romantisch ... wie ich bin, verspüre ich am Ende von *Heinrich IV./2* immer den Wunsch, Falstaff möge den undankbaren Prinzen Hal vergessen und sich unbeschwert in den Ardenner Wald von *Wie es euch gefällt* davonmachen.«

Ja, Falstaff ist einer der großen »Grenzverletzer«, die »sich formaler und gesellschaftlicher Determinierung widersetzen« und ihr Schicksal nicht als gottgegeben akzeptieren. In diesem aus einem Übermaß an Esprit und Wunsch nach Geselligkeit und Glückserfüllung gefügten Wesen gewinnt Shakespeares »komische Menschenerfindung« die Kontur der »ästhetischen Würde«. Die wenigen Auftritte, die Falstaff absolvieren darf, zeugen von einer »kognitiven Potenz«, die sich mit der Metaphysik der Gottlosen, der Skeptiker und der Verächter der Herrschaft paart: der Rücksicht und Hingabe an die Welt und deren Bewohner.

Falstaff, »der größte aller witzigen Geister der Literatur«, stirbt aus väterlicher Liebe zu »dem unwürdigen Hal«, der das Gesetz der Macht (»des Bösen«) exekutiert. Der Trinker, Räuber und Soldat flieht die Schlacht, verachtet den Usurpator, und obschon er die Ordnung der Wörter und der Dinge demontiert, »ist er«, betont Bloom treffend, »zu sehr Pädagoge ... um, wie Hamlet, den Skeptizismus bis an seine nihilistischen Grenzen zu treiben.« Im Gegenteil, »weil er unerschütterlich an die Sprache und an sich selbst glaubt«, entschlüpft er dem Getriebe und spielt, nein führt vor, welche Dignität dem autonomen Ich zukommt, das seiner selbst gewahr wird durch die anderen erwiesene Anerkennung, sie seien ebenso frei. »Der Witz ist Falstaffs Gott«, der Gott der Freien, Subversiven, der Gutherzigen nicht aus moralischen Erwägungen, sondern aus Erfahrung und dem Wissen um den Widersinn des Weltenlaufs. Seine »lebensspendende Rede«, so Bloom, »läßt andere Leute witzig werden«, und sie erhebt sie zu denen, die sie sein sollen, ohne etwas anderes als sie selbst sein zu müssen.

»Wer Falstaff zurückweist, weist Shakespeare zurück«, teilt Bloom aus, und wir stimmen ihm zu, so sehr wir ihm beipflichten, wenn er den kursierenden Theater- und Wissenschaftsquatsch rund um Dekonstruktivismus, »gewisse mehr oder weniger neue Spekulationen aus Paris« und New Historicism attackiert. Den »heute verlachten ›humanistischen‹ Interpreten« darf man folgen, ist es ihnen um die Wahrheit des Wirklichen zu tun. Falstaff errettet die Wirklichkeit, weil er den Dienst (i. S. welcher »höheren Sache« auch immer) verweigert, »Missionen« zutiefst geringschätzt, Überzeugungen zerbröselt. An die Stelle der Nichtigkeit des machiavellistischen Fetischismus tritt »eine Moralität des Herzens und der Phantasie«, die der gelungenen Individuation entspringt: Er »repräsentiert nur seine eigene Persönlichkeit und sonst nichts«, und weil er im Gegensatz zu Hamlet, Othello oder Macbeth ich sagen kann, kann er mit »absolut individueller *Stimme*« sprechen, zum Vis-à-vis, dem Du, das, idealiter, ein gleichberechtigtes Ich ist.

Der »ganzen Welt der Tatsachen« innig, nicht pathetisch zugetan, fehlt Falstaff »alle Beurteilungs- und Tadelsucht«, fehlt ihm der Wille zur fatalen Tat. »In einer Haltung komisch-ernsten Mit-sich-Einverstanden-Seins« eröffnet er die Möglichkeiten des Humanen jenseits aller Zwänge. Er lebt »die Freiheit von Zensur, vom Über-Ich«, die »Freiheit, die der Zeit, dem Tod, dem Staat trotzt und nach der wir hungern«. Das »Mehr an Leben« weist zurück auf das Leben, das verschwindet unter der Tyrannei des Staates. Er, Herr seiner selbst, Herr der Sprache, mit der er spielt und parodiert, erlöst vom Affekt – zugunsten einer sozialen Praxis, die nicht länger auf Ressentiments, Verachtung und Instrumentalisierung beruht. Falstaff zerstört das herrschende Definitionsmonopol und schafft einen Raum für die Artikulation realer Bedürfnisse. »Falstaff ist frei«, jubelt Bloom, »er lehrt uns Freisein – nicht frei *in* der Gesellschaft, sondern frei *von* ihr.«

Sir John Falstaff prangt edel und fein in Shakespeares Welt der Gauner, Betrüger und Verbrecher. Er allein widersteht dem »Großen Mechanismus« und demonstriert, wie zu leben sei, wäre der tödliche Alp der dunklen Geschichte verschwunden. Der Helle, Schnelle, Lichte »ist in seinem tiefsten Wesen ein Satiriker«, schlußfolgert Bloom und behauptet, daß Shakespeare, den Bastarden, Underdogs und Hanswursten eng verbunden, »den großen unenglisch-englischen Satiriker sozusagen erfunden« habe. Solch Poesie der Aufklärung wird greifbar in der Würdigung der generösen Existenz Falstaff, da den »Narrn der Zeit« (Sonett 124) der »Sokrates des elisabethanischen Zeitalters« opponiert.

Dignität, nicht Ehre generiert »das große Projekt einer Erziehung zum Witz«. Falstaffs »Theater des Geistes«, die fintenreiche theatralische Intervention inmitten des blutigen Spiels der falschen, grausamen Realität, dessen Regeln nach dem Willen der politischen Akteure unveränderlich sein sollen, findet seinen Höhepunkt in der berühmten Ehrenrede: »Gut, es mag sein: Ehre beseelt mich vorzudringen. Wenn aber Ehre mich beim Vordringen entseelt? wie dann? Kann Ehre ein Bein ansetzen? Nein. Oder einen Arm? Nein. Oder den Schmerz einer Wunde stillen? Nein. Ehre versteht sich also nicht auf die Chirurgie? Nein. Was ist Ehre? Ein Wort. Was steckt in dem Wort Ehre? Luft. Eine feine Rechnung! – Wer hat sie? Er, der vergangenen Mittwoch starb: Fühlt er sie? Nein. Hört er sie? Nein. Ist sie also fühlbar? Für die Toten nicht. Aber lebt sie nicht etwa mit den Lebenden? Nein. Warum nicht? Die Verleumdung gibt sie nicht zu. Ich mag sie also nicht. – Ehre ist nichts als ein gemalter Schild beim Leichenzuge, und so endigt mein Katechismus.«

Deshalb sei, zu Ehren des ideologiekritischen Hebammenkünstlers Falstaff, beschlossen, »der heute so verpönten Shakespeare-Vergötterung« zu dienen und mit Shakespeares ehrenhaftestem Vergötterer katechistisch resp. kategorisch zu schließen: »Die weltlich gesinnten Shakespeare-Verehrer sollten ihre Liebe zu dem großen Dichter dadurch kundtun, daß sie die Auferstehung Sir John Falstaffs festlich begehen. Man sollte einen internationalen Feiertag ausrufen – ganz inoffiziell und dennoch überall spürbar – , einen Karneval des Witzes feiern und auf allen Bühnen *Heinrich IV.* aufführen. Wir wollen an diesem Tag die Machtgier und Karrierestreberei, die Scheinheiligkeit, die falsche Freundschaft verfluchen und zum Zeichen unserer Liebe zu Falstaff Weinflaschen in unseren Pistolenhalftern tragen.«

Und bei einem Krug »Schmahl-Bier« (Falstaff) Gerhard Polts Dialog *Shakespeare* (in: *Heute wegen Tod geschlossen*, Zürich 2001) aufsagen, der die nüchterne zeitgenössische Theaterdiagnose entblättert: »Der Shakespeare war schon eine gute Kraft, aber vom Preis-Leistungs-Verhältnis – heutzutage – , da brauchen wir andere Leute.«

Harold Bloom: *Shakespeare – Die Erfindung des Menschlichen*, Berlin 2000, Berlin Verlag, 1066 S., geb., 68 Mark

William Shakespeare: *Sämtliche Werke*, 4 Bände, Berlin 2000, Aufbau Verlag, 4032 Seiten, geb., 99 Mark

---

Jürgen Roth schrieb in KONKRET 2/2001 über eine mutmaßliche Quizshow des Professors Bazon Brock

Konkret 06/01, S. 62

Dietrich Kuhlbrodt

Eine funktionierende Beziehung

Das Buch zum Film, der Film zum Buch: Der Nazi-Regisseur Veit Harlan (»Jud Süß«) soll rehabilitiert werden

Die Leni-Riefenstahl-Exponate sind abgeräumt. Gibt's jetzt die große Veit-Harlan-Ausstellung in Babelsberg? Denn im Jahr 2001 passiert, was der Regisseur von »Jud Süß« (1940) sich zu Lebzeiten sehnlich gewünscht hatte. Er wird rehabilitiert. Jedenfalls im gerade erschienenen, knapp 500 Seiten starken *Veit Harlan*-Buch des respektablen Belleville-Michael-Farin-Verlags; Autor Frank Noack, 40, tut seinen starken Gefühlen für den »Naturburschen« Harlan keinen Zwang an.

Auf den letzten Seiten seiner Rehabilitationsbemühung bringt Noack KONKRET ins Spiel. Er wehrt sich gegen mein Geunke vom Revival des Nazifilms (»Soll ›Jud Süß‹ wieder in die Kinos?«, Heft 4/91). Noack: Dann »hätte sich auch eine Fangemeinde um Karl Ritter, Hans Steinhoff und Gustav Ucicky bilden müssen, die einige durchaus ansehnliche Filme zustande gebracht haben«. Meint er »Hitlerjunge Quex« (1933)? Und wenn schon: »Inhumane Kunst ist immer auch noch Kunst« (Noack). Für dieses Credo beruft er sich auf die Céline-Debatte in KONKRET 10/90. Mit Zitaten von Hermann Peter Piwitt (»Es gibt große Kunst von schlechten Menschen. Und miserable von guten«) und Matthias Altenburg (»Ein faschistischer Schuster kann ein Meister seines Fachs und sein kommunistischer Kollege kann ein arger Stümper sein. Wer würde nicht die Schuhe des Faschisten vorziehen?«). Das scheint clever, ist aber tückisch. Denn Noack unterschlägt, wie es in Altenburgs Text weiterging, nämlich: »Und sei es auch nur, um vor ihm (dem Fascho) weglaufen zu können«. – Ja, ja, Noack tritt in Meister Harlans Stapfen.

Er kommt dabei gar nicht schlecht voran. Wer in der Lektüre bis zum KONKRET-Schluß vorgedrungen ist, hat längst das Gefühl verloren, sich mit Argumenten auseinandersetzen zu müssen. Zuvor war es stets darum gegangen, Harlan-Gegner zu schmähen, zu beschimpfen und ihnen jede Kompetenz abzusprechen. Dazu hatten vor allem die Linken gehört, sodann die Filmwissenschaftler insgesamt, schließlich die Regisseure, die das Oberhausener Manifest unterschrieben hatten, und der Neue Deutsche Film sowieso. Mit Sperrfeuer belegt unser Autor auch »die Sieger«, nämlich das antifaschistische Ausland, soweit es wagt, dem »Jud Süß«-Regisseur Vorwürfe zu machen. Die haben selbst Dreck am Stecken! Die haben doch ihre eigene Faschisten! Die haben einen Filmkritiker, der »Jud Süß« gelobt hatte, geköpft! Und Sergej M. Eisenstein – er dient immer wieder zum Vergleich – hat nicht sechs Millionen Juden, wohl aber zehn Millionen Kulaken auf dem Gewissen, und das elf Jahre vor »Jud Süß« – überhaupt dieser Eisenstein mit seinem »konsequenten Schmierentheater«.

Freund/Feind. Harlan: gut. Eisenstein: schlecht. Oder: Während Harlan es in »Jud Süß« »mit seinem Rechtsempfinden nicht vereinbaren konnte, daß ein Jude willkürlich gehängt wird, nur weil er Jude ist« (weshalb er zuvor Harlans rassereine Gattin Kristina Söderbaum schänden muß), werden »in Hollywood Indianer dahingemetzelt, ohne daß es dramaturgisch begründet wird«.

Der Gute und die Schlechten. So kommt Noacks Welt in Ordnung. Und sie ist es in der Tat. Gewissermaßen. Denn der emotionale Überschuß im *Harlan*-Buch, der sich manifestierende Verfolgungswahn, die paranoiden Entgleisungen und das hysterische Abkippen gewinnen bei fortschreitender Lektüre an Unterhaltungswert. Da schreibt sich einer um Kopf und Kragen. Von Klaus Mann werden »Opfer des Faschismus verhöhnt«, und der historische Jud Süß, der seinem Herzog Mädchen »zwecks sexueller Verwendung« aussucht, nimmt »die Selektionen ... an KZ-Häftlingen« vorweg.

Wenn ein Lektor tätig geworden wäre und rausgeschmissen hätte, was die Harlan-Rehabilitation lediglich auf die Diffamierung aller anderen gründet – also mindestens die Hälfte des Buchs – , wären Noacks Thesen möglicherweise diskutabel gewesen, wenn auch deutlich minder aufregend. Doch ein Lektor stand wohl nicht zur Verfügung. Oder er durfte nur den Text auf dem hinteren Buchdeckel schreiben, der freilich dem Buchinhalt entgegensteht. Aber wer hat Noacks zickigste Ausfälle in Klammern gesetzt? Das liest sich so, wie ›Nun-mal-sachte-junger-Freund‹.

Und das trifft den Punkt. In *Veit Harlan* schreibt einer, der auf seinen älteren Freund nichts kommen läßt. Wir sind drin, in einer funktionierenden Beziehung. Wir lesen einen erotischen Text, der aus der Subebene aufgestiegen ist. Und wenn wir das tun, sind wir nicht mehr inkompetent und links, sondern ganz auf dem Level, auf dem Noack seinen Harlan verstanden haben will, denn die Faszination sexueller Subtexte erkennt ein SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei »besser als spätere Harlan-Gegner aus dem linken Lager«.

Noack also wird auf uncoole Art persönlich. Unser aufgeregter Bodyguard hat den Harlan-Schutz übernommen und inszeniert sich selbst. In der Diktion. In der Gebärde. Das liest sich aufregender als jede ikonographisch-semiotisch fundierte Werkanalyse. Wenn das Buch aufbraust, hat es wahrhaft opernhafte Konnotationen. Ja, Noacks *Veit Harlan* ist das Print-Melodram zum Filmgenre des Melodrams, wie es von Harlan bedient wird. In dieser Beleuchtung ist das, was Noack auf die Bühne bringt, gut inszeniert. Der Autor ist Filmwissenschaftler, der sich in der Filmmusik der dreißiger Jahre auskennt. Für *Cinegraph*, das Loseblatt-Filmlexikon, hat er in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die Komponisten

Hans Otto-Borgmann (»Unsere Fahne flattert uns voran«), Herbert Windt (»Triumph des Willens«) und Wolfgang Zeller (»Jud Süß«, 1940; »Ehe im Schatten«, 1947) enzyklopädisiert. Und sein achtzig Seiten langer Register-Anhang zu *Veit Harlan* zeugt von professioneller Akribie.

Aber was machen wir, wenn der legitimatorische Furor durchknallt? Wenn »Jud Süß« in Harlans Schwulensalon (»Anders als du und ich«, 1957) integriert wird? »›Anders als du und ich‹ ist auch ein homosexuelles Remake von ›Jud Süß‹«; beide, der Jude wie der Schwule, werden von ›anständigen Mitbürgern‹ angegriffen »und begehen aus der Defensive heraus ihre Gemeinheiten.«

Es fehlt die Coda. Musikalisch gesehen: Ist Noack nicht ein fanatischer Harlan-Rapper, Inkorrektheiten inklusive? Und hat er sich nicht, ohne zu zögern, zum Sündenbock für alle gemacht, die Harlan rehabilitieren? Tragisch! Noack ist sein eigenes Melodram. Wieso 1945 zur Kenntnis nehmen, wenn es um Kunst geht?! – Die letzten Sätze stammen fast wörtlich aus meinem Statement für Horst Königsteins Dokudrama »Jud Süß. Ein Film als Verbrechen?«, das im Frühherbst in der ARD läuft. Bloß beziehen sie sich nicht auf Noack, sondern auf Harlan. Wenn aber die Namen austauschbar sind, dann haben wir nicht nur einen Fall von Überidentifikation, sondern einen dramaturgisch genialen Zugang zum Dauerphänomen Harlan. Dank Noack.

Der NDR produziert allerdings kein Melodram, sondern ein Dokumentarspiel, das nachstellt, was war. Wahr! Das sind Fakten, recherchiert, abgesichert. Das Hamburger Schwurgericht von 1949 und 1950 ist 1:1 in der Aula des Kaifu-Gymnasium nachgebaut. Es sind Schulferien. Ich bin beeindruckt. Wir sind wenige tausend Meter vom Hamburger Sievekingplatz entfernt. Dort sind keine Ferien. Dort ist immer noch der Gerichtssaal, aus dem Veit Harlan, mehrfach freigesprochen, auf den Schultern jubelnder Fans hinausgetragen wird, ganz Popstar, wenn's das Wort damals gegeben hätte.

Der Film kreist um etwas, was man nicht sieht. Um den Film »Jud Süß«. Wieso kriegt man das, was so wichtig ist, daß der Sender sein letztes Geld dafür ausgibt, warum also kriegt man den Film nicht zu sehen? Königstein treibt alles auf diese Frage hin. Die Antwort wäre einfach. Der Film ist seit 1955, dem Jahr der Überleitungsverträge, nicht mehr verboten. Mit Ausnahme von Berlin; dort fiel mit der Aufhebung des Besatzungsstatuts erst am 3. Oktober 1990 das Verbot. Das Hamburger Metropolis-Kino hatte »Jud Süß« 1991 gezeigt, im Rahmen der Ausstellung des Bundesjustizministers »Justiz im Nationalsozialismus«. Vor dem Vorhang war das größte Rednerpult aufgebaut, an dem ich je gestanden habe, und ich konnte meinen Vortrag halten, obwohl Oliver Tolmein im Publikum saß. Falls der Film wiederholt werden würde, käme er allerdings mit seinen Leuten wieder, diesmal mit Buttersäure, versprach er mir.

Wir diskutierten darüber in den lehrreichen KONKRET-Nummern, auf die sich Frank Noack zehn Jahre später berufen sollte. Es scheint, daß die Freigabe von »Jud Süß« immer noch fraglich ist. Im Februar 2001 hat das Jüdische Museum Fürth den Film gezeigt. Wieder gab es Streit. – Bei der FSK, die Filme für Jugendliche freigibt, hat die Bewahrpädagogik ausgedient. Mutig wird Medienkompetenz eingeübt. Übt wer in Harlan- und Melodram-Kompetenz ein? Wer wappnet sich gegen das Faszinosum von Subtexten? Wer bleibt lieber gleich sauber?

Die Funktion, die »Jud Süß« als melodramatisches Genreprodukt für den Nationalsozialismus gehabt hat, wird erkennbar, wenn man den Film als Werk der großen Unterhaltung zur Kenntnis nimmt und nicht nur wegen seines expliziten Antisemitismus. Die Besichtigung des Films gibt die Chance, die Mechanismen der Bildermacht in Harlans Melodramen zu erkennen, deren Einfluß die Generationen der Eltern und Großeltern ausgesetzt waren. – Das läßt sich leicht sagen, wenn der Film historisch geworden ist, ohne Appeal für aktuelle Rezeptionskulturen. Dann wäre »Jud Süß« Exponat geworden. Fürs zeitgeschichtliche Museum.

Doch ist das mit dem Nachstellen einer Gerichtsverhandlung eine Crux. Denn dabei geht's darum, jemandem individuelle Schuld nachzuweisen. Aber interessiert das wen, von Fans à la Noack abgesehen, wirklich, wenn wir die millionenfache Wirkung des antisemitischen Paradefilms im Auge haben? Das von der Person losgelöste Symbol »Veit Harlan« war es, das die erste Studentenbewegung im Nachkriegsdeutschland auslöste. Daß der Name »Harlan« im Nachkriegsdeutschland zum Symbol für die Kontinuität wurde, hatte schon Ende 1947 begonnen. Der »Jud Süß«-Regisseur war in Hamburg von einem Entnazifizierungsausschuß als unbelastet (Kategorie V) eingestuft worden. Kein Wunder, daß Antifaschisten daraufhin die Justiz bemühten. Doch Harlan wurde 1950 vom Schwurgericht vom Vorwurf des Verbrechens gegen die Menschlichkeit (Rassismus) freigesprochen. Die Hamburger Justizbehörde verzichtete auf Rechtsmittel. Harlan setzte eins drauf. Er nahm seinerseits das Landgericht in Anspruch, um dem Senatsdirektor und Filmkritiker Erich Lüth zu verbieten, das Publikum zum Boykott von Harlan-Filmen aufzurufen. Und Harlan bekam recht. Lüth wurde gerichtlich die Meinungsäußerung verboten, jedenfalls acht Jahre lang, bis das Bundesverfassungsgericht ihm zu seinem Grundrecht verhalf.

In diesen Jahren aber hatte sich Harlan zum Sündenbock gemacht, auf den alle gewartet hatten. Zum Symbol für die uneinsichtige und unbelehrbare Vätergeneration, die längst wieder an allen Schalthebeln saß. Das ist Harlans Verdienst, wenn auch ein unbeabsichtigtes. Und er machte weiter. Er bekam zunächst Applaus von der öffentlichen Meinung. Doch während Lüth zum Schweigen verurteilt war, gärte es in den Universitäten und politischen Organisationen. Eine für die

Nachkriegszeit bis dahin unbekannte Welle von Solidarisierungen, Protesten und militanten Aktionen erhob sich. Der Pro-Lüth/Anti-Harlan-Bewegung der frühen fünfziger Jahre gelang es, die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Auf der Straße griff die Polizei zum Knüppel. Zum erstenmal standen sich Bullen und Studierende feindselig gegenüber. Und zum erstenmal artikulierte sich in der Öffentlichkeit politisches Bewußtsein. Bundesgenosse des SDS wurde die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit mit der Friedensbitte an den Staat Israel. Die Gerichte verurteilten die Demonstranten wegen Landfriedensbruch. Die Ewiggestrigen fühlten sich in der Meinung bestärkt, daß Antisemitismus wieder legal sei. Es kam zu antisemitischen Ausschreitungen. Dagegen setzte die neue Studentenbewegung den Boykott der Harlan-Filme, zu dem Erich Lüth nicht auffordern durfte, handgreiflich durch.

Der SDS-Vorsitzende Rudi Schieler, der 1952 von einem Polizisten, nach dessen Namen er gefragt hatte, mit den Worten »Jetzt kommst du Sozialistenschwein an die Reihe« niedergeschlagen und schwer verletzt worden war, hat es inzwischen zum Justizminister von Baden-Württemberg gebracht; mittlerweile nutzt er den »blutigen Kopf von damals« zu einer »kritischen Würdigung jedes staatlichen Gewalteinsatzes« (»Taz«, 5.3.92). – Das wäre doch auch ein Dokumentarspiel wert, lieber Herr NDR-Kellermeier. Aber bestimmt ist das Geld schon für Veit Harlan draufgegangen.

Frank Noack: *Veit Harlan.* Belleville Verlag, 483 Seiten, 78 Mark

Horst Königsteins TV-Film »Jud Süß. Ein Film als Verbrechen?« läuft am 21.9. um 20.45 Uhr auf Arte und am 4.10. um 23 Uhr in der ARD

Dietrich Kuhlbrodt schrieb in KONKRET 4/2001 u.a. über Jean-Jacques Annauds Kriegsfilm »Duell«

Konkret 06/01, S. 64

Marit Hofmann

FilmTheater

Jesus Son
Black Box BRD

Jesus Son

Regie: Alison Maclean; mit Billy Crudup, Samantha Morton, Dennis Hopper; USA 1999 (Arthaus); 110 Minuten; seit 24.5. im Kino

Der hat vielleicht ein Pech, der Typ. Daß er von allen Fuckhead genannt wird, macht es irgendwie nicht besser. Steht stundenlang beim Trampen im Regen, und als er doch noch mitgenommen wird, hat das Auto einen schweren Unfall. Dabei muß er doch unbedingt zu seiner Freundin. Aber halt, ich hab noch gar nicht erzählt, wie alles begann. Also von vorn: Fuckhead verliebt sich in die heroinabhängige Michelle, wird aber von ihrem coolen Freund (der übrigens bald darauf erschossen wird, aber ich greife vor) schnell abgefertigt. Sie kommen dann doch noch zusammen, streiten sich nach einigen Trips über eine Abtreibung und trennen sich wieder. Am Ende wird er durch ein Mißgeschick ihren Tod verschulden. Wo war ich stehengeblieben? Fuckhead will nun also zu Michelle trampen ... – So schreibt man keine Texte? Tja, tut mir leid, ich geb nur weiter, was ich in diesem Film selbst aushalten mußte. Ungefähr so springt Alison Macleans Erzähler, der nach exzessivem Drogenkonsum und diversen Schicksalsschlägen einigermaßen konfuse Fuckhead himself, mit einem um. Bilder frieren ein, er trägt etwas nach, kommentiert lakonisch seine Misere (»Und dann kam einer dieser Momente«), und auf seine hilflose Frage weiß man auch keine Antwort: »Was würdest du in so einer Situation tun?«

Das Ganze könnte ein wirrer Vortrag vor einer Selbsthilfegruppe sein, würde die Absurdität seiner Erlebnisse nicht immer wieder zum Lachen reizen. So spielt der Autor der gleichnamigen Prosavorlage zum Film, Denis Johnson, in einem wundersamen Gastauftritt einen Mann, der mit einem riesigen Messer im Auge in das Krankenhaus eingeliefert wird, in dem Fuckhead jobbt. Weil hier natürlich auch vom Personal reichlich Pillen geschluckt werden, läßt die Behandlung des Patienten die schönsten Erinnerungen an Dr. Bobs professionelles Vorgehen in der Muppets-Tierklinik wieder lebendig werden.

»Jesus Son« ist eine böse Variante von Drogenfilmen wie dem lifestylekompatiblen »Trainspotting« oder dem satirischen »Fear and Loathing in Las Vegas«. Doch auch für Fuckhead soll es Hoffnung geben: am Rand der Gesellschaft, in einem Pflegeheim, in dem er einen Job findet und sich den ihm Anvertrauten zutiefst verbunden fühlt. Hier waren »nicht alle Leute ... alt und hilflos. Einige waren jung, aber gelähmt. Anderen ging es gut, abgesehen davon, daß man sie mit ihren unmöglichen Mißbildungen nicht auf die Straße lassen konnte. Sie ließen Gott wie einen hirnlosen Irren erscheinen. Alle diese Freaks und ich fühlten sich jeden Tag ein bißchen besser.«

Black Box BRD

Buch und Regie: Andreas Veiel; mit Hilmar Kopper, Helmut Kohl; BRD 2001 (X Verleih); 104 Minuten; ab 31.5. im Kino

Noch immer voll im Trend: die Rote Armee Fraktion. Bleiben Sie dran und sehen Sie in der neuen Folge: Wolfgang »Gags« Grams wilde Tänze am Strand, Alfred Herrhausen in der Stripteasebar, jede Menge Wut und Trauer. Stargast: Dr. Helmut Kohl.

Als hätten Petzolds »Die Innere Sicherheit« und Schlöndorffs »Die Stille nach dem Schuß«, die das Thema RAF auf eine Familiengeschichte resp. auf Politkitsch reduzierten, nicht schon gereicht, legt jetzt der Dokumentarfilmer Andreas Veiel nach und will »nicht über die RAF sprechen, ohne Raum für die Opfer zu lassen«. Im »Raum für die Opfer« schluchzt dann die Witwe Herrhausen in die Kamera, Mutter und Vater Grams gucken betreten – selbstverständlich alles in Nahaufnahme. Mit der fixen Idee, Grams und Herrhausens Lebensweg parallelzuführen, will Veiel offenbar die versäumte Verständigung zwischen den verfeindeten Lagern, starkem Staat und RAF, nachholen. Der Regisseur (Jahrgang 59) behauptet, er habe sich angesichts der Flugzeugentführung in Entebbe »entschieden, die RAF kann nicht der Weg sein«. Filmemachen aber auch nicht. Seine »Black Box« verrät weder Neues über das Attentat auf Herrhausen noch über Grams Tod in Bad Kleinen. Auch die politischen Hintergründe bleiben im dunkeln, aber »Gags« scheint ein ganz netter, bißchen versponnener Kerl gewesen zu sein.

Überhaupt enthält Veiel sich jedes expliziten Kommentars und läßt jede Menge Freiraum, in den »wir alles hineinprojizieren können, was wir kennen und glauben«. Da kann auch Herrhausens Kumpel Helmut Kohl bedenkenlos mitmachen und erklären: »Er war nicht nur ein Freund, er war ein Patriot.«

Aufschlußreicher sind da schon die Auskünfte von Herrhausens Kollegen: Er habe gezeigt, was es heißt, »Macht mit Stolz und Anstand« zu vertreten und dabei »honorig Geld zu verdienen«. Und privat konnte man mit Alfred, dem Charmeur, auch mal in den Sexclub gehen. Hilmar Kopper bringt des Bankers Verdienste folgendermaßen auf den Punkt: »Herrhausen sorgte dafür, daß es in der Deutschen Bank vorbei war mit dem schlechten Gewissen. Er war ein Siegfried.« Auch wenn das der Film nun wirklich nicht beabsichtigt: Könnte das nicht ein Grund für klammheimliche Freude sein?

Konkret 06/01, S. 64

Jan Pehrke

FilmTheater

Intimacy

Regie: Patrice Chéreau; mit Kerry Fox, Mark Rylance, Marianne Faithful; Frankreich 2000 (Prokino); 120 Minuten; ab 7.6. im Kino

Jay und Claire treffen sich regelmäßig mittwochs in Jays verwahrloster Wohnung, fallen begierig übereinander her und gehen dann hastig wieder ihrer Wege. Die Sexualität in Patrice Chéreaus »Intimacy« ist eine Lust der Verzweiflung. Die absolute Gegenwart des Verlangens läßt die schon in die Jahre gekommenen Protagonisten die gescheiterten Träume ihrer Vergangenheit und die wenig aussichtsreiche Zukunft vergessen. Und das Mysterium des anonymen Sex bewahrt sie davor, voreinander ihre Verliererexistenzen zu entblößen.

Altern, das heißt in »Intimacy«, immer wieder Abschlagzahlungen auf den Tod zu leisten. Etwas starb in Jay, als er am Tag der Geburt seines Sohnes, von dessen Mutter er sich inzwischen getrennt hat, seine Musikerlaufbahn aufgab und einen sichereren Job in einer Bar annahm. Für Claire kam es einem Tod gleich, sich einzugestehen, daß es zu einer großen Schauspielerkarriere nicht reichen wird. Sich auszuleben und Spuren zu hinterlassen ist in den Augen des Regisseurs ein Privileg der Jugend. Durch den Einsatz der Handkamera und das Erzeugen einer manisch-depressiv zwischen hysterischer Entladung und vegetativer Dumpfheit pendelnden Grundstimmung findet Chéreau eine ästhetische Entsprechung für die Befindlichkeit seiner Figuren.

Jay nimmt noch einmal einen Anlauf, sich eine Geschichte zu erobern. Als eines Mittwochs die regelmäßige Sex-Stunde ausfällt, spürt er plötzlich, daß Claire ihm wirklich etwas bedeutet. Er beginnt sich für ihr Leben zu interessieren und ihr nachzuspionieren. Zu seinem Bedauern sind ihre Tage nicht so leer wie seine, sondern sogar übervoll: Sie hat Mann und Sohn, tritt in schäbigen Keller-Theatern auf und versucht, den Bewohnern eines wenig einladenden Londoner Vororts das Schauspielern beizubringen. Jay drängt Claire, diesen alles in der Schwebe haltenden Zustand zu beenden und mit ihm aufs Ganze zu gehen, aber dafür reichen ihre Lebensgeister nicht mehr. So sitzen die beiden sich am Ende sprachlos gegenüber.

Konkret 06/01, S. 65

Ren Mar ens

Melodie & Rh hm s

Des in s Child: S r i or; Col mbia/Son

Diese Girlgroup stellt hiesige linke Freunde von Untergrundmusik auf eine harte Probe. Destiny's Child sind drei gottesfürchtige Afroamerikanerinnen, die von Mathew Knowles, dem Vater der Protagonistin Beyoncé, in sektenähnlichem Stil gemanagt werden. Knowles kalkuliert das Produkt Destiny's Child minutiös, weshalb »Survivor«, die dritte Platte, sowohl in den USA als auch in der BRD auf Platz eins der Albumcharts landete.

Die Band ist darüber hinaus bei der Antrittsfeier von George W. Bush aufgetreten – ein Ereignis, das ihnen kaum mehr als den Kommentar wert ist, daß er »gut riecht, so ein bißchen nach Waschmittel«. Ihre Texte, in denen sie teilweise neoliberalen Light-Feminismus propagieren, sind denn auch durchaus kompatibel mit Bushs Ideologie. So gesehen ist diese Musik alles andere als »linke Kunst« (siehe Seite 44/45), und man kann davon ausgehen, daß die Künstlerinnen, wenn man sie mit diesem Begriffspaar konfrontierte, so irritiert reagieren würden wie auf eine astrophysikalische Fragestellung. Aber.

Aber? Man kann sich den Songs dieses Trios nur schwer entziehen. Destiny's Child stehen für R&B – auch der Begriff Soul ist zulässig – in hochmoderner Form: Der Gesang, an Gospel geschult, ist stakkatohaft und wird oft noch durch zickige rhythmische Betonungen aufgewertet, die Beats sind ausgefeilt holprig, und nur in einigen schwachen balladesken Momenten erinnert die Platte daran, daß die Gesamtverkaufszahlen dieser Band im zweistelligen Millionenbereich liegen. Wenigstens in diesem Sinne ist »Survivor«, wenn auch definitiv keine linke, so dann doch fortschrittliche Kunst.

Wir lernen wieder einmal: Musik, für die sich die »Diktatur der Angepaßten« (Blumfeld) begeistert, muß keineswegs dumm sein. Eine Entwicklung, zu der auch andere R&B-Acts in jüngerer Vergangenheit beigetragen haben. Wer in seinem Schlafzimmer Adorno dort liegen hat, wo George W. Bush und Destiny's Child einen Platz für die Bibel reserviert haben, wird jetzt einwenden, es sei kaum der Rede wert, daß die Kulturindustrie immer weiter verfeinerte Produkte anbietet. Abgesehen davon, daß sich hinter dieser Position nicht nur Kunst-, sondern auch Lust-, wenn nicht gar Lebensfeindlichkeit verbirgt: Linke Kulturkritik muß in der Lage sein, die Qualität von nicht-linker Kunst zu würdigen. Was hiermit geschehen sei.

Konkret 06/01, S. 65

Jörn Morisse

Melodie & Rhythmus

Blumfeld: Testament der Angst; ZickZack/Eastwest

Vor zwei Jahren, als Blumfeld mit »Old Nobody« den Schritt vom »Diskurspop« zum Pop wagten, hieß es, der Sänger und Texter Jochen Distelmeyer ist verliebt*;* Blumfeld sind radiotauglich geworden. Wahlweise auch: Blumfeld sind genau wie früher, hören sich nur anders an.

Mit ihrer vierten Veröffentlichung »Testament der Angst« nehmen sie nun alle Fäden von damals wieder auf. Konsequent nähern sich Blumfeld dem Mainstream, der Mitttelklasse. Die auf »Old Nobody« beschworene Hoffnung, daß man aus Krisen gestärkt hervorgehen kann, ist einer Skepsis gewichen, die nicht mal mehr den Rückzug ins Private als Lösung anbieten kann. Dies hier ist ernst. Jegliche Leichtigkeit scheint verflogen. Auf »Testament der Angst« gibt es keine Koketterie mehr mit Zitaten und Anspielungen. Und das ist schade. Regressiv berufen sie sich plötzlich auf den naheliegenden Reim. Wenn aber eine Band wie Blumfeld, deren Texte von vielen geschätzt wurden, weil sie an der Grenze von Kunstsprache, Zitat und Erinnerung navigierten, mit Vereinfachungen ankommt, muß man sich schon sehr wundern. Ihr Interpretationsraum ist zusammengeschrumpft, zur Bestuhlung freigegeben.

Distelmeyer verweigert sich nicht mehr der symbolischen Ordnung der Welt. Dieser Mann hat Angst: »Ich seh Zwerge lange Schatten werfen, ich hab Angst davor, wie's weitergeht und vorm Alleinesein.« Er fürchtet sich: vor den USA, der Nato und ihren Interessen. Vor Lügen, Umweltverschmutzung, Krieg, Werbern, Gentechnologie, Deutschland. Man könnte meinen, da spricht endlich jemand alles aus, was ihm auf der Seele brennt. Jemand, der blinder Fortschrittsgläubigkeit widerspricht. »Arbeit, Fernsehen, Schlafengehen – so macht das Leben keinen Sinn.« – Das ist keine Pose, sondern eine Achtziger-Jahre-Anti-Haltung, die sinnentleerten Hedonismus attackiert. Sehr unzeitgemäß. Man könnte auch Greenpeace-Lyrik dazu sagen.

»Testament der Angst« weist nicht in die Zukunft, eher auf eine stillstehende Wirklichkeit, in der superkonventionelle Saxophonsoli den Soundtrack zur Sozialkritik light liefern. Es bleibt abzuwarten, ob DJ Koze, der »Tausend Tränen Tief« von »Old Nobody« so meisterlich remixte, hier noch was retten kann.

Konkret 06/01, S. 65

Alexander Ziller

Melodie & Rhythmus

Manic Street Preachers: Know Your Enemy; Epic/Sony

Die Inszenierung war perfekt. Als erste westliche Band spielten die Manic Street Preachers auf Kuba. Unter den Augen des Maximo Lider stellten die drei Waliser im Karl-Marx-Theater in Havanna ihre neue CD »Know Your Enemy« vor. Politische Mission oder PR-Strategie? Die mediale Aufmerksamkeit war ihnen jedenfalls sicher. Anfängliche Irritationen in Musikmagazinen und Feuilletons ob einer Symbiose zwischen Polit-Rock und Agitprop wichen bald nostalgisch anmutenden Betrachtungen einer bedrohten Spezies. Die drei Bandmitglieder wurden zur »moralischen Instanz« (»Junge Welt«), zu »denkenden marxistischen Punk-Agitatoren« (»Q-Magazine«) und gar zu den »letzten Kommunisten in der Rockmusik« (»FAZ«).

Diese Typisierung resultiert neben dem öffentlichkeitswirksamen Auftritt aus dem gesellschaftskritischen Anspruch der Texte, der auch das neue Album bestimmt. Der Adressat ist neu und alt zugleich: »Bush's own country« und der amerikanische Kulturimperialismus. Doch den eigentlichen Feind sehen die klassenbewußten Briten in sich selbst, der eigenen Apathie und dem kalkulierten kommerziellen Erfolg des Vorgängeralbums. Musikalisch äußert sich die Selbstkritik im Verzicht auf bombastische Instrumentalisierungen und übertriebene Streichersequenzen. Back to the roots heißt die Devise, die eine stilistische Variationsbreite allerdings nicht ausschließt. So findet man neben noisig verzerrten Gitarrensongs im energiegeladenen Punk-Tempo auch Disco-Funk-Anleihen und Glam-Rock-Chöre.

Jedoch ist auch »Know Your Enemy«, trotz aller Bemühungen um musikalische Vergangenheitsbewältigung, weder politische Mission noch Protest gegen die Kulturindustrie, sondern ein Teil von ihr. Ebensowenig fruchtet andererseits die Kritik an der Kubareise als bloßer Marketing-Gag und damit die Frage nach der Authentizität der Manic Street Preachers, nährt diese doch, wie Günther Jacob in einem allgemeineren Kontext feststellt, »den Glauben an eine verborgene und daher freizulegende Wahrheit der Kunst«, die es nicht gibt. Am Ende kommt es immer noch darauf an, wie die Platte rezipiert wird. Denn selbst die emanzipierteste Musik nützt nichts, so der Einwand Ernst Blochs gegen Adornos Musiksoziologie, wenn sie nicht vom Publikum wahrgenommen wird. Bis dahin bleibt eben auch Britpop nur Britpop und unwiderlegbar die Feststellung von Fidel Castro, daß Krieg lauter ist als ein Rockkonzert.

Konkret 06/01, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas Express

»Bild« schlägt Alarm:

Deutsche Studie: Bevölkerung schrumpft dramatisch.

Aber nicht so, daß morgen vierzig ausgewachsene Germanen in einen VW passen, sondern ganz anders:

Prof. Dieter Oberndörfer, Vorsitzender des Rates für Migration, zu ›Bild‹: »Wenn nichts geschieht, wird es schätzungsweise im Jahre 2150 nur noch alte Deutsche geben.« Ursache: Alle 30 Jahre halbiert sich die Geburtenrate. Sterben wir Deutsche doch irgendwann aus?

Ein Silberstreif am Horizont.

Was ist das?

Aber bevor Susi ihrer sonntäglichen Tante-Grete-Pflicht nachkommen konnte, läutete zum Glück das Telefon. In ihr flammte es hoch. Edmund.

Was das ist, glaubt mir kein Schwein: Es ist der Anfang der 16. Folge eines Fortsetzungsromans in der »Frankfurter Allgemeinen«. Titel: »Der Lebenslauf der Liebe«. Verfasser: Martin Walser. In ihm dichtete es stark. Martin. Wie wohl Edmund hinten heißen mag, wenn nicht Stoiber? Ich werde es nie erfahren.

Und was sein dieses?

Der Preis gilt einem Werk, daß fast unüberschaubar geworden ist.

Daß sein deutsches Satz von Literaturredakteur »Frankfurter Allgemeine«, Spiegel Hubert. Wie hatte doch der Walser gebangt, das die »FAZ« den Mut zur althergebrachten Rechtschreibung behalten möge. Sie hat daß getan. Während die kleinmütige »Bildzeitung« vergeblich versucht, mit ihrem Autor Oskar Lafontaine in neuer Rechtschreibung einen Blumen Topf zu gewinnen:

Da hilft nur noch ein Mehrheitswahlrecht, dass die Verantwortlichkeiten wieder klarstellt.

Rein gefallen! Dass hat man davon, wenn man seine Spalten einem muttersprachlosen Gesellen öffnet. Besser getroffen hat es die »Welt« aus demselben Verlag, den dort sorgt ein ehemaliger Redakteur der »FAZ« namens Wolfram Weimer, das die alten Regeln mit den neuen eine nationale Wiedervereinigung feiern:

Man mag unken, das bei Ehrgeiz ohne Erfahrung zuweilen Mäuse die Katzen angreifen.

Darf daß dass? Das daß dass darf!

Rolf Hochhuth, wenn wir gerade bei Leuten sind, die nicht Deutsch können,

erhält den erstmals verliehenen Jacob-Grimm-Preis für Deutsche Sprache. Der mit 70.000 Mark dotierte Preis des Vereins Deutsche Sprache in Dortmund soll am 3. November in Kassel überreicht werden. Der 70-Jährige hat sich nach Meinung der Jury öffentlich beherzt für die Pflege und kreative Weiterentwicklung der deutschen Sprache eingesetzt.

Jetzt braucht er sie nur noch zu lernen, und alles wird gut.

Frühling läßt sein blaues Band, und da sprießen auch in Springers Hamburger Lokalanzeiger die Hoffnungen:

Milosevic kann mit dem Tod bestraft werden

Vielleicht, juhu, kann er am Halse aufgehängt werden, bis daß der Tod eintritt. Oder mit dem Beil. Auch eine Giftspritze wär' nicht schlecht. Vielleicht kann man ihn rädern? Und warum das? Weil:

Serbiens Innenminister Dusan Mihailovic sagte, es gebe Hinweise, daß Milosevic in Verbrechen verwickelt ist, für die das jugoslawische Recht die Todesstrafe vorsieht. Allerdings fehlten dazu noch die Beweise.

Weil die Beweise für die Verwicklung in ein mit Todesstrafe belegtes Verbrechen fehlen, kann Milosevic mit dem Tod bestraft werden. Es gibt Hinweise, daß der Erfinder dieses Journalismus, Axel Springer, in keinen Kindesmißbrauch verwickelt war. Allerdings fehlen auch dazu noch die Beweise.

Um die Ecke, bei der »Frankfurter Allgemeinen«, führt einer, der bei Bedarf jeden Beweis liefert, seine Pressefreiheit Gassi:

In einer ersten Stellungnahme nach seiner Inhaftierung hatte Milosevic die von der serbischen Justiz gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen. Das im Budget nicht ausgewiesene Geld sei nicht an Privatpersonen und die sozialistische »Staatspartei« geflossen, sondern an die serbischen Milizen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina, schrieb Milosevic. Damit gestand er erstmals ein, daß Belgrad zwischen 1991 und 1995 die serbischen Milizen in den Nachbarländern mit Waffen, Munition und Ausrüstung bei deren Vertreibungskriegen gegen Kroaten und muslimische Bosniaken unterstützte.

Die Unterstützung der serbischen Milizen im Bürgerkrieg gegen Kroaten und muslimische Bosniaken brauchte Milosevic nicht einzugestehen. Er hat es nie bestritten, sondern war immer stolz darauf. Was der Mathias Rüb den Miloseciv gestehen läßt, ist Rübs Behauptung, der Krieg sei ein serbischer Vertreibungskrieg gewesen. Richtig hätte die Überschrift zu Rübs Meldung heißen müssen:

Milosevic gesteht einen Leitartikel der »FAZ«

Und dafür hätte er wahrlich die Todesstrafe verdient.

Die evangelische Kirche hat eine neue Bischöfin, die Bärbel Wartenberg-Potter heißt und zum Streit für eine gerechtere Gesellschaft aufruft,

damit nicht alle Lebensbereiche zur Beute des Marktes werden, der vieles kann, aber kein soziales Gewissen hat und kein betroffenes Mitleid kennt.

Mich zur Marktwirtschaft zu bekehren, daran sind fünf Dutzend Studienräte, Professoren, Redakteure und Arbeiterführer kläglich gescheitert. Uneinsichtig, renitent, stur und verbiestert haben sie mich genannt. Dabei wäre ich so leicht zu gewinnen gewesen. Hätte mir bloß einer gesagt, daß der Markt kein betroffenes Mitleid kennt.

In den Nachrichten der Agenturen heißt die lästige Witwe des Physikers Sacharow

die Menschenrechtlerin Jelena Bonner,

ganz so, als handelte es sich bei der Menschenrechtlerin um einen Lehrberuf im Dienstleistungsgewerbe, mit fester Arbeitszeit, Urlaubsanspruch, Betriebskrankenkasse, Kündigungsschutz, Altersversorgung, Überstundenzulage. Und so ist es ja auch.

Das ganze Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus in nur einer Überschrift der Parteizeitung:

Wider die fatale Kopflosigkeit/ Der sächsische Bauer Rump kämpft gegen die übertriebene Hysterie

Es geht nicht gegen die Kopflosigkeit, sondern nur gegen die fatale, und nicht gegen die Hysterie, sondern nur gegen die übertriebene, wie es nicht gegen den Markt geht, sondern gegen den hemmungslosen, und nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen die Auswüchse.

Die »Zeitung für Deutschland« erzählt ein Märchen für die Deutschen:

In alten Zeiten, als noch gekrönte Häupter regierten und das Volk oft niedergedrückt war, drang aus mancher Kammer ein Seufzer: »Wenn das der König wüßte.« Die pure Not gebar Legenden, in denen der gute, um sein Volk besorgte König von Hofschranzen und Blutsaugern umgeben war, die ihn am Gutsein hinderten. Legendenhaft klingt auch, was jetzt aus dem Kanzlerpalast herausdringt: Schröder erwäge, die nächste Stufe der Ökosteuer auszusetzen, wenn der Benzinpreis weiter steige.

So niedergedrückt von Anklägern und Umerziehern ist das Volk, daß es an der Tankstelle der Autobahn an den Alten Fritz denkt. Wenn das der Führer wüßte!

Ein Sportredakteur der »Financial Times Deutschland« schreibt über den Dortmunder Fußballer Tomas Rosicky:

So einer muß außer Gefecht gesetzt werden. Also führten sie einen Vernichtungskrieg gegen den jungen Tschechen ... Geschichte wiederholt sich, auch im Fußball.

Der »Vernichtungskrieg« hat ihm so gut gefallen, daß er ihn als stilistischen Fingerabdruck über seine Glosse setzte. Und richtig bestätigt ein Blick ins Archiv den Verdacht: Der Verfasser hat sein Hand- und Mundwerk in jenem ausgelagerten Volontariat der Bürgerpresse gelernt, in dem der entsorgende Umgang mit Nazibegriffen (in Euternasie und gaskammervollen Diskotheken) Pflichtfach war. Von der »Tageszeitung« ist der Axel Kintzinger via »Berliner Zeitung« und »Focus« bei der »Financial Times Deutschland« gelandet. Und auch das ist keine Endlösung.

Claudia Roth erzählt noch einmal, warum sie Vorsitzende der grünen Partei geworden ist

Die Bundesregierung muß im Kreis der Geldgeber für Organisationen wie das UN-Flüchtlingshilfswerk ganz vorne dabei sein. Leider ist sie es trotz Rot-Grün im Moment nicht.

Was doch alles nicht reingeht in dieses Trotz-Köpfchen!